Geronimo u.a.
Feuer und Flamme 2

Kritiken, Reflexionen und Anmerkungen
zur Lage der Autonomen

Edition ID-Archiv
Berlin – Amsterdam

Geronimo u.a.
Feuer und Flamme 2
Kritiken, Reflexionen und Anmerkungen zur Lage der Autonomen

Herausgegeben von:
Geronimo, Tecumseh und Richard Proletario

Umschlagentwurf:
Norbert Löderbusch

Satz:
seb, Hamburg

Druck:
Winddruck, Siegen

Edition ID-Archiv 1992
Schliemannstr. 23
O-Berlin 1058
ISBN: 3-89408-015-9

Buchhandelsauslieferungen:
BRD: Rotation, Mehringdamm 51, W-1000 Berlin 61
Schweiz: Pinkus Genossenschaft, Postfach, CH-8025 Zürich
Österreich: Monte Verita, Löwengasse 31, A-1030 Wien

Inhalt

Vorbemerkung **7**

I.

Kritiken und Rezensionen zu FEUER UND FLAMME

1. Severine Lansac
Autonome Orte: Für eine kleine Politik **12**

2. Tecumseh I
Offener Brief an Geronimo **23**

3. Tecumseh II
Von kulturellen und sozialen Klassen **27**

4. VAL
Liebe, Krieg und Alltag **32**

5. Andreas Fischer/Michael Wildenhain
Autonome – Find ich gut!
Eine nicht gedruckte konkret-Rezension **39**

6. Wolf Raul
Rezension
›Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit Nr.11/1991‹ **44**

II.

FEUER UND FLAMME: Ein unendlicher Fortsetzungsroman **48**

Teil 1: Große Politik

1. Totentanz der Linken? **52**
2. Auferstanden und abgestanden in Ruinen: 40 Jahre Hüttendorf DDR **63**
3. Neue Welt-un-ordnung und friedensbewegter Golf-Krieg **76**
4. Hoyerswerda und die Folgen **97**

Teil 2: Kleine Politik

1. Über den Sprung von einem privelegierten Klassenherkunft zum märchenhaft reichen Klassenbewußtsein **115**
2. Forever young? **122**
3. Die Kontinuität der Neuanfänge **125**
4. Vom autonomen Denken zu autonomen Partei? **128**
5. Über den Absturz der phantastischen Kritik zum ungreifbaren Phantom des Zynismus **132**
6. Zwischen Distanz und Distanzierungen: RAF **135**
7. Die Licht- und Schattenwelt der staatlichen Repression **144**

Teil 3: Schlußbetrachtung **149**

III.

Aus dem Inneren: Die Schlagerstar-Debatte zum blauen Bock

1. Heinz Schenk
Wir sind doch kein Kampagnenheinz! **162**

2. Heinz Schenk
Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler!!! **169**

3. Vorwort INTERIM *Nr. 166* **180**

4. Heinz Schenk
The Empire strikes back
Zum INTERIM-Vorwort bzgl. Heinz Schenk (Nr. 166) **181**

5. Nachbemerkung **185**

Vorbemerkung

»Erschüttert und verwirrt von der jüngsten Geschichte erkennen so manche, die sich einst für den revolutionären Wandel begeistern konnten, im Scheitern des Sozialismus die Chance, mit der eigenen Geschichte schonungslos abzurechnen. Weil diese sich im Rückblick als Anreihung unlauterer Absichten und verwerflicher Taten präsentiert, rufen sie nach einer neuen Linken, die ihre politische Ohnmacht akzeptiert und sich damit bescheidet, als kritisches Gewissen der gegenwart respektiert zu werden.«
(Urs Marti in der woz v. 6.3.92)

Kein Zweifel, die momentane Lage ist alles andere als revolutionär und den Resten der radikalen Linken, für die der Begriff revolutionär zwar heute mehr eine imaginäre Bedeutung hat, aber noch lange kein Schimpfwort ist, bläßt eine kräftige Prise Zeitgeist entgegen. Insofern erscheint das Selbstverständnis eines Verlages, nach dem vorläufigen Sieg des Kapitalismus weiterhin eine radikale Kritik an dessen Verhältnissen zu betreiben, reichlich antiquiert. Doch nicht eine spätpuberäre Trotzhaltung, sondern das Interesse, durch publizistische Interventionen einen kleinen Stachel gegen das feuilletonistische Mainstream-Denken und weit verbreitete Kurzzeitgedächtnis auszulegen, ist unsere Motivation zur Bücherproduktion.

Es gehört nicht zu unserer Verlagspraxis, in K-Gruppen-Manier der 70er Jahre, mit ideologieträchtigen Vorworten, die richtige Linie einer Publikation den Leserinnen und Lesern mit auf den Weg zu geben. Aber da das vorliegende Buch innerhalb des Verlages, und vielleicht auch bei Teilen des Publikums nicht ganz unumstritten ist, vorab ein paar Bemerkungen zu dem erwarteten Vorwurf, die »Beschränktheit Geronimoscher Überlegungen« (oberflächlich, schönfärberisch, ohne analythischen Tiefgang), durch eine weitere Veröffentlichung zu manifestieren.

In linken und linksradikalen Kreisen wird immer wieder die Bewußtmachung der eigenen Geschichte als Bestandteil eines notwendigen Reflexionprozess formuliert, um die Entwicklungen von sozialen Bewegungen zu verstehen und aus deren Erfahrungen die gegenwärtige Situation des politischen Kräfteverhältnis analysieren zu können. So richtig dieser Anspruch ist, nämlich das individuelle

und kollektive Gedächtnis als Motor des alltäglichen Widerstandes zur sozialen Wirklichkeit auf diesem Planeten zu begreifen, so anstrengend bleibt es, Methoden zu finden, die allgemein und persönlich erfahrene Kämpfe vermitteln, ohne das diese nachträglich von den damals Handelnden der heutigen Realität angepasst werden. Nicht selten fehlt die persönliche Distanz zu den Ereignissen und Entwicklungen, die eine selbstkritische Reflexion ohne Distanzierungen erst möglich macht.

In der Edition ID-Archiv sind in den letzten drei Jahren etliche Publikationen mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen zum Thema ›linke Geschichte‹ erschienen. Sie sollen die Theoriediskussionen innerhalb der Linken unterstützen und bewegen sich im Kontext der Fragestellung nach dem historischen und aktuellen Theorie-Praxis Verhältnis.

Auch wenn die Publikationen unterschiedliche theoretische Niveaus beinhalten (den einen sind manche evtl. zu abstrakt, den anderen zu banal), gemeinsam ist ihnen, daß sie außerhalb des akademischen Mileus aufgenommen werden.

Eine dieser Publikationen ist das vor zwei Jahren erschienene Buch ›FEUER UND FLAMME – Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen‹. Es ist ein Versuch, die Kontinuität linksradikaler Politik seit 1968 herauszuarbeiten und hat die Darstellung und Untersuchung jener Theorie und Praxis zum Schwerpunkt, die gemeinhin seit Anfang der 80er Jahre als autonome Politik bezeichnet wird.

Als FEUER UND FLAMME im Mai 1990 herauskam, war die Resonanz überraschend positiv und bereits nach drei Wochen mußte eine 2. Auflage gedruckt werden. Vor einem Jahrzehnt wäre eine solche Veröffentlichung von einem Teil der militanten Linken wohl eher als anmaßend (»was erlaubt sich da jemand ›unsere‹ Geschichte zu schreiben«) oder »konterrevolutionär« (»damit wird dem Gegner in die Hände gearbeitet«) verstanden worden. Selbstverständlich waren vereinzelt solche Global-Kritiken zu hören. Und natürlich wird FEUER UND FLAMME von altlinken Kritikern, wenn sie es denn zur Kenntnis nehmen, zur Untermauerung ihres Vorurteils von der theoretischen Schwäche der Autonomen und der Beliebigkeit ihrer (militanten) Praxis benutzt. Ebenso liefert das Buch den Wissenschaftlern der Neuen Sozialen Bewegung Material aus erster Hand, um es in die durch ABM-Maßnahmen staatlich geförderten Forschungs- und sozialarbeiterischen Integrationsprojekte einzubauen. Und das der Staatsschutz einmal etwas mehr als Bruchstücke eines autonomen Politikverständnis in die Hände bekommt, wo sich die Herren des Morgengrauen doch ansonsten alles mühsam aus einschlägigen Zeitungen und Broschüren zusammenbasteln müßen, liegt auf der Hand.

Bei all dieser Kritik wird (und wurde!) allerdings immer wieder vergessen, daß die Materialien der Staatsschützer, des BKA-Archivs und der Wissenschaftler sicherlich umfangreicher und aufgearbeiteter sein werden, als die vielen Archive der eigenen Szene.

Der Versuch des Autors Geronimo, also eines Einzelnen, die Geschichte des Linksradikalismus und der Autonomen nach 1968 darzustellen, fand bei genau dem Publikum weit mehr Interesse, für das die Veröffentlichung primär gedacht war: den politischen AkteurInnen der Gegenwart. Zielgruppen waren also weniger der akademische Mittelstand mit passiven Sympathien für den Krawall oder die allwissenden kritischen Kritiker, sondern die AktivistInnen einer jungen Generation, deren persönliche Negativ-Erfahrungen mit den altlinken Intellektuellen, seit Anfang der 80er Jahre bis heute, die Distanz zu den 68er-Theoriestrategen erklärt.

Es liegt im Ansatz von Geronimo, die Geschichte der Autonomen subjektiv und durch eine vielleicht etwas enge Sichtweise nachzuzeichnen und selbstverständlich nicht als abgeschlossenen historischen Prozeß zu betrachten. Die Darstellung ›autonomer Highlights‹, politischer ›Fixpunkte‹ und der verschiedenen autonomen Positionen standen im Mittelpunkt des Projekts. Daß diese Geschichtsschreibung zwangsläufig nur fragmentarischen Chrakter haben konnte und einige Ereignisse übersehen, unterschlagen oder zu einseitig bewertet wurden, räumt der Autor im Vorwort zu FEUER UND FLAMME ein. Natürlich hat er etliches ›vergessen‹, Akzente nach eigener Fasson gesetzt und grundsätzlich läuft das Buch Gefahr, die Autonomen zu mythologisieren und für den einen oder die andere LeserIn wird es vielleicht auch identitätsstiftenden Charakter besitzen. (Doch wer legt den Maßstab fest, welche Bedeutung die Lektüre eines Buches für die Leserin und den Leser hat?).

Gerade diese grundsätzlichen und punktuellen Kritikpunkte forderten zu einer Fortsetzung der ›Debatte‹ um ›Die Geschichte und Gegenwart der Autonomen‹ auf und waren Anstoß zur Planung des vorliegenden Bandes. In Erwartung auf zugesagte Beiträge wurde das Buch etwas voreilig angekündigt. Das letztlich nur ein Bruchteil der versprochenen Texte eintraf, läßt sich wohl nicht nur aus dem Desinteresse oder der zeitlichen Überlastung der KritikerInnen erklären, sonderen dokumentiert ein weiteres Mal die Schwierigkeit, Diskussionen öffentlich und für alle zugänglich zu führen. Nachdem in den letzten Monaten jedoch erfreulicherweise eine öffentliche Reflexion militanter Politik durch Gruppen der Revolutionären Zellen (siehe konkret Nr. 2&3/92) und Lutz Taufer (siehe Interim Nr. 180/92) [und währnd der Korrekturphase an diesem buch auch von

der RAF] forciert wurde und der Genosse Geronimo »einige individuelle Gedanken zu einigen bewegten Themen« vorlegte, sehen wir in diesem Buch einen weiteren Beitrag zur Debatte um die Geschichte der militanten Linken. Denn es bleibt festzustellen, daß Geronimo zu den Wenigen in der autonomen Szene gehört, die jenseits des Tagesgeschehens und aktueller Kampagnen versuchen, das, was sich linksradikale Politik nennt, festzuhalten und zu reflektieren. Und wenn es mehr solcher ›Chronisten‹ gäbe, wäre die Erwartungshaltung seitens der Szene in die einschlägigen Papiere sicher nicht so hoch und die Diskussionskultur entsprechend lebendiger.

Um jedoch ein Geronimo Remake vorzubeugen und die Diskussion zur Lage der Autonomen etwas zu erweitern, wurde FEUER UND FLAMME II von den Herausgebern breiter konzipiert. Dem Haupttext sind ›Kritiken, Anmerkungen und Rezensionen‹ zum ersten Band vorangestellt. Mit wenigen Ausnahmen bestehen die Beiträge nicht nur aus Abarbeitungen an Geronimos Erstveröffentlichung. Sie regen eher zur weiteren Beschäftigung und Untersuchung mit der Geschichte der Autonomen an und gehen zum Teil über Geronimos Abhandlungen hinaus. Im 3. Teil werden Passagen aus einer, sich über Wochen hinziehenden, Diskussion wiedergegeben, die im Herbst/Winter 1991 in der autonomen Wochenzeitschrift Interim stattfand. Ausgangspunkt der Initiatoren und Protagonisten dieser Debatte ist eine scharfe Kritik an den Autonomen und die Verabschiedung von deren Theorie und Praxis.

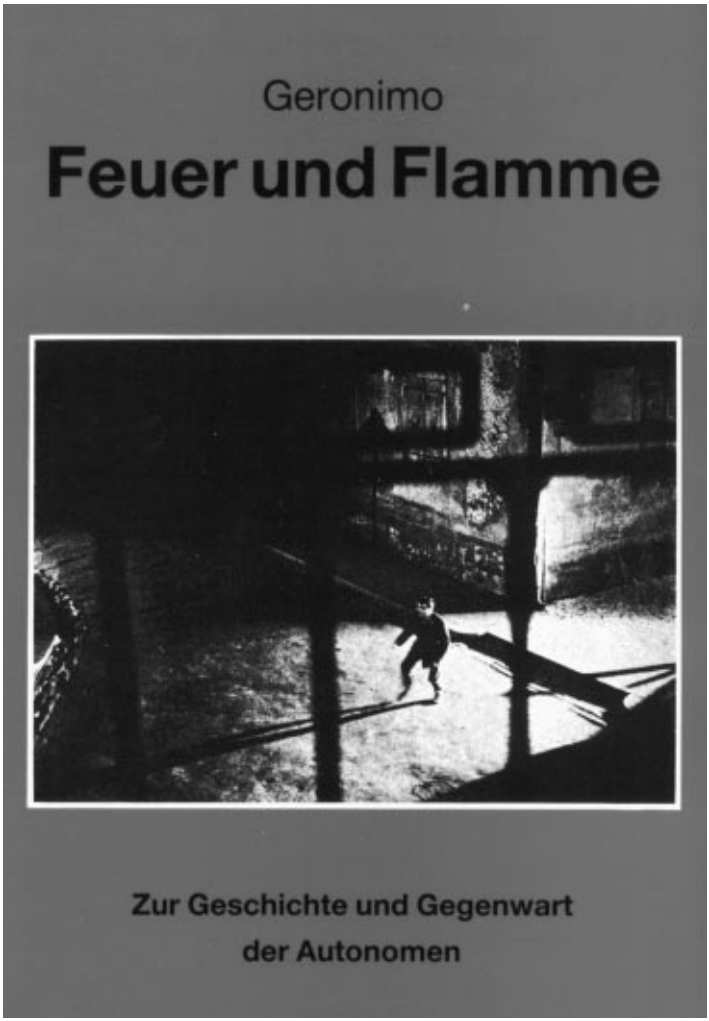
M.H./Edition ID-Archiv *April 1992*

Kritiken und Rezensionen zu

Geronimo

Feuer und Flamme

Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen
Ein Abriß



Severine Lansac

Autonome Orte: Für eine kleine Politik

Revolution ist die rasende Inspiration der Geschichte (Antid Oto)

I. Der Wind der Bewegung – gegen die Überlieferung

Mit den ›schwarz-roten Erkenntnisstiefeln‹(S.8) doch keineswegs feldherrengleich stapft er durch die eigene Geschichte, die sich vor ihm auftut im Moment, da er sie beschreibt. Sie lag nicht schon da, bevor Geronimo sich daran machte, sie zu schreiben. Und man täusche sich nicht: sie liegt auch jetzt nicht einfach da -kompakt und handlich im rot-schwarzen Paperback, imbißgerecht verpackt für die schnell erschöpfbare Neugier. Vielmehr ist mit FEUER UND FLAMME ein kleiner Steinbruch neben dem großen ›Müllhaufen der Geschichte‹ (wo kann man den eigentlich mal besichtigen?) errichtet, den es seinerseits abzutragen gilt.

Auf die Idee, sich eine eigene Geschichte zu geben, kommt eine/r meist erst dann, wenn sie verloren geht. (So wie ein Hausbesitzer im Moment einer Besetzung seines Hauses sich meist erstmals an sein Eigentum ›erinnert‹.) Sollten also diffuse Zeiten, in denen die Ausrichtung der eigenen Politik abhanden zu geraten droht, zu Aneignungsprojekten in Buchform verleiten? Meldet hier einer Eigentumsansprüche an gegen die offiziellen was-sie-wollten-was-sie-wurden Bilanzen? ›Ich sag, wie es war. Ich erinnere mich genau.‹ Es könnte so sein, wäre Geronimo nicht ein Räuber, der von Eigentum nichts hält und also auch nichts von diesen (besitz-)ergreifenden Erzählungen, in der die Gegenwart immer in so kümmerlichem und fadem Licht erscheint.

Nein, weder Erinnerung an die Bewegung wie in einer Festschrift – ›2O Jahre Autonome‹- noch Sinnstiftungsunternehmen à la Deutsches Museum ist FEUER UND FLAMME. Das wäre Abgesang auf eine Bewegung. Es weht ein andrer Wind in FEUER UND FLAMME. Einer der vorantreibt, der ganz atemlos macht. Außer Atem, auf der Suche nach einem Ort für das Gedächtnis jenseits der Aneignungsgeschichte. Kein Gedächtnis mit Goldsand. Geschichte einer Bewegung erhält Bewegung, inspiriert Praxis. Sich aus der Geschichte nehmen, was wir zur Inspiration brauchen. Daraus wird unsere Geschichte, die niemandem

gehört, auf die wir uns aber gemeinsam beziehen können. Oder etwas werbetechnischer ausgedrückt: »Rekonstruieren wir heute unsere eigene Geschichte, um morgen besser eingreifen zu können«(S. 14).

Daß eine solche Selbstverständlich ihren Ausgang in einer höchst konventionellen Form, nämlich in einem Buch mit einem, noch dazu männlichen Autor nimmt, steht der autonomen Praxis einer alle umfassenden Mündlichem und auch der Absage an ökonomisch und polizeilich verwertbare Autorschaft (vgl. S. 9)) nicht unbedingt entgegen. Eröffnet das Buch doch eine schriftliche wie mündliche Auseinandersetzung und ist nun nicht als definitiver Schlußpunkt eines alternden Autonomen zu lesen. So flüchtig, so aktuell, so beteiligt an der Geschichte, Stellung nehmend, kleine Seitenhiebe austeilend, bleibt FEUER UND FLAMME vorläufig, unabgeschlossen, Widerrede fordernd. Eben eine Grundlage, an der viele weiterschreiben und -erzählen sollten, damit aus Geronimo nicht doch noch ein Autor im klassischen Sinn, sondern eine ganze AutorInnen-bande wird. Diese hätte dafür zu sorgen, das an die Form eines Buches gebundene Monopol auf die Geschichte zu zerstreuen: d.h. nachzutragen und umzuschreiben – was übrigens viel leichter ist als den Anfang zu machen. Nicht der Vorwurf, der Autor habe vergessen oder unterschlagen, nicht Korrekturen im Dienste irgendeines Historismus, sondern kollektives Weiterschreiben an der geräuberten / zu räubernden Geschichte wäre die schöne Perspektive, die FEUER UND FLAMME eröffnet.

Manchmal allerdings verwandelte ein ›geschichtsautonomer‹ Geronimo, der sich aus der Geschichte für seine eigenen Zwecke (Inspiration, Selbstverständlich, Standortbestimmung, Abgrenzung, Polemik) bedient, sich in einen braven und langweiligen Chronisten. Wie etwa im Internationalismuskapitel, das irgendeinem blödsinnigen Vollständigkeitsanspruch ohne eigenen Bezug aufzusitzen scheint. Und noch eine kleine Falle der Geschichtsschreibung ist zugeschnappt: alte Festschreibungen, Legendenbildungen haben sich auch hier eingeschlichen. Etwa der viel-zitierte Tomatenwurf der Frauen der 68er Bewegung, so als hätten die Frauen ›achtundsechzig‹ nicht mehr zu bieten! Überhaupt ist es inkonsequent, noch von ›achtundsechzig‹ zu reden, weil die Geschichte dieser Bewegung ohne Zweifel bereits 1967 begann, wie die Darstellung in FEUER UND FLAMME auch zeigt, bloß daß sie eben in diesem frühen Stadium von den Medien noch nicht beachtet wurde.

Ein typischer Fall journalistisch-medial verwalteter Geschichte, in dem die Benennung als »geschichtliches Ereignis« durch und mit den Medien beginnt. Für die Nachfolgenden ist es schwer, dahinter zurückzugehen, weil die ›Dokumente‹ fehlen, verlorengegangen oder unterdrückt worden sind. Chris Markers Film

›Rot ist die blaue Luft‹ kann in diesem Sinne als beeindruckende rekonstruierte Dokumentation der ›Siebensechziger-Bewegung‹ gelten.

Und kann man nicht auch FEUER UND FLAMME das Anliegen anmerken, eine eigene Geschichte jenseits und unabhängig von denen, die immer nur über andere schreiben, zu formulieren? Die Geschichte ragt hier soweit in die eigene Gegenwart hinein, daß sie zwei Klippen zu umschiffen hatte. Zunächst die ›Krisenklippe‹. Denn mitten im Sprung hält niemand an, um den Sprung zu beschreiben. Aus dem Erscheinen eines Buches zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen wäre dann auf die an Sprüngen arme Zeit, sprich Krise zu schließen. Da sind jedoch die Windböen der Begeisterung für die Autonomen vor, die das Buch durchwehen. Und zweitens die ›Historismus-Klippe‹: Zeiten, in denen ständig »ein neues Kapitel der Geschichte aufgeschlagen wird«, sind so geschichtsbewußt und -gesättigt, daß man gegen diesen historischen Sog anschreiben muß, vielleicht noch viel ironischer als in den Abschnitten ›Aus aktuellem Anlaß‹ und den darauf folgenden (S. 228 ff.). Man darf sich schließlich nicht durch so eine geschichtsmächtige Gegenwart von den alltäglich erfahrbaren Konfrontationen abhalten lassen. Sie bleibt auch angesichts dieser Dimensionen bedeutend.

Dennoch, die beiden Klippen gibt es; schlafwandlerisch vielleicht werden sie durch den unbekümmert frischen Einstieg in das eigene Projekt umschifft. Und das ist vielleicht auch genau die angemessene Art, sich hinterher mit dem zu befassen, was das Projekt trägt, dieser Wind, diese Lust, weiterzumachen, sich vorantreiben zu lassen. Nichts ist lähmender als vor-ab Selbstreflexionen auf das, was man tun will. Aber vielleicht ist jetzt, mit diesem Nachfolge-Band die Zeit für solche Gedanken, um eben nicht in irgendeinem dead-end der Geschichtsschreibung zu landen.

II. Neue Soziale Bewegungen: Keine unkontrollierte Bewegung!

›Wir sorgen für Bewegung‹ (Tankstellen- Werbung in Kreuzberg)

Infolge der Entscheidung, die Geschichte der Autonomen an der sozialverträglichen Erfindung der Neuen Sozialen Bewegungen (NSB) aufzufädeln, gibt es in FEUER UND FLAMME ein ständiges theroetisches Gerangel um den Standort der Autonomen im Verhältnis zu den NSB. Die Autonomen kommen darin als ›Fraktion‹, ›Richtung‹, ›Tendenz‹, ›eigenständige politische Kraft‹ vor – immer in Gefahr, von den NSB verschluckt, verdrängt oder ausgestoßen zu werden. Die Frage wäre, ob dieses gesellschaftliche Parallelogramm den Blickwinkel nicht etwas verengt und eine ›autonomere Bewegungsgeschichte‹ nicht noch andere Seiten freigeben würde. Sie hätte sich an dem zu orientieren, was sich als Macht auswirkt, was als Macht kenntlich gemacht werden müßte. Dann würde sich

nämlich zeigen, daß NSB Macht zusammenballt und sie daher als Kategorie für autonome Bewegungen völlig untauglich ist.

Was man in FEUER UND FLAMME über NSB erfährt, kennen sie nur Gleichgesinnte, keine verantwortlichen Gegner. Sie appellieren an die Vernunft aller und verschonen die eigentlichen Urheber mit konkretem Widerstand. Die Kämpfe mit einem ungleich mächtigeren Gegner (der Atomlobby etwa) werden eingeebnet auf einen bloßen Interessenkonflikt. Ein Konflikt – das klingt so, als gäbe es eine aushandelbare Lösung unter Gleichen, meist in Form eines Kompromisses. ...Als müsse man nur lang genug reden und prozessieren! Und weil Gewalt überflüssig ist in einer so kompromißbereiten Welt, lautet das tyrannische Credo: keine Gewalt! Nebenbei: die Forderung nach der ›whole fucking bakery‹ heißt eben auch, daß wir uns nicht mit häppchenweisen (juristischen) Zuteilungen (=Kompromisse), zufriedengeben. Was nicht bedeuten muß, daß wir nicht trotzdem zugreifen würden.

Realpolitisch übersetzt sich die große und verschwommene Utopie in Zufriedenheit mit dem Kompromiß. »Ein kleiner Anfang« usw. Daß der Kompromiß immer nur die sozialverträgliche Variante der Macht ist, dieser Gedanke darf gar nicht aufkommen. Im Meer der Gleichgesinnten hat man sich längst darauf eingestellt, daß eigene Forderungen nur dann aufgehen, wenn ökonomische Interessen sich zu den eigenen Gunsten verschieben und wundert sich höchstens noch darüber, daß sich trotzdem nichts wirklich ändert. Die teilweise Einlösung von Utopien ist immer die zynische Antwort der Macht auf diese Utopien.

Die soziologische Erfassung der NSB versucht gegen alle strukturellen gesellschaftlichen Unterschiede und Trennungen, inhaltliche Gemeinsamkeit auszumachen. Bestehende (materielle) Unterschiede werden dabei brüderlich und schwesterlich übersehen. So als sei die oft trennende Realität angesichts der schönen Welt von morgen einer Analyse nicht wert. Der Traum vom bessren Leben ist's, der zusammenhält. NSB, soll man es den Soziologen glauben, sind Zusammenschlüsse von Gruppen aus ideelen Motiven: für den Frieden, für eine gesündere Umwelt...

NSB leben vom ›Wir-sitzen-alle-im-selben-Boot‹ Gefühl und gucken gar nicht so genau hin, wer eigentlich wo sitzt. Und dann passiert das, was in der ehemaligen DDR passiert ist, deren Opposition mit dem Tag des Mauerabbaus zerfiel, weil nämlich manche am abgewrackten Ende dieses unter Druck gezimmerten Bündnisschiffes saßen, andere sich ein Beiboot mitgebracht hatten, und Dritte schließlich in den BRD-Luxusliner umstiegen. - Wer wollte angesichts dessen seine politsche Praxis noch von NSB-Forschern erfassen, evaluieren und hochrechnen lassen?

Gegenvorschlag wäre eine Beschreibung der eigenen Bewegungsgeschichte im Hinblick auf die Macht. Eine genaue Analyse der Kräfteverhältnisse eben. Wie funktionieren die Mechanismen der Macht? Was für Auswirkungen haben sie auf uns? Mit dem Blick auf das Funktionieren und die Mittel der Macht wird die Kritik gewetzt, die sich ansonsten manchmal in der Wut auf ›sie‹, oder etwas konkreter »die Bullen« erschöpft. Ziele der Macht/ Wirkungsweisen des Kapitals können dann eher analysiert werden, als daß sie unterstellt werden müßten. Macht setzt sich ja bekanntlich zusammen aus vielen Gegnern. Die Gegner sind da dingfest zu machen, wo konkret Gestaltungsmacht und Verfügungsgewalt über andere ausgeübt wird. Nicht umgekehrt gibt es den einen Gegner mit der Generalmacht. Deswegen steht jedes Ankratzen des Gewaltmonopols auch immer auf der Kippe, ein gegen die Macht gerichtetes Zeichen zu sein und möglicherweisen einem In-die Hände-spielen der Macht, die die Bilder von ›Gewalt‹ zur effektvollen Inszenierung ihrer Erschütterung und Repressionen geradezu sucht und braucht.

Was wäre mit so einem, sagen wir ›machtanalytischen‹ Zugang für eine Geschichte der Autonomen gewonnen? Oder wie eingangs gefragt, was entgeht Geronimo, wenn er sich zwar in Abgrenzung dazu, aber eben immer noch an den NSB orientiert?

An der im Buch so gut wie nicht vorkommenden Volkszählungsboykottbewegung sowie der Auseinandersetzung mit Gentechnologie und Bevölkerungspolitik ließe es sich vielleicht ermessen.

Die Vobobewegung 1983/1987 (und auch der Mikrozensusboyott 1985) ist tatsächlich fast überall recht schnell zu einem eher unbeachtlichen juristischen/ individualistischen Unternehmen geworden, so daß mit NSB-Augen betrachtet schlechterdings nicht von einer Bewegung die Rede sein kann. Nur aus einer ›machtanalytischen‹ Perspektive hätte sie auch als gescheiterte Bewegung ein politisches Gewicht. Als Bewegung nämlich, die vorhatte, die Volkszählung zum ›Auftakt‹ für eine breitere ›Bewegung‹ gegen den Überwachungsstaat zu machen. Für sie war die Volkszählung immer nur ein Faktor innerhalb des Projektes der sozialen Umstrukturierung. Als solche hatte sie die Frage nach dem Funktionieren der Macht ins Zentrum der Auseinandersetzung gerückt. Damit wäre zugleich auf die »zunehmende Verrechtlichung und Instituionalisierung des ›Klassenkonflikts‹« (S. 75) reagiert: der eben nicht mehr sichtbar in den Fabriken aufbricht, sondern der in den Bereichen der Herrschaftsicherung aufzubrechen ist, in die er ›abgewandert‹ ist. Kritisiert wird an den Informationstechnologien, die in zunehmendem Maße die Mittel der sozialen Umstrukturierung werden, der (staatliche) Eingriff, der mit der wenig greifbaren, scheinbar harmlosen Erfas-

sung von Leuten einhergeht, die dann Grundlage von staatlichen Verfügungen ist. Die imaginäre Beziehung auf die festgefügt starre Form der Klasse ist dadurch gespalten. Informationstechnologien konstruieren wechselnde Schnittmengen von Betroffenen. Spezialisierte, fragmentierte und kurzfristige Betroffenengruppen. Arabischen AusländerInnen, Gewerbetreibenden, die alleinerziehenden Mütter, HausbesetzerInnen im Osten...

Gentechnologie als eine Informationstechnologie auf biologischer Grundlage hat ebenfalls Widerstand hervorgerufen. In einem Zusammenschluß von Gentechnologie und Informationstechnolgie liegt die Zukunft für den oft zitierten Präventions-Staat. Kaum eine Bundesbehörde (Bundesamt für Statistik, Bundesnachrichtendienst oder Bundeswehr), die nicht eine Unterabteilung im Zusammenhang mit Gen-/Informationstechnologie gebildet hat.

Diese offizielle Politik der Erfassung läuft ziemlich gradlinig auf Bevölkerungspolitik zu. Erfassung schafft eine Atmosphäre der Knappheit und der Begrenztheit des Raums, der Recourcen. Erfassung ist das scheinbar neutrale Fundament nationaler Abschottungspolitik.

Der Widerstand gegen Gentechnologie/ Bevölkerungspolitik gehört daher auch in eine autonome Geschichtsschreibung, trotz der relativen Abstraktheit des Gegenstands. Die Auseinandersetzung damit zeigt schließlich auch, daß Autonome sich nicht nur am Rande von Großereignissen tummeln.

III. Utopie oder Windbeutel ?

»In harten Zeiten bewegen sich Penguine eher wenig, sie schlafen mehr, was aber nicht heißt, daß sie nicht fast immer auf dem Sprung sind. Trotzdem sparen sie so Fett für ihre Fettschicht und für'n dickes Fell. Wenn's so richtig scheiße kalt ist, drängen sich Penguine dicht aneinander und bieten jedem rasenden Eissturm Trotz. Yeder und Yede von ihnen hat das Bestreben, ins Innere der Gruppe oder in den Windschatten zu kommen, um dort in Ruhe einen oder fünf Windbeutel zu verzehren.« (Yok)

Wenn Autonome sich nicht in Beziehung zu den NSB setzen sollten, als was für ein sonderbares Gewächs sind sie dann anzusprechen? Warum überhaupt beschreiben, was Autonome sind? Wohl kaum, um den Soziologen Material und Journalisten griffige Formeln zu liefern. Es geht auch nicht um die ethnologische Erforschung der Spezies der Autonomen, wenngleich die Formulierung ›die Autonomen‹ dies nahelegt. Was nun folgt und legitimerweise meinerseits nur folgen kann, ist eine Annäherung von Außen an den Raum, den Autonome einnehmen. Diese Annäherung ist – sollte man es dem Geschriebenen nicht mehr anmerken – ein Versuch, der eigenen Faszination an denen da, den Autonomen, auf die Spur zu kommen. Die Mythen zurückverfolgen bis an die Orte ihrer Ent-

stehung, statt sie einfach ›als Ersatz für politische Vorstellungen‹ zu knacken (171). Es gibt kein autonomes Manifest; autonome politsche Vorstellungen werden manifest -an bestimmten Orten, in bestimmten Aktionen. Von dort aus, genauer von der äußeren mythisierten Erscheinung der Autonomen aus, läßt sich eine Politik rückübersetzen. Rückwärtig bildet sich eine kollektive, konkrete und genaue Politik heraus, die aus der aktuell bezogenen Perspektive noch diffus, disparat und widersprüchlich erschien.

Eher zwischen den Zeilen ist in FEUER UND FLAMME etwas über die Mythen produzierenden Ausdrucksformen der Autonomen gesagt. Weil Geronimo sich nicht entscheidet, ob er für Autonome, die schon alles wissen oder für Neugierige, die schon immer mal was über die Autonomen wissen wollten, schreibt, fällt die Darstellung autonomer Ausdrucks-und Lebensformen eher zurückhaltend aus. Denn je nachdem, zu wem man spricht, sagt man zu viel oder zu wenig, oder etwas, das wiederum Mythen produziert oder als Vereinnahmung oder Verrat empfunden werden könnte. Wenn ein Einzelner über die Autonomen schreibt, widerspricht das zunächst dem unkoordinierten, wilden Sprechen vieler, möglichst aller an allen Orten. Eine Reduzierung auf einen Schreibenden, der mal von außen, also über die Autonomen und mal von innen, also für die Autonomen schreibt, birgt eben auch die Gefahr, ihnen etwas zuzumuten, aufzudrücken und abzusprechen. Dazu ja schon weiter oben.

Draußen/Drinnen, das sind Grenzbestimmungen. Autonomie fängt an mit dem Grenze ziehen im Sinne von sich in Widerspruch setzen an. Es heißt, sehr bewußt zu bestimmen, wo das Zentrum der Macht und wo seine Ränder sind. Sich selbst am Rand zu plazieren ist das Gegenteil einer Marginalisierung, deren Opfer man ist. Allerdings fällt oft genug beides zusammen und dann geht es darum, aus der Marginalisierung eine bewußte Haltung zu machen, aus der Unterdrückung eine Positon. Leben in der Dezentrale. Aber Achtung: zu Zeiten kann aus Rändern ein Zentrum werden. So wie man in Kreuzberg die ›Ränder‹ zur ›multikulturellen Vielfalt‹ hochstilisiert und damit letztlich attraktivitätssteigernde Standortpolitik betrieben wird. Dann werden aus Rändern Nischen, in denen man es sich behaglich macht. Man sollte dann schnellstens weiterziehen, andere Räume besetzen – die Räume anders besetzen.

Vom Rand aus hat man übrigens den besten Blick auf das Zentrum. Und dieser Blick, die Analyse dessen, was man da sieht, umreißt die möglichen Räume. Das sind nicht die Freiräume, jenes Vakuum, das die Macht grade so ansaugt. Das unterscheidet die Autonomie von der Autarkie, die lediglich darauf bedacht ist, sich frei und rein zu halten von dem abgelehnten und abgelegten Außen. In diesem Sinne wäre die Alternativbewegung eine autarke Bewegung, (Stichwort

›Flucht auf's Land‹). Dort entstehen Freiräume, die ihrerseits, weil diese Räume per Anspruch frei von Herrschaft sind, umso anfälliger dafür werden. Wer sich freihält, der sorgt für seine eigene, höhere Lebensqualität und beläßt ansonsten alles so, wie es ist. Freiraum-Denken klammert die uns bestimmende Sozialität, die Einbrüche kritisierter Welten in eigene Räume, aus. Freiraum ist näher an der Isolation als an der Revolution. Dem Anspruch, sich freizuhalten von Herrschaft, entspricht die Praxis der Askese. Eine Kritik im Medium der Askese wirkt ungefähr wie Dynamit, das freiherumliegend seine Sprengkraft in alle Richtungen ohne nennenswerten Effekt verschleudert. Konzentriert wirkt es nur dort, wo es befestigt ist. Die Sprengkraft entlädt sich immer zu dem Ort, an dem es den größten Widerstand erfährt. Kritik ist ein Sich-Ins-Verhältnis-Setzen zu dem Kritsierten, eine notwendige Grenzziehung, um nicht hinterrücks wieder eingeholt zu werden von dem, dem man den Rücken kehrte.

Eine politische Praxis, die vom Austausch lebt, schottet sich daher auch nicht völlig ab von den Widersprüchen, die sie kritisiert. Dies belegt eindrucksvoll das um Worte ringende Patriarchatskapitel, durch das Widersprüche mitten hindurch gehen. Wie überhaupt die Beschreibung der eigenen Befindlichkeit hilft, diese Widersprüche anzugehen. Im besten Sinne Selbstverständlich bieten die Kapitel aus FEUER UND FLAMME, in denen die Auseinandersetzung mit ›den Bedingungen des eigenen Handelns‹ (S. 160) vorangetrieben wird (vor allem im Organisierungskapitel, auch IWF- Kampagne). Gemeint ist ja nicht subjektivistische Nabelschau, sondern der Versuch, den Anspruch an eine politische Praxis in eine Lebensform zu übersetzen.

Und von den Lebensformen ist, wie gesagt, in FEUER UND FLAMME für meinen Geschmack zu wenig die Rede.

Noch einmal der Versuch einer Annäherung aus der Außenperspektive auf die Lebensformen, also aus der Perspektive der Mythen. Diese waren im Gegensatz zur Alternativbewegung nie Erfindungen aufgrund eines mehr oder weniger einheitlichen Politikentwurfs, sondern reinste Recyclingunternehmen. Das Vorgefundene zweckentfremden, statt neue alternative Märkte zu erfinden. Anders ausgedrückt, lieber Windbeutel an einem unverhofften Ort als reine Utopie. Wenn die Hammer-und-Zirkel Fahne als Tischtuch in einem besetzten Haus wieder auftaucht, ist das ebenso eine Form der Zweckentfremdung, ein sinnvolles Recycling, wie die Umwidmung das Polizeicodes ›Hönkel‹ für die flächendeckende Bestäubung einer Einkaufsstraße mit Mehl. Auch die eingeworfene Fensterscheibe einer Bank wäre in diesem Sinne Zweckentfremdung. Aus der Trennscheibe wird ein Eingang. Das Reich der vorgeschriebenen Zwecke zerfällt ohne die Stützpfeiler der Macht und die so vorgeführte Macht ist auch in ihrer

geringsten Äußerung ein erheiternder Anblick. Was einschüchtert, wird in einem Lachen abgeschüttelt. Von diesen Versuchen, Repressionen in einem grandiosen Lachen den Boden zu entziehen, ist in FEUER UND FLAMME die Rede; zeigt es doch auch, daß unter einer ›Motorradkappe‹ durchaus keine haßerfüllten Desperados stecken. (Und besorgt fragt sich Séverine Lansac, ob ein so spaßloser, vernünftiger Text dieser autonomen Wirklichkeit nicht unrettbar hinterherhinkt.) Dies hier bleibt ein Text, der in seiner ganzen Form den herrschenden Diskurs nicht überschreitet -so wenig wie FEUER UND FLAMME übrigens auch, was das Buch entgegen der erklärten Absicht etwa für den universitären Diskurs verwertbar macht. In Buchform kann sich Autonomie eben am wenigsten austoben!

Für den räuberischen Umgang mit Symbolen, für Zweckentfremdungsaktionen im oben beschriebenen Sinn ist zu Zeiten, in denen subtile Medienstrategien an die Stelle von symbolischer Repräsentation der Macht tritt, wenig Anlaß. Sind solche ›Aktionen‹ doch auf die Symbole des Mächtigen angewiesen. Daß politische Auseinandersetzungen sich immer dort entzünden, wo sich Macht eindeutig repräsentiert, wo sie sich zum Symbol verdichtet, zeigt sich z.B. an der Debatte um die Lenin-Denkmale. Und das zeigt auch, wie unangemessen im Verhältnis zu ihrem politischen Gewicht sich Debatten verschieben hin zu den Kristallisationspunkten souveräner Machtäußerung. Auch deswegen ein Plädoyer für die kleine Politik für die unscheinbareren Äußerungen der Macht. Oder für eine Analyse der Erfassungs- und der Medientechniken. Aber das ist die theoretische Seite, von der überhaupt nicht absehbar ist, daß sie eine Perspektive zum Handeln eröffnet. Autonome Politik ist eine Politik der Evidenzen. Sie ist auf das Spektakuäre angewiesen, das Aktuelle, die Straße, die Symbole.

Und autonome Praxis ist angewiesen auf Räume. Wirkungsvoll waren und sind Aktionen immer an den anderen Orten, den autonomen Räumen, gewesen. In sie wird hineingenommen, was nach der offiziellen Zweckbestimmung dort nicht hingehört. ›Autonome‹ verkörpern einen Raum, der nicht auf Dauer angelegt sein muß, wie die Straße, die etwa für Dauer einer Demonstration autonomer Raum wird. So flüchtig wie Körper eben sind und im Verschwinden mythische Körper hinterlassen. Die Unterstellungen der Anderen schaffen die Mythen. Und Mythen sind keineswegs Gespinnste! Sondern wirkungsvolle Orte, manifest gewordene politische Vorstellungen. Wer diese Orte passieren will, muß sich zu ihnen ins Verhältnis setzen. Öffentlich geschieht das meist in der Form, daß die Auseinandersetzung von den autonomen Orten auf die Aburteilung autonomer Monster verschoben wird. So wird öffentlich die Phantasie ausgetrieben, die autonome Aktionen mit ihrer oft verblüffenden Plausibilität in anderen freisetzen könnte. Mehr als plausibel ist es, einmal ohne zu bezahlen einkaufen zu gehen,

weniger zu arbeiten und dem Kob eins auszuwischen...Autonomie als die Besetzung einer Leerzeile gesellschaftlicher Phantasien? Die Besetzung dieser Orte ist die Besetzung von ›Freiräumen‹ und grade nicht das Freiräumen von besetzten Orten. Das machen Utopisten, die sich in der mit Schlechtigkeit besetzten Welt an einen besseren Ort wünschen. An einen Ort, der keiner ist, eine U-topie, Nicht-Ort. Die anderen Orte aber, die wirkungsvollen, sind Hetero-topien. Ein Ausdruck von Foucault, den er der Medizin entwendet. Dort bezeichnet er ein Gewebe an einer Stelle, wo es nicht hingehört.

»Es gibt gleichfalls- und das wohl in jeder Kultur, in jeder Zivilisation – wirkliche Orte, wirksame Orte, die in die Einrichtung der Gesellschaft hineingezeichnet sind, sozusagen Gegenplazierungen oder Widerlager, tatsächlich realisierte Utopien, in denen die wirklichen Plätze innerhalb der Kultur gleichzeitig repräsentiert, bestritten und gewendet sind, gewissermaßen Orte außerhalb aller Orte, wiewohl sie tatsächlich geortet werden können. Weil diese Orte ganz andere sind als alle Plätze, die sie reflektieren, nenne ich sie im Gegensatz zu den Utopien die Heterotopien.« (Michel Foucault, Andere Räume, S. 10)

Als Gegenplazierungen wären Heterotopien nie unabhängig von den bestehenden Plazierungen, von denen sie sich absetzen. So wie eine Wanderdüne vielleicht, umspült und verformt von den Wogen der Macht. Manches in diesen Heterotopien ist regelrecht spiegelverkehrt, anderes nur scheinbar ganz anders.

Heterotopien halten auch Zeiten besetzt, die in den Intercityzügen ansonsten vorbeirauschen. Es herrscht eine andere Zeit. Von außen betrachtet könnte man ihren Rhythmus behäbig oder beharrlich nennen. Von innen erscheint Beharrlichkeit als ein Moment der Kritik in Absetzung zur hastigen Avantgarde, die immer bloß die Vorhut der Herrschenden ist. Dagegen schlägt uns der falsche Traum, an der Spitze einer Bewegung zu stehen, ständig ein Schnippchen. Wie ein Faden des Frusts windet er sich durch ungezählte Perspektivdiskussionen. Auf dieses Phantom kann verzichtet werden. Es sollte genügen, daß Heterotopien, beunruhigen können.

Heterotopien sind Gewebe ohne feste Umrisse, ohne Mitglieder und ohne Programm. Weil Heterotopien sich an ihrer Umgebung bilden, hört man oft die Klage von der fehlenden Kontinuität. Umzüge, Themenwechsel, Launen, Krisen, Flauten, revolutionäre Wogen machen jedoch die Heterotopien aus. Die Kontinuität ist eine innere, in den Bewegungen oder besser Sprüngen. Und schwer, aber keinesfalls nur ein rhetorischer Trick ist es tatsächlich, die Kontinuität einer Wanderdüne an ihrem Wandern festzumachen.

Heterotopien sind durchlässig, porös. Von Zutrittsbeschränkungen redet, wer unverdaute, unverdauliche Kollektivansprüche an diese autonomen Orte heran-

trägt. Was für ein großes Mißverständnis ist es, daß ›das Kollektiv‹ absolute Identität mit seinen Subjekten verlangt! Es ist gradezu angewiesen auf die widerständigen nicht-identischen Momente der Einzelnen. Dieses Stück Fremdheit macht allererst den Austausch möglich, der Autonomie kennzeichnet. Sonst würde Autonomie mit der Leugnung von Eigenständigkeit und Verschiedenheit beginnen, mit der Subsumtion unter eine vermeintliche Ideologie der Autonomen. Das wäre kein guter Anfang. Unzugänglich erscheinen die Autonomen nur, wenn autonome Selbstbeschreibungen und Äußerungen als Verhaltenskodex gewendet werden. So ist auch FEUER UND FLAMME nicht als Festschreibung dessen, was die Autonomen sind, zu lesen, sondern als Beschreibung von Hetrotopien, unvollständig und unabgeschlossen – im Entstehen sich entwerfend und wieder verwerfend.

Tecumseh I

Offener Brief an Geronimo

Lieber Geronimo !

Da du ja schon selbst dazu einlädts dich »auf's heftigste zu beschimpfen und zu kritisieren« möchte ich das im Folgenden tun. Doch erst einmal gibt's ein paar Streicheleinheiten: Du hast es als erster gewagt, dieses vielen unter den Nägeln brennende Thema »Wer und was sind wir – die Autonomen« und »Woher wir kommen, wohin wir gehen« jenseits eines tagespolitisch aktuellen Textes in Buchform anzugehen. Allein dafür gehört dir allerhand Lob und der schwarz-rote Stern am Goldkettchen um den Hals gehängt.

Daß Mensch da vieles nur falsch machen kann bzw. es ihm aus tausenden von Kehlen entgegenklingt »Nein, Nein, es war alles ganz anders« ist klar. Doch bleibt der Moment, daß die Debatte eröffnet ist und die Fetzen fliegen können. Auch mein oftmaliges Aufstöhnen beim Lesen über »so einen Schwachsinn« ist ein produktiver Moment. Er bringt mich nämlich dazu, jetzt hier in einem Straßencafe zu sitzen und dir zu schreiben. Somit soll auch meine Kritik dich nicht in Grund und Boden verdammen, sondern zielt eher in die Richtung einer »grundsätzlich überarbeiteten« Neuauflage.

Zuerst mal zu den formalen Sachen: Für wen ist das Buch geschrieben? Als »interner« Diskussionsbeitrag für autonome GenossInnen oder für Dritte (z.B. meine Mutter, der ich mit dem Buch endlich die leidige Frage beantworten kann »Was macht ihr eigentlich?«)? Du schwankst dauernd zwischen den Ansatzpunkten hin und her und löst weder das eine noch das andere befriedigend. Für einen »internen« Diskussionsbeitrag bleibst du zu sehr auf der beschreibenden Ebene, arbeitest zu wenig Problemstellungen und Lösungsvorschläge heraus, andererseits setzen deine Beschreibungen oft wiederum viel zu viele interne Kenntnisse voraus und sind viel zu ungenau, als das ich's ohne Erläuterungen meiner Mutter in die Hand drücken könnte. Beide Ansatzpunkte müssen sich nicht unbedingt widersprechen – sie müßten nur klar strukturiert werden. Zuerst beschreiben um was es geht, dann daraus die Fragen und Problematiken entwickeln und eigene Kommentierungen und Lösungsvorstellungen einbringen. Das hört sich zwar

jetzt nach der Kritik eines Uni-Profs an Seminararbeiten an, aber an deinem Buch fällt mir deutlich auf, wie »sachlich berechtigt« so eine Kritik manchmal ist. Auch vielen unserer heutigen Autonomen müßte Mensch genauer erklären, was z.B. der Häuserkampf 80/81 eigentlich war.

Und bei der Konzeption sind wir beim nächsten Punkt. Oft verlierst du den roten Faden, schneidest du da was an, führst es aber nicht als Gedanken zu Ende; z.B. taucht der Bremer Kongreß 1988 über den »Neuen Antiimperialismus« insgesamt an drei Stellen auf, immer mit einem neuen Aspekt der Kritik versehen. Auch die zeitliche Chronologie gerät manchmal durcheinander, und ein paar Fakten hättest du genauer recherchieren können. Es sind mir einfach zu viele kleine Fehler und gewaltige Worte (»massenhaft«, »Großdeutschland«). Oder manchmal fragt sich Mensch, was willst du nun eigentlich damit sagen, z.B. wurde ich aus dem Kapitel über den Alltag auch bei mehrmaligen Lesen nicht schlau – aber vielleicht bin ich auch einfach zu blöd dazu. Zusammen mit den manchmal bezugslosen Gedankenassoziationen und das der Text – trotz der Überarbeitung durch Dritte – seinen geschwätzigen Unterton nicht verliert, wirkt das alles manchmal reichlich verwirrend.

Doch nun zum Inhaltlichen: Zwei Hauptkritikpunkte habe ich: Erstens daß du voll aus der Sicht der Polit-KaderInnen der Autonomen schreibst und dir damit deutlich mehr als die Hälfte der »Wirklichkeit« verloren geht und zweitens, damit zusammenhängend, daß du scheinbar mit Kultur und autonomer Alltagskultur überhaupt nichts anfangen kannst.

An drei Beispielen will ich das mal erläutern: Du erklärst den Häuserkampf 80/81 vor allem als von »Leuten aus der undogmatischen linken Alternativszene getragen, die z.T. vorher in Anti-AKW- Studenten- und Knastgruppen gerabeitet hatten« (S. 95) Das ist als Teilaspekt nicht falsch , aber so wie es bei dir steht, wird es falsch. Du setzt nämlich diesen Teil als zentralen Aspekt, gestehtst noch ein paar reformistische Stadtteilgruppen zu und vergißt den ganzen Rest: nämlich die Punks, ihre Musik (die eben mit »Slime« und »Fehlfarben« die kulturelle Klammer zwischen linksradikaler Szene und jugendlicher Restbevölkerung schaffen) und die sonstigen »no future« Jugendlichen aus Westdeutschland und sonstwoher. Erst dadurch wird aus den 500 Menschen der linksradikalen Szene, die für sich ziemlich allein und isoliert sind, eine Bewegung und eine Kraft. Das Wort »Punk« oder »Popmusik« taucht bei dir kein einziges Mal auf. Auch kann Mensch die bürgerliche Beschreibung des ganzen als »Jugendrevolte« nicht so billig abtun, wie du dies tust. Warum passen sich denn die Mehrheit der Menschen, die 80/81 mit Steinen geworfen haben, zwei, drei Jahre später wieder an? Warum wird der existenzielle Bruch wieder vergessen? Nur wenn du dich den kulturellen und all-

täglichen Niedergangsprozessen einer Bewegung stellst, kann Mensch dies auch begreifen.

Ebenso beschreibst du ’68 als Studentenrevolte; der Dreh- und Angelpunkt ist für dich der 2. Juni 67, aber vom ebenso wichtigen Rolling Stones Konzert in der Waldbühne hast du noch nie was gehört; wie überhaupt von den »Rolling Stones« und den »Beatles« (sie stehen hier nur als die bekanntesten Symbole). All die kulturellen Aufbrüche von Jugendlichen im weitesten Sinne fallen bei dir hinten runter oder werden höchstens nachgeordnet erwähnt, wenn sie für die Polit-KaderInnen verwertbar sind. Haschisch und Kiffen, Drogen, Hippies und der Wunsch nach freier Sexualität tauchen bei dir nicht auf, nur eben die »Haschrebellen« als Gründungsformation der »Bewegung 2. Juni«. So beschreibst du die politische Oberfläche und das Handeln und Reden der politischen Schicht, aber losgelöst von ihrer kulturellen Basis. Dabei hast du doch den Aufsatz von K. H. Roth mitverwurstet, in dem er genau diesen Punkt deutlich herausarbeitet: daß ’68 eben keine »Studentenrevolte« war, sondern zumindestens eine umfassende »Jugendrevolte«.

Oder als aktuelles Beispiel: Seitenlang läßt du dich bei den Aktionstagen gegen den IWF über Siemensstadt aus, erwähnst aber das eigentlich »erfolgreiche« Ereignis der IWF-Aktionstage, das Trommeln am Breitscheidplatz mit kaum einem Wort. Hier gilt es doch tausende von Fragen raus zu arbeiten. Warum das ausgedacht politisch richtige nicht ankommt (Siemenstadt, Arbeitsamt etc.) aber mit diesen diffusen Aktionen wie das Trommeln auf dem Breitscheidplatz oder dem »Bankerklatschen vor der Oper« viel mehr Breitenwirkung und damit letztlich auch ein materieller Angriff bewirkt wird?

Warum erwähnst du die autonome Alltagskultur wie Wohngemeinschaften, Frauengruppen, besetzte Häuser, Jugend- Kulturzentren, Konzerte, Kiezdiskos, Alternativ-Klitischen, Versuche eine andere Sexualität zu leben, etc, mit kaum einem Wort. Dazu möchte ich dir als Lesetip zur Rangehensweise und zum Blickwinkel den Aufsatz von K.H.. Roth »Massenautonomie im Modell Deutschland« in einer der letzten Nummern der »Autonomie-Alte Folge« empfehlen (leider bezieht sich der Artikel nur auf die späten 70er Jahre).

Zusammenfassend möchte ich festhalten: Dein Fehler ist, daß du die Autonomen eher als »politische Partei« beschreibst und nicht als linksradikale politische Tendenz in einer kulturellen und sozialen Bewegung. Weiter hinten kapierst du dies sehr gut (S. 222) aber warum wendest du das nicht auf die 200 vorhergehenden Seiten an?

Obwohl du angeblich alle 43 Bände von Carlos und Frederik in der Badewanne gelesen haben willst, kein Wort zu den materiellen Existenzsbedingungen

unserer Szene oder gar zu der sozialen Herkunft von uns Mittelschichtskindern. Nur auf S. 110 gehst du kurz z.B. auf die Streichungen von Arbeitslosengeld und Bafög ein, aber im völlig falschen Zusammenhang mit Jobbergruppen. Daß die Möglichkeit, sich relativ viel Zeit von den Mühseligkeiten des Gelderwerbs freizuhalten und von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder Bafög zu leben, eine wichtige materielle Entstehungsbedingung für die Revolte 80/81 war und auch genau deshalb in den Jahren danach der Angriff darauf einsetzte, arbeitest du nicht raus. Vielleicht kommt auch deshalb heute kein Häuserkampf mehr so in Gang, weil Vielen die freie Zeit fehlt?

Damit will ich es erstmal belassen. Das Buch schadet auf keinen Fall, bedarf aber dringend einer gründlichen Überarbeitung, beziehungsweise dreier »Gegenbücher«, die es überflüssig machen. So hat es zumindest mit der Eröffnung der Debatte seine historische Mission erfüllt.

Mach's gut. Alter

(aus: INTERIM Nr. 102 /1990)

Tecumseh II

Von kulturellen und sozialen Klassen

Nach meinem ersten offenen Brief zu deinem Buch FEUER UND FLAMME hatte ich dir versprochen meine Kritik nochmal ausführlicher darzustellen, nicht nur beim kritisieren und zerreißen stehen bleiben, sondern auch konstruktiv zu formulieren was ich anders gemacht hätte. Da ich wie alle Menschen die üblichen Probleme habe, mal in die Pötte zu kommen und die weltpolitischen Ereignisse (von Mainzer Straße bis zum Golf) sich überschlagen, fällt es mir schwer, alle Gedankenfetzen und Ideen so schnell mal wieder aus einer verstaubten Gehirnecke und von irgendwelchen Zetteln, die ich letzten Sommer in den Bergen dazu beschrieb, rauszukramen und zu ordnen; geschweige in einen wohldurchdachten, mit »klugen« Zitaten gespickten Text zu fassen. Trotzdem hab ich's auf die schnelle mal versucht.

Wer und Was »die Autonomen« sind, kann mensch nur begreifen, wenn er / sie uns primär unter kulturellen, sozialen und alltäglichen Gesichtspunkten anschaut und erst dann von unserem politischen Erscheinungsbild her. Denn es geht uns mehr um eine Lebensweise und Lebensgefühl, die im Unterschied zu allen anderen »politischen Parteien« die ganz Existenz umfasst, als um ein politisches Programm. Mensch kann nicht morgens als Schichtführerin in die Fabrik oder als Studienrätin in die Schule und abends auf Autonome machen, wie mensch ohne existentielle Konsequenz Parteimitglied z.B. der »Grünen« sein kann. Wir Autonomen sind Teil und der radikalste und politisch expliziteste Ausdruck der Subkulturen, die (nicht nur) in der BRD in den letzten 25 Jahren entstanden sind.

Dazu nun etwas genauer, doch vorher noch etwas zum Blickwinkel: Es gibt zumindestens zwei Arten der Geschichts- und Gesellschaftsbetrachtung: Einerseits der Blick von unten, wie wir uns (gerne) sehen, was wir wollen und was wir gerne sein würden, auf welche historischen Wurzeln wir uns beziehen, in wessen Kontinuität wir uns sehen, etc. Und andererseits der »objektive«, »analytische« Blick von oben, quasi als »Weltgeist Superstar« aus einem Raumschiff auf die Erde schauend und sich fragend, ob die autonomen Kämpfe in einer Gesellschaft wie die der BRD überhaupt auffallen, was sie bewirken, welche Bedeutung und

Wichtigkeit sie haben, was wird davon »historisch« übrig bleiben (ist der Kampf gegen AKWs aus der Sicht des Jahres 2100 mehr als eine Fußnote?) und was ist vergebliches Abstrampeln gegen den Lauf der Welt.

Mir ist jetzt erstmal der zweite Punkt wichtig: Seit etwa Mitte der 60er Jahre hat sich in der BRD (wie auch in den USA und vielen anderen westeuropäischen Staaten) ein kultureller Bruch vor allen von Teilen der Jugendlichen entwickelt, deren zentrale Kennzeichen die Verweigerung der Konsum- und Leistungsgesellschaft sowie das Benutzen von Drogen und als gemeinsames, weltweit verbindendes Element die Musik waren: Von den »Beatles« (wie harmlos die heute auch immer wirken, damals war ihre gesellschaftliche Funktion eine andere) über die »Rolling Stones« hin zu »Jimi Hendrix« und als offensichtlichster Bezugspunkt »Woodstock«. Dazu kamen noch gewisse Äußerlichkeiten, wie lange Haare, etc. Auf dieser kulturellen Ebene wurde eine »weltweite« Gemeinsamkeit gefunden und dann und darauf aufbauend konnte sich die sogenannte »Studentenrevolte« 1968 (oder besser: Jugendrevolte 68) entwickeln, die dann explizit politische Inhalte und Forderungen hatte. Die soziale Herkunft oder ein gemeinsamer sozialer Hintergrund (z.B. als Massenarbeiter bei VW etc) spielte weitgehend keine Rolle – der Joint kreiste vom abgehauenen Fabrikarbeiter zum klug daher schwatzenden Studie aus Mittelstandskreisen, im Hintergrund die Musik von Jimi Hendrix. Eine Bewegung entstand erst, als Studies und Jugendliche zusammen kamen, die Klammern bildeten Musik und Drogen, es konstituierte sich eine: KULTURELLE KLASSE

Und diese kulturelle Klasse existiert bis heute – nicht mehr so auf Jugendliche bezogen wie ’68 und stellt den zentralen Bruch und Konfliktlinie in der Gesellschaft der BRD dar. Es geht im Groben um zwei kulturelle Entwürfe von Leben: Industrie- und Konsumgesellschaft oder um Leben im Hier und Jetzt. Dies drückt sich besonders in starken Generationskonflikten, der Ablehnung der Industriegesellschaft (besonders ihrer Großprojekte) der Kampf um sexuelle Selbstbestimmung (Lesben und Schwule, Versuche einer anderen Sexualität), den Kämpfen der Frauen, den Kämpfen um die Lebenshaltungskosten wie Mieten, Fahrpreise etc, Experimente mit Drogen, in der gemeinsamen Musik (früher Rock, heute Punk im weitesten Sinne) die gemeinsame Verweigerung von bestimmten Teilen der BRD-Kultur wie Karriere, Heiraten, Kleinfamilie mit Kindern etc und der Versuch, in anderen Lebensformen wie Großgruppe, WG und Kommune zu leben.

Natürlich ist das alles viel widersprüchlicher, sind Teile ständig darum bemüht sich in die Gesellschaft der BRD reformierend zu integrieren, während andere dies heftig bekämpfen (eben die Autonomen), werden große Teil kommerziali-

siert und in den Kreislauf von Konsum- und Geld integriert, zerfällt diese Szene bei genauer Betrachtung, die zeitweise (z.B. Ende der 70er) bis zu 10% der Bevölkerung der BRD ausmachte in zig Untergruppen, die sich zum Teil heftig befehden. Und ein weiteres Problem ist die Kontinuität dieser Kulturen: Sie bestehen allenfalls auf der Beschreibungsebene von oben, aber bis auf wenige Ausnahmen nicht auf der Ebene der konkreten Personen. Die autonome Scene ist ein großer Durchlauferhitzer, die Menschen kommen und gehen – und spielen das nächste Spiel. Menschen, die 68 dabei waren und heute immer noch dabei sind, kannst du an einer Hand abzählen, aber die Zahl derer, die mal einen Stein geworfen haben und heute z.B. StudienrätInnen sind, geht in die tausende. Oder: der Prozentsatz derer, die schon beim Häuserkampf 80/81 dabei waren und heute noch aktiv sind, ist zwar deutlich größer, aber auch die Masse der HäuserkämpferInnen ist integriert. Das Problem der Autonomen ist mit, daß es sich wesentlich um eine Jugendrevolte handelt und die Mehrheit spätestens mit 30 andere Wege geht – ob daß nun verwerflich ist, ist eine andere Frage, aber es ist erstmal Fakt. Eine aufständische Kultur und Lebensweise ist individuell nicht konservierbar, überlebt sich, auch ihre »Lebenslügen« nutzen sich ab. Besonders unsere oft geschmähte alternative Ökonomie ist hier als Auffangspunkt gegen den ökonomischen Druck zur Anpassung zu beachten. Aber noch gibt es keine widerständische Kultur der 40-Jährigen.

In diesem kulturellen und sozialen Konglomerat sind die Autonomen (oder früher die Spontis) der radikalste und explizit politische Flügel, der am existenziellesten und militantesten für seine Ideen und Interessen eintritt. Ohne diesen Hintergrund sind die »KaderInnen« der Autonomen ein lächerlicher Haufen von politischen Wichtigtuern, aber mit diesen sind die Autonomen die Hefe im Teig. Und an den Punkten, wo es gemeinsame Berührungspunkte der verschiedenen Teilscenes gibt (Anti-AKW, IWF, Häuserkampf, etc) entsteht die politische Stärke der Autonomen. Übrigens, auch die Grünen sind ein politischer Flügel dieser kulturellen Klasse.

Und ein weiterer Aspekt: Genau diese Herausbildung einer eigenen Kultur macht unsere Stärke im Vergleich zu Italien und Frankreich aus, die es uns im Unterschied zu ihnen ermöglichte auch nach heftigen Angriffen der Herrschenden zu überleben (z.B. '77). Die zig Jugend-, Kultur- und Autonome – Zentren, Kneipen, Kollektive etc., die es bei uns gab und gibt sind »unsere Berge« in die wir uns zurück ziehen können, trotz der Doppeldeutigkeit, daß dies gleichzeitig ein Kaltstellen im eigenen Ghetto ist. Nur im Vergleich zu z.B. Padua in Italien, wo es selbst in Hochzeiten 77 keine einzige »autonome« Kneipe gab, fällt auf wie wichtig diese alltägliche Infrastruktur ist. Wenn du nicht im Alltag als »soziales

Mitglied präsent bist, bist du zu leicht auf der politischen Ebene zu besiegen und danach ist dann nichts mehr.

Für den größten gesellschaftlichen Einbruch halte ich immer noch den Uni-Streik im Winter 88/89, weil hier von hunderttausenden autonome Verhaltensweisen, Politikformen und Inhalte aufgegriffen und auf die eigenen Verhältnisse verwendet wurden. d.h. es wurden VV's zur zentralen Entscheidungsinstanz, durch die Besetzungen und dem Leben von tausenden von Leuten in den Unis ging's um das ganze Leben, die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Unis durch die StudentInnen, gegen die kapitalistische Verwertung der Uni, unser'm Willen etwas zu lernen und ganz wichtig auch der deutlich antipatriarchale Charakter gegen die Männerunis. »Aber halt« höre ich schon alle aufschreiben, daß war doch alles inhaltlich so verwässert und so leicht reformistisch zu vereinnahmen. Ja aber, so ist es eben, wenn das »Volk« unsere Inhalte aufgreift, das wird dann nicht die »reine Lehre« sein und das es vereinnahmt wurde, heißt nicht, daß es falsch war, sondern zeigt nur unsere Schwäche so einen Kampf auch durchzusetzen. Aber nur so ist eine Revolution im autonomen Sinne denkbar. Als ein gesamtgesellschaftliches Aufgreifen von autonomen Verhaltensweisen von FabrikarbeiterInnen, von den BewohnerInnen der Stadtteile und Dörfer, von den Frauen, von den Immigrantinnen. Und das ist nur als sozialer Prozess der Entmachtung von Herrschaftsstrukturen vorstellbar, die durch das allgemeine selbstbestimmte Verhalten in sich zusammen brechen, aber nicht als Sturm auf's Rathaus (dies vielleicht nur als letzte, als abschließende, quasi nur noch symbolische Aktion). Eine leichte Ahnung wie so etwas aussehen könnte, erlebten wir im Herbst '89 in der DDR und im Ostblock, aber da war nur das System reif zum Sturz, aber nicht die Menschen für eine selbstverwaltete Gesellschaft.

In der BRD sind zur Zeit keine Entwicklungen absehbar, die einen bedeutenden Teil der Bevölkerung gegen das System stellt. Es wird sicher heftige Kämpfe der DDR-Bevölkerung um möglichst schnelle Gleichstellung mit dem Westen geben, aber wenn der BVB-U-Bahn-Fahrer gleich viel verdient wie die BVG-Westkollegin sind diese Kämpfe befriedigt. Sicher wird es heftige Kämpfe um das Bleiberecht der AusländerInnen geben und antifaschistische Abwehrkämpfe, aber ein zentraler gesellschaftlicher Konflikt wie der Anti-AKW-Kampf Ende der 70er oder gar ein Kampf um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist im Moment nicht absehbar.

Diese grundsätzliche Beschreibung des autonomen Anliegens als primär kultureller Kampf würde ich bis Mitte (oder Ende) der 80er gelten lassen, nun setzt eine neue Entwicklung ein, an deren Anfang wir uns bewegen. Die Beschreibung als »kulturelle Klasse« ist heute überholt – ein Teil ist fest integriert als neue

Mittelschichten, ein Teil ist so an den Rand gedrängt, so daß sie sich als soziale Klasse von Marginalisierten neu konstituieren. Aber da das soziale Erleben der BRD-Wirklichkleit so individualisiert ist, ist die kulturelle Klammer als der Punkt, wo die unterschiedlichen Einzelschicksale zusammen kommen extrem wichtig, bzw. der entscheidende Punkt. All' die Marginalisierten können nur über eine gemeinsame Kultur die Trennungen und Unterschiedlichkeiten überbrücken und sich somit als »soziale und kulturelle Klasse« gegen die BRD-Gesellschaft konstituieren. Ein erster Ausdruck dieser neuen Zusammensetzung sind die von über 10.000 Menschen getragenen revolutionären 1. Mai-Demos in Berlin.

(aus: INTERIM Nr. 142/1991)

VAL

Liebe, Krieg und Alltag

Lag's in der Luft, endlich eine »Geschichte der Autonomen«? Ich habe FEUER UND FLAMME mit Spannung, Zustimmung und wiederholten Seufzern – »na endlich schreibt das jemand« – gelesen, ein wichtiges, ein überfälliges Buch. Ich muß das vorausschicken, bevor ich zu kritisieren anfange. Ich will es auch weniger als Kritik als eher als Kommentar oder Hinzufügung verstanden wissen. Du weißt so gut wie ich, daß es »die« Geschichte »der« Autonomen nicht gibt, nicht eigentlich. Wir stecken in unseren persönlichen wie politischen Lebensgeschichten drin, und die sind es, die uns bestimmte Fakten wahrnehmen und wichtig finden lassen, und andere weniger. Diese erbitterte Verteidigung des Eigensinns, der eigenen politischen Subjektivität ist letztlich unser Ausgangspunkt, der gemeinsame (aber individuelle) Nenner von all jenen, die sich »autonom« nennen ... aber natürlich verschiedene Geschichten haben. Also ist es erstmal meine eigene Geschichte, die aus meinen Anmerkungen spricht, unverleugbar.

Du machst es dir mit dem Begriff »Autonome« insofern ein bißchen einfach, indem du einfach die Leute darunter subsumierst, die sich selber so bezeichnen und ihnen als Vorgeschichte die Spontis und Operaisten der 70er verpaßt, von denen ja wirklich historische Linien zu den Autonomen hinführen. Das stimmt schon, wenn auch nur zu 'nem sehr kleinen Teil als Kontinuität politischer Arbeit (wie bei Karl-Heinz Roth – aber bezeichnet der sich eigentlich als Autonomer?), aber die scheinbar unkomplizierte Etikettierung läßt ein paar Aspekte außer Sicht geraten. Erstens gab (und gibt, glaube ich) es undogmatische Militante, die sich nicht als Autonome bezeichnet haben, aber zu deren politischer (Wirkungs-) Geschichte untrennbar dazugehören (z. B. während der von dir sehr schön als Radikalisierungsschub quer zu den üblichen Politstrukturen beschriebene Wendlandblockade Mai 1984; oder während des »süddeutschen Booms« an politischer Militanz, der Frühjahr 85 einsetzt und Pfingsten 86 seinen Höhepunkt erreicht). Also, könnte man sagen, ein immer wieder zur Militanz bereites Potential innerhalb der reformistischen Ökos u.ä., jedenfalls außerhalb der autonomen Scene. Die haben immer mitgemacht und bestimmte Phänomene von erfolgreicher Massenmilitanz sind ohne die nicht erklärbar. Zweitens wird deine Abgrenzung

zwischen Autonomen und Antiimps spätestens ab 87 problematisch, weil von da an, die rund um den IWF geführte (dröge) Theoriedebatte und diverse Hungerstreik-Mobilisierungen die Grenzen immer mehr verschwinden lassen: Autonome Flugis und Zeitungen greifen nicht nur Themen, sondern sehr stark Inhalte und vor allem Sprachhülsen und Begriffe von den Antiimps auf. Du beschreibst die lähmenden Auswirkungen dieser Theoriedebatte mit einer Klarheit und analytischen Schärfe, die 1987 so bitter notwendig gewesen wäre, um die große Lähmung zu beenden. Stattdessen kam, von dir als Mechanismus klar erfaßt, damals bloß wieder die nächste Kampagne, bzw. das nächste Highlight (der Hafen, in diesem Fall) und keine selbstkritische Debatte.

And the beat went on.

Aber die Autonomen sind ja immer ein heterogener politischer Zusammenhang gewesen, Zusammenhang von Zeitungen, Projekten, Gruppen, die alle ihre eigene Geschichte haben. Du schreibst das Buch fast ausschließlich als eine politische Geschichte dieser »autonomen Zusammenhänge«. Die Gruppen und Institutionen sind aber im Lauf der Jahre sozusagen »Durchgangssituation« oder besser zeitweiliges Stadium von eigener politischer Verortung von enorm vielen Leuten gewesen, die später wieder raus sind, die den informellen Zusammenhang »Autonome« später wieder verlassen haben. Das weißt du selber, wie gering der Prozentsatz der Leute ist, die dabeigeblieben sind, wie häufig die Klagen über die großen Fluktuation in Projekten, Zeitungen, Gruppen usw. Es reicht nicht aus, wenn man alle diese Leute als »bloß anpolitisiert« abtut. Dazu sind's zu viele. Ich denke also, die Geschichte der Autonomen ist weniger die von Institutionen als die eines »Projekts Autonomie«, wie man's nennen könnte: Eine von vielen Leuten erlebte Phase, in der sie Autonome waren und sich autonomen Gruppen zugehörig gefühlt haben. Machen wir uns nichts vor: Die Autonomen sind zu einem grossen Teil eine unbeständige, personell fluktuierende politische Kraft.

Dieses Projekt Autonomie hat ein paar gemeinsame Überzeugungen, und die wichtigste davon ist der Anspruch, die eigene politische Betätigung auf keinen Fall vom eigenen Lebensstil, von den eigenen Bedürfnissen und Projektionen, kurz, von der Art wie man sich's auf der Welt einrichtet, zu trennen: Ein wütendes und offensives Einklagen der eigenen Bedürfnisse, auf der Stelle, subito. In der Hinsicht sind wir alle immer ziemlich romantisch gewesen. Außerdem schließt es eine bestimmte Art von Weltschmerz ein, seien wir ehrlich. Oder vielleicht besser: Das Wissen – und trotzige Eingestehen – der eigenen Isolation.

Und: Autonomer sein war und ist in sehr grossem Maß eine Frage von Stil, eines bestimmten Stils in Klamotten, Mucke, Sprache. Die Autonomen sind mindestens genauso eine Subkultur (»profane culture« oder »youth culture« im Sinn

der verdammten Reformisten Cohen & Taylor) wie eine politische Richtung und haben das selber nie abgestritten, sondern sich genüßlich selber darin bespiegelt. Du spielst auf alles das in deinem Kapitel über die autonomen Mythen leider bloß an. Und ich will das auch nicht als eine herablassende und arrogante Psychologisierung verstanden wissen, nicht als Angriff oder Diffamierung. Ich denke, es ist hilfreich sich selbst zu betrachten, wenn man bestimmte Entwicklungen kapieren will. Selbstkritik ist ersteinmal eines: Genau hinsehen.

Du tust aber das ganze Buch über so, als wären die Autonomen so etwas wie eine feste politische Bewegung, fast eine Art Partei: Dabei sind sie in Wirklichkeit mehr, nämlich ein gemeinsames Lebensgefühl, eine Subkultur eben.

Wir waren (und sind) einfach oft von unserem eigenen coolen Auftreten & Outfit allzusehr begeistert: Deshalb die von dir beschriebenen Mythen, deshalb das zu Recht registrierte Fehlen von Gelassenheit, pragmatisch mit reformistischen Positionen umzugehen. Und deshalb vor allem die autonome Unfähigkeit, die immer wieder aus den eigenen Reihen (»Lupus« und andere) geäußerte Selbstkritik wirklich anzunehmen, geschweige denn auch nur ansatzweise umzusetzen.

Halten wir fest, daß die Autonomen als politische Bewegung nach 1983 und nach 1986 ordentlich in der Krise stecken: Du deutest das zwar in deinem historischen Abriß an, formulierst es aber nicht ausdrücklich, weil du ja Kontinuitäten darstellen willst. Mit Krise meine ich: Ein weitverbreites Gefühl von Stillstand, Resignation, die Leute bleiben weg, die Debatten drehen sich im Kreis, keinem fällt was neues ein, alle leiden vor sich hin. In beiden Krisen sind die ganz überwiegenden Teile autonomer Zusammenhänge nicht nur nicht bereit, Selbstkritik aus den eigenen Reihen wahrzunehmen und zu diskutieren, nein, sie betonen eher noch verstärkt die Abgrenzung, die autonome Großmäuligkeit & Arroganz, die Mythen.

Ich bin sehr froh, daß du die Haßkappe und die Kleiderordnung unter den Mythen an die erste Stelle setzt und, na sagen wir mal, kritisch beleuchtest. Jede Fotodokumentation über die Berliner Hausbesetzerjahre 79-83 führt einem vor Augen, daß diese Hochphase autonomer »Gegenmacht« (von dir zu Recht als Begriff problematisiert) von Leuten mit ziemlich heterogen Aussehen gelebt und erkämpft worden ist; und daß die Entstehung von einzig korrekten »autonomen Outfit« in den Köpfen erst später erfolgt ist; daß die Haßkappe längst eine Art Dogma und autonomes Glaubensbekenntnis geworden und mittlerweile viel eher ein Hemmschuh und Hindernis für die Kämpfe ist, als deren zeitgemäße Ausdrucksform. Aber es wird unerschütterlich an ihr festgehalten – Subkulturen sind, seien wir ehrlich, ziemlich wertkonservativ. Die holländische Diskussion

(etwa in »De Zwarte« von 12/88 bzw. 1/89), auch bei militanten Demos auf Kappen zu verzichten, ist nicht nur in die BRD nicht durchgedrungen, sie ist hier nicht mal denkbar. Ich würde mich freuen, wenn du gegenteiliges wüßtest.

Deine Ausführungen zur Gewalt als politisches Problem (wessen Problem?) und zur »Gewaltdebatte« (und wie sie am Wesentlichen vorbeigeht) sind hervorragend, aber ich muß trotzdem was dazufügen. Für mich ist, wie für viele, glaube ich, die Auseinandersetzung auf der Strasse, die eigene und kollektive Militanz eine befreiende Erfahrung gewesen. Natürlich mit Ängsten und Adrenalin besetzt, aber ich habe sie immer als eine solidarische, starke (pardon, aber isso) lustvolle Antwort auf die Arroganz der Macht erlebt, eine Explosion von Wut und Zärtlichkeit und Solidarität gegen den Beton der Verhältnisse. Aber genau deswegen muß man von einer verkürzten militaristischen Sichtweise politischer Auseinandersetzung á la »Hau drauf, is Tango« wegkommen zu einer pragmatischeren Einschätzung. »Lupus«« und andere haben diese Kritik mehrfach formuliert, ich muß das nicht wiederholen. Es gab und gibt in grossem Ausmaß sinnlose und kontraproduktive Militanz von Genossen auf Demos (und anderswo). Du gehst in dem Kapitel »Mythen«, wo es eigentlich hingehört, auf dieses Thema leider nur am Rand ein. Seien wir ehrlich: Unsere Militanz ist sehr häufig zur vorhersehbaren Randale ritualisiert, und nur zu häufig ist sie nicht mehr politisches Kampfmittel, sondern zur verzweifelten Selbstvergewisserung verkommen. Wir Autonomen waren und sind über den großteils theatralischen Charakter unseres Auftretens nicht im Klaren, fürchte ich, und verwechseln für einen Nachmittag lustvoll umgedrehte Verhältnisse in ein paar Straßen allzuoft mit »revolutionärer Auseinandersetzung«. Unser Auftreten bei Demos hat häufig den Charakter einer Inszenierung, eines Spiels – aber deswegen ist es nicht weniger wirksam und nicht weniger politisch, verdammt!

Deine politische Geschichte der Autonomen beschreibt zwar die heftigen Auseinandersetzung auf Demos und sonstwo, aber sie leistet keine »Kritik der Waffen. Die Geschichte autonomer Strassenkämpfe und ihrer Niederlagen, die für die Betroffenen existentielle Folgen hatten und haben, ist nicht nur eine der Repression, sondern auch eine von autonomer Selbstüberschätzung und Blindheit. Wenn es ein Tabu der Autonomen gibt, dann liegt es hier: Auf der Strasse. Oder, anders gesagt: Repression ist keine Entschuldigung für Großmäuligkeit und Dummheit, und schon gar nicht für den Mangel an Phantasie und militanter Innovation.

Innovation? Die ist im Moment nicht in Sicht, fürchte ich. Vielleicht gehe ich zu sehr von Hamburger Verhältnissen aus, aber hier passiert auf Demos nicht nur nichts neues, es wird vielmehr eine Art traditionelles Brauchtum abgespult, der

vom Outfit über die Musik aus dem Lautsprecherwagen bis zu den skandierten Parolen reicht – als ob jedermann verzweifelt bemüht wäre, sich wie in einer großen nostalgischen Inszenierung metropolitaner Kämpfe ins Jahr 1981 zurückzubeamen, notfalls mit Hilfe von ein paar Dosen Holsten-Pils. Ich wollte eigentlich nicht polemisch werden. Es ist so ... Du weißt das selbst, glaube ich, jedenfalls nach den Passagen in deinem Buch zu schließen, in denen du über die Zwänge, die Kälte und die Enttäuschungen des Szenealltags schreibst. Und du beschreibst ziemlich gut diese autonome Schizophrenie, dieses Feind-Bild: Der Feind ist einerseits übermächtig – als »das Schweinesystem« bzw.. »das transnationale Kapital« bzw.. vollends abstrakt: »die Herrschenden« – und überall erdrückend präsent, aber andererseits muß er als möglichst angreifbares Haßobjekt ständig in nächster Nähe lokalisiert werden – was häufig ins Groteske umschlägt. Aus dieser psychischen Struktur heraus sind Spitzelparanoia und die ständige Bereitschaft zur »Entlarvung« von Genossinnen als Verräter oder Bulleninformanten nur zu folgerichtig, wie du das für die quälende Berliner Spitzeldebatte beschreibst, die sich seither in bedrückender Form immer wieder in kleinerem Maßstab wiederholt hat. Schlimm ist eines: Sie wird sich wohl immer wieder wiederholen, solange es die Szene in dieser Form und mit diesen Umgangsformen gibt.

Und schließlich: was mir an deinem Buch fehlt, ist die Kritik an autonomer Sprache, an der abgehobenen und nur eingelesenen zugänglichen Terminologie, an den unsäglichen Plattheiten und Worthülsen. Ich finde dein Buch gut lesbar und vernünftig geschrieben, aber an einigen Stellen verfällst du auch in solche Worthülsen (»die Herrschenden« u.ä.), vor allem tust du eine Auseinandersetzung über Text und Sprache im Vorwort mit der saloppen Formulierung ab: »Anstatt sich (...) von der Art und Weise des Textes einschüchtern zu lassen, sollten die LeserInnen lieber den Spieß umdrehen und den Autor für seine Unfähigkeit, verständlich zu schreiben, auf's heftigste beschimpfen und sich danach schöneren Dingen des Lebens zuwenden.« Scheisse. Jeder revolutionäre Schreiber hat die verdammte Pflicht, schlicht, klar und amüsant zu schreiben, damit es eine Lust ist, ihn zu lesen. Aber eine »Geschichte der Autonomen«, ist zwangsläufig ein teilweise abstraktes und theoretisches Buch, darauf muß sich der Leser schon einstellen. Aber es ist nicht »die Arbeit am Schreibtisch an sich, die Schachtelsätze und langatmige Verhackstückungen« theoretischer Texte wie du entschuldigend vorbringst: Es ist die mangelnde Arbeit des Schreibers am Text. Du merkst an diesem Brief, daß ich es auch nicht besser kann, aber es ist anders möglich, wenn auch mühsam, und deshalb hat mich die Ausflucht geärgert. Eine ganze Generation von Linken hat sich an deutschen Universitäten durch die verkniffene und leser-

feindliche abstrakte Schreibe politischer und sozialwissenschaftlicher Theoretiker & Korinthenkacker verkrüppeln lassen: Je schwerer lesbar, desto »relevanter«, das war immer das unausgesprochene Motto. Ein Blick auf radikale englische und amerikanische Wissenschaftler zeigt, daß das nicht so sein muß, sondern daß man präzise, aber gleichzeitig amüsant und lesbar schreiben kann. Es ist einer von den Paradoxen und Treppenwitzen autonomer Geschichte, daß die Texte aus dem Umkreis des Projekts Autonomie, das doch lustvolle politische Subjektivität und Radikalität auf seine Fahnen geschrieben hat, immer so unendlich vertrackt, verklausuliert, theoretisch verbiestert geschrieben sind – ungeheuer deutsch.

Aber das ist nicht der einzige Treppenwitz. Die Autonomen haben immer ein Gespür für wirkungsvolle theatralische Posen und Inszenierungen gehabt, für einen karnevalesken Umgang mit Politik: In einen andere Haut schlüpfen, für einen Moment eine verkehrte Welt, in der alles ganz anders und alles möglich ist, in Szene setzen, die Spielregeln umkehren (wobei diese gespielte Welt aber sehr wohl ihre eigenen Regeln hat) die Realitäten überdeutlich in schwarz und weiß belichten, in einer Kette von situationistischen Revolten. Betrachten wir doch einmal unsere Kleiderordnungen, unsere Liebe zu Masken, brennende Kulissen, Rauch und Nebel, FEUER UND FLAMME, und nur allzu deutlich können wir das aus unseren Ikonen, den Strassenkampf- und anderen Fotos, die an unseren Zimmerwänden hängen und die sich immer wieder in unseren Büchern, Broschüren, Flugis wiederfinden, ablesen. Das Projekt Autonomie ist wahrscheinlich die einzige von den politischen Bewegungen der letzten 25 Jahre die – wenn auch uneingestanden, implizit – kapiert hat, daß die Macht kein Zentrum, kein »Herz« hat, das man angreifen kann, sondern, daß sie immer an ihren Rändern, an ihrer Peripherie wirkt: Und daß deswegen der Ort, an dem man ihr Kämpfe liefert, die Peripherie, die Randbereiche sind. Sicher – du merkst das -, das ist Focault, aber hinter dessen Analyse von Macht kann man nicht mehr zurück.

Für mich paßt das durchaus zusammen: Dieser eigentümliche Widerspruch, der schmetternde und großmäulige Anspruch, das Zentrum des Schweinesystems anzugreifen, aber eben dadurch, daß man an den Rändern der Kapitalverwertung Kämpfe führt. Die wilden, erotischen und theatralischen Resurrektionsphantasien der Autonomen haben nie aufs Herz gezielt, auch wenn das immer von uns lauthals behauptet wurde, nicht auf Herrhausen, sondern auf die Vorortfilialen der deutschen Bank: Und gerade deswegen, weil sie die Peripherie der Macht angegriffen haben, und ihrer hohen theatralischen, verfremdenden und symbolischen Qualität wegen, sind die Autonomen politisch sosehr wirksam gewesen.

Sind sie es immer noch? Ich entdecke in deinem Buch das Bemühen, die autonome Bewegung der Jahre 86 -88, nachdem sie sich durch intensive Durch-

dringung mit antiimperialistischer Theorie stark verändert hat, in die 90er Jahre hinein fortzuschreiben, 'ne Kontinuität herbeizuschreiben in gewisser Weise. Dabei läßt du den Aspekt »autonome Subkultur«, Kleidung, Musik, Sprache, der sehr viel zusammengehalten hat, eher außer Acht. Ich glaube, daß das nicht geht. Ich denke außerdem, daß du Unrecht hast, wenn du im Nachwort schreibst, die Autonomen seien in den letzten Jahren der 80er »als politische Kraft zahlenmäßig noch stärker geworden« (S. 235). Die Medien haben seit ein paar Jahren die Autonomen entdeckt und zu einer eigenartig gestylten Politkuriosität zu machen versucht – die Haßkappe als bedrohliches Abziehbild – aber mit ihrer tatsächlichen Stärke hat das nichts zu tun.

Wenn die Autonomen ihre Fähigkeit zur Innovation, also zum Angriff, verloren haben, dann sind sie bankrott. Dann helfen auch »Revivals« nichts mehr. Die waren immer Selbstbetrug.

Mal sehen, wie weit die Autonomen ihre »flüchtigen« Qualitäten behalten, die du mit Recht für ungeheuer wuchtig hältst, ihre Unberechenbarkeit, ihr Selbstbewußtsein, sich dem banalisierenden und unerträglich dummen bundesdeutschen Medienzirkus zu entziehen.

Du hast dich bemüht, eine sehr solidarische und konstruktive Geschichte und Kritik des Projekts Autonomie zu schreiben. Ich bin skeptischer und pessimistischer als du, fürchte ich. Ich glaube nicht recht an Kontinuitäten militanter Politik. Ich glaube, daß die Protagonisten jedes neuen Kampfzyklus, jeder neuen Bewegung sich aus dem Fundus der vorhergegangenen bedienen, daß sie sich daraus Versatzstücke (an Theorien und Kampfformen) hernehmen, um sie dann in ihrem Sinn neu zu verwenden – so wie wir es mit den Spontis und Operaisten gemacht haben. Dazwischen, zwischen den Kampfzyklen oder Bewegungen, liegen aber notwendigerweise Brüche. Die sollte man nicht unterschlagen. Ich denke manchmal, daß so ein Bruch eingetreten ist und daß das nächste Kapitel militanten Widerstands in der BRD/ »Großdeutschland« nur mehr am Rand von uns weißen Mittelschichtkindern (und den paar Prolos, die dabei waren) geschrieben werden wird, sondern eher von den türkischen Immigranten der 2. Generation und wütenden und dequalifizierten Zonis. Was für Erfahrungen, Begriffe, Waffen können wir denen in die Hand geben?

Grüsse – VAL, Hamburg

(aus: INTERIM Nr. 109/1990)

Andreas Fischer / Michael Wildenhain

Autonome – Find ich gut!

Eine nicht gedruckte Konkret-Rezension

In einer Zeit, in der das Substantiv Kapitalismus kaum mehr als kritische Kategorie begriffen wird, sondern weiterhin als Offenbarung mißverstanden zu werden scheint, ist es angenehm, von einem Buch zu erfahren, dessen Titel allein – FEUER UND FLAMME – von einer anderen Leseart der uns umgebenden Wirklichkeit zeugt. Angekündigt unter anderen als Geschichtsschreibung von unten und empfohlen als erstes Buch über die Autonomen, von einem Autonomen, waren wir nicht nur gespannt auf eine geschichtliche Darstellung dieser Bewegung, sondern erhofften darüber hinaus mehr als nur Bemerkungen zu ungelösten Fragen der Organisierung und Perspektive. Die Erwartungen, die sehr wahrscheinlich von einem Großteil der LeserInnen und Leser geteilt werden, erfüllt das Buch nicht. Ebensowenig kann es als fundierte Geschichtsschreibung der letzten fünfzehn bis zwanzig Jahre linker und linksradikaler Initiativen angesehen werden, dazu orientiert sich das vom Autor – Pseudonym Geronimo – beschriebene augenscheinlich zu sehr an dessen eigener Biographie. Trotzdem erachten wir den Versuch, die sonst häufig nur als ausgesprochen fragmentarisch, mithin gänzlich disparat wahrgenommenen Aktivitäten autonomer Politik in einen vorläufigen Zusammenhang zu stellen, als bemerkenswerte Diskussionsgrundlage.

Konzipiert als Erwiderung auf zwei längere Papiere von Autonomen aus Frankfurt – »Lupus-Papier« und Hamburg – »Ich sag wie es ist!« hat der Autor schließlich ein Buch von ungefähr zweihundertfünfzig Seiten vorgelegt, das er in fünf Abschnitte gliedert. Neben einer Vorbemerkung und einen abschließenden Ausblick ist das der besagte geschichtliche Abriß darin, weitverzweigt, die Wurzeln autonomer Praxis, weiterhin ein Kapitel zu Fragen der Organisierung verbunden mit einer Schilderung autonomer Realitäten, und schließlich ein Abschnitt, der konkret Themen für mögliche Auseinandersetzungen um inhaltliche Perspektiven vorschlägt. An den erwähnten Ausblick schließt sich ein vom Autor gewertetes Literaturverzeichnis sowie eine gute Übersicht über die aktuellen Zeitschriften der westdeutschen Linken an.

Trotz der augenfällig Gewichtung, der historische Abriß umfaßt mehr als die Hälfte des Buches, scheint uns der eigentliche Schwerpunkt der Arbeit in gerin-

gerem Umfang auf der Frage zu liegen, wer oder was die Autonomen sind bzw. woher sie kommen, als vielmehr in der Problematisierung der Diskontinuitäten autonomer Politik

Obgleich nun insbesondere der geschichtliche Abriß durch seine Lesbarkeit möglichen Adressaten des Buches entgegen zu kommen scheint, ergibt sich aus dem Gemenge von allgemeiner Darstellung, illustrierenden Einzelheiten und kommentierender Bewertung eine Schwierigkeit, die mit dem in der INTERIM, einem wöchentlich in Westberlin erscheinenden autonomen Info, erfolgten Hinweis auf ein stellenweise zu großes Maß an Vorausgesetztem nur unzureichend beschrieben ist. Zwar wechseln weitgehende Verständlichkeit des Textes auch für Außenstehende und der Charakter eines eher internen Diskussionspapieres einander fortlaufend ab, doch liegt die eigentliche Crux in den notwendigen Verfälschungen, die eine derartige Vermischung zur Folge haben muß. Wer wenig vom jeweiligen Geschehen weiß, ist darauf angewiesen, zu glauben oder dem Verfasser ein grundsätzliches Mißtrauen entgegen zu bringen. Beides ist gleichermaßen unbefriedigend.

Am Abschnitt, der die Westberliner Häuserkampfbewegung 1980/81 behandelt, läßt sich beispielhaft verdeutlichen, wie leicht die vereinfachende Beschreibung zur undifferenzierten Kolportage wird.

Zwar war der Konflikt zwischen sogenannten Verhandlern und Nichtverhandlern kennzeichnend für die Dynamik der Hausbesetzerbewegung und, neben anderem, ursächlich für deren Niederlage, aber schon die fehlende Erwähnung der ausgiebigen Versuche, beide Positionen, die von den jeweiligen Protagonisten – auch – taktisch gemeint waren, einander anzunähern, ist mehr als eine bloße Unterlassung. Denn die fehlende Fähigkeit sich zu einigen, verweist eben nicht auf die Unzulänglichkeit einer Fraktion sondern auf die Ohnmacht der gesamten Bewegung.

Zudem haben nicht nur die »alternativen und lebensreformerischen Strömungen« verstärkt die Gelegenheit zu Verhandlungen ergriffen, als nach dem Tod von Klaus-Jürgen Rattay die Militanz der Bewegung an eine Grenze gestoßen war, sondern, sofern überhaupt die Möglichkeit für eine Legalisierung bestand, zunehmend auch Häuser, deren Position radikaler war. Überdies war es zwar praktikabel, sich dem Vertragsabschluß zu verweigern und die eigene Räumung damit zu provozieren, hingegen hatte Wohlverhalten, auch wenn der Abschnitt des Buches dies implizit unterstellt, nicht notwendig eine Legalisierung der verhandelnden Häuser zur Folge.

Unabhängig von derartigen Ungenauigkeiten ist das grundlegende Manko nicht allein dieses Abschnittes jedoch fragliche Vermischung. »Lange Zeit«,

schreibt Geronimo, »war das stärkste Argument der Nichtverhandlerfraktion die staatliche Repression« (S. 96) Ohne klar herauszustellen, ob mit dem »stärksten Argument« auf die politische Schwäche der Nicht-Verhandlerfraktion hingewiesen werden soll, oder ob, was nahegelegt ist, das Beharren auf einem moralischen Standpunkt durch die bewirkte Mobilisierung in eine politische Stärke umgewandelt werden konnte, bleibt die Passage vage. Obwohl die Sympathien des Autors, auf Seiten der Nichtverhandler zu finden sind, diskreditiert er sie wider Willen, indem er anstelle ihrer Vorstellungen allein ihr bloßes Beharren erwähnt.

Möglicherweise ist ein Grund für den eher nachlässigen und stark ans eigene Erleben angelehnten Stil paradoxerweise im mehrfach in der INTERIM (Nr. 102 & 109) thematisierten Umstand zu suchen, daß der Autor die Autonomen weniger als politische Tendenz innerhalb der Linken behandelt, bzw. deren Verwurzelung in einer bestimmten Subkultur als für sie entscheidend begreift, sondern vielmehr – trotz seiner Vorbehalte gegen ausgewiesene Organisationsstrukturen – als parteiähnliches Konglomerat. Denn obgleich Geronimo weder Punkmusik noch andere Merkmale einer verbindenden Kultur auch nur erwähnt, weist ihn gerade der Stil als jener zugehörig aus. Selbst wenn die Autonomen jedoch nur aufgrund der auch durch sie herausgebildeten Alltags- und Demonstrationskultur sowie der dazugehörigen Rituale als politische Kraft haben überleben können, so wäre an ein Buch über die Autonomen trotzdem ein weitergehender Anspruch zu stellen, als nur ein Stück im patchwork der eigenen Kultur zu sein

Während die Beschreibung des Gegenstandes eine eher distanzierte Betrachtungsweise verlangen würde, versucht ihn seine Identifikation mit dem Objekt, seine augenscheinliche Zugehörigkeit zu den Akteuren, jeder Kritik, sobald sie ihm zu harsch erscheint, im Nachsatz die Spitze zu brechen. Damit spricht er den Autonomen vorauseilend nicht nur jene Relevanz ab, die ihnen – neben anderen – erst durch ihre Kritikfähigkeit zuteil werden könnte, er erschwert auch das Verstehen des von ihm dargestellten, da die dadurch verursachten Unklarheiten, nicht selten Widersprüche ein Merkmal weiter Teile des Textes sind. Das ist ärgerlich insofern, als, zum einen, fruchtbare Ansätze nicht zuende gedacht werden, und andererseits die autonome Mär, nur explizit wohlwollende Kritik sei auch solidarisch, eine weitere Stärkung erfährt.

Obgleich sowohl das Postulat einer Politik der ersten Person als auch das angeführte Dogma bloß wohlwollender Kritik, das aufgrund der gesellschaftlichen Isolation nicht nur der autonomen Linken nachvollziehbar ist, ein derartiges Vorgehen nahelegen, werden die Schwierigkeiten, die ein solches Verfahren zur Folge hat, an den entscheidenden Kapiteln über Organisation und Perspektive klar.

Gleich zu Beginn grenzt Geronimo seine Position vehement gegenüber Strukturen im Sinne einer marxistisch-leninistischen Organisation ab. Jede Form von Hierarchie, Stellvertreterpolitik, gar ein politischer Avantgardeanspruch werden abgelehnt. Beschlüsse und Proklamationen, so der Verfasser würden eine breite Übereinstimmung nur vortäuschen, während Normierung und Rationalisierung von Kommunikation ein Informationsgefälle zur Folge hätten, das die Organisationen erstarren ließe.

Daß ein große Apparat, wie vom Autor behauptet, anfällig gegenüber staatlicher Repression ist, mag häufig der Fall sein , nur trifft dieser Vorwurf gegebenenfalls ebenso auf autonome Strukturen zu. Daß Befreiung nicht per Dekret verordnet werden kann, bedarf hingegen kaum einer Erwähnung, dient dem Autor aber offensichtlich dazu, einen Popanz aufzubauen, den er anschließend mit eleganter Rhetorik zu Fall bringen kann. Während den verschiedenen Organisationsresten der Linken pauschal unterstellt wird, der erheblicher Teil ihrer Kräfte sei durch die Arbeit für den bloßen Erhalt ihrer jeweiligen Organisation gebunden, scheint das von den Autonomen betonte Primat der direkten Aktion diese in ihrem Vorgehen ausreichend zu legitimieren.

Gliederung und Aufbau des Organisationskapitels deuten daraufhin, daß dessen letzter Abschnitt – »Organisierung am Beispiel autonomer Anti-AKW-Gruppen in der IWF-Kampagne« – verstanden als besonderes Beispiel, den möglichen Ausweg aus dem zuvor skizzierten Widerspruch zwischen Theorie und Praxis darstellen soll. Das darin vorgestellte Organisationsmodell besagt offenbar, daß eine bestehende Gruppe sich der jeweils anstehenden Kampagne integrieren und mit Bezug auf die eigene Arbeit einen politischen Schwerpunkt setzen soll, in diesem Fall in Form eines Aktionstages in Siemensstadt – »Keine Energie für die Kongreß« – während der IWF/ Weltbank-Tagung 1988 in Westberlin.

Obwohl er die Mängel deutlich benennt – politischer Ausnahmezustand der ›Kader‹, persönlicher Bruch mit dem sonstigen Alltag, vorhersehbar keine Kontinuität -, und obgleich sich die Aktion für nicht wenige, die daran teilgenommen haben, auch im Nachhinein als grotesk darstellt – von der Betriebsleitung geänderte Schichtzeiten, ein menschenleerer Bezirk plus Bullen, kaum Verkehr, geschlossene Kaufhäuser – , bewertet der Autor den Aktionstag weitgehend als Erfolg. Dennoch müssen als Resümee folgende Feststellungen herhalten:

»Diese Umstande führten für die West-Berliner AKW-Gruppen zu dem paradoxen Zustand, sich im Rahmen einer im Prinzip erfolgreichen Aktion auf einem bestimmten Bewegungsterrain in die perspektivische Sackgasse entwickelt zu haben. (...) Ohne große inhaltliche Kontroversen verschlechterten sich nach dem Herbst die Möglichkeiten für weitere Diskussionstermine drastisch. Der

Umstand der gegenseitigen Sympathie reichte nicht dazu, sich regelmäßig ohne konkrete politische Initiative zu treffen. (S. 190/1)

Die angeführten Zitate benennen zutreffend den Charakter der in kaum vorhersehbaren Konjunkturen verlaufenden autonomen Anstrengung, vor einer weiteren Schlußfolgerung schreckt der Autor indes zurück. Zwar konzentrieren sich zentrale Passagen im anschließenden Perspektivkapitel ebenso wie im abschließenden Ausblick auf die weitgehende Isolation der autonomen Gruppen und ihrer Politik, doch wird die als möglicher Ausweg aus dem eigenen ‹Ghetto› angesprochene Klassenanalyse, die weniger traditionell technisch als vielmehr als ein Versuch gemeint zu sein scheint, eventuell Anzusprechende und potentielle Bündnispartner für die hoffentlich gemeinsamen Anliegen zu finden, wenige Seiten später entscheidend relativiert: »Ein revolutionärer Prozeß, der zuvor in Klassenanalysen gedacht werden könnte, hätte bereits aufgehört, revolutionär zu sei.« (S. 201)

Konfrontiert mit der an anderer Stelle gemachten Aussage, die subjektivistischen Politikformen würden nicht selten mit einer gewissen Arroganz, Massenverachtung, dem Rückfall in egoistische Verhaltensweisen einher gehen, legt die Frage nahe, ob der Autor die häufig herausgestrichene subjektive Komponente des politischen Kampfes nicht entgegen eigener Einsicht und nur aufgrund eines ungefähren Gefühls feiert, weil er ahnt, daß die Autonomen trotz ihres nicht sonderlich effektiven Agierens durch ihr Handeln sowohl als auch allein durch ihre Existenz das Wissen um die Möglichkeit einer radikal anderen politischen Alternative wachhalten.

Trotzdem stellt sich die Frage, ob gerade vor dem Hintergrund völlig veränderter politischer Verhältnisse die vom Autor mehrfach hervorgehobene Möglichkeit der Autonomen, sich in ihren Altersstrukturen reproduzieren und, wenn nötig, aus jenen alltäglichen Zusammenhängen neue politische Impulse entwickeln können, ausreicht, um weiterhin als eigenständige Kraft zu bestehen. Gerade weil alles, was mit einer traditionellen Vorstellung von Sozialismus in Verbindung gebracht werden kann, vorerst nachhaltig desavouiert ist, wäre es wichtig gewesen, einem Ansatz, der mit orthodox linken Vorstellungen wenig gemein hat, solidarisch zu begleiten, genau indem dessen Mängel möglichst kritisch herausgearbeitet werden. Das hat das Buch leider versäumt.

Oktober 1990

Wolf Raul

Rezension

Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit Nr. 11/91

»Das Pseudonym Geronimo … wurde als Erinnerung an einen rebellischen, sich von grünen Uniformhosen angezogenen, Hund eines autonomen Genossen gewählt.«

Einmal abgesehen davon, daß man nur hoffen kann, daß der hier gemeinte autonome Genosse seinen Hund nicht so behandelt hat, wie der Autor die deutsche Sprache traktiert, bringt das offensichtlich neurotische Zwangsverhältnis, das der Hund Geronimo gegenüber grünen Uniformhosen entwickelt hatte, auch jenes Verhältnis zum Ausdruck, das der Autor Geronimo – unterwegs »in einem riesigen unübersichtlichen Steinbruch auf der Suche nach den Fragmenten der eigenen Geschichte« – zur Geschichte der bundesrepublikanischen Neuen Linken einnimmt.

Wenn ein Verein oder Fanclub in die Jahre gekommen ist, verfällt der geschäftsführende Vorstand gemeinhin eines Tages auf die glorreiche Idee, daß es nun an der Zeit sei, einen mehr oder weniger ausgewiesenen Kenner der Vereins- oder Clubgeschichte damit zu beauftragen, den Staub der Vergangenheit aufzuwirbeln und zur allgemeinen Erbauung des staunenden Publikums eine das nunmehr historisch gewordene Vereinsgeschehen würdigende Festschrift vorzulegen. Ganz so förmlich wird es bei der hier anzuzeigenden Geschichte der bundesdeutschen Autonomen nicht zugegangen sein; einen geschäftsführenden Vorstand haben die Autonomen trotz aller Versuche einiger weniger autonomer Intellektueller bzw. intellektueller Autonomer, dem hiesigen autonomen Geschehen einen weltgeistgesättigten Platz im weltweiten Klassenkampf herbeizuinterpretieren, nie gehabt. Es handelt sich also um einen Individualtäter, der zu allem Überfluß nicht umhin konnte, »die Willkür (s)einer eigenen Wahrnehmung zum Maßstab der Ausführungen zu machen«. Verwunderlich ist es also nicht, wenn der Autor den Leser gleich im Anschluß an diese Bemerkung darauf hinweist, daß »an allen Passagen des Textes ein abgrundtiefes Mißtrauen gegenüber meinen Formulierungskünsten angebracht (ist). Manchesmal täuschen sie nur darüber hinweg, daß die Weisheiten lediglich von anderen abgeschrieben wurden. Vielleicht war ja alles ganz anders, als es sich der Autor zusammengedacht, am Schreibtisch konstruiert und aufgeschrieben hat.« Angesichts solcher Vorwarnungen, die nicht bloß Attitüde, sondern durchaus ernst zu nehmen sind, kann den Leser, der tatsächlich einen Ausflug in die folgenden Ausführungen

wagen sollte, dann nichts mehr erschüttern; es macht schlichtweg keinen Sinn, einem Autor aufzuzeigen, daß er Unsinn geschrieben hat, wenn er dies auf den ersten Seiten seines Traktats schon selber eingesteht.

Im Gegensatz zu solchen in der Linken zur Genüge bekannten politischen Kompendien, die – wie z.B. der berüchtigte »Kurze Lehrgang der KPdSU(B)« oder die »Worte des Vorsitzenden Mao« – den ideologischen Gehalt sowie die Regeln und Normen einer jeweils spezifischen Bewegung in einer gewissermaßen kodifizierten Form zum Ausdruck bringen, läßt Geronimo gleich zu Beginn durchblicken, daß er auf der Höhe der Zeit ist und den Sinn des postmodernen patchworks voll erfaßt hat: »Es war für mich manchesmal ein geradezu großartiges Gefühl, mit langen schwarz-roten Erkenntnisstiefeln durch die eigene Geschichte zu stiefeln und nach allen Seiten Lob und Tadel zu verteilen.« Verblüfft steht der Leser vor der Erkenntnis, daß dieses Kompendium abgeschriebener und zusammenphantasierter Fragmente zwar wenig mit seriöser Geschichtsschreibung zu tun hat, immerhin aber dem Autor zur Steigerung seiner ganz individuellen Lüste und Launen gereicht hat. Ein Handbuch wollte Geronimo wohl vorlegen, ein Buch der Sprüche, aus dem nicht nur die alten Kämpfer und Kämpferinnen, sondern auch die Nachgeborenen und Zuspätgekommenen ihre handlichen Weisheiten schöpfen können und wohl auch werden, ein Handbuch für Nachwuchs- und Möchtegernautonome, das auf die rechten, wenn auch zurechtgestutzten Traditionen aufmerksam machen will, ein Organon für die heranwachsende mittelständische Intelligenz, die – ehe die »Verwertungsmechanismen der spätkapitalistischen BRD«, die »schon manchen Linksradikalen korrumpiert (haben)«, wieder einmal die doch so kämpferisch gesinnten Reihen lichten – eine ihre triste Lebensperspektive bereichernde linksradikale Phase einlegen möchte, um später das Gefühl nicht missen zu müssen, auch dabei gewesen zu sein, als man sich noch mit den Unterdrückten aller Herren Länder rauschhaft vereint wähnte.

In vier Kapiteln hat der Autor – getreu dem von ihm selbst formulierten Motto: »Es ist natürlich kein Problem, Kontinuitäten als eine Kette von politischen Erfolgen zu konstruieren« – sein leicht handhabbares Kompendium fürs hiesige autonome Standardbewußtsein aufgeteilt. Das erste Kapitel (»Zur Geschichte der Autonomen – Ein Abriß«), das nahezu zwei Drittel des gesamten Textes umfaßt, entpuppt sich als ein geradezu schamloser Raubzug durch die Geschichte des antiautoritär orientierten Spektrums der bundesrepublikanischen Neuen Linken seit 1968, wobei der obligatorische Ausflug in italienische Gefilde nicht vergessen wird, während über den seinerzeit mißlungenen Liebeshändel autonomer Intellektueller mit den iranischen Pfaffen verschämt hinweggesehen

wird. Unterteilt in zwölf Abschnitte werden eine ganze Reihe jener Ereignisse, Organisationen und Publikationen angesprochen, die sich in der einen oder anderen Weise als Bezugspunkte für die an gegenwärtigen Verhältnissen verzweifelnde autonome Identitätslust zu eignen scheinen. Abgesehen von den zahlreichen Fehlern und Ungenauigkeiten, die gewissermaßen eine notwendige Bedingung der von Geronimo konstruierten Kontinuitätslinien sind, bringt der Autor ein nicht unwesentliches Dilemma der Autonomen zum Abschluß des historischen Teils seiner Arbeit auf folgenden Begriff: »Die Ich-bezogenen subjektivistischen Politikformen sind bei der Gratwanderung zwischen einem revolutionären Anspruch und den nicht revolutionären Zeiten in der Praxis oft mit einem Rückfall in arrogante, massenverachtende und egoistische Verhaltensweisen verbunden.« Dieser durchaus zutreffende Hinweis auf den spezifisch identitätsstiftenden Aspekt autonomer Politikformen, der wiederum deutlich werden läßt, daß die Phase autonomen Engagements für die meisten Individuen nicht mehr als eine Durchgangsphase, eine Phase der Persönlichkeitsfindung ist, leitet über zu jenen Kapitels, die sich mit gegenwärtigen Problemen der Autonomen befassen (»Organisierung – aber mit Vorsicht«/«Her mit den Abenteuern«/«Ein Blick über alle Teller- und Ghettoränder hinweg...«). Es wäre müßig, den in diesen Kapiteln mehr schlagwortartig als systematisch dargestellten Verwicklungen und Problemen des autonomen Alltags zu folgen; gleich ob Militanzrituale und Verschwörermentalitäten immerhin hinterfragt werden, ob der Niedergang des Patriarchats pflichtgemäß beschworen wird – ein Unternehmen, das mit jenen merkwürdigen, hier und da ihr Unwesen treibenden autonomen Männergruppen, in denen ein zeitgemäß autonomes männerbündisches Verhalten zu lächerlichen Ritualen gerinnt, sicherlich nicht gelingen wird – oder ob Lust und Unlust zu einer rigideren Organisierung diskutiert werden: Am Ende bleibt einem wohl nichts anderes übrig, als eine Anmerkung des Autors zu konterkarieren: »Wenn erst einmal alle Menschen ›autonom‹ geworden sind, ist die Zeit gekommen, wo die Autonomen von heute lieber verschwinden sollten«, heißt es irgendwo auf den letzten Seiten von Geronimos Traktat. Zu fragen bliebe dann nur noch, ob nicht heute bereits die Autonomen ein museale Dimensionen annehmendes Relikt der Geschichte sind, das nicht einmal mehr, wie Geronimo befürchtet, »als entleerte Hülse von der Werbe- und Konsumindustrie als subkulturelle, politisch harmlose Folkloregruppe in einem postmodernen Rechtsstaat gehandelt wird«. Tatsächlich sind die Autonomen mit ihrem hochgradigen Autismus längst zur Karikatur ihrer selbst geworden und zeigen sich somit immerhin dem geistigen Niveau des derzeitigen Kanzlers aller Deutschen gewachsen – die »Werbe- und Konsumindustrie« allerdings hält sich dabei in Anerkennung dieses Tatbestandes lieber im Hintergrund.

Geronimo

Feuer und Flamme

Ein unendlicher Fortsetzungsroman

Geronimo

Feuer und Flamme

Ein unendlicher Fortsetzungsroman

»Das europäische Denken ist auf Lösungen fixiert und das ist die Krankheit, denn die Lösung bedeutet das Ende der Anwesenheit. Abgesehen davon, daß Lösungen immer langweilig sind.«
(Heiner Müller, Dramatiker)[1]

Viele Fragen...

Der nachfolgende Text versteht sich als eine Art Fortschreibung von FEUER UND FLAMME. Doch kann etwas »fortgeschrieben« werden, was möglicherweise gemeinsam mit dem Ende der alten Bundesrepublik untergegangen ist? Der Takt der politischen Auseinandersetzungen, Kampagnen und Themen hat sich seit dem Fall der Berliner Mauer im Herbst 1989 noch einmal beschleunigt. Wie ist es aber gerade in »historisch« genannten Zeiten um den eigenen so normalen wie banalen und irgendwie doch »autonom« gewünschten Alltag bestellt? Scheint nicht gerade jetzt das eigene politische Handeln gegenüber den so bezeichneten »historischen Umwälzungen« unangemessen als auch bedeutungslos zu sein? Was bleibt beispielsweise von den Anti-Golf-Kriegs-Aktivitäten Anfang des Jahres 1991 am Ende des gleichen Jahres noch im Gedächtnis der damals protestierenden Menschen zurück? War da mehr als nur eine strohfeuerartige Empörung, die in eine Straßen-Praxis stolperte, um hinterher in ein politisches Vakuum abzustürzen? War der Golf-Krieg nur ein mehrwöchiger Spuk von gestern, um den sich heute niemand mehr kümmert? Was ist der durchdringende und alles verbindende Gedanke, der scheinbar so unterschiedliche Ereignisse wie den Golf-Krieg, den Zusammenbruch der DDR und die Pogrome von Hoyerswerda zusammenbringt, wie es im nachfolgenden Text eher additiv als systematisch geschieht? Genügt es einfach von der Tatsache auszugehen, daß es zur Zeit offensichtlich immer wieder dieselben Menschen sind, die sich für kurze Zeit an diesen oder jenen Brennpunkten aktvieren lassen? Ist es das »Projekt Autonomie« (VAL), das als die »Kontinuität der Wanderdüne« des gesellschaftlichen Konflikts zu begreifen ist, an dem sich von Zeit zu Zeit Autonome anlagern, von der Severine Lansac sprach?

...was ist aber mit den »klaren Positionen« und »neuen Ansätzen«?

Nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus wird deutlicher als je zuvor, wie sehr man im Denken in der uns umgebenden Zeit befangen war. Es stellt sich nun heraus, daß das, was man lange Jahre als vermeintlich »klare Positionen« formuliert hatte, sich nicht nur als anachronistisch sondern geradezu als schräg, schief, und zum Teil falsch herausgestellt hat. Demgegenüber beansprucht der nachfolgende Text nicht »klare Positionen« oder gar einen »neuen Ansatz« darstellen zu wollen. Das sich Zurechtfinden in der gegenwärtigen Zeit setzt heute eine große Anstrengung der Distanz zu sich selbst, den Gegenständen und den Verhältnissen voraus, die manchmal nur schwer auszuhalten sein werden. Es setzt auch die Bereitschaft voraus, auf die Scheinsicherheit von schal gewordenen »klaren Positionen« zu verzichten. Das gilt besonders dann, wenn man den Anspruch auf Radikalität erhebt und sich gerade nicht fundamentalistischen Reflexen unterwerfen will. In den heutigen Verhältnissen, in denen vielen das Wasser bis zum Hals steht, wird es zur Überlebensnotwendigkeit wieder das Schwimmen zu lernen. In diesem Sinnne ist festzuhalten, daß der Versuch sich immer wieder neu gegen die Verhältnisse als rebellisches Subjekt zu konstituieren, anstatt sich irgendwann einmal, davon ohnmächtig geworden, überwältigen zu lassen, keine Selbstverständlichkeit ist.

Worum es geht ...

Im ersten Teil wird versucht eine Chronologie von wichtigen politischen Ereignissen aus den letzten zwei Jahren zu schreiben. Sie ist unter dem Blickwinkel gewaltsam zusammengebogen worden, sich in diesen als »historisch« bezeichneten Zeiten in einer alltäglich provisorischen Lebenspraxis lernend zurechtzufinden. Im zweiten Teil zielt der Text in der beliebten Organisierungsdiskussion auf eine nachträgliche Selbstverständigung mit denjenigen ab, die sich an einer organisierten gesellschaftlichen Praxis orientieren, wie es sich auch in regionalen Info-Blättern und diversen Diskussionszirkeln ausdrückt. In dem Bemühen um einen Blick für das Wirkliche und der Phantasie für das Mögliche, gehen diese Überlegungen in Bezug auf die Autonomen immer davon aus, daß das Glas Wasser nur halbvoll ist. Und das selbst dann, wenn sich darin wenig mehr als nur ein Tropfen befinden sollte. Die Geschichte wird erweisen ob sich dieser »Ansatz« als lächerlich oder gar falsch erweisen wird.

... ein paar Einschränkungen

Es ist selbstverständlich, daß der Text aufgrund der geringen zeitlichen Distanz zu den diskutierten Themen nur eine begrenzte Reichweite seiner in ihm enthalte-

nen Kritiken und Reflexionen einer schnellebig erscheinenden Zeit beanspruchen kann.

Im Unterschied zu FEUER UND FLAMME besitzt dieser Text nicht das Privileg abgeschlossene Ereignisse historisch würdigen zu können, weil das, um was es geht, zugleich immer auch umkämpft und umstritten ist. Trotz dieser Schwierigkeiten bin ich davon überzeugt, das in allem, was von Autonomen an banalen Dingen in den letzten Zeiträumen getan – und auch nicht getan – wurde, eine über sie hinausweisende politische Dimension steckt. Sowohl die große als auch die kleine Politik tangiert Probleme, denen auch Autonome, trotz aller formulierten Ansprüche, unterworfen sind, die es wie ein Geheimnis für das was in Zukunft noch zu tun ist, zu entdecken gilt. Vor einem Mißverständnis sei vorab noch gewarnt: Wer in diesem Text schnelle Handreichungen für aktuelle Fragestellungen sucht, wird enttäuscht werden. Was heute mit großer Aufregung diskutiert wird, scheint morgen schon bedeutungslos und vergessen zu sein. War da noch was?

Es scheint zunächst immer wieder so zu sein, als müßte ganz von vorne diskutiert werden. Das geht jedoch nicht, da niemand aus seiner jeweiligen Geschichte aussteigen kann. An der Verknüpfung der Alltagsgeschichte mit den ganz großen Geschichten, wäre in dem was wir tun und denken, zu arbeiten, mit allen Widersprüchen und Fragen die dabei notwendigerweise auftauchen. Der nachfolgende Text versucht sich nicht immer dem Diktat der Aktualität zu beugen und sollte deshalb auch gegen den Rhytmus der politischen Konjunkturen gelesen werden. Aber vielleicht können sich ja gerade aus eigentümlichen Anachronismen hin und wieder ein paar Einsichten eröffnen.

...und noch ein paar Danksagungen

Der Text wurde unter dem Eindruck des, trotz Reichshauptstadtplänen und Umstrukturierung immer noch existierenden – im doppelten Sinne des Wortes – verrückten Mikrokosmos Kreuzberg, geschrieben. Sollten etliche Gedanken und Ideen einigen meiner Freunde bekannt vorkommen, so liegt das daran, daß ich ihre in unzähligen Gesprächen gemachten Bemerkungen habe belauschen können und ihre Anregungen und Kritiken am entstehenden Text voller Neugier gesammelt und aufgeschrieben habe. Leider fiel die mehr oder weniger gründliche Schreibtisch-Beschäftigung mit einer eigentlich notwendigen Gruppen-Praxis auseinander, was niemals ohne Einfluß auf ersteres bleiben kann.

Von daher ist auch zu vermuten, daß viele der angestellten Überlegungen sich nirgendwo in einer wie auch immer gearteten politischen Praxis von autonomen Zusammenhängen unmittelbar werden auffinden lassen. Wenn meine Aussagen

überhaupt einen Sinn haben können, dann den, daß sie nur dazu dienen sollen, in der Zukunft durch eine bessere soziale und politische Lebenspraxis von autonomen Menschen überholt zu werden.

Teil I: Über die große Politik: Am Anfang steht das Ende der Linken, der DDR, des Golf-Krieges und von Hoyerswerda, weil doch sonst das Neue das Alte wäre

1. Mausetoter Totentanz der Linken?

Wenn man hier und da einigen Veröffentlichungen Glauben schenken darf, scheint sich die »deutsche Linke« nach dem Zusammenbruch des »realen Sozialismus« in Osteuropa und dem Golfkrieg mal wieder entweder in der »Krise«, in der »Defensive« und manchmal auch in beidem zugleich zu befinden. Wenn alle von der »Krise der Linken« im allgemeinen und der der Autonomen im besonderen sprechen, kann man da einfach abseits stehen, denn was hat die »Krise der Linken« mit Autonomen zu tun? Ob damit einige in die Jahre gekommene ›Linke‹ nur einmal zum Ausdruck bringen möchten, als daß sie selbst am Ende sind? Was wäre die »Linke« ohne den Fetisch der »Krise«, vor der sie in ihrer Geschichte ständig gemahnt und gewarnt hat? Was wäre sie, ohne ihre beständige Angst, daß »alles noch schlechter« werden wird, was auf der anderen Seite spiegelverkehrt mit der unhistorischen Weisheit das »früher alles besser war« korrespondiert. Ob das wohl damit zusammenhängt, daß die »Krisen-Diskussionen-Linke« historisch ohnehin für die Abteilung ›Selbstkasteiung, Masochismus‹ und ›Verlieren‹ zuständig ist? Hat es überhaupt Sinn, sich mit solch skeptischen Fragestellungen herumärgern?

Lassen wir diese Fragen doch einfach einmal in der Luft hängen: Wehren wir uns dagegen, daß in den Krisendiskussionen immer alle Katzen so fürchterlich grau werden und bedenken wir, daß die »Krisendebatten« trotz aller ihnen innewohnenden Ver(w)irrungen immer auch den Raum für Selbstverständnisdiskussionen in nicht ganz einfachen Zeiten eröffnen können. Mischen wir also einfach mit, beginnen im herrschenden schlechten Falschen, reden dann über depressive Gemütszustände, stellen zum Schluß das Beispiel der Mainzer Straße in den »Intergalaktisch denken – Banal handeln«-Zusammenhang.

Ein stimmungsvoller Strauß bunter Krisenmelodien

Was verbirgt sich eigentlich hinter den gern gebrauchten Begriffen wie »Linke« und »Krise«. So pflegt es beispielsweise von Zeit zu Zeit die Sozialdemokratische

Partei sich als ›parlarmentarische Linke‹ zu bezeichnen. Und dieser Linken scheint es, nach einigen Wahlerfolgen, gar nicht einmal so schlecht zu gehen. Wenn man der bürgerlichen Presse glauben darf, so wurden im Jahre 1991 trotz aller damit verbundenen Turbulenzen wieder einmal zwei »Linke« zu SprecherInnen der Grünen Partei gewählt. Und erinnert man sich an die inhaltlichen Auseinandersetzungen während des Golf-Krieges in der BRD, so stießen doch gerade die Meinungen einiger namhafter ›Linken‹ auf eine breite Resonanz in einem geneigten Publikum. Johannes Agnoli wußte nach dem 9. November 89 aufgeregten Fragern nach einem mutmaßlichen »Zusammenbruch des Sozialismus« zu entgegnen, daß es doch um den Sozialismus in Europa ganz gut bestellt sei, da er sich zu jener Zeit immerhin in Frankreich, Spanien und Italien mit Regierungswürden zu schmücken pflegte.

Verbirgt sich hinter dem Begriff »Linke« mehr als nur der historische Zufall, daß die bürgerlichen Revolutionäre in der Paulskirchenversammlung im Jahre 1848 eben auf der linken anstatt auf der rechten Seite gesessen haben? Ob diese Zufälligkeit mit dafür verantwortlich sein kann, unendlich fruchtlose und abgehobene Debatten darüber zu führen, wer und welche Organisation denn gerade noch als ›links‹ anzusehen ist, oder wer aus diesem Karusell zweifelos herausfallen muß? Auf welcher Basis ließe sich da bloß kommunizieren, wo man doch bekanntlich gerade über den Geschmack vortrefflich streiten oder es von vorneherein sein lassen kann?

Doch in diesem Text soll ja nichts über die Sozialdemokratie und die Geschmacksfrage geschrieben werden, sondern etwas »über« die ›Linke‹ und vor allem über deren »Krise«. Und da ist in der Tat die Festsellung berechtigt, daß einige Gruppierungen, die in der alten BRD gemeinhein als ›links‹ von der SPD eingeordnet werden, an ihrem Ende angelangt sind. In den Turbulenzen des deutschen Vereinigungsprozesses gingen auch die beiden ML-Organisationen DKP (Deutsche Kommunistische Partei) und der maoistische KB (Kommunistische Bund) unter. Das Verschwinden der DDR mußte folgerichtig auch zum Konkurs der DKP führen, die zuletzt von der SED mit 70 Millionen DM im Jahr subventioniert wurde. Nachdem diese Zahlungen ausblieben, mußten mehrere hundert hauptamtlich bezahlte Parteikader den bitteren Weg zum Arbeitsamt zwecks Umschulung antreten und die meisten MitgliederInnen haben sich verflüchtigt. Demgegenüber spaltete sich der KB in Folge der Ereignisse der Jahre 1989/90 in etwa zwei gleich starke Lager, die sich selbst als Mehrheits- und Minderheitsströmung bezeichneten. Während sich die Mehrheitsströmung zunächst eifrig darum bemühte, sich unter die Fittiche der sozialdemokratischen Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) zu retten, versuchte sich die Minderheitsströ-

mung in einem Kreis namens ›Radikale Linke‹, gemeinsam mit einigen klugen, linken Prominenten, ehemaligen grünen SpitzenpolitikerInnen, ein wenig außerparlamentarisch in einer anti-national gemeinten Kampagane »Nie wieder Deutschland« herumzutummeln.

Die Hoffnungen der KB-Mehrheitströmung in die PDS entpuppten sich angesichts rasender MitgliederInnenverluste dieser Organisation – bei der diese den Eindruck einer Agentur zur möglichst sozialverträglichen Abwicklung verwirrter stalinistischer Restbestände aus der alten SED erweckt -, haben sich zwischenzeitlich als Illusion herausgestellt.

Seitens der ›Radikalen Linken‹ kamen unter tätiger Mithilfe der KB-Minderheitströmung immerhin neben viel bedrucktem Papier und einem seminaristischen Kongreß mit etwa 1500 TeilnehmerInnen in Köln, noch zwei Großdemonstrationen im Frühjahr in Frankfurt und im Herbst in Berlin heraus. Erhielt die Demonstration in Frankfurt noch ihre Brisanz dadurch, daß sie mit dieser Stadt das Zentrum des BRD-Finanzkapitals wählte, so stellte sich die zweite Demonstration in Berlin (und das auch noch beginnend am Brandbenburger Tor), kurz nach der Vereinigung der Deutschländer, eher als eine Art müder, zum Teil äußerst zweifelhafter Abklatsch eines, gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen anachronistisch gewordenen, politischen Ansatzes dar. Spätestens in den Debatten zum Golf-Krieg, als Teile der ›Radikalen Linken‹ meinten, die klügste »anti-deutsche Orientierung« bestünde darin, ausgerechnet eine Kriegsunterstützung der USA gegen den als israelfeindlich und irak-freundlich vermuteten Kurs der herrschenden politischen Klasse in der BRD einfordern zu müssen, zeigte sich das von der Beschreibung sozialer Verhältnisse völlig lösgelöste ideologische Motto »Nie wieder Deutschland« als Karikatur, in die sich auch die KB-Minderheitsströmung etwas hilflos verrannt hatte.[2]

So verschwinden sowohl die DKP als auch der KB zu einem historischen Zeitpunkt, wo es bei den gerade sich rasch wandelnden gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen anfängt, spannend zu werden. Das Eingeständnis des Scheiterns von politischen Organisationen der »Linken«, die zwischenzeitlich nicht mal mehr als Fiktion ein politischer Ausdruck der gesellschaftlichen Wirklichkeit sind, hat aber durchaus auch etwas symphatisches an sich. Ihr Verschwinden aus der gesellschaftlichen Realität wird zumindest verhindern, daß sie mit ihrer Weiterexistenz allenfalls die Objekthaftigkeit herrschender gesellschaftlicher Beziehungen und damit lediglich die alte Scheiße weiter reproduzieren können. Wenn man als politische Organisation kein Ausdruck der Realität mehr ist, muß man abtreten. Worin soll da das Problem liegen?

Doch genug der Grabreden über das Ende zweier deutscher ML-Organisatio-

nen, die auch deshalb beliebig verlängert werden könnten, weil es immer einfacher ist, sich über die »Krise« von anderen zu verbreiten, anstatt über sich selbst zu sprechen.

Krise der Autonomen? Ick' gloob', ick krieg 'ne Krise ...

Und da meinen nun auch allerorten GenossInnen nicht um Feststellung herum kommen zu können, daß sich die »Autonomen« oder die »autonome Bewegung« in der »Krise« befände. So wird es beispielsweise von der Frankfurter Lupus-Gruppe und einem Genossen aus Berlin formuliert.[3] Wie sind sie wohl zu dieser Ansicht gelangt? Sind die monatlichen Überweisungsaufträge auf das Girokonto des autonomen Schatzmeisters von der wütenden autonomen MitgliederInnenbasis massenhaft storniert worden? Hat es eine Austrittswelle aus der autonomen Partei gegeben?

Lupus illustriert die »Krise der Autonomen« damit, indem die zentrale Demonstration zum neuen deutschen Nationalfeiertag des 3. 10. 1990 unter dem Motto : »Deutschland - Halt's Maul – Es reicht!« in Berlin mit 15000 TeilnehmerInnen, gegen eine lokale in Frankfurt mit 50-100 TeilnehmerInnen ausgespielt wird, um beides schlußendlich für schlecht zu erklären: »...als hätten wir was zu sagen ...« Es reiche »vorne und hinten nicht« lautet dann auch der resignative Schluß. Ob Lupus wohl meint zu wissen, daß 15000 Menschen auf der Berliner »Deutschland-Halt's-Maul Demonstration« nichts zu sagen gewußt hätten? Ob sie sich vielleicht verlaufen haben? Folgt man der weiteren Lupus-Argumentation, scheint der düster gemalten Aktualität eine leuchtend bunte, widerständig bewegte Vergangenheit gegenüber zu stehen: »Gab es in den letzten 20 Jahren zu allen Fragen von oben einen Widerstand von unten, der öffentlich beachtet, reformistisch aufgegriffen und repressiv verfolgt werden mußte, so waren die wenigen Proteste und Widerstände 1989/90 kaum noch eine Randnotiz wert.« Verblüfft fragt man sich da: So stark war die autonome Linke tatsächlich »in den letzten 20 Jahren« im Widerstand gegen »alle Fragen von oben« ; d.h. nicht nur »Randnotiz«, sondern stattdessen immer ganz vorne in den Schlagzeilen der bürgerlichen Presse?

In dem Beitrag des Berliner Genossen werden als Bezugs- und Wendepunkte hin zu einer »Krise der autonomen Bewegung« »spätestens das Ende der Anti-IWF-Kampagne 1988 (...) vor allem im Widerstand gegen die deutsche Wiedervereinigung (...) und die ›heroische Niederlage‹ in der Berliner Mainzer Straße« benannt. Ist diesen Worten zu entnehmen, daß es innerhalb der Anti-IWF-Kampagne keine Schwierigkeiten, geschweige denn Krisen gegeben hat? Wann, warum und mit welchem Ziel haben Autonome gegen die »Wiedervereinigung«

Widerstand geleistet? Haben sie womöglich für eine »wahrhaft sozialistisch erneuerte DDR« gekämpft? War die »Niederlage« in der Mainzer Straße nicht nur eine »Niederlage«, sondern auch noch deshalb »heroisch«, weil überlegt und gezielt planende Autonome, vorausberechnend wie sie nun einmal sind, in die »Schlacht« gezogen sind und dabei leider verloren haben? Fragen über Fragen, die angesichts der wortmächtig beschworenen »Krise der Autonomen« vielleicht ein wenig kleinkariert erscheinen, sich jedoch bei einem genaueren Nachdenken über Vergleiche von Äpfeln mit Birnen, mit mindestens genauso viel Argumenten in ein ausweglos erscheinendes Knäuel von Rätseln verwandeln. Und während unweigerlich das Damoklesschwert der »Krise« auf die Autonomen herabzusausen scheint, richtet die nur schemenhaft in der Dämmerung zu erkennende schwarze, buckelige Katze ihren buschigen Schwanz auf und läuft -«Crisis! What Crisis?«- fauchend davon...

Alle Katzen werden in der Krise immer so grau ...

Wer die letzten 10 bis 15 Jahre ein wenig linksradikal bewegt verfolgt hat, ist von Zeit zu Zeit immer wieder von ›Krisen-Diskussionen‹ durch die in die Jahre gekommenene bundesdeutsche ›Linken‹ heimgesucht worden. Mitte der 70er Jahre wurde von einsam gewordenen Akademikern an den Universitäten die »Krise des Marxismus« ausgerufen. 1979 waren von Karl-Heinz Roth und Fritz Teufel ein paar Aufsätze in dem Bändchen »Klaut sie« mit dem bezeichnenden Untertitel »Über die Krise der Linken« zu finden. 1981 wurde nach dem Ende der glorreichen KPD-A-Null, ein Bändchen »Partei Kaputt – Zur Krise der Linken« herausgebracht. Im gleichen Jahr wurde die Frage »Was ist heute noch links?«, aus dem Umkreis der Zeitschrift »Ästhetik und Kommunikation« unter dem gleichnamigen Buchtitel selbstquälerisch mit dem Ergebnis gewälzt, daß das, was aktuell ›links‹ sein könne, um vieles unklarer geworden sei, als noch in den 60er Jahren. Ob die zum damaligen Zeitpunkt von den ganzen Krisen-Prognosen getroffenen Einschätzungen heute noch Gültigkeit beanspruchen?

Wenn es denn richtig ist davon auszugehen, daß es die »Krise der Linken« eigentlich schon immer gegeben hat, ist es vielleicht ganz gut, daß sich die 80/81er Generation zum damaligen Zeitpunkt nicht allzulange mit diesen Plaudereien aufgehalten hat. Stattdessen hat es doch hier und da in den Basisbewegungen der 80er Jahre ein paar schöne politische Begebenheiten und Ereignisse gegeben, an denen sich einige Autonome noch unbefangen freuen und die Hände wärmen können. Und so kann es passieren, daß die intelligenten »Krise-der-Linken« – Debatten von damals, unvermittelt ein paar glücklichen Erfahrungen irgendwelcher namenloser Autonomen gegenüberstehen können.

Es ist zunächst einmal kein Grund ersichtlich warum Autonome, mit dem was sie in den letzten 10-15 Jahren in der alten BRD getan haben bzw. tun konnten in ein so undifferenziertes und damit auch falsches »Krisen-und-Ende-der-Linken«- Gerede einstimmen sollten. Sie waren niemals eine »Partei« und das nicht nur deshalb, weil zu ahnen war, daß sie dabei eine recht jämmerliche Figur abgeben würden. Daß Autonome nie so recht in der Lage waren, eine »große Strategie« zu formulieren, hing vielleicht auch damit zusammen, daß sie mit dem, was sie politisch zum Ausdruck gebracht haben, nämlich die Verantwortung nicht an andere zu delegieren, sondern sich zugleich um den Aufbau gegenkultureller, sozialer Lebenszusammenhänge bemüht haben. Darüber hinaus gilt es, sich immer wieder von neuem in Erinnerung zu rufen, daß das von der autonomen Bewegung erkämpfte Prinzip einer Politik in der ersten Person, immer auch zur Folge hat, nicht beständig für alles in gleicher Weise zuständig sein zu können. Insofern konnte durch den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus weder eine »große Strategie«, noch der hier entwickelte Anspruch auf ein befreites Leben scheitern. Als gegenüber der in der BRD herrschenden gesellschaftlichen Realität minoritäre Gruppen und Individuen war es Autonomen allenfalls von Zeit zu Zeit möglich, sich in einigen sozialen Konflikten festzukrallen, woran auch nachträglich nur zu kritisieren wäre, daß man dabei nicht so erfolgreich war, wie es wünschenswert gewesen wäre. Next time ...

Über die politische Ökonomie zerplatzter Illusionen und depressiver Gemütszustände

Wenden wir uns dem »Krisen«-Problem auch noch von einer anderen Seite zu: Nach dem Zusammenbruch des RGW scheint auch an dem, was bislang an autonomer Geschichte unter den Verhältnissen der zwischenzeitlich verschwundenen gegangenen BRD begriffen wurde, für manche MitstreiterInnen aus der Vergangenheit alles in Frage zu stehen. Allerorten kann ich aus meinem Bekanntenkreis hören, daß viele GenossInnnen mit ihrem politischen Selbstverständnis in die »Krise« geraten sind, daß es ihnen »schlecht« geht und daß sie »politisch« nicht mehr weiter wissen. Inwieweit sind aber die angegebenen oder versteckten Gründe einer aktuell empfundenen »Krise« zum einen verallgemeinerbar und zum anderen stichhaltig?

Die vermeintlich reflektierte Einstellung, daß alles »zwecklos« sei und daß man angesichts der noch zu erwartenden Katastrophen »nichts mehr machen« könne, erscheint zwar immer wieder sehr verbreitet, kann aber auch kaum mehr als ein bloßer Reflex auf die eigene Bequemlichkeit sein, sich nicht mehr zu bestimmten, gesellschaftlichen Wirklichkeiten ins widerständige und damit auch

beschwerliche Verhältnis setzen zu wollen. Die Erwartung, daß im Rahmen einer erwarteten Katastrophe alles zuende sein wird, hat bislang jedenfalls ohnehin nicht gestimmt. Und darüber hinaus wird jede prognostizierte Krise nicht die Fragen beantworten, wen es wie und wann genau in welchem Verlauf erwischt, und wen nicht. Gerade die Diskussion dieser Fragen wäre aber in bezug auf die eigene Handlungsfähigkeit innerhalb von »Katastrophen« und »Krisen« notwendig.

Nehmen wir ein anderes »Krisenargument«: So wird beispielsweise von GenossInnen vorgebracht, daß das, was einstmals auch als durchaus diffuser »Glaube« in einer politischen Praxis Berge hat versetzen können, in den geänderten Verhältnissen verloren gegangen sei. Ob es wohl sein kann, daß dieser »Glaube an die eigene Sache« nicht einfach nur verschwunden ist, sondern daß er vielmehr unter den veränderten Verhältnissen auf das zurückgeworfen worden ist, was er eben auch immer war: Illusion? Und gerade die nackt gewordenen Illusionen sind für diejenigen, die sich auf einmal darin ertappt sehen, nicht einfach zu ertragen. Daraus können depressive Gemütszustände folgen, bei denen es immer schwer ist, »politisch« oder gar verallgemeinernd dagegen zu argumentieren.

Es existiert aber noch eine andere Form, um mit den in die »Krise« geratenen Illusionen umzugehen: Sie besteht in einer permanenten Selbstdistanzierung zu der eigenen Geschichte. Ein beliebtes Spielchen ist es einer imaginären »Linken« wahlweise all das unterzumogeln, worin man sich selbst ebenfalls als nicht besonders weitsichtig gezeigt hat. Eine ›Linke‹ – immer im Sinne von die »anderen« – komplett als blöd (antisemitisch, stalinistisch, faschistisch, rassistisch usw.) zu bezeichnen, bietet für diejenigen die das tun, immerhin die Möglichkeit sich generös davon auszunehmen, und sich im Gegenteil selbst als besonders klug und selbstkritisch-reflektiert vorzukommen. Doch halten wir uns nicht mit solchen Langweiligkeiten auf. In Anfängerkursen über politische Ökonomie ist zu lernen, daß gerade »Krisen« ja nicht nur einfach da sind, sondern auch immer zur Realisierung ganz handfester Interessen benutzt werden. So sind mir beispielsweise aus dem Beginn der 80er Jahre eine Reihe von GenossInnen bekannt, die bereits damals die »Krise der autonomen Linken« lauthals zu beklagen wußten, um sich danach zurückzuziehen. Zwischenzeitlich ist bei einigen von ihnen, mit einem gutsituierten Lebensstil und einem Einkommen von über 3000 DM im Monat, weder von »linksradikal« und schon gar nicht mehr von »Krise« die Rede. Warum auch? Und auch ich sehe keinen einsichtigen Grund mehr, warum sie sich Jahre später noch um ihr Geschwätz von damals kümmern sollten.

Was spricht eigentlich gegen eine Einschätzung, daß die gegenwärtigen rasanten Umbrüche (mal wieder) auch von einigen Genossinnen dazu benutzt wer-

den, sich aus dem was sie jahrelang an linksradikler Politik betrieben haben, zum Teil in sehr reflektierter Weise zu verabschieden? Da vielen Autonomen, bezogen auf ihre soziale Herkunft, diese Möglichkeit ja immer zur Verfügung stand, stellen sich diesem Unterfangen in der Regel auch kaum höhere Hürden in den Weg: Und so kann sich der vor 10 Jahren aktive, linke Rechtsanwalt in den von ihm zwischenzeitlich erworbenen Mietshäusern heute damit beschäftigen, mit Modernisierungstricks noch mehr Kohle den Mietern abzupressen. Die in die 30er Jahre gekommenen, ehemaligen StudentInnen, für die noch während der IWF-Kampagne überhaupt jedes Gespräch mit »Reformisten« als Verrat am Ziel der Revolution galt, fällt nach dem Ende ihres Studiums und nach ein paar nicht so tollen »Herum-Job-Versuchen« plötzlich auf, wie bescheuert sie eigentlich die Politik der autonomen Scene schon immer gefunden haben. Worüber soll man sich beklagen? Mit Ex-Genossinnen die lediglich »heute alles schlecht« finden, um so zu illustrieren, daß »früher alles besser« war, ist es nicht mehr möglich eine politische Auseinandersetzung zu führen. Das geht nur mit denen, die trotz ihres eigenen Älter- und auch skeptischer-Werdens den Willen behalten, nicht kampflos vor den Verhältnissen kapitulieren zu wollen, die nicht bereit sind aufzugeben, wofür sie die ganzen Jahre, mit auch heute noch guten Gründen, den Kopf hingehalten haben.

Allerdings ist festzustellen, daß sich die noch in den 80er Jahren mit Organisationen der reformistischen Linken zum Teil bestehende unausgesprochene Arbeitsteilung, zwischen der verbalen Vermittlung bestimmter Themen durch die Reformisten und die Organisierung diesbezüglicher Straßenaktivitäten durch Autonome, zwischenzeitlich durch das Verschwinden reformistischer Organisationen fast vollständig aufgelöst hat. Dies hat zur Folge, daß ein in die bürgerliche Öffentlichkeit hinein eröffneter Resonzraum kaum noch existiert, in dem man sich zeitweise mit den eigenen »revolutionär« etikettierten Aktivitäten hat weitgehend anonym tummeln können. Folge davon ist, daß zumindest in Berlin von Autonomen für gewünschte öffentliche Manifestationen mit dem entsprechenden Kräfteaufwand fast alles allein, und vor allem »irgendwie öffentlich« organisiert werden muß. Insofern hat die zunächst einmal süffisant zur Kenntnis genommene »Krise« reformistischer Organisationen der Linken, in gewisser Hinsicht doch ihre Folgen auf die eigenen Möglichkeiten.

In Zeiten, wo das, was einmal gemeinhin als selbstverständlich galt, nicht mehr gilt, ist es notwendiger denn je, die Auseinandersetzung darüber zu organisieren, was öffentlich gedacht und überhaupt getan werden kann. Es wäre deshalb darüber nachzudenken, ob die in der Vergangenheit entwickelten Formen der Kommunikation und Politik für die durch die neue Situation aufgeworfenen Fra-

gen noch ausreichend sind. Mit dem Untergang dessen, was realer Sozialismus in Osteuropa genannt wurde, sind unwillkürlich auch kulturelle Werte wie z.B. der Anspruch auf das Primat des Gesellschaftlichen vor der Produktion, eine gesicherte Grundbedürfnisversorgung und Kollektivität diskreditiert worden, auf die sich auch Autonome, mit dem was sie politisch zum Ausdruck gebracht haben, immer auch untergründig beziehen konnten.

Deshalb ist es auch sinnvoll zu versuchen, den zumeist sehr großzügig als Kristallisationspunkt für eine »Krise der autonomen Linken« benannten Aspekt immer wieder auf den (vorläufigen) Grund zu gehen. Nehmen wir zunächst den Kampf um die Mainzer Straße und stellen wir die Krisendebatte vom Kopf auf die kämpfenden Füße.

Mainz bliebt meins und ich erzähl's niemandem weiter ...

Was sagt es aus, die Räumung der Mainzer Straße mit dem Begriff einer »heroischen Niederlage« der autonomen Bewegung zu bezeichnen? Wenn in diesem Begriff keine Vor- und Nachgeschichte mitgedacht wird, droht er ahistorisch zu werden, was wiederum nur die ewig sprudelnde Quelle einer unwirklichen Mythologisierung speist.

Geht man nur von dem unmittelbaren Geschehen der dreitägigen, massenhaften, für alle Beteiligten völlig überraschenden, Randale in der Mainzer Straße aus, so ist doch immerhin festzuhalten, daß sie trotz großen Polizeiterrors zu einer breiten Solidarisierung in der Stadt und zum Austritt der AL aus der Regierung geführt hat. Und darüber hinaus sollte bei aller nachfolgenden Kritik nicht vergessen werden, daß an diesen drei Novembertagen des Jahres 1990 in Berlin für einen kurzen Moment die ungeheure Kraft einer tatkräftig und gemeinsam handelnden Bewegung zu spüren war, die sich zuvor an dem ›revolutionären 1. Mai‹ in der Stadt gezeigt hatte, um danach (vorläufig?) wieder zu verschwinden. Aber das unmittelbare Geschehen ist ja bekanntlich immer nur die eine Seite. Werfen wir daher den Blick auf eine mögliche Vorgeschichte, die umstandslos in eine Nachgeschichte überwechselt:

Es ist zwar richtig, daß die in Friedrichshain errichteten Barrikaden im Vergleich zu den 87er Barrikadentagen der Hamburger Hafenstraße zehn mal höher waren, was jedoch auch nichts daran ändern konnte, daß die Mainzer Straße vorher nicht von den Besetzer- und UnterstützerInnen zu einem in der ganzen Stadt bekannten politischen Begriff gemacht wurde. Wenn auch vielleicht die relative Isolation der BesetzerInnen der Mainzer Straße die Vorbedingung für die ungeheure Intensität der dreitägigen aufstandsartigen Randale war, so hat sie doch damit die, vorher in diesem Zusammenhang eher schwach entwickelten, Kom-

munikationsnetze der Berliner Autonomen bei weitem überholt. Dieses Problem wurde nicht nur dadurch offenbar, daß die Brutalität der Mainzer-Straße-Räumung nachfolgend einen schnellen Zusammenbruch von Ansätzen einer breit getragenen Ost-Berliner Hausbesetzerbewegung bewirkte. Die Schwierigkeiten infolge überholter Kommunikationsnetze zeigen sich auch dort, wenn es in den Nachbereitungen darum geht, daß, was passiert ist, auf einen eigenen politischen Begriff zu bringen. Oder anders herum gefragt: Was soll als Erfahrung aus dem verlorengegangenen Kampf gegen die Räumung der Mainzer Straße an diejenigen vermittelt werden, die nicht bei diesem Ereignis dabei waren? Was kann daraus z.B. von zukünftigen HausbesetzerInnen gelernt werden, damit diese in Zukunft besser und schlauer handeln können? Bestand die Perspektive des Kampfes um die Verteidigung der Mainzer Straße lediglich in seiner »Militarisierung«, in der die Räumung nur deshalb nicht verhindert werden konnte, weil die Barrikaden nicht hoch und die Gräben nicht tief genug waren? Oder hätte zu einem Erfolg dieses Kampfes nicht auch die Perspektive seiner sozialen Ausweitung gehört?

In einer nach den Ereignissen herausgegebenen »Dokumentation« finden sich zwar eine Unzahl von Presseartikeln inlcusive eigener Stellungnahmen aus den Tagen des Kampfes in Form von Presseerklärungen, Flugis etc. dokumentiert, eine eigene Ordnung, geschweige denn Analyse dieses Materialwustes fehlt. Deshalb ist es auch ratsam, vorläufig der Frage aus dem Weg zu gehen, welcher politische Zusammenhang sich bei den »Dokumentations«-LeserInnen ausgerechnet beim Betrachen von Artikeln der bürgerlichen Presse, denen doch ansonsten nicht über den Weg getraut wird, in ihren Köpfen herstellen soll. Der inhaltliche Schwerpunkt dieser Dokumentation liegt eindeutig auf dem, für die bürgerlichen Medien von den HausbesetzerInnen ausgehende, faszinierende Gewaltgeschehen, welches wiederum von den Besetzer- und UnterstützerInnen in ihren Verlautbarungen den Bullen in die Schuhe geschoben wird. So nimmt es auch nicht wunder, daß in dieser Dokumentation ein zu einem frühen Zeitpunkt für die politische Nachbereitung der Herrschenden richtungsweisender Kommentar der Berliner Morgenpost vom 14.11.90, unter dem Titel: »Gegen Gewalt, für das Recht«, schlicht vergessen wurde. Da die Mainzer Straße die Stadt Berlin, kurz vor der anstehenden Hauptstadtentscheidung des Bundestages, »im übrigen Deutschland in ein Licht (rücke), das sie sich keineswegs wünschen kann«, wurde eine schnelle Räumung gefordert. Insofern erfüllte die mit einem notstandsähnlichen Bulleneinsatz am gleichen Tag durchgeführte Räumung ihren Zweck. es war ein präventives Signal, welches allen Menschen in der neuen Megametropole Berlin klarmachen sollte, was ihnen blühen kann, wenn sie sich den in näch-

sten Jahren in großem Ausmaß anstehenden Umstrukturierungen organisiert entgegenstellen.

Eingedenk dessen, daß die Mainzer Straße in den Köpfen derjenigen, die sie so lange großartig zu verteidigen wußten, mehr war, als das bloße Abwehren brutaler Bullenangriffe, ist es schade, daß mit jener besagten Dokumentation dieses »mehr«, im Sinne einer Kritik herrschender Verhältnisse, so wenig zur Spache gebracht wurde. Dabei ist das verlorengegangene »Anti-Hauptstadtargument« nur ein Beispiel neben anderen. Das Entwerfen und Besetzen politischer Begriffe verleiht für die Zukunft Definitionsmacht gegenüber der abgelehnten Realität; eine Chance, die trotzallem notwendigen Kampfgetümmel nicht leichtfertig aus der Hand gegeben werden sollte, und von der vorher niemand weiß, wer sie später aufgreifen wird. Andernfalls besteht die deprimierende Gleichung in der Nachbereitung (nicht nur) zur Mainzer-Straße in der schlichten Tatsache, daß, wenn wir nicht sprechen (können), die Herrschenden sprechen.

In diesem Sinne ist immer wieder danach zu fragen, wie die öffentlichen Orte dafür zu benutzen sind, diese und andere Einschätzungen, die ja zugleich auch Ausdruck unterschiedlicher Realitätswahrnehmungen sind, als verschiedene Standpunkte in einer Diskussion aufeinanderprallen zu lassen. Derartige Orte wären als bedeutungsvolle Momente der kollektiven Realitätswahrnehmung zu begreifen, die nicht einfach unter Hinweis auf den staatlichen Repressionsdruck aufgegeben werden können. Deshalb wäre auch zu fragen, wie es möglich sein kann, ein gewisses, zu Beginn der 80er Jahre vielleicht notwendiges anti-reflexives Moment, in dem was Autonome in den 90er Jahren denken und tun, abzustreifen.

Und an Personen, die meinen von ihren Problemen in unsäglichen Begriffen wie z.B. dem einer »Krise ihrer linken Identität« sprechen zu müssen, bleibt immer noch die Gegenfrage zu stellen, ob sie sicher sind, jemals eine solche besessen zu haben. Es ist dabei an die Erkenntnis des guten Hegel zu erinnern, daß es in einer bürgerlichen Gesellschaft eine Identität mit sich selber immer nur im Totenbett geben kann, was nicht immer auch ein Grund zur Trauer sein muß: Wer sagt denn, das sich in der Zukunft nicht aus den Grabsteinen toter linker Organisationen gute Pfastersteine machen lassen?

2. Auferstanden und abgestanden in Ruinen

40 Jahre Hüttendorf DDR

»(Die) Festellung, daß die marxistisch-leninistische, traditionelle kommunistische Bewegung unerbittlich in eine Sackgasse gerannt ist (...) provoziert die Kritik, aber auch die Trauer um die gescheiterten Hoffnungen auf Emanzipation.«
(Ex Anti-Nato-Gruppe Freiburg)

Die DDR, die in Folge der Ereignisse im Herbst 1989 nach 40 Jahren ihrer Existenz wie ein Kartenhaus eingestürzt ist, wäre vermutlich nicht ganz so schnell zusammengebrochen, wenn dieser Staat aus den Massenstreiks der Rostocker Werftarbeiter, den Landbesetzungen der Mecklenburger Kleinbauern und Tagelöhner, den Straßenkrawallen auf dem Prenzlauer Berg, den bewaffneten Cottbusser Bevökerungsmilizen, der Leipziger Kommune und dem Sturm auf das Dresdner Zwingerpalais hätte hervorgehen können... Nichts von alledem: Anstelle einer freudentrunkenen, mitreißenden Feier ausgelassener und sich selbst befreiender Menschen am Ende eines siegreichen Volksaufstandes, ist zu Beginn der SED-DDR ein gestellt wirkendes Foto überliefert, wo sich zwei von Krieg und Emigration gekennzeichnete Parteifunktionäre, der vom Faschismus geschlagenen Arbeiterparteien KPD und SPD, während eines inszenierten ›Volkskongresses‹ die Hand schütteln.

Die Geschichte der DDR kann leider nicht als ein sozialrevolutionärer Befreiungsversuch geschrieben werden. Die weltgeschichtlichen Bedingungen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren nicht so. Und doch stellt die DDR einen bemerkenswerten Versuch der Diskontinuität in der für die europäischen Nachbarvölker so mörderischen deutschen Nationalgeschichte in diesem Jahrhundert dar. Schon allein dadurch kommt niemand, der auch weiterhin auf einer radikalen Kritik an den Verhältnissen der neuen BRD beharren will, um die Frage der Interpretation der Geschichte der DDR herum: War dieser Staat nur ein von vorneherein verfehlter Versuch der Bevölkerung, ein fremdes Gesellschaftsmodell zu oktroyieren, oder scheiterte er mehr an der Ungunst äußerer Bedingungen, die nicht unmittelbar zu bestimmen waren ? »Wird sich die DDR als Abweg oder Umweg erweisen, oder als Vorhutunternehmen, welches – vor seinem Abbruch – schon ein gutes Stück von dem Neuland erkundet hatte, auf dem später doch Sozialismus zu errichten sein wird?« [4]

Wenn auch in der nachfolgenden Darstellung der Schwerpunkt bei der Interpretation des Scheiterns der DDR eher deterministisch auf für diesen Staat kaum zu bestimende, außenpolitische und weltmarktökonomische Faktoren gelegt wird, so bedeutet dies jedoch nicht, daß damit der sich alternativlos vollziehende Zusammenbruch in den Jahren 1988-90 bereits in den 50er und 60er Jahren unabwendbar festgestanden hätte. Wenn es stimmt, daß wir keine »hoffnungslosen Idioten der Geschichte« (Rudi Dutschke) sind, dann gibt es zu allen Zeiten unter allen Bedingungen eine Alternative. Das rasende Verschwinden der jahrzehntelang unbeweglich und versteinert erscheinenden Verhältnisse in der DDR ist ein gutes Beispiel dafür, daß nichts so bleibt (und bleiben kann) wie es ist. Mit dem Ende dieses Staates ist weder die Hoffnung auf eine nicht-totalitäre Vision eines »neuen Menschen« in den dafür notwendigen Bedingungen gescheitert, noch konnte er in den autonomen Zusammenhängen bisher realisiert werden. Deshalb ist es auch richtig, bei der Betrachtung der Geschichte der DDR, eine Haltung zu verteidigen, die darauf beharrt, gegen das herrschende Falsche immer wieder Alternativen zu ergreifen.

Ein paar Sprünge in der Weltgeschichte: Ohne sowjetische Außenpolitik ...

»Die DDR? Was ist das schon, diese DDR? Nicht einmal ein richtiger Staat. Sie existiert nur aufgrund der sowjetischen Truppen.« (Eine Aussage des damaligen KGB-Chefs Berija kurz nach dem 17. Juni 1953.)[5]

Es gehört zu den paradoxen Gründungsvoraussetzungen der DDR, daß bis Mitte der 50er Jahre eine eigenständige Existenz dieses Staates nicht im Kalkül der sowjetischen Außenpolitik lag. Diese war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verständlicherweise nach den Erfahrungen der von Deutschland ausgegangenen faschistischen Aggression defensiv gegen die Gefahr einer zukünftig wiederauferstehenden deutschen Großmacht ausgerichtet. Dabei wurde die eigene Besatzungszone in Deutschland als eine Art Faustpfand für die kommenden Verhandlungen über den zukünftigen Status Gesamtdeutschlands mit den West-Allierten betrachtet.

Die Schritte zur Gründung und Etablierung der DDR als eigenständiger Staat in den Jahren 1948-55 erfolgten immer erst als sowjetische Reaktion auf die Politik der vom Westen forcierten antikommunistischen Blockkonfrontation. Und so ist es kein Zufall, daß die einseitige Aufkündigung des Potsdamer Abkommens von 1945 durch die West-Allierten, dessen Bestimmungen u.a. energische Maßnahmen gegen die faschistischen Kriegsverbrecher und eine einheitliche Verwaltung für Gesamtdeutschland vorsahen, die Währungsreform in den drei westli-

chen Besatzungszonen 1948 und die Gründung der BRD im Mai 1949, als Frontstaat gegen die Sowjetunion, zeitlich vor der Gründung der DDR im Oktober des gleichen Jahres stand.

Beginnend mit der Stalin-Note im März 1952 wurden von der sowjetischen Seite an die Adresse der West-Allierten und Westdeutschen noch sehr umfassende Vorschläge für eine deutsche Vereinigung vorgelegt. Sie zielten allesamt auf ein, unter internationale Kontrolle aus freien und geheimen Wahlen hervorgehendes, bürgerlich-demokratisches Gesamtdeutschland auf kapitalistischer Grundlage ab. Die einzige von der Sowjetunion daran geknüpfte Bedingung war die Neutralität dieses Staates, d.h. es sollte keinem gegen die Sowjetunion gerichteten militärischen Bündnis angehören.

Obwohl bei einer Realisierung dieser Konzeption absehbar war, daß die SED all ihre Machtstellungen in der sowjetischen Besatzungszone verloren hätte, wurde dieser Kurs von der SED durch einen militanten Vereinigungsnationalismus unterstützt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die sowjetischen Bemühungen für Gesamtdeutschland auf einen Status abzielten, wie er in den Beziehungen zwischen der SU zu Österreich und Finnland in den 50er Jahren erreicht werden konnte. Schlußendlich wurde jedoch diese Konzeption durch die Remilitarisierung und den Beitritt der BRD zur NATO im Jahre 1955 zunichte gemacht. Zehn Jahre nach Kriegsende war auch durch die »antipreußisch« motivierte, bedingungslose separatistische Westbindungspolitik Adenauers, die Spaltung Deutschlands perfekt. Notgedrungen wurde im Rahmen dieser Entwicklung aus dem Provisorium DDR ein Staat, der ursprünglich von keiner Seite aktiv angestrebt worden war.[6]

Die weitere Entwicklung dieses Staates wurde nicht zuletzt durch seine Lage im Zentrum Europas bestimmt: Geographisch eingeklemmt zwischen der ökonomischen Supermacht BRD und der militärischen Weltmacht Sowjetunion blieb der DDR kein anderer Raum, als sich von vorneherein als Bestandteil der »sozialistischen Staatengemeinschaft« im Kontext einer Blockraison des Warschauer Paktes zu begreifen. Während die SED die zentralen gesellschaftlichen Krisen im Juni 1953 und im August 1961 noch durch die außenpolitische Absicherung der SU und des Warschauer Paktes mit repressiven Mitteln vorläufig überwinden konnte, stand dieser »Schutz« spätestens mit dem ab 1985 eingeleiteten Prozeß der Perestroika in der Sowjetunion zur Disposition. Der Höhepunkt der außenpolitischen Anerkennung der DDR durch den Staatsbesuch Honeckers 1987 bei Kohl verdeckte den Umstand, daß die DDR in der sowjetischen Außenpolitik wieder das wurde, was sie bis Mitte der 50er Jahre immer war: Eine Manövrier- und Verhandlungsmasse der SU, um zu einer generellen Überein-

kunft in einer neuen Achse Moskau-Bonn mit den kapitalistischen Eliten der BRD zu kommen.[7]

...keine DDR-Innenpolitik

Die Phase von der Sowjetischen Besatzungszone bis in die ersten Jahre der DDR, wurde durch eine gegen alle gesellschaftlichen Basisinitiativen gerichtete bürokratisch-stalinistische SED-Politik bestimmt. In diesem Sinne war es nur konsequent, die Aktivitäten der kurz vor und nach Kriegsende in größeren Städten und Betrieben gegründeten überparteilichen Antifa-Ausschüsse und Betriebsräte zu unterdrücken und zu verbieten. In diese Konzeption fügt sich auch, sowohl die aus den Westen kommenden KP-Emigranten, als auch die im Land während des Faschismus verbliebenen (und überlebenden) KPD-Mitglieder, aus den relevanten Entscheidungsgremien der wiedergegründeten KPD herauszudrücken.[8]

Erst die Aufstandsbewegung der ostdeutschen Arbeiterbewegung am 16. und 17. Juni 1953 – der erste antistalinistische Aufstand in Osteuropa – veranlaßte die SED-Führung, zumindest in Fragen der Arbeitsbedingungen und Normen, gegenüber der Bevölkerung eine weichere Linie einzuschlagen.[9] Die allerdings bis zum Bau der Mauer im Jahre 1961 teilweise dramatischen Flüchtlingsbewegungen in die BRD signalisierten jedoch, daß die SED-Herrschaft gegenüber der Bevölkerung labil blieb [10].

Das als Reaktion auf den 17. Juni 1953 konzipierte gesellschaftliche Modell der DDR versuchte, die passive Billigung oder Duldung der Parteipolitik durch die Bevölkerung mit sozialen Sicherheiten und langsam steigendem Wohlstand zu erkaufen. Wesentliche Garantie des politischen Systems blieb aber neben der »Rückendeckung« durch die Sowjetunion, die Errichtung eines gewaltigen Repressionsapparates: Weit über 400 000 Mann bei der Nationalen Volksarmee, Bullen, Grenztruppen und STASI – von der Zahl der nebenamtlichen Spitzel ganz zu schweigen, verschwendeten nicht nur knapp 10 Prozent des Nationaleinkommens, sondern sorgten auch für eine schmierig-miefige »Ruhe und Ordnung«[11]. Spätestens im Prozeß der Perestroika wurde jedoch offenkundig, daß dieses Modell aus Goulaschkommunismus und Repression nicht nur an seine politischen, sondern auch an seine ökonomischen Grenzen stieß. Bereits vor dem Fall der Mauer existierte für die DDR im Rahmen der Konkurrenz auf dem Weltmarkt keine eigenständige ökonomische Perspektive mehr. Zwar konnte sich die DDR – aus im Vergleich zur BRD ungleich schwierigeren Anfängen – zum zehntstärksten Industriestaat der Welt entwickeln, der Abstand zu den Metropolen wuchs jedoch in den 80er Jahren auf einen Grad, der nicht mehr einholbar war. Der Anschluß an die »dritte technologische Revolution« in den

Informatik-, Mikro-Elektronik und Computer-Industrien war verloren. Die in der DDR produzierten Waren konnten von den südostasiatischen »Schwellenländern« auf dem Weltmarkt niederkonkurriert werden. Je prekärer die Lage der DDR auf dem Weltmarkt wurde, desto rücksichtsloser ließ die Partei- und Staatsführung die Umwelt- und Infrastruktur im eigenen Land verkommen. Die sich seit Beginn der 80er Jahre zuspitzende Zahlungsunfähigkeit der DDR markierte damit nichts anderes, als »eine Hinrichtung durch den Weltmarkt« (Kurz)

Die fast ausweglose ökonomische Lage der DDR wird in einem Ende September 1989, u.a. von Schalck-Golodkowksi, erarbeiteten Papier skizziert, in dem festgehalten ist, daß die DDR zur Einhaltung ihrer »Zahlungsverpflichtungen aus Krediten und Zinsen, sowie zur Durchführung jährlicher Importe bereits jetzt weitestgehend von kapitalistischen Kreditgebern abhängig« sei. Um überhaupt weiter Schulden machen zu können, sei »ein wesentlich höheres Aufkommen an absatzfähiger Exportware« erforderlich. Die notwendigen »Umverteilungsprozesse« müßten noch 1989/90 in Angriff genommen werden«. Als Sofortmaßnahme wurde ein gesellschaftliches Verarmungskonzept vorgeschlagen, das sowohl die »Reduzierung der gesellschaftlichen Konsumtion und – falls das nicht ausreicht – auch der individuellen Konsumtion« vorsah.[12] Doch mit welcher politischen und sozialen Perspektive wäre dieser Austeritätskurs der DDR-Bevölkerung zuzumuten gewesen? So wurde dann die Fluchtwelle im Sommer, und der nach dem Fall der Berliner Mauer einsetzende nachholende Konsumrausch der DDR-Bürger in den BRD-Billigkonsumpalästen, auch ein sinnbildlicher Ausdruck dafür, daß der Wert der Ware Arbeitskraft im realen Sozialismus, – anstatt sich mit imaginären Ideologien und Plansollerfüllungen zu schmücken, lieber direkt am metropolitanen Standard des Weltmarktes vergleichen wollte.

In dieser Situation, einer im Jahre 1989 sowohl ökonomisch ausweglos gewordenen Lage, als auch außenpolitischen Isolierung, konnte die 2,3 Millionen Mitglieder zählende Massenpartei SED mit 60.000 hauptamtlichen und weiteren 300.000 nebenamtlichen Funktionären mit einem Hauch weggefegt werden. Mit einem den gesellschaftlichen Realitäten im eigenen Land anachronistisch gewordenenen ›Helden der Arbeit‹-Klassenkampfbegriff aus den 30er und 40er Jahren der stalinistisch-antifaschistischen KPD-Aufbaugeneration, stand sie der ab Frühjahr über Ungarn, Prag, und Warschau einsetzenden Flüchtlingswelle und den zunehemenden Straßenprotesten ratlos gegenüber. Trotz eines im Verhältnis zur Bevölkerungszahl gigantischen Spitzel- und Repressionsapparates zerfiel das Monument SED ohne politische Idee quasi ins Nichts[13]. Der Prozeß der Selbstauflösung der DDR war nicht die Folge einer wie auch immer gearteten »Revolution«, sondern das Ergebnis einer Implosion nach innen, in dem weder etwas

weggestürzt, zerschlagen, verhaftet, besetzt noch in die eigene Regie übernommen wurde. Nach 40 Jahren DDR gab es fast niemanden mehr in diesem Staat, der das, was auf diesem Terroritorium passiert war, verteidigen wollte.

Wo waren die »neuen Menschen« im Sozialismus?

*»Du sollst sauber und anständig leben und deine Familie achten« (*Aus Walter Ulbrichts »zehn Geboten der neuen sozialistischen Sittlichkeit« 1958)[14]

Das was an der zitierten Ulbricht-Bemerkung heute so fürchterlich pitoresk anmutet, war nicht nur ein schlechter Scherz. Sie war Ausdruck einer durch die Notzeiten der 20er, 30er und 40er Jahre geprägten kleinbürgerlich-proletarischen Mentalität der KPD-SED-Führungskader, die die gesellschaftliche Wirklichkeit der DDR bis zum Ende der 80er Jahre bestimmte.[15] Der Historiker Radkau macht darauf aufmerksam, daß in dieser Realität tatsächlich Grundbedürfnisse, ja selbst große Wunschträume durchschnittlicher Arbeiter befriedigt und erfüllt werden konnten: »Sichere Arbeitsplätze, sehr billige und obendrein unkündbare Mietwohnungen, ebenso billige Grundnahrungsmittel, geringe Heizkosten, freie medizinische Versorgung, schließlich im allgemeinen gemächliches Betriebsklima ohne harten Leistungsdruck und ohne steile, neiderregende Gehaltshierachien, dabei die Kinder in Kindertagesstätten und Ganztagsschulen sicher aufgehoben, am Ende sogar der Kleinwagen und der Kleingarten als der Mühe Lohn ...« [16]

Die SED-Politik ging davon aus, die politisch entmachteten und gedemütigten Schichten des Mittelstandes bei gleichzeitiger Einstellung des Klassenkampfes (im Sinne des Kampfes um die Köpfe), in die von Ulbricht Mitte der 60er Jahre proklamierte »Sozialistische Menschengemeinschaft« vereinnahmen zu können. Die herrschende Kultur dieser Leistungsgesellschaft basierte auf einer Art Zwangsmitgliedschaft in eine der kompetenzlosen Massenorganisationen (FDJ, Frauenbund, Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, FDGB usw.) sowie auf materiellen und moralischen Anreizen, um so den Mangel an Demokratie und Selbstbestimmung mit stereotypen Bekenntnissen zum Frieden und zum Antifaschismus zu überdecken. Die nach dem Krieg in öffentliches Eigentum überführten Produktionsmittel und Wohnungen wurden nicht zur Grundlage für eine Selbstverwaltung in den Betrieben und Wohngebieten gemacht, weil das die Macht der Stalinisten untergraben hätte. Wenn auch das Arbeitstempo – im Vergleich zum Westen – in den Betrieben etwas gemächlicher war, so wurde doch die vom Kapitalismus übernommene Technik und Arbeitsorganisation in den alten Gleisen weiterentwickelt. Die Kontrolle und Unterwerfung des Menschen in der Arbeit wurde nicht problematisiert oder gar zum Gegenstand von Auseinandersetzungen gemacht. Es blieb eine Technologie, die den Arbeitsrhyt-

mus und unveränderbar erscheinende Betriebshierachien vorgab. Die Schichtarbeit wurde in der DDR sogar ausgeweitet und der Arbeitschutz entprach nur selten dem neuesten Stand.

Zudem war eine Kehrseite dieser idyllisch und ökonomisch saturiert erscheinenden Kleinbürgergesellschaft besonders für die Frauen im ›realen Sozialismus‹ zu erleiden: Der in der DDR von oben verankerte formale Gleichberechtigungsgrundsatz bedeutete zwar für Frauen die gleichen Rechte wie die Männer zu besitzen, war aber zugleich für den realsozialistischen Mann mitnichten damit verbunden, die gleichen Pflichten wie die Frau zu übernehmen. Da in der DDR alternative Wohnformen weder diskutiert, und nur ganz selten praktiziert wurden, war die Kleinfamilie nicht nur die typische, sondern auch die ausschließliche Familien- und Lebensform. Diese patriarchal bestimmten Lebensformen, zuzüglich einer enormen Einspannung in das Berufsleben, führten im Frauenalltag dann auch für diese zu massiven psychischen und physischen Mehrfachbelastungen.

So begünstigte die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR unter Führung der SED, offenbar die massenhafte Formierung eines konformistischen autoritären Persönlichkeitstypus. Dieser scheint nicht nur über Jahre hinaus durch die herrschende Klasse im Westen mit dem Stasi-Filz erpressbar zu sein, sondern ist aktuell auch kaum dazu in der Lage, etwas dem systematisch vom »Westen« betriebenen Zusammenbruch der alltäglichen Lebenswelt entgegenzusetzen. Angesichts dieses Hintergrundes nimmt es dann auch nicht wunder, daß nicht nur die Wahlergebnisse aus dem Jahre 1990 die Vermutung nahelegen, daß die Sozialisation in diesem vorgeblich antikapitalistischen Staat kaum in nennenswertem Umfang zu gewitzten und subversiven Kommunisten geführt hat.

Das konsequente Vorgehen der »sozialistischen Leistungsgesellschaft« unter Führung der SED hat es tatsächlich in partieller Zusammenarbeit mit der BRD durch Massenausbürgerungen in den 80er Jahren geschafft, die Herausbildung einer autonom-antiautoritären, sozialistischen Opposition in der DDR zu unterbinden.[17]

Schaut man sich einmal die Zusammensetzung der Kräfte in der DDR ab Mitte der 80er Jahre an, die an einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Land gearbeitet haben, so ist es ein Zynismus der Geschichte, daß sie aus der Auslandsaufklärungsabteilung der Stasi unter der Leitung von Micha Wolf, dem Schalck-Golodkowski-Imperium, einigen Literatenzirkeln von Sozialisten und in einer durch die staatliche Repression gebildeten Zwangsgemeinschaft einer oppositionellen Bürgerrechtsbewegung bestand.[18] Bei einer Reihe von wichtigen Protagonisten der beiden zuerst genannten Institutionen ist zu vermuten, daß sie die tatsächlichen Dimensionen der neuen sowjetischen

Deutschlandpolitik im Kontext der Perestroika recht frühzeitig begriffen haben dürften und dementsprechend begannen, Konzeptionen einer deutsch-deutschen Konförderation zu überlegen. Die nonkonformistische DDR-Opposition war durch den herrschenden gesellschaftlichen spieß- oder kleinbürgerlichen Anpassungsdruck kulturell marginalisiert und wurde zudem noch von der Stasi unter das Dach der Kirche getrieben. Die sich im Jahre 1989 entwickelnde Bürgerrechtsbewegung bestand überwiegend aus durch die Verhältnisse zu moralischen Antikommunisten gemachten Individueen, deren Vorstellungen von der gesellschaftlichen Wirklichkeit der DDR ähnlich realitätsfremd waren, wie die der literarischen Sozialisten.[19] Angesichts dieser Konstellation nimmt es denn nicht wunder, daß der Untergang der DDR in der Vereinigung bruchlos durch die politisch-ökonomischen Strukturen dieses Staates selbst bestimmt wurde. Das Verhalten von weiten Teilen der DDR-Bevölkerung führte mustergültig vor, wie ein nicht durch eine gelebte Opposition und einer durchdachten Kritik gebrochener Autoritarismus, den Obrigkeitstaat als SED- und STASI-Staat kritisierte, um ihn zugleich als Nation, als Deutschland EINIG VATERland zu retten.[20]

Am 9. November 1989 vergingen zwischen 20 und 70 Jahre Autonome Le(e)hrstellen

»Warum ich mich auf die Wiederveinigung freue: Weil wir dann eine Macht sind. Eine Million Soldaten. Noch mal soviel Polizisten. Jeder Deutsche ein Auto. Hunderttausende von Gefängnissen. Ein unübersehbares Heer von Finanzbeamten. (...) Weil wir dann nicht erpresst werden. Weil wir dann keine Schicksalsfrage der Nation mehr haben. Nur noch Antworten. Auf demokratischer Basis. Und jeder der kein Demokrat ist, kriegt dann eins in die Fresse....«

(Wolfgang Neuss 1965)

Das Verstehen-Wollen des Zusammenbruchs der DDR und des RGW ist für Autonome aus der alten BRD mit einer neuen Wiederaneignung der nach der 68er Revolte verlorengegangenen Kritik am Stalinismus verbunden. Eine bequemere Seite der Kritik kann sich in diesem Zusammenhang mit den historischen, sozialen und politischen Entwicklungen in der Sowjetunion ab 1917 beschäftigen; »bequemer« deshalb, weil mit dem Stalinismus ohnehin nur noch ein relativ toter Hund geprügelt werden kann und nichts leichter ist, als eine grobschlächtige Kritik an historischen Verlierern vorzunehmen. Die Geschichte des Stalinismus blieb bekanntlich nicht auf die Sowjetunion beschränkt, sondern schlug sich in Deutschland bereits Ende der 20er Jahre in dem Einfluß auf die Politik und die hierachische Parteistruktur der KPD in der Weimarer Republik nieder. Dieser

unmittelbare Einfluß des Stalinismus setzte sich danach im Moskauer Exil der KPD in den 30er und 40er Jahren fort, und reicht bis in die Frühgeschichte der DDR.

Wohin flüchten die Fluchtpunkte?

In einem halbfeudalistischen Land gelang es den Bolschewiki während einer breiten Bauernrevolution sich unter der Leitung von Lenin und Trotzki als verschwindend geringe Minderheit an die Hebel der russischen Zentralmacht zu putschen. Die Zentralmacht wurde von ihnen über die Zeit des Bürgerkriegs, mit Hilfe von taktischen Bündnissen mit Teilen der alten Eliten, der Bauernschaft, sowie mit Terror gefestigt. Das was von Lenin 1917 vorausschauend nur als kurzfristige Episode, als eine Art erstes Glied in der Kette der noch folgenden Weltrevolution gedacht war, blieb nach dem Steckenbleiben der Revolution, insbesondere in Deutschland isoliert und veränderte auch dadurch notgedrungen seinen Charakter. Die Bolschewiki standen in der im Windschatten nach dem Ende des ersten imperialistischen Weltkrieges entstandenen Sowjetunion in den 20er Jahren vor der Frage, wie ein nicht- oder gar antikapitalistischer Entwicklungsweg in einem halbfeudalistischen Land aussehen kann. Abgesehen davon, daß für die Bolschewiki das beständig zwischen Rußland und dem europäischen Zentrum existierende prekäre Machtverhältnis zu berücksichtigen war, gaben die um 100 Jahre weiter entwickelten kapitalistischen Verhältnisse in Westeuropa das angestrebte und unkritisch rezipierte Bild einer zukünftigen sowjetischen Entwicklung ab. Vor diesem Hintergrund besitzen auch die Konzepte einer staatskapitalistischen Industrialisierungsdiktatur – auch mit Hilfe der in den 20er Jahren am weitesten entwickelten kapitalistischen Ausbeutungstechniken des Taylorismus – mit einer angestrebten ursprünglichen Akkumulation in einem halbfeudalistischen Land eine gewisse konzeptionelle Schlüssigkeit, deren »Preis« gleichwohl von abermillionen Menschen mit ihrem Leben bezahlt wurde. Dabei sind die Schreckensbilanzen des Stalinismus ab Ende der 20er Jahre bekannt und es gibt keinen Grund dazu, sie wohlwollend gegen die in den 40er Jahren begangenen Massaker des Faschismus in der Sowjetunion zu verrechnen.: Zu nennen ist in diesem Zusammenhanng die Liquiderung jeglicher Opposition, die sich nicht nur auf »großen Säuberungen« Mitte der 30er Jahre gegen Altbolschewiki beschränkten, sondern sich im Ausland, gegen die Anarchisten im spanischen Bürgerkrieg, Trotzki im mexikanischen Exil, bis hin zur Auslieferung deutscher Kommunisten während des Hitler-Stalin-Paktes an die faschistischen Henker fortsetzten. Die stalinistische Schreckensbilanz beinhaltet darüber hinaus die ab Ende der 20er Jahre begonnenen Zwangskollektivierungen auf dem Land, die zu Millionen von

Hungertoten führten und den über tausende von Archipel-Gulags vermittelten terroristischen Arbeitszwang im Rahmen des Versuchs einer gegenüber dem Westen nachholenden staatlichen Industriealisierungsdiktatur. Insofern realisierte sich im Stalinismus in zugespitzter Weise eine Vorstellung von einem gesellschaftlichen Prozess in den Kategorien von unumschränkter Macht und Herrschaft, die »Entwicklung« nur als großindustrielle, bei gleichzeitiger Zerstörung und Vernichtung autonomer Existenz organisieren konnte.[21]

Nun, mittlerweile ist offenkundig, daß der 70 Jahre lang von der Sowjetunion betriebene staatskapitalistische Versuch die Metropolen einzuholen, ja gar zu überspringen erbärmlich gescheitert ist. Allein es bleibt die nach wie vor theoretisch wie praktisch ungelöste Frage, ob es überhaupt soziale Gegensysteme zum entfalteten Kapitalismus in der Peripherie geben kann, bezw. wie diese aussehen können, sofern denn die Weltrevolution gerade in den Metropolen noch ein wenig auf sich warten läßt.

Ein Sprung in die Tiefen der Tiefenpsychologie

Eine etwas mehr auf die jüngste Gegenwart bezogene Diskussion wird sich mit der Frage zu beschäftigen haben, warum die autonome Linke in der BRD und West-Berlin von dem Zusammenbruch der DDR genauso überrascht wurde, wie die hiesige Bevölkerung und die politisch herrschende Klasse in Bonn. Wie ist es zu erklären, daß die von der herrschenden politischen Klasse in Bonn in den 80er Jahren praktizierte ökonomisch-diplomatische Kooperation mit dem SED-Regime so wenig der Analyse und Kritik unterlag? [22] Für die 68er Bewegung drängte sich die Beschäftigung mit dem RGW insbesondere unter dem Eindruck des »Prager Frühling« sowohl praktisch als auch theoretisch geradezu auf. Überhaupt konnten sich Teile dieser Bewegung ja nur deshalb in der Gestalt einer antiautoritären »Neuen Linken« konstituieren, weil sowohl die westliche Sozialdemokratie als auch der östliche Stalinismus gleichermaßen kritisiert wurde.[23] Demgegenüber hatten die autonomen Basisbewegungen der 70er und 80er Jahre in der BRD diesen Bezug in unveränderbar erscheinenden militärstrategisch eingemauerten Verhältnissen zwischen NATO und Warschauer Pakt verloren. Darüber hinaus gerieten auch Autonome in ihrem Verhältnis zur DDR in der BRD in die Zwickmühle, in der sich die »Neue Linke« schon immer befand: Konfrontiert mit dem »Geh'doch-nach-drüben« – Antikommunismussyndrom der BRD-Bevölkerungsmehrheit drohte eine radikal an den gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR geübte und propagierte Kritik auf die zentrale Legitimationsideologie der BRD zurückzufallen. Diese Schwierigkeit wurde zudem durch die Furcht vor dem lauernden »Antikommunisvorwurf« durch die DDR und die mit ihr

verbündete DKP noch verstärkt. Zudem war die Propagierung eines »nationalen Befreiungskampfes« vor dem Hintergrund der faschistischen deutschen Vergangenheit nicht zu vertreten. Und so verstellte eine pragmatisch-fatalistische Einrichtung gegen die BRD-Verhältnisse und die Berliner Mauer nicht nur den Blick auf reale Weltmarkttendenzen des internationalen Kapitals, sondern trugen ebenfalls wesentlich mit dazu bei, die innenpolitischen Verhältnisse der DDR aus dem Bereich der eigenen Wahrnehmungen auszublenden. In der Kampagne gegen IWF-Kongreß im Herbst 1988 in West-Berlin wurden die ökonomischen Entwicklungstendenzen im Zuge der sogenannten »Schuldenkrise« so gut wie ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des verheerenden Zustands des Trikonts analysiert, gleich so, als wenn die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Weltmarktes nicht in ähnlicher Weise für den RGW gegolten hätten. Deshalb ist es auch kein Wunder, daß Autonomen (nicht nur) aus Kreuzberg die gesellschaftlichen Entwicklungen in Nicaragua und El Salvador näher lagen, als die gesellschaftliche Realität in den nur wenige hundert Meter Luftlinie entfernten Innenstadtbezirken der »Hauptstadt der DDR«. Als es im Januar 1988 zu einer Verhaftungswelle mit weit über 100 Personen in der links-alternativen Oppositionellen-Scene in der DDR kam, war seitens West-Berliner Autonomer dazu allenfalls Schweigen zu vernehmen.[24] Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die in der westdeutschen Bevölkerung weitgehend gegenüber den Verhältnissen in der DDR existierende Unkenntnis und Ignoranz auch von den meisten Autonomen geteilt wurde. Im Rahmen der sogenannten Entspannungspolitik hatte sich das Bewußtsein der westdeutschen Bevölkerung ohnehin fast vollständig von der gesellschaftlichen Realität der DDR abgewendet. Die leeren Sonntagsreden der Politiker und das faktische Nicht-Verhalten der Bevölkerung zum revanchistischen ›Feiertag‹ des 17. Juni waren prägnanter Ausdruck dieser Entwicklungen.[25]

Es wäre aber bei aller notwendigen Aufarbeitung an dem, was autonome Politik in den 80er Jahren war, völlig überzogen diese auf den historischen Prozeß nicht einfach wegzusteckenden Unterlassungen im Sinne von Leerstellen zu einem Totschlag-Begriff von »politischen Fehler« zu radikalisieren. Das benutzen eines Begriffs wie »Fehler« macht nur dann Sinn, wenn er an ein aktives Handeln gebunden ist. Und da ist in der autonomen Politik der 80er Jahre doch ein gewaltiger Unterschied beispielsweise zur aktiven Politik, und das heißt Fehler der DKP oder sich traditionell begreifender antiimperialistischer GenossInnen festzustellen. Sowohl für das Erscheinungsbild als auch für die öffentlich zugänglichen Diskussionen kann für das, was sich in den 80er Jahren als autonome Zusammenhänge dargestellt hat, behauptet werden, daß zu keinem Zeitpunkt eine bewußte oder gar unbedingte Pro-SED und DDR-Politik betrieben worden wäre. Einzel-

beispielen, wie z.B. daß in manchen autonomen Kreisen ein unkritisch positiv auf die Sowjetunion bezogener und gegen den »Hauptfeind USA« gerichteter Antiimperialismusbegriff die Runde machte, ist ohne Mühe eine Fülle von Gegenbeispielen entgegenzuhalten: Angefangen von der außerordentlich kritischen Position in den Beiträgen der Theoriezeitschrift »AUTONOMIE gegen den »Spätstalinismus«, die Entscheidung des West-Berliner BesetzerInnenrates im Winter 1981 gegen die Verhängung des Kriegsrechtes gegen die Solidarnosc-Bewegung in Polen, mit Aktionen gegen sowjetische und polnische Fluglinienbüros in der Stadt zu reagieren, bis hin zum Abdruck von Dokumenten der DDR-Opposition in der autonomen Wochenzeitschrift »INTERIM«, weit vor dem 9. November 1989.

So ist daran festzuhalten, daß die sozialen Basisbewegungen der BRD, deren Dynamik und Kraft ohne die Rolle von sich darin autonom verstehenden Menschen gar nicht begreifbar wäre, trotz ihrer Ignoranz gegenüber Osteuropa und der Kritik osteuropäischer Oppositioneller, mit ihren Forderungen die politische Blockkonfrontation unterlaufen zu haben. Die Forderung nach Frauenbefreiung und dem Ende der Männerherrschaft hörte nicht an der Berliner Mauer auf. Ein AKW an der Elbe in Magdeburg stieß immer auf heftigen Widerspruch in der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung, und die Ablehnung der kapitalistischen Lohnarbeit wurde nicht mit einem ›Helden der Arbeit‹-Mythos begründet. »Unsere« westdeutschen Atomreaktoren sind nicht im mindesten besser als die Schrott-AKWs von Greifswald, und es gibt auch keinen Grund mehr, die mit der Arbeitslosigkeit im kapitalistischen Westen verbundene Not gegen das Elend des staatlich verordneten Arbeitszwangs in den Fabriken des ›realen Sozialismus‹ auszuspielen, um letzteres auch noch irgendwie besser finden zu wollen.[26] Auch wenn sich zwischenzeitlich herausgestellt hat, daß es bei vielen nach dem 9. November 1989 mit der zuvor an den Verhältnissen der BRD geübten radikalen Kritik nicht ganz so ernst gemeint war, so kommt es jetzt doch darauf an, ob sich der Kern dieser radikalen Kritik an einem sich verändernden Gegenstand beweisen kann. Was liegt näher und ist im Grunde genommen einfacher als die unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen entwickelte Kritik unter anderen Bedingungen lediglich genauer und damit zugleich radikaler zu machen? [27]

...noch'n Ausweg im Schlußwort

Nichtsdestotrotz, radikale Kritik hin – noch radikalere Kritik her: Es ist zu konstatieren, daß der Zusammenbruch der DDR zunächst einmal zu einem ungeheuren Legitimationschub für die bescheuerten Verhältnisse in der BRD geführt hat. Natürlich sind auch Autonome in der BRD durch die Entwicklungen in der

DDR in den Jahren 1989/90 kalt erwischt wurden. Insofern bestätigt sich nur wieder die banale Wahrheit, daß, wenn gestern bestimmte Fragen nicht intensiv diskutiert werden, als Folge davon heute keine schnellen Antworten gegeben werden können. Aber es ist auch genauso richtig, daß man nur als Konstrukt in der schlechten Vergangenheit leben kann, währenddessen man sich jedoch in der Gegenwart zurechtfinden muß. Also geht es jetzt darum, die alten »blinden Flecken« im Sinne einer Geschichtslosigkeit im Verhältnis zur DDR im allgemeinen und zur DDR-Opposition im besonderen zu überwinden, damit man sich so besser gegen die veränderten Verhältnisse der mächtiger gewordenen BRD in neuen sozialen Bezügen zur östlichen Massenarmut bewegen kann.

3. Neue Welt-Un-Ordnung und friedensbewegter Golf-Krieg

Manifestierte sich vom Sommer 1990 bis zum Frühjahr 1991, von der Krise zum Krieg eskalierenden Geschehnisse am Persischen Golf, eine von US-Präsident Bush proklamierte »neue Weltordnung«? Die Bedeutung dieser Fragestellung liegt darin, daß die Antworten für die Zukunft einen Rahmen für die eigenen politischen Handlungsoptionen und Möglichkeiten skizzieren.

Offenkundig war zumindest, daß die Sowjetunion während des Golf-Krieg-Konfliktes im begleitenden internationalen diplomatischen Krisenmanagement ihre zwischenzeitlich bedeutungslos gewordene Rolle als zerfallende Super- und Ordnungsmacht vorgeführt bekam. Sie mußte der militärischen Exekution ihres ehemaligen Verbündeten Irak tatenlos zusehen. Demgegenüber konnte die USA den Golf-Krieg dazu benutzen, sich diplomatisch-politisch ungehinderter denn je als militärisch unangefochtene Weltmacht Nr. 1 zu präsentieren. Dabei ist der Feststellung Chomsky zuzustimmen: »Mit dem Zusammenbruch der Sowjet-Tyrannei genießen die USA eine größere Freiheit als je zuvor, Gewalt einzusetzen. Die USA wollen ihr Fast-Monopol auf Gewalt aufrechterhalten, ohne daß ein Konkurrent für diese Rolle in Sicht wäre. Daraus ergibt sich nicht nur eine Verschärfung der inneren Wirtschaftsprobleme, sondern auch die immer neue Versuchung, sich lieber auf die Drohung mit Gewalt zu verlassen als auf die Diplomatie, die eher als ärgerliche Belästigung gilt.«[28] Choamsky macht aber in seinen Bemerkungen zugleich darauf aufmerksam, daß die Grundelemente dieser »neuen Weltordnung« bereits vor 20 Jahren im Rahmen des Vietnam-Krieges, erkennbar mit der Entstehung einer »tripolaren Welt« gelegt wurde, als sich die wirtschaftliche Macht innerhalb des westlichen Lagers verteilte. Seit dieser Zeit blieben die USA zwar die vorherrschende Militärmacht, aber ihre ökonomische Überlegenheit ist geschwunden. Insofern reflektiert die Entwicklung zum Golf-Krieg auch die ökonomisch angeschlagene Position der USA auf den Weltmärkten gegenüber Japan und der EG-BRD. In welchen Formen auch immer in der Zukunft der ökonomische Konkurrenzkampf zwischen den drei imperialistischen Zentren auf den Weltmärkten ausgetragen werden wird: Die aktuell weit überragende militärische Stärke der USA stellt, trotz aller ökonomischen Potenzen der beiden anderen Zentren für ihre weiteren Expansionsgelüste, einen zu kalkulie-

renden Faktor dar. Möglicherweise schreiben die Implikationen des Golf-Kriegs für den nächsten Abschnitt in der Geschichte der Menschheit eine Machtstruktur fest, in der die USA ihre ökonomisch auf unabsehbare Zeit verlorengegangene Hegemoniestellung mit einer wesentlich durch andere Zentren zu subventionierenden Militärmacht aufrechterhält.

Die internationalen Auseinandersetzungen um den Golf-Krieg konfrontierten die in den Veränderungen der Jahre 1989/90 im Werden begriffene politische Weltmacht BRD mit der Frage eines neuen Gesellschaftskonsens. Dicht vor der dramatischen Schwelle eines erstmaligen Kriegseintritts der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg wurde zu diesem mörderischen Zweck alles an bisherigen politischen Selbstverständlichkeiten entweder funktionalisiert oder abgeräumt. Das erklärt auch die Brisanz und das Spannungsfeld der in der BRD ausgekämpften Debatten zum Golf-Krieg, in der jede Gruppierung mit ihren Ansichten und Argumentationsfiguren gerade für das, was in Zukunft noch passieren wird, ihre besondere Bedeutung erhalten.

Sortieren wir also das gesamte Gebilde des Golf-Kriegs auseinander: Beschreiben wir zunächst glimmende Lunten an Pulverfässern und innerimperialistische Rivalitäten. Setzen wir uns danach mit so erfolgreichen wie perfiden Militär- und Vernichtungstrategien sowie ihrer Medien-Vermittlung in den Metropolen auseinander. Schlußendlich sind die eigentlichen Fragen zu stellen, was sich in der BRD, in dem Zusammenhang des Golf-Kriegs, an politischer und sozialer Bewegung vollzogen hat und wer darin, und warum welche Rolle spielte, und was das alles für die Zukunft bedeuten kann.

Über eine seit mehr als zehn Jahren glimmende Lunte im Pulverfaß des Weltmarktes

Durch die Revolution im Iran um die Jahreswende 1979/80 wurde mit dem Sturz des Schah-Regimes zugleich auch ein zentrales westlich-kapitalistisches Entwicklungsmodell in dieser Region gestürzt. Die sich im weiteren Verlauf der Revolution gegen liberale und sozialrevolutionäre Kräfte durchsetzenden Mullahs, unter Führung von Ayatollah Chomeini, errichteten ein in gleicher Weise gegen den »gottlosen Bolschewismus« und den »Satan USA« gerichtetes theokratisches, islamisch-fundamentalistisches System, dessen Austrahlung in den gesamten arabischen Raum reichte, und die dort herrschenden politischen Ordnungen bedrohte. Das Interesse an einer Eindämmung der Revolution veranlaßte den Westen, den im Sommer 1980 begonnenen Angriffskrieg des Iraks gegen den Iran, massiv durch Waffenlieferungen, zunächst hauptsächlich an den Irak, später dann an beide Seiten sowie durch die Weitergabe von militärischen Erkenntnis-

sen aus dem Geheimdienstbereich zu unterstützen. Darüber hinaus wurde der Irak unter Führung Saddam Husseins durch massive Kredite einiger feudalistisch-reaktionärer Regimes von reichen arabischen Ölförderländern unterstützt. Während der Zeit des Krieges wüteten innenpolitisch im Iran Hinrichtungswellen mit tausenden von Toten gegen vermeintliche und wirkliche Oppositionelle, und Saddam Hussein vergaste einen Teil der aufständischen kurdischen Zivilbevölkerung seines Staates mit Senfgas.

Dieser, von der westlichen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtete, »Golf-Krieg« war in seiner achtjährigen Dauer ein Eldorado für die internationale Waffenhändlermafia und sorgte für einen niedrigen Ölpreis auf dem Weltmarkt. Er forderte insgesamt auf beiden Seiten eine Million Todesopfer und brachte die Ökonomien sowohl des Iran als auch des Iraks an den Rand des Bankrotts. In dieser Situation kam das hochgradig am Weltmarkt verschuldete irakische Regime nach dem Abbruch des Krieges in die Zwangssituation, entweder einen innenpolitischen Bankrott erklären zu müssen oder eine Lösung seiner Probleme erneut in einer imperialen Expansion nach Außen zu suchen. Vor die trostlose Aussicht gestellt, einen Bettelgang zum IWF mit den bekannten veherrenden Folgen antreten zu müssen, entschied sich Saddam Hussein für den kürzeren Weg, direkt zur Zentralbank von Kuwait-City, um die dort zwischenzeitlich aufgelaufenen 17 Milliarden US-Dollar Schulden durch die Okkupation dieser Reichtumsinsel im Meer der arabischen Massenarmut zum Nulltarif zu annulieren; ein Kalkül, dessen Plausibilität im August 1990 durch die zuzüglich in den Banktresoren von Kuwait-City erbeuteten Goldreserven im Wert von fünf Milliarden US-Dollar nicht von der Hand zu weisen ist.

Dieser Vorgang konnte von den USA dazu benutzt werden, sich nach jahrelangen Planungen und Vorbereitungen massiv militärstrategisch in der Region festzusetzen. Dagegen versuchte das sozialfaschistische irakische Regime -nicht ohne Erfolg- Versatzstücke eines arabischen Nationalismus und islamischen Fundamentalismus für seine Großmachtinteressen zu funktionalisieren. Die vom Irak als Reaktion auf eindeutige UNO-Beschlüsse betriebene geschickte Verknüpfung des Kuwait-Problems mit der Palästina-Frage erhellte schlagartig, daß die unter imperialistischer Federführung aus den formalen Entkolonialisierungprozessen nach dem Zweiten Weltkrieg zusammengebastelte politische Landkarte der gesamten Region, erneut – wie nach der iranischen Revolution 79/80 – wie ein Kartenhaus zuammenzustürzen drohte.

Und warum reagierte die USA so wie sie reagierte ?

»Welche Großmacht auch immer die Kontrolle über die Enegieressourcen in der Golfregion erringt, sie wird dadurch in großem Ausmaß auch die Entwicklung der Welt beherrschen.« (Ex-US Energie- und Verteidigungsminister James Schlesinger im September 1989) [29]

Die unter Führung der USA gegen den Irak geschmiedete Koalition reichte von reaktionär-arabischen Regimes wie Ägypten, den feudalistisch-parasitären Petro-Oligarchien in Saudi-Arabien und den Scheichtümern, Syrien, bis zu der Türkei und Israel. Seitens der US-Diplomatie wurde in der Golf-Krise die Verteidigung allgemeingültiger Prinzipien wie die Wahrung des Völkerrechts, der Menschenrechte und der staatlichen Souveränität Kuwaits proklamiert. Aber abgesehen davon, daß Prinzipien nicht selektiv und willkürlich vertreten werden können, wie es die Praxis der US-amerikanischen Außenpolitik, z.B bei der verdeckten Intervention in Nicaragua und den Überfällen in Grenada und Panama zeigte, sollten sie den Umstand verschleiern, daß nicht nur seitens der USA mit dem Krieg in der Golf-Region ganz handfeste imperialistische Interessen verfolgt wurden. Dabei sind die Dimensionen der Krise am Golf sowohl aus einer innerimperialistischen Dynamik als auch im Verhältnis zwischen dem Zentrum und der Peripherie zu interpretieren.

Als sicher kann es gelten, daß es in der Golf-Krise darum ging, die in historisch bislang unerreichten Dimensionen etablierten neokolonialen Handelsbeziehungen und Ausbeutungskreisläufe zwischen dem expansionistischen Wachstumsmodellen des kapitalistischen Westens mit dem industriell unterentwickelten Gesellschaften des Südens aufrechtzuerhalten. Dabei beinhalteten die militärstrategischen und hegemonialpolitischen Dimensionen der Golfkrise aus der Sicht des Westens besonders den Aspekt der zukünftigen Ressourcenverteilung von Gas und Öl. In der Golfkrise wurde – wie schon bereits in den Ölpreiskrisen 1973 und 1979/80 – nur erneut aktualisiert, daß die unbegrenzte Verfügung über beide Rohstoffe sowie die Kontrolle ihres Warenpreises nach wie vor eine wichtige Voraussetzung für die Fortsetzung eines energie- und rohstoffintensiven »Way of Life« des westlichen Produktions- und Konsumtionsmodells ist. Da dieses Modell sowohl von der vorhandenen Menge der Ressourcen, als auch von ökologischen Aspekten weltweit nicht verallgemeinert werden kann, ist es exklusiv, d.h. seine Aufrechterhaltung beinhaltet notwendigerweise die Herstellung entprechender, andere ausschließende Bedingungen. In diesem Sinne ist es aus der Sicht des Westens unter Führung der USA durchaus zutreffend, von einem strategischen Krieg um Energie zu sprechen.

Der latente Ressourcen- und Kapitalstransfer, aus der Golf-Region in die imperialistischen Zentren, stellt sich nicht nur allein dadurch dar, daß beispielsweise im Jahrzehnt der 80er Jahre die hohen Renteneinnahmen der Ölstaaten zu 40% für Waffenkäufe wiederum im Westen verwendet wurden. Gerade von seiten Kuwaits waren im Verbund mit Saudi-Arabien und den anderen Ölscheichtümern erhebliche Geld-Kapital-Transfers in die Metropolen geleistet worden.[30] Darüber hinaus entsprach die von diesen Staaten betriebene OPEC-Preispolitik ganz den Interessen der imperialistischen Ölkonsumenten. Genau diese neokolonialistische Konstellation schien durch die Okkupation Kuwaits vom Irak bedroht zu sein, was denn auch die nachfolgende »Krise« am Golf auslöste.

Damit ist jedoch noch nicht die Frage beantwortet, was die Führung der USA dazu bewog, diese Krise zum Krieg eskalieren zu lassen. Existierte eine logische Entwicklung von der Krise zum Krieg? Immerhin sollte bedacht werden, daß zwischen dem Westen und Saddam Hussein durchaus ein Übereinkommen hätte möglich sein können, welches die neokolonialistische Konstellation in dieser Region konserviert hätte. In einem Diskussionsbeitrag wird von Christoph Kind festgestellt: »Ob am Golf Gewalt angewendet, oder ob weiter auf wirtschaftliche Sanktionen gesetzt werden soll, war auch nach der Stationierung der US-amerikanischen Truppen in Saudi-Arabien stark umstritten. Der Krieg war für die ökonomisch stark angeschlagene Hegemonialmacht eine sehr teure und gefährliche Alternative. Warum sie dennoch gewählt wurde, hat Präsident Bush selbst gesagt: Seine Entscheidung war von der Hoffnung mitgetragen, daß Europa und Japan zu ökonomischen Zugeständnissen an die USA bereit sind, um so nicht nur den Krieg finanzierbar zu machen, sondern auch die innere Krise zu überwinden.«[31] Seiner Auffassung nach bezogen sich diese Hoffnungen auf Zugeständnisse in der Frage der Senkung der Zinsen in Europa und die Rücknahme der Blockadepolitik der EG in den GATT-Verhandlungen. Auf jeden Fall verweisen diese Überlegungen auf die wesentliche Mitverantwortung und den Einfluß Westeuropas auf die Entwicklung von der Krise zum Krieg am Golf.

Der Krieg am Golf als gelungene »chirugische« Militäroperation

Innnerhalb einer Zeit von nicht einmal sechs Monaten war es den USA nach Ausbruch der Golf-Krise gelungen, eine 500.000-Mann starke Armee mit der entsprechenden Militärtechnologie um den halben Globus in die seit Ende der 70er Jahre für diesen Zweck vor allem in Saudi-Arabien entwickelte Infrastruktur zu integrieren. Zeitgleich ließen die USA ihr Vorgehen von der UNO – weitgehend im Rahmen eines vernünftig erscheinenden Verfahrens, in dem alle pro

Forma gefragt wurden – legitimieren. Diesbezüglich gefaßte UNO-Resolutionen liefen darauf hinaus »alle erforderlichen Mittel einzusetzen« (UN-Resolution Nr. 678), um den Irak dazu zu bewegen, sich aus Kuwait zurückzuziehen, um so die territoriale Integrität dieses Staates wiederherzustellen. Nach dem Ablauf des UNO-Ultimatums am 15. Januar 1991 wurde dieser UNO-Auftrag seitens der politischen und militärischen Führung der USA dahingehend umdefiniert, zunächst einmal nicht das Staatsgebiet von Kuwait zu erobern, sondern mit Hilfe eines wochenlangen Luftbombardements, gezielt die industrielle und militärische Infrastruktur des Iraks auf Jahre hinaus zu zerstören. Vielleicht auch unter Berücksichtigung der vorherigen, besonders im arabischen Raum starken, Anti-Kriegs-Bewegung wurde zwar ein flächendeckendes Terrorbombardement ziviler Wohnviertel, z.B. in Bagdad, seitens der allierten Kriegsführung vermieden. »Dennoch zielten die Luftangriffe auf die Fähigkeit des Iraks als moderne Gesellschaft zu funktionieren und zu operieren – mit entsprechenden Konsequenzen für unschuldige Menschen« wie es ein ehemaliger Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter zutreffend resümmierte.[32] Diese, in der herrschenden Terminologie als »chirugische Schläge« bezeichnete Strategie des Luftbombardements, war offenbar mit außerordentlich großer Präzision dazu in der Lage, ausgewählte Ziele im Irak punktgenau zu bombardieren. Dadurch konnte das perfide Vernichtungskalkül der US-amerikanischen Militärstrategie auf das offene Massaker an der Zivilbevölkerung auf dem Territorium des Iraks verzichten, um sie stattdessen in Folge zerstörter Infrastruktureinrichtungen, der Gesundheits- und Nahrungsmittelfürsorge, Kraftwerken und anderen Energiequellen, auf Jahre hinaus mit einer lang anhaltenden Katastrophe in Form von Epidimien und Unterernährung zu konfrontieren.[33]

Die vermeintlich hochgerüstete Militärmacht Irak, die sich zuvor jahrelang mit allem möglichen militärischen Techno-Schrott aus dem Westen eingedeckt hatte, wurde nach dem wochenlagen Luftbombardement in einem insgesamt kaum zwei Tage dauernden Blitzkrieg der Landstreitkräfte von den USA hinweggefegt.

Aufgrund ihrer immensen militärtechnologischen Überlegenheit besaßen die US-amerikanischen Steitkräfte nach Belieben die Möglichkeit am Frontverlauf die Stellungen der irakischen Armee als »killing boxes« einzuteilen, um sie nach der systematischen Bombardierung mit riesigen Baggern zuzuschieben und dadurch tausende von irakischen Soldaten bei lebendigen Leibe zu begraben. Daß schlußendlich noch beim Rückzug der bereits geschlagenen irakischen Armee noch ein sogenanntes »Truthahnschießen« veranstaltet wurde, paßt in das Bild eines Kolonialkriegs westlicher Herrenmenschen.

Die irakische Militärstrategie hatte sich -entgegen den Erfahrungen des Guerillakrieges z.B. in Vietnam- von vorneherein mit einer konventionellen Kriegsführung auf ein Terrain eingelassen, wo letzlich die simple Akkumulation von industriellen Produktivkräften, ausgedrückt in militärtechnologischen Ressourcen, den Ausschlag geben mußte. Die Realisierung einer Guerilla- oder Intifada-Strategie gegenüber einem militärisch überlegenen Gegner hätte ein Netz von egalitär-solidarischen Kollektiven und Individuen erfordert, die wissen, wofür sie politisch kämpfen. Daß genau daran das diktatorisch-sozialfaschistische irakische Herrschaftsregime aus Gründen des eigenen Machterhalts kein Interesse haben konnte, versteht sich von selbst. Allerdings weisen auch die Massendesertionen abertausender irakischer Soldaten während des Kriegsverlaufs daraufhin, daß sie es lieber vorgezogen, nicht den eigenen Kopf für die Interessen von Saddam Hussein hinzuhalten.

Nach zwischenzeitlich bekannt gewordenen Zahlen kamen während der Kampfhandlungen auf irakischer Seite etwa 125 000 Menschen ums Leben, während auf der Seite der USA rund 350 Soldaten das Leben verloren. Diese Zahlen weisen ein aberwitziges Verhältnis von einem Toten auf alliierter Seite, zu über 350 Toten auf irakischer Seite aus. Sie zeigen, daß der Golf-Krieg weniger den Charakter eines ernsthaften militärischen Konfliktes, als vielmehr den einer standrechtlichen Massenexekution besaß. Die »neue Weltordnung« der Bushs und Schwartzkopfs, die für die traditionellen Opfer so »neu« nicht ist, hat also allen Grund dazu, erklärtermaßen keine Leichen zählen zu wollen.

Die nach Ende des Golf-Krieges gegen das irakische Terrorregime einsetzenden und vom US-Präsidenten Bush zuvor ermutigten Volksaufstände der Schiiten und Kurden konnten durch die passive Duldung der USA von Saddam Hussein blutig niedergeschlagen werden. Jenseits aller gegen Saddam Hussein entfalteten Kriegsrhetorik setzte sich in der herrschenden Klasse der USA offenbar die Aufassung durch, daß ein unter der Kontrolle der alliierten Streitkräfte stehendes schwaches Regime der Baath-Partei eher dem eigenen Interesse dient, als ein durch erfolgreiche Volksaufstände entstehendes politisches Vakuum in dieser Region. Diesem, offenkundig auch die gesamten Golf-Kriegs-Überlegungen dominierenden, zynischen Kalkül wurden die Interessen der kurdischen und schiitischen Bevölkerungsgruppen nach einem befreiten Leben geopfert. Die seit dem späten Frühjahr 1991, im Grenzgebiet zur Türkei auf dem irakischen Territorium, für die kurdischen Flüchtlinge eingerichtete UNO-Sicherheitszone mit einer entsprechenden Flüchtlingsbürokratie, entsprach dabei dem besonderen Interesse der EG-Außenpolitik, in einem der weltweit wichtigsten geostrategischen Räume auch gegenüber der USA präsent zu sein.

Nach dem Ende des Krieges wurden große Teile der US-Armee aus dem arabischen Raum wieder zurückgezogen, um bei Bedarf wieder in kürzester Zeit präsent sein zu können. Der wiedereingesetzte Herrscher-Clan von Kuwait suspendierte zwischenzeitlich alle Grundrechte für die Opposition im Lande und herrscht so diktatorisch wie zuvor. Die während des Golf-Kriegs vorhersehbar entstandenen Öko-Katastrophen, die in den Konsequenzen auf das Niveau der Atomreaktorkatastrophe in Tschernobyl zu veranschlagen sind, wurden nach Kriegsende zum Gegenstand von Techno-Reparaturkommandos und einer paternalistischen Öffentlichkeitsarbeit von zahlungskräftigen Gruppen des Ökologiemanagements aus den Metropolen.

Die Fernsehbild-Unterhaltung während des Golf-Kriegs als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln

In einer Zeit der entscheidenden Weiterentwicklung und Perfektionierung von elektronischen Waffensystemen kommt es im Krieg nicht mehr vorrangig auf Manöver und Truppenbewegungen an, sondern die Schnelligkeit der Informationsverarbeitung und die Überwachung der gegnerischen Objekte in Echtzeit gibt den Ausschlag. Eine gegenüber dem Kriegsgeschehen und seinen damit verfolgten Zielen kritisch werdende Öffentlichkeit stellt während eines Krieges aus Sicht des Militärs einen nicht zu unterschätzenden Faktor dar. Sie ist damit ein potentiell gegnerisches Objekt, weshalb auch ihre zu steuernde Kontrolle wichtig wird. Fernsehstationen unterscheiden sich von militärischen Störsendern oder Aufklärungsradargeräten nicht in dem Verwendungszweck. Während die militärische Seite dieser Kommunikationswaffen den Funkverkehr stören soll, kann die ›zivile‹ Seite dieser Technologie dafür eingesetzt werden, kritische Bewußtseinsprozesse zu verhindern.

Als Konsequenz aus den Vietnam-Erfahrungen existiert zwischenzeitlich im Rahmen der US-amerikanischen Kriegsführungsstrategie ein militärisch-informationeller Komplex, bei dem eine fortschreitende Militarisierung selbst der allgemeinen Informationsquellen zu konstatieren ist. In den Vorbereitungen zum Golf-Krieg wurden seitens der US-Militärs (wie schon bei den Invasionen in Grenada und Panama) sogenannte »Media-Pools« eingerichtet, in denen ausgewählte Journalisten unter ständiger Militäraufsicht arbeiteten, die zudem bei Transport und Kommunikation auf die militärische Infrastruktur angewiesen waren. Ihre Nachfrage nach TV-Bildern wurde von den Militärs durch eigene Filme befriedigt. In diesem Falle zeichnete sich diese Form der Kriegsberichterstattung nicht durch eine plumpe Zensur im Sinne einer aktiven Verhinderung von Information (wie z.B. im Irak) aus, sondern die strategische Desinformation

und Manipulation erfolgte aus einer verwirrend großen, unübersehbaren Fülle von angebotenem Material.

Der Golf-Krieg war der erste Live-Krieg für die Fernsehzuschauer in den Metropolen. US-Journalisten des Fernsehnachrichtensenders CNN (Cabel Network News) saßen mitten im Zielgebiet und übertrugen ihre Informationen nach Atlanta, von wo aus diese um die Welt geschickt wurden. Die durch diese Form der Berichterstattung hergestellte distanzlose Nähe zum unmittelbaren Kriegsgeschehen suggerierte Informationen, die keine waren. In diesem Zusammenhang ist Virilio zuzustimmen wenn er schreibt: »Im Gegensatz zu dem, was uns gesagt wird, ist Information in Echtzeit keine wirkliche Information, sondern eine Aktion – wie eine Ohrfeige.« [34]

Die Aufhebung der Distanz zwischen militärischer Aktion und Massenmedien führt zu einer Krise der Massenmedien, weil sie und ihre Informationen zum Bestandteil des militärisch-informationellen Komplexes geworden sind. Die von ihnen ausgesendeten »Informationen« lassen sich in der Wahrnehmung nicht mehr kritisch lesen oder umdrehen, so daß an die Stelle einer Aufklärung nur noch die Produktion permanenter kommunikativer Kurzschlüsse treten kann. Obwohl in den Metropolen mehr Fernseh-Bilder als jemals zuvor über das unmittelbare Kriegsgeschehen zu konsumieren waren, wußte man über den tatsächlichen Verlauf weniger denn je.

Im wesentlichen war die mediale Darstellung des Geschehens am Golf von der vom US-Militär gewünschten Sichtweise eines »sauberen technischen Kriegs« dominiert. Erst nach einer Kriegs-Woche war als erstes sterbendes Lebewesen auf den Bildschirmen nicht ein Mensch, sondern ein in Ölschlick versinkender Kormoran zu erleben, mit dem Saddam Hussein als Ökoterrorist überführt werden sollte. Es stellte sich etwas später heraus, daß es sich bei diesen Aufnahmen um einen etwas älteren Archivfilm von einem Öltankerunglück in der Nähe von Alaska handelte.

Die irreale Darstellung eines »sauberen Krieges« war aber nicht nur allein Propaganda, sondern symbolisierte auch eine gesellschaftliche Wirklichkeit der westlichen Zivilisation: »Die Dominanz hochtechnologischer Apparaturen über alle gesellschaftlichen Bedürfnisse, den Sieg der technischen Rationalität über die Vernunft. Die propagandistische Darstellung des Kriegs als nach Plan ablaufenden Videospiel war gewollt. Die politische Funktion dieses Krieges war eben auch ihn in die Köpfe zu tragen, d.h. einzuhämmern, daß jeder Widerstand gegen die Gewalt der militärisch-industriellen high-tech-Komplexe in aller Zukunft zwecklos ist, daß Videorecorder und cruise missiles zusammengehören. Und diese Botschaft galt nicht nur den Menschen in der Dritten Welt, sondern uns

genauso. Kriege sind immer inhuman, dieser war jedoch a-human: Menschen kamen in ihm nicht mehr vor. Sie wurden reduziert auf uniformierte Kampfroboter mit Kaugummi-Funktion und auf Störgeräusche in der perfekten Mechanik reiner Hochtechnologie. Verstümmelt und getötet wurden sie aus Versehen, wie man auf Ameisen tritt.« [35]

Die Beschäftigung mit der Rolle (nicht nur) der Massenmedien während der Ereignisse im Golf-Krieg ist notwendig, weil vermutet werden kann, daß sie einen nicht unerheblichen Einfluß auf Wahrnehmungen und Interpretationen, und die darauf sich unkritisch beziehenden Zyklen der Protest-Bewegungen besitzen. Wenn die Vermutung stimmt, daß mit Hilfe der Massenmedien beliebig manipulierbare ›Öffentlichkeiten‹ von oben hergestellt werden, dann führt das dazu, daß »in einer Welt, in der keiner einzigen Nachricht Glauben geschenkt werden kann, und dies auch noch öffentlich propagiert wird, (...) notwendigerweise das Modell ›Gegenöffentlichkeit‹ (versagt).«[36] Insofern wäre es auch in Zukunft die Aufgabe einer oppositionellen Anti-Kriegs-Bewegung, sich die Zeit gegen die beständigen »Informations«-Ohrfeigen zurückzuerobern, als eine Voraussetzung dafür, mit Hilfe zeitaufwendiger Beobachtungen und Interpretationen, Subversion gegen den Krieg betreiben zu können.

Katastrophe, Strohfeuer und Friedens-Bewegungs-Psychologie contra alltäglicher autonomer Anti-Kriegs-Strukturen

Die bundesdeutsche Anti-Golf-Kriegs-Bewegung nahm in der Zeit vom August 1990 bis zum Kriegsausbruch am 15. Januar 1991 einen eigentümlichen Verlauf. Die Krise am Golf veranlaßte zunächst nur wenige Grüppchen dazu, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Die von reformistischen Gruppierungen, wie z.B. den Grünen oder der PDS erhobenen Forderungen bezogen sich dabei unkritisch auf UNO-Hunger-Blockade-Beschlüsse, bis hin zu einem »Selbstbestimmungsrecht von Kuwait«. Demgegenüber wurde in von Autonomen erstellten Analysen der soziale Charakter der Auseinandersetzungen am Golf, am Beispiel der Krise der US-Ökonomie, herausgearbeitet, der die politisch-strategischen Implikationen des US-Engagements lange vor der Androhung George Bushs einer »neuen Weltordnung« vorwegnahm. Die darüber hinaus formulierte positive Orientierung auf die palästinensische Intifada und den kurdischen Volksaufstand wurde zugleich mit der Forderung einer »sozialen Revolution der arabischen Massen« verbunden.[37] Aber abgesehen davon, daß diese guten Gedanken wenig über ihre Relevanz in der folgenden Friedensbewegung aussagen, spiegelte sich in den aus den Analysen gezogenen Forderungen bereits das Problem wider, daß sich aus

ihnen keine, unabhängig von Logik der späteren Konflikteskalation verlaufende, mobilisierbare Straßenpraxis entwickeln ließ. Es ist keine neue Erfahrung in der Geschichte der Protest- und Widerstandsbewegungen, daß die durch den (psychisch eher unerwarteten) Kriegsbeginn entfachte Katastrophenangst und Betroffenheit nur für eine begrenzte Zeitdauer erster strohfeuerartiger Anti-Kriegs-Aktivitäten ausreichen konnte; eine Art psychischer Ausnahmezustand, der eine Vorbedingung dafür ist, eine große Anzahl politischer Aktivitäten gegen den eigenen sozialen Alltag durchzusetzen. Nachdem der erste Schock und die Wut über den Kriegsbeginn abgeklungen war und das scheinbar in den (Medien-)Alltag integrierte Kriegsgeschehen drohte unbeeinflußt von allen Protesten weiter zu gehen, waren Zeichen von Enttäuschung, Erschöpfung und Ratlosigkeit in den Anti-Golf-Kriegs-Zusammenhängen nirgendwo zu übersehen. Den in kurzen Zeitabständen immer wieder neu angekündigten alliierten Bomberoffensiven, war auf der Ebene einer sozialen Widerstandspraxis kein noch »größerer oder noch offensiverer Widerstand« entgegenzusetzen. Diese, für die interne Dynamik der Anti-Kriegsbewegung, prekäre Lage hätte sich vermutlich nur bei einem Kriegseintritt der BRD via Türkei geändert, in der die während des Golf-Krieges in der BRD herrschende latente Notstandssituation sofort in einen offenen Notstand mit allen Widerstands-Konsequenzen umgeschlagen wäre. Bezogen auf die Subjektivität der Kommunikationsprozesse noch folgender emanzipativer Basisbewegungen muß an die Erkenntnis erinnert werden, daß diese sich immer noch mit einer anderen Logik, Rationalität, und vor allem einer anderen sozialen Alltags-Geschwindigkeit gegen die zu erleidenden Bewegungsmechanismen einer vermeintlich »objektiven Realität« konstituieren müssen, wenn es sie überhaupt als soziale Widerstandsbewegung geben soll. Als weitere Schwäche von autonomen Anti-Golf-Kriegs-Widerstandsstrukturen muß selbstkritisch eingestanden werden, daß der ganze Komplex der von deutschen Behörden und Konzernen aktiv betriebenen Giftgas-Connection mit dem Irak, und der dadurch gegebenen Bedrohung auch jüdischer Menschen im Staate Israel, vor dem Hintergrund der besonderen deutschen Geschichte, ein hochexplosives Thema der innenpolitischen Auseinandersetzung in der BRD werden würde, kein Gegenstand gesonderter Überlegungen der von Autonomen entwickelten Analysen war. Insofern wurde sie auch von dem gegen ihre Anti-Kriegs-Aktivitäten erhobenen Antisemitismusvorwurf relativ unvorbereitet überrascht.

Erschrecken kann erschreckend blind sein ...

Der kurz vor Ablauf des UNO-Ultimatums einsetzende massenhafte Boom der »deutschen Friedensbewegung« war für die wenigen in diesem Zusammenhang

aktiven »Grüppchen« und Aktivisten nicht vorhersehbar. Hinter dieser Bewegung stand keine mit der Friedensbewegung 1980-84 vergleichbare Struktur aus Gruppen, Parteien und Organisationen. Die Mobilisierung wurde zum Teil durch den unendlich rotierenden Apparat der Medienmaschinen produziert, die zu einer irrealen Betroffenheits- und Weltuntergangstimmung führte.[38] In diesem Sinne war politische Substanz der »deutschen Friedensbewegung« gegen den Golf-Krieg um vieles schwächer, als die der frühen 80er Jahre, was auch erklären kann, wieso sie zusehends zu einem Manipulationsobjekt herrschender Interessen wurde. So konnte die inhaltliche Diffusität einer »deutschen Friedensbewegung« wahlweise parteipolitisch von der pro-imperialistischen Sozialdemokratie, von einer Massenkundgebung in Bonn, bis hin zu einer »bewaffneten Wiedergutmachung für Israel« instrumentalisiert werden. Bereits in der Friedensbewegung der frühen 80er Jahre war für viele Autonome zu erleiden, daß der vieldeutige Begriff »Frieden« eine Karikatur sein kann. Insofern zeigt der insbesondere mit Hilfe des Antisemitismusvorwurfs eingeleitete, rasch einsetzende Zerfall der massenhaften »deutschen Friedensbewegung« einmal mehr, daß die quantitative Breite einer Bewegung nichts über ihre Ziele aussagt. Die Implikationen des Golf-Krieges haben aufgezeigt, daß der scheinbare Minimalkonsens »Krieg schlimm« zu finden, zugespitzt auch in die Unterstützung von Bundeswehreinsätzen im oben beschriebenen Sinne münden kann.

Trotz allem bleibt die Beteiligung von abertausenden, durch die Städte demonstrierender, ihren sozialen Alltag für Momente durchbrechenden SchülerInnen und StudentInnen besonders beeindruckend. Wir wissen nur wenig über die genauen sozialen Triebkräfte dieser autonomen Bewegung, die an dem Widerspruch in der Ideologie des Westens aufbrach, eine Politik des »friedlichen Ausgleichs und Verhandelns« zu proklamieren und gleichzeitig Ultimaten in militärische Angriffsaktionen und Völkermordmassaker eskalieren zu lassen. Das Engagement der SchülerInnen und StudentInnen, eine weitere Zerstörung ihrer zukünftigen Lebensbedingungen wenigstens nicht fatalistisch hinzunehmen, wirft immerhin für die Zukunft ein paar Hoffnungsschimmer auf die grauen Metropolenverhältnisse.

Und darüber hinaus schienen in einigen Anti-Kriegs-Aktivitäten gegen bundesdeutsche Rüstungskonzerne, NATO, Bundeswehr sowie die diesbezügliche Infrastruktur auch ein paar antikapitalistische und antiimperialistische Momente auf. Dabei boten insbesondere die Aktionen gegen die bundesdeutsche Rüstungsindustrie die Chance, sich gar nicht erst auf die später alles dominierende (und falsche) Zwei-Fronten-Logik der Golf-Kriegs-Debatten einzulassen. Die Konfrontation gegen den Golf-Krieg wäre direkt an den bundesdeutschen

Rüstungsproduktionstätten gegen die herrschende politische Klasse der BRD, die Gewerkschaften und wohl auch gegen diejenigen Teile von Belegschaften zu führen gewesen, die auch weiterhin eine Rüstungsproduktion befürworten. Anstelle der späteren intellektuellen Stellvertretergefechte auf weltweiten Schauplätzen im Irgendwo hatte diese Auseinandersetzung ihre Brisanz darin besessen in die politischen und sozialen Verhältnisse der BRD selbst einzugreifen. Schade, daß die diesbezüglich auf lokaler Ebene entwickelten Anti-Kriegs-Strukturen sich nicht bundesweit verallgemeinern konnten und sich gegen die wenig später einsetzenden manipulativen Golf-Kriegs-Debatten nicht als praktischer Anti-Kriegs-Ansatz behaupteten.

Nichts desto trotz waren in der Bundesrepublik die weltweit größten Demonstrationen außerhalb der arabischen Welt gegen den imperialistischen Golf-Krieg zu verzeichnen. Das führte dazu, daß diese Bewegung für einen kurzen historischen Moment im Rahmen der internationalen Politik zu einem Faktor wurde, der Auskunft über die innenpolitischen Stimmungs- und Kräfteverhältnisse der zwischenzeitlich diplomatisch anerkannten Weltmacht BRD zu geben schien.

Manipulierende Intelligenz

»Und bevor wir anfangen Urteile abzugeben über das Verhalten anderer Länder, zum Beispiel der USA, Israels oder der Türkei, muß wieder für mich das gravierende Verbrechen Gewicht haben, das wieder einmal von Deutschland ausging. Es sind von hier Waffen geliefert worden, weit über die ›üblichen‹ konventionellen Systeme hinaus, die auch aus anderen Ländern geliefert worden sind. Die Möglichkeit des Irak, unter anderem Israel mit Giftwaffen und bakteriologischen Waffen zu bedrohen, ist ohne deutsche Zulieferung nicht denkbar. Das war seit langer Zeit bekannt.(...) All das ist abgewiegelt worden von Leuten wie Graf Lambsdorff, Außenminister Genscher, von diesem Herrn Möllemann, der jetzt Wirtschaftsminister ist. Und mittlerweile zeigt sich, daß es nicht nur einzelne Firmen sind, die diese verbrecherischen Lieferungen zu verantworten haben, sondern daß die Bundesregierung in voller Kenntnis gehandelt hat. Sie hat sogar einige dieser Geschäfte mit Hermes-Krediten gestützt. Diese Regierung muß zurücktreten.«

Es muß viel passiert sein, wenn Bemerkungen des Schriftstellers und Sozialdemokraten Günter Grass zitiert werden.[39] Natürlich lassen sie sich in allen ihnen zu Grunde liegenden Verkürzungen und Illusionen einer scharfen Kritik unterwerfen. Als wenn eine SPD-geführte Bundesregierung hinsichtlich von Waffenexportschiebereien nicht anders gehandelt hätte als die derzeitige, als würde deren

»Rücktritt« irgendetwas bedeuten, und überhaupt: Es kann nicht darum gehen, das »Verhalten anderer Länder« kritisieren zu wollen, sondern es müssen weltweit wirkende soziale Herrschaftsverhältnisse thematisiert werden. Und doch drücken die zitierten schlichten Feststellungen eine Wahrheit aus, die bei jener Intelligenz in Deutschland, zu der auch Grass zu rechnen ist, in den von ihnen losgetretenen Debatten zum Golf-Krieg nicht selbstverständlich war. Stattdessen haben sich Teile der deutschen Intelligenzia des unübersichtlichen Konfliktverlaufs im Golf-Krieg bedient, um sich mit diffamierenden Pro-Irak-, Antisemitismus- und Antiamerikanismus-Unterstellungen gegen die Anti-Kriegsbewegung in den Verhältnissen der Großmacht BRD erneut als intellektuelle Avantgarde, diesmal in Gestalt einer »Neuen Rechten«, profilieren zu können. Sie haben das Ihre dazu beigetragen, diese Bewegung politisch klein zu arbeiten. Und wer war für diese Aufgabe besser geeignet als ehemals links geltende Intellektuelle, da die bis vor kurzem noch Saddam Hussein mit Giftgas-Waffenlieferungen unterstützende Bundesregierung offenkundig nicht über die notwendige moralische Kompetenz zur Bewältigung dieser Aufgabe verfügte?

Die gegen die Anti-Kriegs-Aktivitäten aufgeworfene Argumentation lautete verkürzt, daß alles andere als eine bedingungslose Unterstützung der aktuellen Politik der USA und der israelischen Regierungspolitik während des Golf-Krieges, Pro-Saddam-Hussein und antisemitisch sei. Angesichts von Auschwitz sei es eine moralische Pflicht gerade »der Deutschen« sich anläßlich der »ungeheuren« Bedrohung Israels durch irakische – möglichweise mit deutschen Giftgas bestückten – Scud-Raketen an die Seite der USA an dem »gerechten Krieg« im Sinne einer Art »bewaffneten Wiedergutmachung« für diesen Staat zu beteiligen. Darüber hinaus wurde diese Botschaft zusätzlich mit Hilfe einer absurden Gleichsetzung von Saddam Hussein mit Adolf Hitler ergänzt. Obwohl z.B. die irakischen Scud-Raketen, selbst wenn sie mit Giftgas bestückt gewesen wären, zu keinem Zeitpunkt eine militärstrategische Bedrohung des Staates Israel – wohl aber aller in diesem Raum lebenden Menschen – dargestellt haben, hinderte dieser Umstand einen Autoren in der Monatszeitschrift KONKRET nicht daran, seinen Vernichtungsphantasien gegen die arabische Armutsbevölkerung freien Lauf zu lassen und als Reaktion auf einen irakischen Gifgasangriff auf Menschen in Israel den Einsatz einer israelischen Atombombe gegen Bagdad herbeizusehnen.[40] Daß es mehr als Schwachsinn ist, ein fast vollständig von Auslandsimporten abhängiges Trikontland mit dem autarken imperialistischen Zentrum Drittes Reich in einen Topf zu werfen, bzw. das z.B. Israel als größter Rüstungsexporteur der Region via China u.a. auch den Irak aufgerüstet hat, war vermutlich denjenigen, die diese »Debatten« lostraten, bekannt. Aber dieses Wissen hinderte jene Intellektuellen

nicht daran, daß sie die Gelegenheit zu nutzen wußten, das bißchen ihrer bislang noch verbliebener moralischer Integrität zu verkaufen. Es war bezeichnend für die selektive Moral dieser gewendeten Intelligenzia, die vielfältigen Aktionen der Anti-Kriegs-Bewegung gegen bundesdeutsche Rüstungskonzerne (wie z.B. Siemens oder Daimler-Benz) zu verschweigen und nicht mit Forderungen nach einer sofortigen Bestrafung und Enteignung dieser Firmen zu unterstützen. Mit der von ihnen eingeforderten Unterstützung der imperialistischen kriegsführenden Partei USA und der Regionalmacht Israel soll sich die Entsorgung der deutschen Geschichte, 45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, vollziehen, um endlich einen Schlußstrich ziehen zu können.

Die Weltmacht BRD, die im Golf-Krieg noch große Mühen darauf verwenden mußte, einen bislang noch verfassungswidrigen Einsatz der Bundeswehr via Türkei in einem Angriffskrieg außerhalb des NATO-Gebietes zu konstruieren, wird in Zukunft nicht trotz Hitler und Faschismus Kriege führen, sondern gerade deswegen: Es wird der herrschenden Klasse in Zukunft keine Mühe bereiten, im Trikont hier und da einen neuen »Hitler« ausfindig zu machen, und das auch dann, wenn sie zuvor wie z.B. Saddam Hussein, als getreue Patenkinder der westlichen Zivilisation freundlicher Unterstützung des Westens bei allen von ihnen begangenen Verbrechen sicher sein durften. Die große Bedeutung der von ehemals linken deutschen Intellektuellen zur Unterstützung des imperialistischen Golf-Kriegs entwickelten Argumentationslinien »in der nationalsozialistischen Vergangenheit und den ungebremsten Rüstungsexporten der Gegenwart die Legitimation eines Bundeswehreinsatzes zu suchen«,[41] als notwendiges Sinnstifungsunternehmen für die kommenden Kriege der deutschen Weltmacht, ist kaum zu unterschätzen.

Der kalte Zynismus der Macht und die vorgeführte hilflose Moral

Zu einem Zeitpunkt, als die Aktivitäten sowohl der weltweiten Friedensbewegung als auch die der Autonomen ihren Höhepunkt überschritten hatten, geschah die Tragödie der schiitischen und kurdischen Volksaufstände gegen Saddam Hussein. Im Unterschied zu dem unmittelbar vorangegangenen Schicksal der Schiiten existierte in der BRD eine über alle Parteigrenzen hinweg stattfindende solidarisierende Medienberichterstattung zu dem unvorstellbaren Leid der kurdischen Flüchtlinge. Diese von oben hergestellte bürgerliche Öffentlichkeit rührte nicht nur aus einer aus innerimperialistischen Rivalitäten gespeisten Kritik an der US-amerikanischen Strategie in diesem Raum, sondern diente auch dem Ziel, nachträglich noch einmal die Bewegung gegen den Golf-Krieg vorzuführen und damit politisch klein zu arbeiten.

Auch eine weit vor dem Beginn des Golf-Krieges von Autonomen aus der Analyse heraus begründete kompromißlose politische Position gegen das irakische Terrorregime, änderte nichts daran, daß sie den nachfolgenden Entwicklungen faktisch hilflos gegenüberstanden: Die Lage der Millionen kurdischer Flüchtlinge konnte nicht die Frage nach der eigenen Sozialität und dem Gegner in den hiesigen Verhältnissen beantworten. Ein analytisch um fünf Ecken zu vermittelnder antiimperialistischer Begriff der jüngsten Ereignisse war deshalb nicht in eine massenhafte Straßenpraxis zu transformieren, da eine derartige Position notwendigerweise zu einer politischen Legitimierung der Anwesenheit westlich-imperialistischer Streitkräfte in dieser Region geführt hätte, die vor und während des Golf-Krieges aus guten Gründen abgelehnt worden war. Darüber hinaus ist in einer Situation, wo selbst Bundesaußenminister Genscher von einem »Völkermord« an den Kurden sprach, kein Grund ersichtlich, als aufgezogene Marionetten der Medienmaschine ebenfalls die offenkundig verheerende Situation der kurdischen Flüchtlinge zusätzlich noch einmal beklagen zu wollen. Dies gilt besonders dann, wenn man mit dem, was man hier als Opposition und Widerstand tut, den Verhältnissen keinen eigenständigen Begriff entgegensetzen kann.

In diesem Sinne trennen sich auch die Interessen in der politischen Artikulation z.B. von kurdischen Exilgruppen, denen es egal sein kann, wen sie für ihre Interessen funktionalisieren können, und dementsprechend die Wahl ihrer Bündnispartner, bis hin zur CDU, danach ausrichten. Demgegenüber war die autonome Linke mit der Situation konfrontiert, die Ebene ihrer Analyse von ihren faktischen Handlungsmöglichkeiten trennen zu müssen, da in der konkreten Situation allenfalls ein humanitäres Verhältnis zu dem Leid der kurdischen Flüchtlinge möglich war.

Diese Position reflektiert nicht nur das Eingeständnis, nicht auf alle Entwicklungen und Ereignisse über sofort passende Antworten zu verfügen, sondern auch das Bewußtsein darüber, daß man mit dem was man hier tun kann nicht immer auch zugleich in ein politisches Kräfteverhältnis anderswo setzen kann. Und diese Eingeständnisse sind als Basis für kommende Internationalismus-Analysen und Auseinandersetzungen allemal noch besser, als mit verbalradikalen oder beliebigen Schnell- und Kurzschlüssen durch die Weltgeschichte zu jagen, und Manifestitionen kurzfristiger Erschütterungen zu inszenieren.

Antisemitismus-Zionismus: Eine Arbeit durch Widersprüche hindurch

»Es steht außer Frage, der Faschismus wurde dieses eine Mal besiegt, aber wir haben noch lange nicht das Erzübel unserer Zeit ausgerottet. Denn dessen Wurzeln sind stark und sie heißen – Antisemitismus, Rassismus und Imperialismus.«
(Hannah Arendt, New York, Juni 1945)

Einer der schwerwiegendsten Vorwürfe, der in der BRD gegen die Anti-Golf-Kriegs-Bewegung erhoben wurde, war die Unterstellung des Antisemitismus: Von geschickt manipulierenden Demagogen wurde der Bewegung vorgeworfen, daß sie deshalb eine offene Parteinahme für Saddam Huseein betreibe, da sie in ihrem subjektiven Kern nichts sehnlicher herbeiwünsche als die Vollendung des Holocausts am Beispiel der im Staate Israel lebenden jüdischen Menschen.[42] Argumentionsstrategisch bot der Vorwurf des Antisemitismus für alle die ihn gerade gegen die radikale Linke in den Golf-Kriegs-Debatten benutzten, eine Reihe von Vorteilen: Seine Verwendung konnte in dem sicheren Bewußtsein erfolgen, den unvermeidlichen Partikularismus der Anti-Golf-Kriegs-Aktivitäten mit der geschichtsmächtigen Gedankenassoziation Hitler-Holocaust-Israel im politischen Schlagabtausch hinwegzufegen. Mit der erklärten Botschaft, einen zweiten Holocaust an der jüdischen Bevölkerung in Israel nicht zulassen zu wollen, war an die Adresse der damit kritisierten Golf-Kriegsgegner immer auch die Vernichtungsunterstellung verbunden. Sie sollten gezwungen werden zu beteuern, daß sie nicht »für einen zweiten Holocaust« sind, was sie argumentativ zugleich in die Defensive zwang, weil es immer schwer ist, sich gegen eine Politik der fortgesetzten Unterstellungen verteidigen zu können.

Mit Hilfe von biologistischen Erb- und Kollektivschuldideologien ist es für die Antisemitismus-Untersteller kein Problem die rhetorische Frage zu stellen, ob nicht gerade die Linken in Deutschland eigentlich schon immer die Vernichtung der Juden herbeigesehnt haben? Daß in dieser Denklogik ein paar historische Tatsachen auf den Kopf gestellt werden – gleichsam als seien die faschistischen KZ's von den inhaftierten KPD- und SPD-Insassen betrieben worden – tut natürlich nichts zur Sache, weil es den Antisemitismusanklägern im Kontext der Golf-Krigesauseinandersetzungen nicht um die Bekämpfung des Antisemitismus sondern um seine Festschreibung nach Maßgabe tagespolitischer Opportunität ging. Die Verwendung des Antisemitismusvorwurfes folgte nicht nur dem Interesse einer Tabuisierung unbequemer Fragen und imperialismuskritischer Positionen, sondern beinhaltete auch die Selbstzerstörung einer emanzipatorischen Kritik. So kann es beispielsweise den Kritikern der brutalen und zum Teil tödlichen Vertreibungspolitik Israels passieren, die in der Regel ungleich höheren Zahlen

von Toten in benachbarten »innerarabischen Auseinandersetzungen« mit der Intention vorgerechnet zu bekommen, sie des Antisemitismus‹ zu überführen. Immanent ließe sich eine derartige Argumentationslinie mit der nicht falschen Feststellung zurückweisen, daß Unrecht mit einem anderen Unrecht nicht vergolten werden, geschweige denn verrechnet werden kann. Allein, es bleibt trotz der Proklamierung solcher universalistischen Ansprüche der Umstand, daß sich diese Argumentationslogik tatasächlich auf ein Moment realer und d.h. richtiger Beschreibung stützen kann. Während in der Regel die in aller Welt außerordentlich häufig begangenen Massaker in der hiesigen Öffentlichkeit allenfalls achselzuckend zur Kenntnis genommen werden, unterliegt das Vorgehen der herrschenden Klasse im Staate Israel unsererseits auch deshalb einem besonderen Maßstab der Kritik, weil sich dieser Staat als erklärter »Bündnispartner des Westens« damit zugleich in einem kulturell-sozialen Horizont bewegt, von dem wir – ob es uns nun paßt oder nicht – ebenfalls ein Teil sind. Indem in der BRD die Politik Israels kritisiert wird, werden auch immer die hier herrschenden und Israel unterstützenden Instanzen, als Gegner im eigenen Land kritisiert, was zugleich auch die politische Brisanz dieser Kritik ausmacht. Insofern gilt damit auch ganz selbstverständlich in der Tat ein anderer Maßstab der Kritik an der apartheidgleichen rassistischen Vertreibungspolitik der israelischen Regierung gegen die Palästinenser, als z.B. an einem Massaker während eines Regierungsputsches in einem Staat in einem anderen Teil der Welt, von dem nicht erkennbar ist, wie es sich dort in die herrschende Politik hier einordnet. Das Bewußtsein über eine vorläufig begrenzte Reichweite der ursprünglich einmal unendlich erscheinenden universalistischen Argumentation, erleichtert es auf einer gleichfalls notwendigen moralischen Ebene der Argumentationsführung nicht durch eine erklärtermaßen selektive, und das heißt letztlich zynische, Moral ausgekontert zu werden.

Der gegen die Anti-Kriegs-Aktivisten erhobene Antisemitismus-Vorwurf eignet sich auch deshalb so gut zur Manipulation, weil eine umfassende Diskussion dieses Problems, die den damit verbundenen historischen Dimensionen auch nur ansatzweise gerecht werden will, unwillkürlich in das zerklüfftete Terrain der europäischen Geschichte führt, und damit zugleich sehr voraussetzungsvoll ist. Dabei spiegelt sich in dem Schicksal der europäischen Juden die gesamte Emanzipationsdebatte der Menschheit von den Fesseln und Folterinstrumenten des bürgerlichen Nationalstaates: Es wäre dabei über die jüdische Diaspora, die Geschichte der gegen die osteuropäischen jüdischen Gemeinden verübten Pogrome, die daraus folgenden Flüchtlingswellen, die Geschichte der Juden innerhalb der europäischen Arbeiterbewegung der II. Internationale, das Entste-

hen des Zionismus zu Beginn dieses Jahrhunderts, den NS-Faschismus, Auschwitz, die Entstehung des Nationalstaates Israel aus einem kolonialistischen Siedlungsprojekt bei gleichzeitiger Vertreibung der Palästinenser, zu sprechen. Darüber hinaus ist mit dem Problem des Antisemitismus ein zentrales Problem marxistischer Theoriebildung über das Herrschaftssystem des Faschismus angesprochen. Auch wenn sich die Entstehung, Entwicklung und der Verlauf des NS-Faschismus nicht allein von Auschwitz heraus betrachten und begreifen läßt, so wurde doch in der Kritik der politischen Ökonomie dem Problem des Rassismus, nur der Stellenwert eines Nebenwiderspruchs zugewiesen, womit sich jedoch Auschwitz nicht annähernd erklären läßt.[43]

Diese unvollständige Aneinanderreihung verschiedenster Gesichtspunkte in der Diskussion des Problems des Antisemitismus verweist darauf, daß sie sich nicht ohne weiteres aus dem Stegreif führen läßt, was gleichwohl keine Entschuldigung dafür sein kann, sich ihr zu verweigern. Denn noch immer haben unterbliebene historische Reflexionen im Verhältnis zum Antisemitismus für die Linke zu Leerstellen in der eigenen Argumentation geführt, die bekanntlich aus vielen Motiven vom politischen Gegner – wie geschehen in den bundesdeutschen Debatten zum Golf-Krieg – gerne ausgenutzt werden.

In diesem Zusammenhang kam das Problem zum Tragen, daß die seitens der Neuen Linken in der Vergangenheit gegen die kolonialistische Praxis des Staates Israel und den Zionismus als rassistische Ideologie oftmals unter Aktualitätsdruck entwickelte antiimperialistische Polemik nicht immer ganz frei von unhistorischen Momenten war. Der Staat Israel läßt sich nicht erst von seiner Gründung im Jahre 1948 her diskutieren. Deshalb mußte sich auch ein seit 1968 praktizierter unkritischer, zwischenzeitlich naiv anmutender antiimperialistischer Befreiungsnationalismus gerade am Beispiel der Parole »Palästina – dein Volk wird dich befreien« vor dem Hintergrund der besonderen deutschen Vergangenheit brechen. Eine radikale Linke, die sich in der Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen in der BRD gerne um Zusammenhänge und Kontinuitäten zum NS-Faschismus bemüht, kann sich gerade in Deutschland nicht dann vor der Geschichte davonstehlen, wenn diese sich manchmal für die eigenen Anschauungen als kompliziert und sperrig erweist.[44]

Für die kommenden Auseinandersetzungen, nicht nur in der Nah-Ost-Region, wird es jedenfalls für eine politische Position, die nach wie vor auf die Möglichkeit von Aufklärung und universaler sozialer Befreiung beharrt, umso notwendiger sein, jenseits von Fiktionen eines vermeintlichen »Existenzrechtes« bürgerlicher Nationalstaaten die Bedeutung der realen Klassen- und Herrschaftsbeziehungen in dem ganzen Komplex Israel-Palästina als auch in der gesamten

Region, in das Zentrum ihrer Aufmerksamkeit zu rücken. Dabei kann als Position gelten, was von Ingrid Strobl mit Blick auf die Golf-Kriegs-Debatte formuliert worden ist: »Israel ist sowohl ein Ort der Zuflucht für historisch und aktuell verfolgte Juden, als auch (...) ein Außenposten des Nordens mitten im Süden. Die Opfer sind heute auch Täter. (...) Daß dieser legitime Anspruch scheinbar nur auf Kosten der Palästinenser zu befriedigen sein soll, und daß er von den Imperialisten des Nordens und den nationalistischen Kräften des Landes gegen die arabische Bevölkerung als Untermenschen mißbraucht wird, ist eine Tragödie, die nur die betroffenen jüdischen und arabischen Menschen gegen die Interessen und das Machtkalkül des Imperialismus beenden können.«[45] Und für den hier zu führenden Kampf gegen allen Formen von Antisemitismus wird sich nur von neuem erweisen, daß der Zionismus nichts anderes ist, als eine geschichtspessimistische Katastrophentheorie, die sich fatalistisch auf das unabänderliche Fortexistieren von Antisemitismus eingerichtet hat.[46]

Welche Windschatten wird es im Internationalismus nach dem Golf-Krieg geben?

In der Zukunft wird der Internationalismus der Neuen Linken weit mehr als bisher mit einer Form von Konflikten im Trikont konfrontiert sein, die sich zwar als soziale Kämpfe gegen das imperialistische Diktat sozialer Lebensbedingungen entschlüsseln lassen, allerdings auf der politischen Ebene eine Artikulation annehmen, die eine einfache »Gut«-»Böse«-Solidarisierung ausschließt. Gerade nach dem Bankrott des ehemaligen RGW, in dessen Windschatten sich von den 50er bis Ende der 70er Jahre national gestützte, antiimperialistische Befreiungsversuche von Kuba, Algerien, Angola bis nach Nicaragua entfalten konnten, ist zu fragen, wie es im weltweiten kapitalistischen Herrschaftszusammenhang mit dem Verhältnis zwischen den Metropolen und der Peripherie bestellt ist. Ist nach dem zwischenzeitlichen Scheitern aller weltmarktunabhängigen nationalen Entwicklungsmodelle, das was in einer Welt der aberwitzig ungerechten Reichtumsverteilung Peripherie genannt wird, vom sozialrevolutionären Standpunkt einfach mit der Erkenntnis abzuschreiben, daß die einzige Perspektive von Befreiung nur in Kämpfen in den Metropolen selbst liegen kann? Bleibt damit aus ›Metropolensicht‹ für die Masse der abhängig gehaltenen Menschen in den zu weiterer Plünderung und Verwüstung anheim gegebenen Regionen der Peripherie nur die fatalistische Perspektive zu konstatieren, sich als Art internationales Flüchtlingsproletariat auf den Weg in die Metropolen zu machen; eine Perspektive, die in der Peripherie nicht nur mit einer fortgesetzten Auflösung jeglicher sozialer Systeme verbunden ist, sondern nur von den wenigsten, d.h. den stärksten und

am besten qualifizierten Individuen letztlich wahrgennommen werden kann. Auch wenn es schwer fällt auf die aufgeworfenen Fragen unmittelbare Antworten zu formulieren, die sich dem Anspruch stellen können, dem Zusammenhang zwischen den nur weltweit zu entfaltenden Befreiungsprozessen zu denken: Ohne das fortwährende Überspringen des Metropolen-Peripherie-Gefälles in dem was politisch hier getan und gedacht werden muß, kann eine sozialrevolutionäre Befreiungsperspektive nur in zynische Formen von Metropolenchauvinismus enden. Auch wenn in nächster Zukunft die in den Metropolen zu führenden Kämpfe einsamer geführt werden müssen als jemals zuvor, bleibt zu hoffen, daß es auch dadurch in Zukunft um die Windschatten in anderen Teilen der Welt besser bestellt sein wird.

4. Hoyerswerda und die Folgen

Im Sommer und Herbst 1991 konnte sich in der neuen BRD ein, teils von oben gesteuerter, aber auch von unten bereitwillig aufgenommener, Rassismus in bislang nicht gekannten Dimensionen breit machen. Neofaschistische Tendenzen und rassistische Wellen in der BRD folgen eigenen d.h. unvorhersehbaren Mechanismen, die nur zum Teil von gesellschaftlichen Ursachen direkt ableitbar sind und die nach ihrem plötzlichen vorläufigen Verebben mit ein paar mehr erschlagenen und verbrannten Menschen wieder unsichtbar in den Alltag zu versickern scheinen. So kann dieses Kapitel wenig mehr leisten, als ein paar Gesichtspunkte und Fragestellungen auszuleuchten, die sich in dem was im Kampf gegen Neofaschismus und Rassismus in der neuen BRD zu tun ist, immer wieder von neuem stellen. Weder die 91er »Asylantendebatte« noch Hoyerswerda sind einzigartig, sondern besitzen ihre zu bedenkenden internationalen als auch nationalen Vorgeschichten. Das Wissen um diese Vorgeschichten ist, in dem was über den gesellschaftlichen Zusammenhang und Stellenwert von Neofaschismus und Rassismus in der BRD theoretisch begriffen werden muß, notwendig. Ansonsten läuft die moralische Betroffenheit über die kaum faßbaren rassistischen Verbrechen Gefahr, in völlige Verzweiflung umzuschlagen. Sie wird eher dazu führen, blind um sich schlagend, in eine antifaschistische und gegen alle Formen von Rassismus gerichtete Praxis zu stolpern, anstatt sie politisch zu bestimmen. Gerade auch nach der Demonstration autonomer und antiimperialistischer Gruppen gegen das Pogrom in Hoyerswerda muß um die richtige Ausrichtung der Kompaßnadeln gemeinsam gestritten werden, damit wir nicht einzeln im unwegsamen Gelände von kalt kalkulierenden Schreibtischtätern, aufgehetzten rassistischen Kleinbürgern und Nazi-Terror-Banden attackiert werden, die ohnehin zwischen keinem der damaligen DemonstrationsteilnehmerInnen einen Unterschied machen werden.

Rassistische Vorgeschichten

In den 80er Jahren gab es in der BRD mit zunehmender Intensität, zum Teil gesteuert oder ausgenutzt durch Bundes- und Landesregierungen und reaktionären Pressekonzernen, fremden- und ausländerfeindliche Kampagnen gegen ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlinge, mit zum Teil tödlichen Folgen für die

davon Betroffenen: 1983 wußte Kemal Altun keinen anderen Ausweg mehr, als sich vor seiner drohenden Auslieferung durch die deutschen Behörden an die türkische Militärjunta in den Tod zu stürzen; im gleichen Jahr verbrannten sechs Libanesen in einem West-Berliner Abschiebegefängnis; im Herbst 1985 wurde Ramazan Avci in Hamburg auf offener Straße von Skinheads erschlagen, im Frühjahr 1989 wurde Ufuk Sahin im Märkischen Viertel von einem Neonazi erstochen.

Mörderische Politikstrategien ...

Die in der Geschichte der BRD einzigartige Explosion des Fremdenhasses im Sommer und Herbst 1991 fiel zusammen mit der Entscheidung konservativer Politiker, die Änderung des Asylrechts auf Platz 1 der politischen Tagesordnung zu setzen. Vor dem Hintergrund sich zuspitzender Kosten des deutschen Vereinigungsprozesses, in dem die Ostdeutschen von Massenarbeitslosigkeit, Mieterhöhungen und Preisauftrieb betroffen sind, und den westdeutschen ArbeiterInnen Lohnstopp, Solidaritätszuschläge und schrumpfende Sozialtöpfe zugemutet werden sollen, ging es in der von oben inszenierten »Asylantenkampagne« auch darum, die anstehenden sozialen Fragen mit nationalen zu besetzen. In dieser Konzeption ist es dann nur zu konsequent, die sinnstiftende Gemeinschaft »aller Deutschen« auf die Abgrenzung zu allen Fremden zu gründen.

In der Vergangenheit standen rassistische Kampagnen in der BRD zum Teil in einem direkt erkennbar krisenhaften internationalen Zusammenhang wie z.B. die im Sommer 1986 betriebene »Flutkampagne«, die nach dem US-Bomben-Angriff auf Lybien im Frühjahr erfolgte, oder im Zusammenhang mit dem politischen Betätigungsverbot für arabische Menschen in der BRD, im Zusammenhang mit dem Golf-Krieg.

Die bundesdeutsche Debatte um die Zukunft des Asylrechts vollzieht sich in einer internationalen Situation, wo sich in einer durch den Zusammenbruch aller staatskommunistischen Ideologien bedingten »neuen Weltordnung«, 3/4 der arm gehaltenen Menschheit überlegen muß, in welcher Form sie an den in den Metropolen zusammengerafften Reichtum eine Teilhabe realisieren kann. In der Ideologie des Westens existieren nach dem Zusammenbruch des RGW weltweit (mit Ausnahmen wie z.B. Kuba und Nordkorea) ohnehin keine »politischen Flüchtlinge« mehr, gleichsam als könnten sich die Armutsflüchtlinge in ihren jeweiligen »Demokratie« genannten Nationalstaaten an Hunger und Elend anpassen. Das Asylrecht, daß weniger in Blick auf die Erfahrung des Faschismus als vielmehr im Rahmen des Kalten Krieges als antikommunistisches Hilfsmittel gegen den realen Sozialismus in die BRD-Verfassung aufgenommen wurde, soll

aus dem Grundgesetz entfernt werden. Dabei besitzt die Debatte um die Entfernung des Asylrechtsparagraphen aus der Verfassung eine Probelauffunktion, nach dessen Erfolg an dem als schwächsten erscheinenden Punkt, noch ganz andere Verfassungsartikel aus dem Grundgesetz zur Disposition stehen. Insofern steht die BRD-Debatte im Zusammenhang mit aktuell in einer Reihe von westeuropäischen Staaten laufenden Verfassungsdiskussionen, die allesamt auf einen autoritären Verfassungsumbau abzielen.[47]

und die Folgen ...

Die von Bonner Schreibtischtätern im Sommer 1991 kalkuliert propagierte »das Boot ist voll«-Ideologie wurde dazu benutzt, der Bevölkerung zu suggerieren, daß man in bezug auf das Asylrecht »nicht so kann wie man eigentlich gerne möchte«. Der gezielt von oben betriebenen Stigmatisierung von Armutsflüchtlingen als »Verbrecher, Betrüger und Diebe«, folgte dann auch eine Unzahl von zum Teil tödlichen Attacken an ausländischen Menschen, die sowohl von organisierten Neonazi- und Skinhead-Banden, als auch von vielen ressentimentgeladenen, rassistischen Kleinbürgern begangen wurden.

Etwas über zwei Jahre nach Maueröffnung ist zwischenzeitlich eine zweistellige Zahl ausländischer Menschen durch rassistische und neofaschistische Attacken in der BRD ermordet worden. Im Jahre 1991 wurden in der BRD über 2000 rassistische Straftaten registriert, – eine Verachtfachung gegenüber 1990 -, davon allein über 300 Brandanschläge und knapp 200 Angriffe gegen Personen.[48]

Deutscher Herbst 1991

In der monatelang andauernden ausländerfeindlichen Hetzkampagne markierten die Ereignisse in Hoyerswerda einen kurzfristigen Höhepunkt, der zwar viele Menschen entsetzt hat, jedoch auch seine Vorgeschichte besitzt: Eine Seite dieser Vorgeschichte besteht darin, daß organisierte Nazi-Banden insbesondere in der ehemaligen DDR seit der Maueröffnung ein Fanal nach dem anderen setzen konnten. Dresden konnte von ihnen zur Hochburg ausgebaut werden, in vielen Städten der alten DDR beherrschen sie die Straße, und anläßlich der Aufhebung der Visapflicht für polnische Menschen in der BRD, konnten sie unter den Augen der für sie Spalier stehenden Polizei in Frankfurt/Oder ungehindert polnische Touristenbusse angreifen.

Die andere Vorgeschichte besteht in den konkreten Lebensbedingungen von Hoyerswerda selbst, das im Südosten der Ex-DDR liegt. Die 70.000 EinnwohnerInnen-Stadt wurde im Zuge der Erschließung des Braunkohletagebaus in den

60er Jahren aus dem Boden gestampft und kommt in ihrer Architektur einer Betonplattenwüste gleich. Zwischenzeitlich liegt sie mitten in einer durch den Braunkohletagebau völlig verwüsteten Region. Aufgrund des großen Arbeitskräftebedarfs galt die Stadt zu DDR-Zeiten noch als eine der letzten Zuzugsstätten, in der vor allem sozial Schwache angesiedelt wurden.

Seit der Wende betreibt der größte Arbeitgeber in diesem Raum, die Lausitzer Bergbau AG (LAUBAG), einen massiven Arbeitsplatzabbau, der sich in besonderer Weise gegen ArbeitsmigrantInnen aus Angola und Mocambique richtete. Dabei versuchte die LAUBAG in ihrer Entlassungspolitik die über den deutsch-deutschen Einigungsvertrag vereinbarten, ohnehin miesen Abfindungsregelungen für die ArbeitsmigrantInnen zu unterlaufen. Der Beginn des Pogroms fand ausgerechnet in dem Moment statt, als die Auseinandersetzungen zwischen den ArbeitsmigrantInnen und der LAUBAG-Werksleitung anfingen zu eskalieren.

Selbstverständlich kann durch die Beschreibung der miesen Lebensbedingungen in Hoyerswerda nicht ausreichend erklärt, geschweige denn gerechtfertigt werden, warum das Pogrom tagelang, und das mit so großer Beteiligung von Teilen der Bevölkerung, andauerte. Zudem ist es schwer, gegen die LAUBAG-Werksleitung einen direkten Nachweis im Sinne einer Anstiftung zu führen. Trotz allem ist aber auch richtig festzustellen, daß diese Faktoren beim Pogrom eine Rolle spielten und es insgesamt dem LAUBAG-Konzern, in seiner gegen die ArbeitsmigrantInnen gerichteten Entlassungspolitik, nützte.

Darüber hinaus wurde Hoyerswerda zu einem Symbol dafür, daß sich der in dieser Gesellschaft vorhandene Rassismus und Neofaschismus nicht mehr zu verstecken braucht, sondern sich mit öffentlicher Unterstützung artikulieren und breit machen konnte. Daß die Deportation der Flüchtlinge und Arbeitsmigranten aus Hoyerswerda von den bürgerlichen Parteien dieser Stadt auch noch damit gerechtfertigt wurde, daß diese Maßnahme dazu diene »eine Eskalation zu vermeiden«, um »Ruhe und Sicherheit der in dieser Stadt lebenden Menschen« zu gewährleisten, stellt sich zunächst als eine komplette Kapitulation dessen dar, was normalerweise als »Rechtsstaat« bezeichnet wird. Allerdings: »Der Staat kokettierte (in Hoyerswerda) tagelang mit seiner angeblichen Hilflosigkeit, und ließ dann am 23.9. die meisten der Arbeiter und alle AsylbewerberInnen überstürzt abtransportieren – durch Spaliere Beifall klatschender Anwohner. (...) Als staatliche Inszenierung gegen neue Immigranten war es wesentlich besser gelungen, als die brutale Vertreibung der albanischen Flüchtlinge aus Italien – denn dort war der Staat sichtbar, in der BRD wird nun »Volksempfinden vorgeführt, hinter, vor oder gegen das sich der Staat dann stellen kann.«[49]

Es ist immer schwer zu entscheiden, wer letztlich wen für wessen Politik benutzt: Vom Wildcat-Kollektiv wird die Auffassung vertreten, daß die ausländerfeindliche Kampagne dem deutschen Staat dazu diene »ein neues Arbeitssegment« in der Form einer illegalen Ausbeutung von mehreren Millionen neuen MigrantInnen vorzubereiten, da der BRD-Arbeitsmarkt ohnehin in der Zukunft mehr billige Arbeitskräfte brauche. In diese Konzeption fügt sich dann der neonazistische und rassistische Terror funktional ein, da er dazu dient, den noch kommenden ArbeitsmigrantInnen zu signalisieren, daß sie in der BRD-Metropole nicht als selbstbewußte ArbeiterInnen, sondern allenfalls als eingeschüchterte und »geduldete« AusländerInnen leben können.

Unterstellt man, daß diese These für die Zukunft zutrifft, so beantwortet sie noch nicht die Frage, in welcher gesellschaftlichen Form sich der in der aktuellen fremdenfeindlichen Kampagne behauptete Standpunkt der Kapitalrationalität durchsetzen wird. Ist es dem autoritär-bürgerlichen Rechtstaat so einfach möglich die neofaschistischen Geister, derer er sich in der rassistischen Kampagne des Jahres 1991 so trefflich zu bedienen wußte, auf Knopfdruck wieder abzuschalten?

Wer arbeitet mit wem auf dem Weg in die Barbarei zusammen?

Das brisante an der Situation ist, daß offenkundig in der von oben bestimmten Dynamik der öffentlichen Debatte, ein wie auch immer geartetes Zusammenspiel des gezielt und mörderisch kalkulierenden »sauberen« staatlichen Rassismus mit einer militanten neofaschistisch-rassistischen Massenmobilisierung praktiziert wurde. Es handelt sich dabei um einen politischen Zusammenhang, in dem sich das zurückhaltende Agieren des Sicherheitsapparats von Bullen und Geheimdiensten, unter denen sich bekanntlich viele Symphatien und Symphatisanten für die »seriösen« rechtsradikalen Parteien wie REPS, DVU finden lassen, und der schmutzige »Radau- und Pöbelrassismus« neofaschistischer Kader und rassistischer Ausbrüche von Teilen der Bevölkerung nicht ausschließen, sondern arbeitsteilig ergänzen. Während noch die zum Zeitpunkt des Golf-Krieges im Westen stärkste Friedens- und Anti-Kriegs-Bewegung weltweit den Eindruck entstehen ließ, als handele es sich bei der BRD um ein friedlich-humanistisches Land, welches zugleich auch ein untergründiges Signal an Flüchtlinge auf der ganzen Welt war, wenigstens hier Schutz finden und überleben zu können, markiert das in der »Asylantendebatte« sichtbar werdende, brutale und zuweilen mörderische Gegeneinanderausspielen der Interessen verschiedenster Bevölkerungsgruppen, möglicherweise einen Vorboten für einen neuen Marsch in die offene Barbarei durch die Großmacht BRD. Da der Versuch einer derartigen Transformation als »Krisenlösungsstrategie« innerhalb der bestehenden Systemstrukturen nur unvollkom-

men geleistet werden kann, bietet sich die wohlwollende Duldung einer erklärtermaßen neofaschistisch und rassistisch motivierten Massenbasis als inneres Terrorinstrument gegen die Opposition und den Widerstand geradezu an. Jenseits eines mutmaßlichen staatlichen (Verschwörungs-) Kalküls, symbolisierten die Ereignisse von Hoyerswerda einen politischen Erfolg für organisierte rassistische und neofaschistische Banden.[50] Auch wenn diese vorläufig noch ohne erkennbar organisierendes Zentrum agieren, so haben sie doch ihre bisherige politische Isolierung und kulturelle Marginalisierung überwunden und verfügen erstmals seit 1945 in Deutschland über eine gemeinsame und erfolgreiche Bewegungserfahrung, im Sinne von SA-Sturmtruppverbänden.

Die Verteidigung des staatlichen Gewaltmonopols auf Rassismus

Erst als durch das enorme Ausmaß an wahllos an ausländischen Menschen begangenen Verbrechen der Eindruck entstand, daß die neofaschistisch-rassistische Bewegung in der Lage ist, das staatliche Gewaltmonopol in Frage zu stellen, wurde von einigen Repräsentanten der herrschenden politischen Klasse verbale Kehrtschwenks vorgenommen: Und so ist es nur konsequent wenn angesichts der Bilder aus Hoyerswerda Bundeskanzler Kohl einfiel, daß die BRD auch »weiterhin ein ausländerfreundliches Land« bleiben werde.[51] Vermutlich auch aufgerüttelt durch die Reaktionen der ausländischen Presse, in deren die an AusländerInnen in der BRD begangenen Gewaltakte aufmerksam registriert und in bezug auf die faschistische deutsche Vergangenheit gesetzt wurden, wurden die Verbrechen nicht als »Rassismus« sondern als Angriff auf das staatliche Gewaltmonopol verurteilt. Daß diese Verurteilung aber seitens der regierungsamtlichen Rassisten aber immer mit dem Hinweis des nach wie vor existierenden »Asylantenproblem« verbunden wurde, war Teil der Strategie einer systematisch von oben betriebenen Schuldentlastung rassistischer Täter. Diese Politik war zugleich mit einer Diffamierung und Repression vieler gegen Rassismus gerichteter Selbsthilfe- und Selbstschutzaktivitäten verbunden.

Über die Mühen und Grenzen einer antifaschistischen Alltagspraxis

Die Praxis der antifaschistischen Arbeit in der BRD der 80er Jahre konnte sich darauf konzentrieren, die Infrastrukturen einer relativ überschaubaren militanten neofaschistischen Rechten und ihre Querverbindungen in den Raum des politischen Konservatismus offen zu legen, und immer wieder von neuem zum Gegenstand von militanten Angriffen und politischen Manifestationen zu machen. Diese Bedingungen haben sich seit der Maueröffnung gravierend verändert. Das nur etwa eine Woche später erfolgreich geglückte Bemühen von Zivil-

bullen in Göttingen, die Antifaschistin Conny Wissman in den Tod zu hetzen, unterstreicht diese Veränderung nachhaltig. Auch wenn der unmittelbare zeitliche Zusammenhang eher zufällig erscheint, so war doch für die autonome Linke die erste Tote nach der Maueröffnung bei einer Antifa-Aktion zu beklagen. Insgesamt ist für den Zeitraum Ende 1989 bis zum Ende des Jahres 1991 festzustellen, daß weder rar gebliebene politische Manifestationen, noch praktische Selbsthilfe- und Schutzversuche der autonomen Linken, die dramatische Zunahme faschistischer und rassistischer Überfälle auf Flüchtlinge, ArbeitsmigrantInnen, Linke und Andersdenkende in der neuen BRD, haben verhindern können.

Unmittelbare Folge der seit Sommer 1991 sichtbar gewordenen neuen Dimension des in der BRD grassierenden Fremdenhasses ist, daß zwischenzeitlich eine überschaubare Anzahl von antifaschistischen AktivistInnen durch unzählige Alarm- und Feuerwehreinsätze gegen den Nazi- und rassistischen Normalbürgerterror Wochenende um Wochenende letztlich durch die unendliche Fülle der anstehenden Aufgaben latent überfordert ist.

Im Unterschied zu benennbaren Nazi-Kadern sind die Skinheadbanden nicht über eine politische Strategie rückbindbar, d.h. sie sind damit auch nicht ausrechenbar. Das Wesen des von ihnen ausgeübten Terrors im Alltag besteht gerade in ihrer offen praktizierten menschenverachtenden Willkür gegen jeden, um so als latente Drohung allerorten präsent zu sein. Das durch die neue Situation aufgeworfene Problem einer antifaschistischen Praxis besteht darin, daß gegen im Alltag ortlos herummarodierende, kaum über örtliche Zentren fixierbare, unberechenbar und wahllos gegen schwächere ›Fremde‹ zuschlagende kleinere Skinheadbanden keine adäquate »politische Selbstschutz-Organisierung« mehr möglich ist.

Im Zusammenhang mit ersten Ansätzen einer Selbstorganisation von Flüchtlingen stellten die auch von Autonomen geleisteten Unterstützungstätigkeiten mit den Forderungen: »Keine Abschiebungen! Bleiberecht für alle! Offene Grenzen!« notwendige humanistische Gesten dar, die darauf abzielten, Flüchtlinge vor dem Nazi-Terror sowie staatlicher Willkür und Bevormundung zu schützen. Gleichwohl wurde, durch den Umfang der in diesem Zusammenhang zu notwendigen Tätigkeiten, bereits nach kurzer Zeit die Frage nach den politischen Perspektiven und den praktischen Grenzen der Kontinuität einer derartig zeitintensiven Arbeit aufgeworfen. Wenn davon auszugehen ist, daß in den nächsten Jahren mehr Flüchtlinge in die BRD kommen werden, wird deutlich, daß das Maß der zu leistenden Unterstützungsarbeit bei weitem jeden zeitlich begrenzen Kampagnenansatz überschreitet. Nichts desto trotz muß von den Flüchtlingsunterstützungs-AktivistInnen die Frage beantwortet werden, wie sie diese Arbeit

neben ihrem eigenen Lebensalltag organisieren können, sofern sie eine längerfristige Institutionalisierung ihrer Bemühungen ablehnen.

Antifaschistischer und »antirassistischer« Widerstand überall in der Gesellschaft – Aber was ist eigentlich Faschismus und Rassismus?

Die Diskussion der Grenzen der praktischen Handlungsfähigkeit verweist immer auf die Frage nach der Thoerie in der man die eigenen Handlungen einordnet. Deshalb ist auch danach zu fragen, welchen Charakter und welcher politische Stellenwert der gegen ausländische Menschen im Sommer 1991 entfachten Hetzkampagne zukommt? Die Beantwortung ist eng mit der Kontroverse über die Frage verbunden, wie man das politische und gesellschaftliche System der BRD einschätzt. Daß man als Linksradikaler dieses System nicht mag, ist dabei genauso klar, wie daß man auch bereit ist, ihm in seinen Absichten das Schlimmste zu unterstellen. Doch weder diese Annahmen noch eine in einer Antifa-Politik notwendige Militanz, beantworten die gestellte Frage.

1933 X 1991 = 1991

Vermutlich sind die Schwierigkeiten in der Analyse und Einordnung der flexiblen Wechselspiele zwischen staatlicher Repression und Integration in den autoritären Verhältnissen der BRD ein Grund dafür, warum Linksradikale schnell bereit sind, die gesellschaftlichen Verhältnisse der BRD mit einem lauernden Faschismusverdacht zu belegen. Vor dem Hintergrund eines historisch mit Massenmord, Menschheitsvernichtung und Krieg aufgeladenen Faschismus-Begriffs scheint die Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen der BRD im Jahre 1991 einfacher zu sein. Vielleicht wird deshalb in einer linksradikalen politischen Praxis so gerne auf den Faschismus-Vorwurf zurückgegriffen, weil damit eine privat besessene Radikalität und gute Moral mit falschen Analogiená la ’33 zum Ersatz für die Analyse aktueller gesellschaftlicher Wirklichkeiten in der BRD der 90er Jahre gemacht werden kann.[52]

Dieses schlechte Erbe reicht von Teilen der Neuen Linken seit Ende der 60er Jahre bis in Teile der autonomen Antifa-Scene der 80er Jahre, in der ein politisch gescheiterter »Schlagt-die-Faschisten-wo-ihr-sie-trefft« Faschismus-Begriff der KPD und Komintern aus den 30er Jahren kursierte.[53] Das dieser Faschismus-Begriff blind ist für Fragen des Patriarchats, des Antisemitismus und Rassismus soll in diesem Zusammenhang nur als eine dubiose Stilblüte am Rande vermerkt werden.[54] Viel wichtiger ist, daß mit derartigen Begriffskonstruktionen von der gesellschaftlichen Wirklickeit der BRD nichts begriffen, und damit auch nichts verändert werden kann. Es ist ohnehin in Frage zu stellen, warum Teile einer

außerparlamentarischen Linken in der Kritik an den Verhältnissen der BRD meinen, den Umweg über den Faschismus gehen zu müssen, anstatt die parlamentarische Demokratie direkt als Form der Klassenherrschaft von wenigen über viele zu kritisieren.[55]

Jedenfalls bleibt festzuhalten, daß es in einer politischen Praxis den nicht unwesentlichen Unterschied zwischen Leben und Tod ausmacht, ob man sich in den gesellschaftlichen Verhältnissen der BRD an der fortwährenden Verletzung von Grundrechten der bürgerlichen Verfassung politisiert und bewegt, oder ob diese in einem faschistischen Gesellschaftssystem, mit den entprechenden Konsequenzen, kurzerhand abgeschafft worden sind.

Randgruppen außer Rand und Band zum Zentrum?

Mit diesen Bemerkungen ist aber nicht die Frage beantwortet worin das subjektive Bewegungsmoment des in der BRD seit dem Sommer 1991 in neuen Dimensionen grassierenden Fremdenhasses besteht? Von einem (mutmaßlichen) auf einen offenen Welthandel angewiesenen BRD-Exportweltmeisternations-Standpunkt erscheinen die fremdenfeindlichen Reaktionen von Teilen der Bevölkerung zunächst einmal eher irrational zu sein.

Die herrschende Interpretation des Neofaschismus und Rassismus durch die politische Klasse besteht darin, diese Tendenzen – analog zum »Linksextremismus« – als eine Art gesellschaftliches Randgruppenphänomen oder Defizitproblem einiger weniger, sich von sozialer Deklassierung betroffen fühlender Individuen zu begreifen: Die REP's, NPD'ler, DVU'ler, Skinheads, Hooligans usw. werden einfach zu den »anderen« gemacht, mit denen bürgerliche Demokraten in einer »demokratischen Mehrheitsgesellschaft« wirklich nichts zu tun haben und die wahlweise mit Kohle, Jobs, Sozialarbeit oder Bullen zum Objekt demokratischer Reintegrationsmaßnahmen gemacht werden können. Würde dieser Interpretationsansatz, bezogen auf die Realität, stimmen, dann hätten, bezogen auf ihre tatsächliche soziale Situation, hautsächlich Frauen Grund in neofaschistischen Organisationen präsent zu sein. Stattdessen ist zu konstatieren, daß sich neofaschistische Verbände, sowohl was ihre Wählerschaft, ihre tatsächliche Zusammensetzung, als auch ihre Ideologie angeht, wesentlich als Männerbünde darstellen. So bleibt festzuhalten, daß dieser Interpretationsansatz zwar fast nichts erklären kann, gleichwohl besteht seine Popularität und Funktion darin, daß dadurch Kontinuitäten zum Zentrum der Gesellschaft und zur deutschen Geschichte gekappt werden können.

Die Funktion der rechtsextremistischen Ideologie besteht ganz offenkundig in der Festschreibung der tatsächlichen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern,

in der Privilegierung und Vorteilsnahme von Männern. Insofern handelt es sich bei dem »Rechtsextremismus« nicht um ein »Randgruppenphänomen« sondern um eine in der Gesellschaft herrschende patriarchale expansive Dominanzkultur, in der der Umgang mit Fremden wahlweise qua Hierarchisierung oder durch Abwehr »gelöst« wird oder werden soll. In diesem Zusammenhang zerstören die »Fremden« Mythen oder Illusionen: »Die Flüchtlinge in unserem Land etwa zerstören den Mythos, daß wir eine christliche Gesellschaft wären, die allen Notleidenden hilft. Ebenso zerstören sie den Mythos, daß wir unseren Reichtum allein mit unserer eigenen harten Arbeit errungen hätten. Sie zeigen, daß es viel bittere Armut auf der Welt gibt, und erinnern uns daran, daß wir einen Gutteil unseres Reichtums ihrer Arbeit verdanken.«[56]

Was für ein »Antirassismus« gegen welchen Rassismus ?

»(Ich) möchte (…) zu bedenken geben, daß ein »Antirassismus«, der sich auf den »Rassismus« als gesellschaftliche Konstante bezieht, auf dem Terrain – und zwar ausschließlich auf diesem – argumentiert, das die Rassisten ihm bereitet haben. Ich möchte dagegen halten, daß es auf die jeweiligen konkreten historischen Diskriminierungs- und Verfolgungsgeschichten ankommt.«
(Jan Philipp Reemtsma)[57]

Der aktuelle Rassismusdiskurs steht in der Theorie vor einigen Problem, die sich bereits in dem Begriff des »Antirassismus« andeuten. Er ist dabei zunächst wenig mehr als eine negative Verdoppelung einer falschen Realität: Notgedrungen muß im Kontext des »Antirassismus«-Begriffs von der Existenz verschiedener ›Rassen‹ innerhalb der Menschheit ausgegangen werden, was am Beispiel des gegen Juden gerichteten Antisemitismus so offenkundig falsch, wie historisch durch die Nazi-Faschisten grausam wahr gemacht worden ist.

Weder läßt sich Rassismus eindimensional aus einer zu isolierenden Ursache ableiten, noch ist er auf die Folgen der kapitalistischen Ökonomie zu reduzieren. Gleichwohl werden im Rassismus Strategien der Ausgrenzung gegenüber denjenigen umgesetzt, die als »Überzählige« bezogen auf den kapitalistischen Verwertungsprozess definiert werden, die wahlweise über Privatisierung (wie z.B. bei Frauen) oder nationalchauvinistische Grenzziehungen erfolgen kann.[58] Die Skala der in verschiedenen Formen von Rassismus angewendeten Mittel der Aggression sind vielfältig und können von der alltäglichen verdeckten oder offenen Diskrimierung, zur Körperverletzung, Mord bis hin zum Krieg und Völkermord reichen.

Im Kalkül der jeweilig Herrschenden kann mit Hilfe von Rassismen die eine Gruppe gegen die andere aufgehetzt werden. Zum Erfolg dieser Strategie

gehören aber nicht nur diejenigen, die aufhetzen sondern auch diejenigen die sich aufhetzen lassen, und dabei sowohl Opfer von ihnen nicht durchschauter Verhältnisse sind und trotzdem zu aktiven Tätern werden. Und dabei kann Rassismus auf Seiten derjenigen die ihn praktizieren, weder einfach mit Dummheit oder schlichter Irrationalität erklärt werden. Im Gegenteil: Historisch hat sich Rassismus, sogar für diejenigen die ihn angewandt haben, zumeist als äußerst vorteilhaft, im Sinne einer relativen Verbesserung ihrer sozialen Situation eben auf Kosten anderer erwiesen.

Da eine Reihe von theoretischen Erklärungsansätzen, die auf Aspekte einer Sozialpsycholgie, Kultur- und Ideologiekritiken, oder ökonomische Ursachen für den Rassismus abheben nur eine begrenzte Erklärungskraft beanspruchen können, steht man dann auch schnell in der gesellschaftlichen Praxis im Kampf gegen den Rassismus vor einer Reihe von Problemen: Wie ist ein Umgang mit dem komplizierten Verhältnis rassistisches Individuum – rassistische Verhältnisse zu finden? Jeder Verweis auf die in rassistischen Verhältnissen »böse« gemachten Menschen enthält immer auch ein Moment der unentschultbaren Täterentlastung. Wenn es aber stimmt, daß die »rassistischen Verhältnisse« auch nur einen relativen Anteil an einem indiviuellen rassistischen Verhalten haben, so stellt sich die Frage, wie Rassismus dann anders erklärt werden kann, als aus quasi unerklärbar von Geburt an existierenden »bösen Menschen« heraus? Damit ist man aber wiederum der Hoffnung auf Änderung des Verhaltens dieser Menschen beraubt.

Eine andere Seite des Rassismusproblems besteht insbesondere im Rahmen von sich selbst als »antirassistisch« verstehender Zusammenhänge darin, wie reale, d.h. normal zwischen Menschen, -auch verschiedener Nationalität und Hautfarbe-, alltäglich vorkommende Konflikte ausgetragen werden können, und was daran unter Umständen rassistisch ist oder sein könnte.

Wenn sich der Vorwurf des Rassismus nicht mehr an einem konkreten Verhalten von Menschen beweisen lassen muß, sondern über biologistische Merkmale wie z.B. der »weiße Mann« a priori unterstellt wird, dann kann es eine umfassende Emanzipation der Menschheit nicht mehr geben. Zugespitzt kann in diesem Dilemma von fehlenden ad-hoc- Lösungsmöglichkeiten in einer gegen Rassismus gerichteten Bewegung, so eine bestimmte Form des Antirassismus-Diskurses eine fatale Tendenz zur Selbstethnisierung enthalten.

So ist es auch kein Zufall, wenn man manchmal am Ende von zugespitzten Auseinandersetzungen innerhalb von gegen den Rassismus gerichteter Bewegungen isoliert voneinander auf der einen Seite der Barrikade per Personalausweis für immer als »rassistisch« deklarierte »weiße Deutsche« findet, – die sich auch selber noch so mit dem dazugehörigen »schlechten Gewissen« verstehen, während

widerständige »ausländische AntirassistInnen« auf der anderen Seite stehen, und sich keinen Maßstab der Kritik an ihrem Handeln, und schon gar nicht von »Deutschen«, gefallen lassen. In diesem Zusammenhang erweist sich dann die Verwendung eines »Anti-Rassismus«-Begriffs nur als eine Form einer (Selbst-) Immunisierungstrategie gegenüber jeglicher Kritik. Dagegen hilft nur »ohne Rückgriff auf jede Kollektivformel die Wahrheit über die Individuen zu sagen – in dem Sinne, daß es auch Fremde und Andere gibt, die dumm sind, Fehler machen und autoritär strukturiert sind.«[59] Die Verwendung des »Antirassismus«-Begriffs leistet der Tendenz zur Bildung von anhand zusammengewürfelter soziologischer Merkmale konstruierter Minderheiten Vorschub. Und die daraus notwendig folgende biologistische Atomisierung ist das genaue Gegenteil von einem kollektiven Prozeß der Autonomie, in der doch gerade die zwischen Menschen existierenden gesellschaftlichen Spaltungslinien überwunden werden sollen.

Mit diesen Überlegungen kann es nicht um die Errichtung eines verdeckten Allgemeinvertretungsanspruches von deutschen Linken gegenüber Flüchtlingen und AusländerInnen gehen, die sich selbst organisieren müssen, um ihre Interessen vertreten zu können. Sowohl aufgrund unterschiedlicher Lebensbedingungen, als auch aufgrund eines unterschiedlichen Grades an »Betroffenheiten«, kann es auch im Kampf gegen den Rassismus vorläufig immer nur eine partielle Interessenidentität geben. Dies muß jedoch eine gegen den Rassismus gerichtete Praxis aushalten und ausbalancieren können. Nur sollte nicht aus der Not der Realität in der sich die Gruppen-Organisierung alltäglichster sozialer Bedürftigkeit am ehesten mit denjenigen vollzieht, die dem eigenen kulturellen, generationsmäßigen und vom sonstigen Habitus am meisten entsprechen, eine inhaltliche (Un-)Tugend gemacht werden.

Gegen Rassismus gerichtete Kämpfe sind zwar für diejenigen die am meisten unter rassistischen Verhältnissen zu leiden haben im sprichwörtlichen Sinne Überlebenskämpfe, was jedoch nicht umstandslos bedeuten muß, daß sie damit zugleich auch antikapitalistische oder gar antipatriarachalische Kämpfe sind. Der beispielsweise in das »Drei zu eins ...« – Papier[60] gerutschte Satz, daß rassistisch motivierte Kämpfe von Schwarzen gegen die Weißen trotz allem »antirassistische Kämpfe« seien, ist zwar vom Standpunkt des Anspruchs auf eine allgemein menschliche Emanzipation grober Unfug, erhält jedoch seine relative Wahrheit darin, daß sich als »antirassistisch« ausgebende oder interpretierte Kämpfe auch als ein mit durchaus militanten Formen ausgetragener Versuch zu einer bestimmten Form der Integration in die kapitalistische Metropolenverhältnisse erweisen kann. Daß diese Integration dann nicht nur faktisch sondern auch vom Bewußtsein der Träger dieser »antirassistischen« Bewegung auf Kosten anderer erfolgt, ist nur zu

kompatibel mit den Strukturmechanismen des kapitalistischen Systems. Ein so vom Kontext sozialer Bezüge losgelöster »Antirassismus«-Begriff wird einem dann auch schnell im Halse stecken bleiben.

Der Begriff des »Antirassismus« sollte nicht nur aufgrund seiner ihm innewohnenden Verwirrungen, sondern vor allem auch aufgrund seiner in ihm enthaltenen rassistischen Dimension ganz aufgegeben werden. Eine Unterstützung auch ausländischer Menschen in der BRD sollte nicht vom »Antirassismus«, sondern vom Motiv abhängig gemacht werden, allen Menschen, die weniger Chancen auf Gegenwehr besitzen als man selbst, Schutz und Hilfe vor Verfolgung und Diskrimierung zu geben.

Über hin und her pendelnde Kompaßnadeln in einem unwegsamen Gelände oder: Wer war der Gegner auf der Hoyerswerda-Demo vom 28.9.1991 ?

»Die Hoyerswerda-Demo war von Berlin aus in den letzten 10 Jahren am meisten daneben«
(Eine gegen die Demo-OrganisatorInnen gerichtete Bemerkung auf der Kreuzberger Nachbereitungs-Vollversammmlung)
»In den Punkten Infotransparenz, Kommunikationsstruktur und Vermittlung von Inhalten nach außen hat diese Demo Maßstäbe gesetzt«
(Aus einem Bericht von Garfield & Gustav Gans aus dem ›Bremer Kassiber‹ November/ Dezember 1991)

Die Frage nach der Theorie über die Gesellschaft und der ihr zugrunde liegenden sozialen Entwicklungen ist nur die eine Seite eines Prozesses in dem sich eine widerständige Bewegung konstituiert; Theorie kann dabei quasi als eine Art grober Kompaß dienen, die es gleichsam niemanden erspart, sich in unwegsamen Gelände auf den Weg zu machen. Das löst aber manchmal heftige Pendelbewegungen der Kompaßnadel aus, wie es im Rahmen einer gegen Rassismus gerichteten Demonstration autonomer und antiimperialistischer Gruppen in Hoyerswerda zu erleben war. Insofern fassen die während des Ablaufs dieser Demonstration zu Tage getretenen Schwierigkeiten, Konflikte und »Fehler« zwischen den Beteiligten, in der Praxis die bisherigen theoretischen Probleme im Kampf gegen Faschismus und Rassismus wie in einem Brennglas zusammen.

Hoyerswerda war nicht nur allein ein Symbol für das öffentliche Auftreten von Neo-Nazis, Skinheadbanden und rassistischen Kleinbürgern. Diese Stadt steht auch dafür, daß die dort lebenden Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen zuvor begonnen hatten, sich gegen den rassistischen Terror und ihre geplante

Vertreibung zur Wehr zu setzen. Sie wurde auch mit einer von autonomen und antiimperialistischen Gruppen organisierten Demonstration zu einem Umschlagspunkt dafür, daß sich die Lähmung und das Entsetzen einer bis dato fassungslosen linken und humanistischen Öffentlichkeit in erste Mobilisierungen gegen den Rassismus umsetzte.

Die Mobilisierung zu einer bundesweiten Demonstration basierte auf Erfahrungen von TeilnehmerInnen eines eine Woche zuvor von Berlin aus organisierten Konvois. Dieser war, während des noch stattfindenden Pogroms, nach Hoyerswerda gefahren, um die bedrohten und sich wehrenden Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen zu unterstützen. Im Rahmen dieser Aktivitäten konnten einige Neo-Nazis von GenossInnen krankenhausreif geschlagen werden und es wurde bereits eine kleinere Demonstration durch die angrenzenden Wohnblock-Siedlungen organisiert, bei der man die Bevölkerung aufforderte nicht zustimmend, an den unter ihren Augen gegen ausländische Menschen stattfindenden Verbrechen, zu schweigen.

Die weiteren Vorbereitungen in Berlin für eine geplante bundesweite Demonstration standen im Zeichen großen Zorns, Wut und Empörung über das Pogrom in Hoyerswerda. Diese Aktivitäten waren dabei durch Unsicherheiten gekennzeichnet, die sich auch auf den Ort und den Zeitpunkt dieser Demonstration bezogen. Dabei fiel besonders ins Gewicht, daß diese Demonstration ohne jegliche Unterstützung irgend einer organisierten Gruppe in Hoyerswerda bleiben würde. Im Unterschied zu vielen vorangegangenen Demonstrationen gegen den Rassismus sollte mit dieser Demonstration nicht in Irgendwo, sondern genau in Hoyerswerda Präsenz gezeigt werden. Insofern mußte die kurzfristige Organisierung dieser Demonstration ohne genaue Kenntnis der Örtlichkeiten und der lokalen politischen Verhältnisse, und das bei einem derartig fürchterlichen Anlaß, auch gegen die eigene Angst, durchgesetzt werden.

An der kurzfristigen, in knapp einer Woche organisierten, Demonstration nahmen 4.000 Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet teil. Die trotz massiver Behinderungen und Attacken von BGS-Bullen mit großer Entschlossenheit durchgeführte Demo hinterließ bei der dortigen Bevölkerung, in Form vieler Sprühparolen und geklebter Plakate und durch ein militantes Auftreten vieler TeilnehmerInnen, einen bleibenden Eindruck. Die dadurch ausgehende kraftvolle Ausstrahlung, sowie der Versuch durch Lautsprecherdurchsagen eine direkte Ansprache der Bevölkerung zu erreichen, bewirkte, daß sich auch einige EinwohnerInnen aus Hoyerswerda der Demo anschlossen. Diese politische Manifestation eröffnete für die ›kritische Bevölkerung‹ ein Forum, in dem sie öffentlich deutlich machen konnten, da sie nicht mit dem rassistischen Pogrom einverstan-

den waren. Durch ihre Teilnahme erhielt die Demonstration eine nicht vorhersehbare große Dynamik. Nachdem noch eine Polizeisperre abgeräumt wurde, fand schließlich eine Schlußkundgebung vor dem, während der Pogrome angegriffenen, AusländerInnenwohnheim statt. Da sich zu jenem Zeitpunkt noch Menschen darin befanden, stand die Kundgebung ganz im Zeichen einer, in diesem Fall sehr konkreten und auch sehr ergreifenden, internationalen Solidarität. Der Ablauf der gesamten Demo hat deutlich gemacht, daß es nirgendwo in der BRD eine Selbstverständlichkeit des Rassismus gibt – auch nicht in der Bevölkerung von Hoyerswerda. Es konnte zudem vermittelt werden, daß der Zusammenhang einer autonomen Linken immer noch dazu in der Lage ist, gegen Nazis und Rassisten zu jeder Zeit und an jedem Ort vorzugehen.

Dies ist jedoch nur die eine Seite der Veranstaltung, die für alle Beteiligten einem Wechselbad der Gefühle glich. Es kam im Rahmen der Demo zu einer Reihe von Aktionen einzelner Gruppen, die sich dem Rest der Demonstration als nicht vermittelbare Willküraktionen darstellten. Bei Zerstörungsaktionen von Privat-PKWs entstand der Eindruck einer Wahllosigkeit. Vor einer ersten Polizeisperre, direkt vor einem Flüchtlingswohnheim, kam es zwischen einzelnen Gruppen von DemonstrationsteilnehmerInnen zu handgreiflichen Auseinandersetzungen über die Frage, wann es wie mit welchem Ziel richtig ist, die bewaffneten Bullen anzugreifen. Die Wut und Aggression dieser Demonstration richtete sich in dieser Situation nach Innen, was sich in Schlägereien untereinander, aber auch in einer Durchsage aus dem Lautsprecherwagen ausdrückte, der die eigenen Leute ausgerechnet bei dem Bemühen ausgrenzte, sich gegen einen erwarteten Polizeiangriff zu schützen. Darüber hinaus erwies sich die gesamte Demonstration bei einer weiteren Polizeisperre als zu schwach, um diese beiseite zu räumen, um so wie geplant ungehindert durch die Stadt zu demonstrieren. Die Demonstration konnte danach erst mit Hilfe von Verhandlungen und durch die Unterstützung durch Teile der Bevölkerung aus Hoyerswerda fortgesetzt werden.

In der Nachbereitung kam es dann über den Charakter und den Ablauf dieser Demonstration zu erbitterten Kontroversen in der autonomen Berliner Scene. Eine am nächsten Tag angesetzte Vollversammlung mit mehreren hundert TeilnehmerInnen stand kurz vor der Schlägerei, weil sich darin sowohl gefährliche Denunziationen, Männer-Machismo, angedrohtes Faustrecht, Verschwörungstheorien und elitär-arrogante Vereinnahmungsversuche ungefiltert präsentierten. Wie und woraus sind nun diese Konflikte und Auseinandersetzungen um die Demonstration in Hoyerswerda zu erklären? Spielte dabei nur eine letztlich zu vernachlässigende Situationsdynamik eine ursächliche Rolle, oder haben in die-

sen Auseinandersetzungen unterschiedliche politische Konzepte gegeneinander konkurriert? Welchen Charakter konnte die Demonstration in dieser besonderen Situation, als Mittel der politischen Auseinandersetzung, überhaupt einnehmen?

Ein paar Vermutungen

Ursächlich für die Dynamik dieser heftigen Auseinandersetzungen war die nach Innen gewendete Verzweiflung darüber, mit welcher politischen Praxis überhaupt einer gesellschaftlichen Horrorsituation beizukommen ist, in der alltäglich ausländische Menschen auf offener Straße gejagt und zum Teil erschlagen oder in den Tod getrieben werden. So klar der Konsens der gesamten autonomen Scene in Berlin darüber ist, wie und in welchen Formen offen erkennbar auftretende Nazis und Skinheads bekämpft werden müssen, so unklar ist die Beantwortung der Frage, wie mit nicht ohne weiteres erkennbaren Rassisten in der gesellschaftlichen Wirklichkeit umgegangen werden kann. Hinzu treten in dieser Auseinandersetzung noch reale Unterschiede im Alltag zwischen türkischen AntifaschistInnen und deutschen Autonomen, wobei letztere durch die aktuelle rassistische Welle (vorläufig) weniger bedroht zu sein scheinen als erstere.

Seitens der vorbereitenden Strukturen wurde mit der Demo erhofft, auch diejenigen Menschen in Hoyerswerda zu erreichen, die sich nicht an dem Pogrom beteiligt hatten, jedoch zum Teil aus Angst keine Möglichkeiten gesehen hatten, sich gegen den Ausbruch des Rassismus in ihrer Stadt zur Wehr zu setzen. In diesem Sinne wurde die Parole »Wer schweigt, stimmt zu!« immer auch als eine Aufforderung an die Bevölkerung in Hoyerswerda zur Demonstrationsteilnahme verstanden. Demgegenüber existierte bei einem anderen Teil von DemonstrationsteilnehmerInnen die Einschätzung, daß es sich bei den Einwohnern dieser Stadt zu 90 oder 99% um Rassisten handelt. In diesem Sinne wurde dann auch die Demonstration als Gegen-Terrorinstrument verstanden. Vor diesem Hintergrund bekommt dann auch das »wahllos« erscheinende Zerstören beliebiger Privat-PKWs auch seinen »Sinn«. Die Frage ist nur, ob eine Demonstration, die als ein Gegen-Terrorinstrument verstanden wird, noch eine Demonstration ist, oder nicht vielmehr ein kollektives Kommando- oder Strafexpeditionsunternehmen darstellt, bei dem andere Fragen zu diskutieren sind? Eine Demonstration macht nur Sinn, wenn sie gerade an dem Ort, wo sie stattfindet, auch als ein Moment der Hoffnung und des Signals an Andere verstanden wird, die man mit den eigenen Vorstellungen noch nicht erreicht hat. Ansonsten bleibt auch nach dem Ende der Demonstration in Hoyerswerda nur die deprimierende Gleichung von 4.000 DemonstrantInnen gegen 70.000 Rassisten, als auf ewige Zeiten unveränderbare Festschreibung zurück.

Allerdings läßt sich die Subjektivität einer antifaschistischen Bewegung nicht ausschließlich in analytische Stellenwert- und nüchterne Einschätzungsanalysen pressen. In einer Frage, wo die eigene Existenz, die eigene Gesundheit, und möglicherweise das eigene Leben, so unmittelbar auf dem Spiel steht, wie im Kampf gegen Nazis und Rassisten kreuzen sich wie auch immer geartete verallgemeinerungsfähige politische Strategien mit der Wut, Angst, dem Mut oder der Feigheit von einzelnen Individuen. Wie ist aber vor diesem Hintergrund mit einer »Zeit« umzugehen, die eine Bewegung braucht, um sich auf ein gemeinsames Handeln zu verständigen? Diejenigen, die für sich den Eindruck haben, daß ihnen das Wasser bis zum Hals steht, können weniger warten als diejenigen, denen es nicht so geht. Die in der Berliner autonomen Scene nach der Demonstration in Hoyerswerda erbittert ausgetragenen Auseinandersetzungen haben deutlich gemacht, daß das Netz der Bewegung als Zusammenhang von Kommunikation-Aktion-Kritik-Selbstkritik und Selbstveränderung zu zereißen droht, wenn die Bewegung nicht in der Lage ist, die Emotionen und Unterschiedlichkeiten der sich in ihr bewegenden Individuen mit kalkulierenden Analysen zusammenzubringen, die die aktuelle gesamtgesellschaftliche Schwäche einer gegen Rassismus gerichteten Bewegung berücksichtigen müssen.[61]

Wenn gegenseitige Unterstellungen und Projektionen zur Basis von Schlammschlachten und lähmender Zirkel gegenseitiger Schuldzuweisungen in den anschließenden Nachbereitungen zur Hoyerswerda-Demo gemacht werden, bricht der für die Bewegung konstitutive gemeinsame Lernprozeß in sich zusammen. Das führt zwar zunächst dazu, daß danach alle einzeln im Gelände machen können was sie wollen, ändert jedoch letztlich auch nichts daran, daß man sich dabei notgedrungen verläuft; eine Situation in der man getrost jeden Kompaß wegwerfen kann. Ob es den an dieser Demonstration beteiligten Gruppen auch mit Hilfe der Selbstkritik möglich sein wird, sich über die Dimension dessen, was am 28.9. 1991 in Hoyerswerda passiert ist zu verständigen, wird von der Bereitschaft abhängen, ob in Zukunft mit den real im Alltag vorhandenen Unterschieden ein Umgang gefunden werden kann, oder ob diese zu politischen Spaltprozessen forciert werden sollen. Sofern letzteres geschieht, wird die autonome Bewegung in der Zukunft mit dem Problem konfrontiert sein, daß sich niemand mehr die praktische Organisation derartig notwendiger Aktivitäten zutrauen wird.

Provisorische Perspektiven

Wenn die Analyse des in der BRD grassierenden Fremdenhaßes als eine Erscheinungsform der herrschenden patriarchalen expansiven Dominanzkultur richtig

ist, so stellt sich für eine antifaschistische und gegen Rassismus gerichtete Praxis notwendigerweise die Aufgabe ihren Aktionsradius durch Momente einer präsenten Gegenkultur zu erweitern, um so das herrschende Falsche, nicht nur bei den Nazis zerbrechen zu können. Dabei stellt sich die Frage, in welchen Formen die gesellschaftliche Ächtung und Isolierung der von Skinheads propagierten Kultur vorangetrieben kann.

Dabei werden die theoretischen Unsicherheiten über das, was als Faschismus/Rasismus anzusehen ist, immer wieder zu kontroversen Auseinandersetzungen darüber führen, was daraus an mehr oder weniger tatkräftigen Schlußfolgerungen zu ziehen ist. Es wird daher wohl für die nächste Zukunft für autonome Zusammenhänge darauf ankommen, nicht die Fähigkeit für einen eher undogmatisch-experimentellen Umgang mit dem zu finden, was an offenkundig babarischen Tendenzen in diesen Verhältnissen für alle zu erleiden und damit zu bekämpfen ist. In diesem Sine schließen sich weder eine sich selbst-organisiernde Flüchtlings-Unterstützungsarbeit, noch der Versuch des Aufbaus gegenkultureller Jugendzentren in von Nazis beherrschten Provinz-Regionen aus, die eine notwendige Ergänzung und Vorraussetzung dafür sind, die Bedingungen in Zukunft zu ändern, in denen sich Hoyerswerda und »Asylanten-Kampagnen« immer wieder ereignen können.

Teil II: Über die kleine Politik: Für einen reichen generationsübergreifenden, bewegten Alltag kontinuierlicher Neuanfänge jenseits von Partei und Guerilla gegen Zynismus und staatliche Repression

1. Über den Sprung von privilegierten Klassenherkünften zum märchenhaft reichen Klassenbewußtsein

Ursprünglich ist der Beantwortung der Frage: »Wer sind eigentlich die Autonomen?« hinsichtlich ihrer Klassenzusammensetzung in FEUER UND FLAMME keine besondere Bedeutung beigemessen worden. Ich hatte dabei eher an eine Erbsenzählerei gedacht, in denen »Wissenschaftler« eine soziologische und schematische Analyse der Klassenzusammensetzung mit dem Ziel vornehmen, sie ja schön aus- und isoliert voneinander in Schubladen verpacken zu können. Am Schluß kommt dann noch ein Politikraster darüber und fertig ist die vollständige Herleitung und Erklärung der Spezie ›Autonom‹. Ähnlich gehen da auch die Fliegenbeinzähler vom Verfassungsschutz vor, die in ihren Jahresberichten den ›Autonomen‹ in der Abteilung ›Neue Linke‹ unter der Rubrik ›Sozialrevolutionäre und Anarchisten‹, wahlweise mal ein paar hundert neue ›Mitglieder‹ zuweisen oder abziehen. Und dabei ist doch die Frage wieviele ›Autonome‹ es denn nun tatsächlich in der BRD gibt, im Grunde genommen sehr einfach zu beantworten, da sich ihre genaue Anzahl je nach politischen Erfolg oder Mißerfolg definitiv zwischen »verschwindend gering« bis »unüberschaubar vielen« bewegt. Wie gut, daß sich schon allein der Begriff »Autonomie« gegen eine genauere Eingrenzung in der gesellschaftlichen Realität sperrt, was denn auch viele kluge ›Klassenanalytiker‹ zu hilflosen Dusseln macht. Aber wie dem auch sei, spielen wir doch einfach mal das »Klassenanlyse« – Spiel mit: dabei können wir uns zunächst einmal über ein paar bereits in dieser Hinsicht unternomme Versuche lustig machen, um dann die Probleme, die bei der Berechnung des Volumens ausgelaufener Farbbeutel auftreten, zu diskutieren. Danach soll versucht werden das Verhältnis von Auto-

nomen zur »Arbeiterklasse« zu bestimmen, um schlußendlich die Frage zu erörtern, ob Reichtum denn nun böse und Armut gut macht.

Wenn sich kleine Kleinbürger würgen ...

So meinten noch im Jahre 1988 Forscher aus dem DKP-Apparat und DDR-Wissenschaftler in Aufsätzen, nicht um die Aussage herumkommen zu können, daß es sich bei den Autonomen letztlich um eine Mischung aus bornierten subjektivistischen Kleinbürgern und einem größtenteils mit Spitzeln und Provokateuren durchsetztem Lumpenproletariat handeln würde.[62]

Auch die nach wie vor an Betriebskämpfen orientierte operaistische Fraktion der autonomen Scene stellte einmal unbefangen »zugleich Züge eines kleinbürgerlichen Individualismus/Unabhängigkeit/Selbständigkeit« fest, ja daß es »in der Tat (...) viele der ›neuen Selbstständigen‹(seien), die diese Bewegung tragen.«[63]

Es ist müßig sich über diesen Kleinbürgervorwurf an die Adresse der Autonomen beklagen zu wollen. In der zwischenzeitlich über 20 Jahre alten Geschichte der Neuen Linken in der BRD und West-Berlin ist dieser Vorwurf ein alter Hut. Von Zeit zu Zeit kam es immer mal wieder vor, daß linke Kleinbürger andere linke Kleinbürger in masochistischen Spielchen als ›linke Kleinbürger‹ beschimpften. Schon die frühe RAF mußte sich mit diesem Problem herumschlagen und wußte dazu folgende hellsichtigen Bemerkungen zu formulieren: »Die Studentenbewegung als kleinbürgerliche Revolte abtun; heißt: sie auf die Selbstüberschätzung, die sie begleitete, reduzieren; heißt: ihren Ursprung aus dem konkreten Widerspruch zwischen bürgerlicher Ideologie und bürgerlicher Gesellschaft leugnen; heißt: mit der Erkenntnis ihrer notwendigen Begrenztheit das theoretische Niveau verleugnen, das ihr antikapitalistischer Protest schon erreicht hatte.«[64]

So ist denn auch der von interessierter Seite formulierte Kleinbürgerbegriff weniger eine genauer zu untersuchende, in sich widersprüchliche Kategorie der Wirklichkeit, als vielmehr ein von von einem äußeren Standpunkt formulierter Kampfbegriff gegen die von autonomen Gruppen praktizierte Politik. Da ist es dann auch nur konsequent, wenn mittlerweile die vermeintlichen klassenkämpferischen Kommunisten aus der DKP und SED im Kampf für das »allgemeine Menschheitsinteresse« unter den Rockzipfel der Sozialdemokratie zu schlüpfen versuchen.

Demhingegen feiern Operaisten aus dem Umkreis der Zeitschrift ›Wildcat‹, in einer Art modernisierten Leninismus, das allerorten so normale wie gelangweilte Abhängen und alltägliche Herumgammeln von LohnarbeiterInnen auf der Arbeit und jede ihrer Forderungen nach »ein paar Mark Stundenlohn mehr« als

bedeutungsvolle Momente einer wieder mal völlig neuen »Neuzusammensetzung der Klasse«.

Wer mag sich schon gern selber von anderen Menschen im Rahmen derartiger Klassenanalysen verobjektivieren lassen? Erscheint es da nicht das Naheliegendste zu sein, sich über diese Sichtweisen mit Bemerkungen, wie z.B. daß es dicke, dünne, lange und kurze Autonomie gäbe, lustig zu machen?

Über das Volumen ausgelaufener Farbbeutel

Einmal abgesehen von der schlichten Tatsache, daß die gesellschaftlich Schwachen in der Regel zu den am besten ausgeforschten Objekten in der Gesellschaft gehören, kann eine politische Bewegung, die für sich teilweise einen revolutionären Anspruch erhebt und dadurch zugleich auch der staatlichen Repression unterliegt, kein Interesse daran haben, sich von irgend jemanden soziologisch zerlegen, und damit immer auch ein Stück weit ausrechen- und beherrschbar machen zu lassen. Im Gegenteil: Um einem revolutionären Anspruch zu genügen, muß sie sogar dem Ziel folgen, alle Klassenspaltungen der alten Gesellschaft im gemeinsam organisierten Klassenverrat niederzureißen. Darüber hinaus kann eine banale Beschreibung der Klassenzusammensetzung dessen, was sich heute als autonome Scene darstellt, eine Tendenz zur einer selbstgenügsamen Stigmatisierung und Trivialisierung beinhalten, wenn nicht zugleich mitgesagt und gedacht wird, daß der heutige unter der Not der Verhältnisse geborene Zustand immer wieder von neuem verändert und aufgehoben gehört.

Nichts desto trotz kommt man und frau bei keiner politischen Perspektivdiskussion um die ständig unsichtbar im Raum stehenden ›objektiven‹ Grenzen herum, denen sie aufgrund unserer Klassenherkunft und Zusammensetzung unterliegen. Sie haben unabhängig vom subjektiven Wollen immer auch Konsequenzen nicht nur auf das Handeln, sondern auch auf bornierte Formen der Kommunikation. Jedes politisch agierende Individuum hat immer auch ein Klasseninteresse, ob es ihm nun bewußt ist oder nicht.[65]

Auch wenn die Anwendung einer minutiösen Klassenanalyse auf ein Provisorium wie die heutige autonome Scene dem Versuch gleicht, die genaue Füllmenge eines Farbbeutels anhand einer damit bekleckerten Bullenuniform nachträglich berechnen zu wollen: Wenn wir uns hin und wieder mit Hilfe von kurzen gedanklichen Brückenschlägen die aktuelle Klassenzusammensetzung und Herkunft der autonomen Scene vergegenwärtigen, kann das Erkenntnisgewinne bringen, die die Bretter vor den eigenen Köpfen zu Waffen im Begreifen gesellschaftlicher Verhältnisse machen können. Denn das Klassenbewußtsein war noch immer eine Voraussetzung für ein historisches Subjekt politischer Veränderung.

Auch wenn niemand dazu in der Lage ist, sich per Proklamation aus seinen Lebensbedingungen so mir nichts dir nichts herauszukatapultieren, hätte eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Neugierigen oder Andersdenken immer auch zur Voraussetzung, real vorhandene Klassenunterschiede zum Ausgangspunkt dazu zu machen, sich selbst in seinen eingerichteten Lebensbedingungen in Frage stellen zu lassen. Und dabei läßt sich auf wundersame Weise feststellen, wie die Klassenlage wesentliche Vorprägungen eigener Verhaltensweisen bedeuten können.

Klasse Arbeiterklasse und faule Studi-Autonome

Die Frage, wie es wohl um das Verhältnis zwischen Autonomen zur Arbeiterklasse bestellt ist, ist zugleich auch eine Frage danach, in welchen sozialen Räumen sich Autonome bewegen. In einer Beschreibung aus dem Papier »DREI zu EINS ...« heißt es: »Jemand aus einer ArbeiterInnenfamilie macht andere Erfahrungen als ein Mittelklassekind. Fabrik ist je nach Klassenlage normales oder externes Terrain; Geldmangel zu Hause erlebte oder abstrakte Kenntnis; auch die Art der Patriarchatserfahrung und die Art der Rassismen hängen von der Klassenlage ab. Politische Angriffsziele werden von ihr geprägt: ArbeiterInnen kämpfen als Linke oft im Alltagskrieg gegen Chefs und Kapitalkommando – die, die studieren können, haben mehr Raum für globalere Aktivitäten (gegen beides ist nichts einzuwenden!) Von der Klassenlage hängen auch Lebensstile ab (die Autonomen oft wichtig erscheinen). Fabrikarbeit läßt früher schlafen gehen, wer tagsüber Blaumann oder VerkäuferInnenkittel tragen muß, steht sonst auf anderen Klamotten als autonom wohl üblich, wer mit 16 Lehrling wird, hat kaum Gelegenheit, sich jahrelang in einer linken Großstadtszene zu etablieren. Die autonomen Lebensstile, auch die autonomer Frauen – sind für manche Klassenlagen nicht zugänglich. Ausnahmen gibt's da wohl, aber die Gestalt der autonomen Linken und ihre Zusammensetzung haben die nicht bestimmt.«[66] Die aus dieser zitierten Bemerkung herauszulesende Distanz im Verhältnis zwischen dem, was als ›autonom‹ vermutet wird und der ArbeiterInnenklasse hat dann auch, folgt man dem »Drei zu Eins... Papier«, bezüglich der Wahrnehmungstruktur von Autonomen Konsequenzen: »IndustriearbeiterInnenstreiks werden als externe Ereignisse angesehen, solange nicht die Medien groß drin sind oder es Putz gibt: die Bedeutung staatlicher Repression wird eher überbetont und die ökonomische Gewalt eher unterschätzt. Was an Rationalisierung oder Kleinkrieg und Sabotage in Klitschen und Großfabriken läuft, ist nur autonomen SpezialistInnen bekannt. Die (internationalen) Kapitalverflechtungen und Umstrukturierungen werden eher dem Wirtschaftsteil entnommen, als aus der Sicht von MalocherInnen betrachtet.«

Konstatieren wir also einfach, daß es sich bei den meisten Autonomen nicht um MitgliederInnen der Arbeiterklasse handelt, bzw. daß eine große Distanz zwischen beiden zu herrschen scheint, als wahr. Welche Bedeutung kommt aber nun diesem Umstand zu?

Seitens der GenossInnen der ›Wildcat‹ wurde der von ihnen propagierte Bezug auf die ›Arbeiterklasse‹ gegen die Theorie und Praxis der Autonomen einmal in der fulminanten Einsicht zusammengefaßt, nicht die ›politische Szene‹ setze mit ihren Kämpfen die ›Klasse‹ neu zusammen, sondern es sei genau umgekehrt.[67] Recht haben sie da, die ›Wildcats, nur können sie mit dieser Aussage leider nicht die Frage beantworten, was diejenigen, die partout keine Lust auf Lohnarbeit in der Fabrik haben, – z.B. deshalb weil sie sich den damit verbundenen desozialisierenden Folgen für ihre Lebenspraxis entziehen wollen – denn nun machen sollen, wenn sich die Klasse der Lohnabhängigen gerade in der BRD so unbeirrbar dazu entschlossen zu haben scheint, sich nicht öffentlich wahrnehmbar zu bewegen? Und über diesen, aus vielleicht oberflächlichen Erscheinungen heraus gewonnenen, Einwand hinaus: Läßt sich überhaupt das Verhältnis von Autonomen zur Arbeiterklasse in der Perspektive eines fiktiven »revolutionären Subjektes« diskutieren? Wäre nicht in einer autonomen Politik an die Stelle langweiliger Spekulationen darüber »wo ist das revolutionäre Subjekt« nicht eher die Thematisierung der Bedingungen, in denen man sich bewegt zu betreiben? Also: Wer und was sind die Autonomen denn nun eigentlich und welche Konsequenzen hat das auch für sie? Bei dem Versuch der Beantwortung dieser Frage bleibt man weitgehend auf subjektive Wahrnehmungen verwiesen, bei denen es nicht immer einfach ist, Vermutungen von Spekulationen zu trennen. Wie läßt sich denn auch das Gespenst der Autonomen in der Gestalt radikalisierter Großbürger-Mittel- und Unterschichtsangehöriger in den Grauzonen erzwungener oder freiweiliger Marginalität festnageln? Vielleicht wahlweise als »kulturelle Klasse« (Tecumseh) oder als eine Mischform aus »intellektuellen Autonomen« und einer »autonomen Subkultur in den verschiedenen regionalen Zentren« (K.H. Roth)?[68]. Ergänzen wir diese Vermutungen durch ein paar, an die -beschränkten- Wahrnehmungen des Autors angelehnten, Betrachtungen.

So könnte man bei sehr vielen ›MitgliederInnen‹ der autonomen Scene vermuten, daß es sich um Menschen handelt, die ihrer Herkunft nach aus den Mittelschichten kommen, die sich in den sogenannten Wirtschaftswunderjahren der 50er und 60er in der BRD aus partiellen Auflösungsprozessen proletarischer Milieus in größeren Umfang gebildet haben. Vermutlich hatten viele Autonome der 80er Jahre die Möglichkeit, in den 70er Jahren die sogenannte »Bildungskatastrophe« zu durchlaufen, wie z.B. auch der Autor. Damit ist gemeint, daß ein

boomender Bildungssektor dazu führte, daß sehr viel mehr Menschen als jemals zuvor einen höheren Bildungsabschluß erwerben konnten. Die ›MitgliederInnen‹ aus der autonomen Scene scheinen dabei im Schnitt über höhere Bildungsqualifikationen zu verfügen als der Bevölkerungsdurchschnitt. Nicht ganz unwesentlich ist dabei jedoch der Umstand, daß die Universitäten im Falle von Autonomen bei ihrer Aufgabe als Sozialisationsagentur zur Produktion von arbeiterfeindlichen Mittelschichten offenbar in nicht ausreichenden Maße erfüllt zu haben scheinen. »Die Finanzierung autonomer Lebensverhältnisse durch das Anzapfen staatlicher Gelder oder denen der Eltern« (»DREI ZU EINS...«) sowie ein bewußter Verzicht auf einen bürgerlichen Status mit dem dazu notwendigen Lebens- und Konsumstandard führte dazu, daß weite Teile der autonomen Scene immer noch im Vergleich zum Rest dieser Gesellschaft mit viel freier Zeit in Schon-Nischen und relativen Freiräumen leben können (in Unis, im Umfeld von Projekten der Alternativbewegung). Aufgrund dieser Lebensverhältnisse unterliegen Autonome in den Formen ihrer Kommunikation sehr viel weniger der Notwendigkeit, über ein Management begrenzter freier Zeit, diese verbindlich füllen zu müssen. Es ist eben auch in den materiellen Lebensbedingungen der autonomen Scene ›objektiv‹ die Möglichkeit angelegt, irgendwelche Treffen oder Veranstaltungen konsumieren zu können, um hinterher beliebig neue Treffen zu vereinbaren. Auf der anderen Seite ist überhaupt das Vorhandensein von »freier Zeit« (d.h. relativ frei von ermüdenden Formen der Lohnarbeit) eine Voraussetzung für eine »Erlebnisqualität oppositioneller Selbsttätigkeit« im Handeln autonomer Gruppen, wie es einmal von Fülberth zutreffend, wenn auch umständlich, bezeichnet wurde.[69] Genau das ist eine der Grundlagen der autonomen Gruppen für ein längerfristiges außerinstitutionelles Handeln und macht aber zugleich auch ihre soziale und politische Isolierung vom Sektor traditioneller Formen der Lohnarbeit aus. Insofern ist die Klassenlage vieler Autonomer als diffus zu beschreiben.

Reichtum macht böhse – Armut und Not fiel gud ?

Was soll eigentlich falsch oder problematisch daran sein, wenn unzufriedene Kinder aus dem Bürgertum das Provisorium einer autonomen Scene zum desertieren aus, für sie als unerträglich erkannten Lebensverhältnissen benutzen. In der Studentenrevolte geisterte immerhin auch einmal die Erkenntnis herum, daß das revolutionäre Subjekt in den Metropolen nicht an seine Stellung im Produktionsprozeß gebunden sei.

Es nützt nichts sich in einer Form religiöser Selbstkasteiung beständig für die eigenen, im Vergleich zu anderen vielleicht etwas privilegierter erscheinenden

Lebensbedingungen, anklagen zu wollen. Im bereits zitierten DREI ZU EINS... – Papier wird unbefangen darauf verwiesen, daß die »BRD-Linke privilegiert (sei): je männlicher und je weißer und je weniger auf den Verkauf von Arbeitskraft angewiesen, desto mehr. Privilegien machen blind. Blind für Wirklichkeiten außerhalb der eigenen Erfahrungen und gängigen Bewußtheiten.« Diese beim ersten Lesen plausibel klingende Bemerkung wirft bei genauerem Nachdenken einige Fragen auf: Ist es möglich die »Erfahrungen« anderer Menschen machen zu können? Muß sich nicht der Versuch, »Erfahrungen« außerhalb der eigenen Wirklichkeit machen zu wollen, nicht den Vorwurf des Stellvertretertums gefallen lassen? Wer definiert den schillernden Begriff der »Privilegien« in welcher Perspektive? Ist beispielweise der Besitz eines Autos, oder nicht vielmehr die aus vielen guten Gründen betriebene Möglichkeit zu seiner Abschaffung, als Privileg anzusehen?

Wenn wir den Begriff ›Privileg‹ einfach damit kennzeichnen, dafür zu kämpfen, sich nicht vollständig schlechten Lebensbedingungen unterwerfen zu müssen, dann stimmt es eben nicht, daß Privilegien einfach nur blind machen: Die Erfahrungen aus der Geschichte der Neuen Linken in der BRD beweisen immerhin auch, das sie zum Ausgangspunkt dafür gemacht werden können, sich selbst und damit diese Bedingungen zu verändern. Darüber zieht der hinter der zitierten Bemerkung stehende Umkehrschluß nicht, daß eine zunehmende Intensität einer unmittelbar erlittenen Not die Grundbedingung dafür sein soll, die davon Betroffenen zu erfinderischen, widerständigen Subjekten zu machen. Die Wahrscheinlichkeit ist viel höher daß diejenigen, die schon zu Boden geschlagen worden sind, dort auf unabsehbare Zeit weiter liegen bleiben werden, sofern keine Hilfe von denjenigen kommt, die über das ›Privileg‹ verfügen, noch Stehen zu können. In der Proklamation Privilegien unbedingt abschaffen zu wollen taucht eher die gruselige Perspektive einer asketischen Mangelverwaltung auf. Da ist doch die Aussicht um vieles attraktiver dafür sorgen zu wollen, daß die existierenden und ungerecht verteilten Privelegien von allen genossen werden können. Also: Wenn schon Privilegien – dann aber für alle!

2. Forever young?

»Jung, kaputt, spart Altersheim,
das ist auch nicht das wovon ich träum.
Ich will doch noch mindestens 40 werden,
trotz meiner Allergiebeschwerden«
(Yok)

Das bei den Autonomen während ihrer öffentlichen Manifestationen in den 80er Jahren dominante Erscheinungsbild von körperlich gesunden, jungen, kräftigen, turnschuhtragenden, sprintstarken und maskierten Typen ist bereits Gegenstand gelungener Selbst-Kritiken gewesen.[70] Allerdings ist dieses ›Problem‹ auch gesellschaftlichen Verhältnissen geschuldet, in denen nicht nur im Werbefernsehen »junge, sportlich-gesunde und vor allem leistungswillige Menschen« als erstrebenswerte Ziele einer progammierten kulturellen Normierung präsentiert werden. Auch Kultfiguren von ewig »jung bleibenden hedonistischen Yuppis« sollten niemand darüber hinwegtäuschen, daß man in diesen Verhältnissen schneller »alt« gemacht wird, als einem lieb sein kann.

Die Frage des Genossen Tecumseh, wie eine alltägliche Widerstandskultur der 40-Jährigen im bewußten Unterschied zu der der 20-Jährigen aussehen könnte ist richtig gestellt: Jeder politische Zusammenhang unterliegt Grenzen bis hin zu Zerfallsprozessen, wenn die Individuen ihre soziale Alltagsexistenz mit dem was sie bislang politisch getan haben, nicht mehr vermitteln können. Das berührt sowohl die Frage nach dem Verhältnis von Autonomie zur Institution, als auch die Generationenfrage. Sind die Autonomen mehr als lediglich eine biographische Durchgangsstufe, quasi eine Art sozialrevolutionärer Flügel der Jugendbewegung? Ist es in einer politischen Praxis möglich, angemessene Formen dafür zu entwickeln, scheinbar ›individuelle‹,in die Privatheit abgedrängte ›Probleme‹ autonomer Indiviuduen zur Sprache zu bringen?

Das Problem der Institutionen stellt sich dabei sehr einfach: Wenn davon auszugehen ist, daß nur die allerwenigsten Autonomen ihr Einkommen durch Warenhausdiebstähle und Bankräubereien bestreiten (können), bedeutet das nichts anderes, als daß sie ihre Existenz in der Metrople ohnehin gar nicht anders bestreiten, als in weiten Strecken außerordentlich legal in bürgerlichen Institutionen, ob nun in Berufsexistenzen, mit Bildungsabschlüssen, Mietverträgen oder sonstwas. Was tun aber die Institutionen mit uns und was tun wir mit ihnen?

Die Entwicklung von großen Teilen der 68er-Bewegung hat nun gezeigt, daß der berühmte »Marsch durch die Institutionen« lediglich dazu geführt hat, daß die Institutionen durch die Subjekte marschiert sind. Die Autonomie darf sich aber nicht institutionalisieren lassen, sonst ist sie tot. Sie benötigt allemal noch die Spontanität und Freiheit zum Verbal-Radikalismus; eine Freiheit die den meisten staatlich besoldeten Berufsbeamten und normal lohnabhängig Beschäftigten im Rahmen eines von Dienstvorschriften und hauptsächlich über den Beruf geregelten Lebensalltags schnell abhanden kommt. Allerdings kann ein über bürgerliche Institutionen geregelter Alltag diesen nicht nur langweiliger, sondern auch etwas gemütlicher und bequemer werden lassen; ein Moment, daß spätestens dann an Attraktivität gewinnt, wenn das Tempo des sich in der Regel in großer Geschwindigkeit vollziehenden Alltags autonomer Zusammenhänge von einzelnen Individuen nicht mehr durchgehalten werden kann. Und so kann mit zunehmenden Erfahrungen, die ein »älter werden« zur Voraussetzung haben, die Lust abnehmen sich einer Praxis zu unterwerfen, die eben auch von Aktivitätshierarchien bestimmt wird.

Und trotzdem stellt sich die Frage, wie die von verschiedenen Generationen praktizierten unterschiedlichen Lebenskulturen in einer gemeinsamen politischen Praxis ausbalanciert werden können: Wird es immer grausig ›normal‹ bleiben, daß es bei revolutionären Demos auschließlich das ›Problem‹ der Eltern,- d.h. zumeist immer noch konkret: der Frauen – ist, wie sie ›ihre Kinder wegorganisieren‹ können? Wird es ›selbstverständlich‹ bleiben, daß Menschen, die älter und/oder körperlich angeschlagen oder krank geworden sind, in »autonomen Strukturen« nichts verloren haben? Auch wenn es stimmt, daß bestimmte Politikformen immer auch an bestimmte lebensbiographische Durchgangsstufen gebunden bleiben werden, – was so banal wie wahr ist[71] – ist es eine beunruhigende Erscheinung, daß autonome Politik manchmal den Eindruck vermittelt, daß in einer wie auch immer gearteten befreiten Gesellschaft Eltern, Kinder und schon gar keine Kranken kein Platz mehr zu haben scheinen. Auch wenn auf die aufgeworfenen Fragen so schnell keine handhabbaren »Lösungen« greifbar sind, so wäre doch zumindestens in einer politischen Praxis immer wieder ein bewußter Umgang damit einzufordern. Aber selbst dann kann es passieren, daß Jung und Alt mitten in kaum überwindbar erscheinende Zwickmühlen geraten: Während die ›Alten‹ den Anspruch vertreten können – und dies auch müssen, sofern sie sich selber ernst nehmen – bestimmte bescheuerte Erfahrungen nicht noch einmal machen zu wollen, kann jede neue, d.h. ›junge‹ Generation das Recht auf einen politischen Neuanfang geltend machen. Das radikal den von ›Alten‹ formulierten wohl- und gutgemeinten Rat- und Vorschlägen entgegengeschleuderte »Nein«

kann dabei ein befreiender und mobilisierender Augenblick der Destruktion sein. Und das nicht nur weil das »Nein!« Platz schafft, sondern auch ein Moment der sich selbst setzenden Avantgarde enthält: Nicht irgend jemand erzählt, wo es längs geht, sondern wir tun es selber! Was ist aber zu tun, wenn die Jungen wütend und radikal ›NEIN‹ schreien und die Alten nur hilflos von ›Erfahrungen‹ stammeln, die für andere jedoch imaginär bleiben? Dabei kann der an den ›Jungen‹ beklagte »blinde Mut« manchmal nur der spiegelverkehrte Ausdruck für die »feige Schlauheit« der ›Alten‹ sein. Dabei wären doch sowohl mutige Schlauheit als auch schlauer Mut – und das am besten noch allerorten in gleicher Weise verteilt – notwendig um die begrenzten Ausdrucksformen einer Politik zu überwinden, die sich revolutionär nennt. Denn erst dann kann es tatsächlich darum gehen, wie man nicht nur allein(!) jetzt schon anders, sondern wie auch alle anderen(!) dadurch in Zukunft besser leben können.

3. Die Kontinuität der Neuanfänge

›Kontinuität‹ ist ein schillernder Begriff, der sich beliebig benutzen und interpretieren läßt. In FEUER UND FLAMME ist er in einem Sinne benutzt worden, als daß die Bedeutung all der banalen Tätigkeiten, die Autonome heute tun, herausgestrichen und mit historischer Bedeutung aufgeladen werden sollte. Gegen diese Konstruktion ist zurecht eingewandt worden, daß sich diese vermeintliche Kontinuität seit 1968 nicht personell ausweise. Man ist mit dem Problem konfrontiert, daß im Rahmen einer politischen Bewegung der biographische Lebensweg eines Individuums mit der strukturellen Kontinuität einer Bewegung auseinanderfallen kann. Und dabei muß das Auseinanderentwickeln von Individuum und politischer Bewegung in der Frage der Kontinuität seitens des ersteren nicht immer nur einem vermeindlichen Zeitmangel oder einer Bequemlichkeit geschuldet, sondern kann auch Ausdruck einer mehr oder weniger artikulierten Selbst-Kritik an dem sein, was man und frau zuvor mit guten Gründen gemeint hat zu denken und zu tun. Wenn es älteren GenossInen nicht gelingt, ihre durch das Medium von Kritik und Selbstkritik gefilterten historischen Erfahrungen in die aktuell tätige politische Praxis von jüngeren Genossinen zu vermitteln, kann es auch keine politische Kontinuität geben.

Das viel beklagte Kontinuitätsproblem liegt auch in der Frage begraben, ob es einer politischen Bewegung gelingt, der permanent drohenden Privatisierung, der in ihr von politisch bewußten Individuen gemachten historischen Erfahrungen, in eine aktuelle politische Praxis kollektivierend aufheben zu können. Sofern das nicht gelingt, hat sie auch keine Zukunft. Ob diese tätige Selbst-Kritik von Individuen von einer Bewegung überhaupt wahrgenomen wird, bzw. ob versucht wird einen nicht denunziatorischen Umgang damit zu finden, sagt wiederum viel über die Qualität dieser Bewegung aus.

Kontinuierlich verlieren?

Der Versuch, die heutigen Autonomen in einer sogenannten »politischen Kontinuität seit 1968« zu begreifen, ist genaugenommen wenig mehr als eine beliebig einsetzbare Hilfskrücke, da in der Regel jeder den Begriff »politisch« anders verstehen kann. Aber auch wenn dieser Begriff der politischen Kontinuität vielleicht

für einen Moment so verstanden werden würde, wie es sich der Buchautor von Feuer & Flamme wünschte, was sagt er dann eigentlich aus?

Wenn man sich dabei auf eine sogenannte »politische Kontinuität der Autonomen« seit 68 bezieht, dann kommt man eigentlich nicht um die Feststellung herum, daß sie zumindest von ›objektiver Seite‹ durch mehr Niederlagen als Erfolgen gekennzeichnet ist. Die SPRINGER-Schmierblätter werfen nach wie vor in schwindelerregenden Auflagenhöhen »Bomben in das Bewußtsein der Massen«; die Vorstellungen, daß sich die jungen Staaten des Trikonts sowohl national vom Imperialismus befreien, als sich auch von den stummen ökonomischen Zwängen des kapitalistischen Weltmarktes lösen könnten, sind spätestens nach der Niederlage der Sandinisten in Nicaragua und dem Zusammenbruch des RGW ausgeträumt; der IWF diktiert mit seiner mörderischen Auflagenpolitik in den aussichtslos verschuldeten Trikont-Staaten ungehinderter denn je die Lebensbedingungen von Millionen Menschen. Die aktuelle Mietensituation in Frankfurt am Main -der Hochburg der Häuserkämpfe in den 70er Jahren- drängt nicht nur die ärmeren Bevölkerungsschichten aus der City, sondern zerschlägt auch alle hochfliegenden Träume von kollektiven Lebensformen in Wohngemeinschaften; die Stationierung von US-amerikanischen Atomraketen als Angriffswaffen gegen die Sowjetunion und den nordafrikanischen Raum ging im Herbst 1983 in der BRD und Westeuropa reibungslos vonstatten; von der Startbahn-West starten mittlerweile ungestört die Bomber der US-Air-Force zum Krieg gegen die arabische Armutsbevölkerung; die zivile Seite des bundesdeutschen Atomprogramms ist -Tschernobyl zum Trotz- weitgehend fertiggestellt und die Atomanlagen werden – bis zum nächsten Gau – relativ ungestört betrieben; usw. und so fort. Die vorhin proklamierte »politische Kontinuität« bekommt da schnell einen schalen Unterton von den ewigen Verlierern...

Unbefangen Neuanfangen!

Auch angesichts dieses Hintergrunds wäre darüber nachzudenken, ob es nicht vielleicht besser wäre, den undeutlichen Begriff der Kontinuität ganz aus dem Vokabular zu streichen. Die diesbezüglichen Diskussionen scheinen damit mehr in Form einer abstrakt bleibenden Moralität behindert, als befördert zu werden. Unwillkürlich verfängt man sich dabei immer wieder in Versatzstücken einer ›Partei-Organisations-Kontinuitäts-Ideologie‹, die auf der Ebene der Sozialität der MitgliederInnenbasis schon immer ein Mythos gewesen ist. Das Aufstellen eines Kontinuitätsanspruchs muß vielleicht auch als Reaktion auf die ewig unverbindlich bleibenden Verbindlichkeitsdiskussionen interpretiert werden. Dabei mutet es wundersam an, wie wenig bei der »Unverbindlichkeitsklage« dem Pro-

blem Rechnung getragen wird, wie instabil eigentlich die Handlungsgrundlagen von autonomen Gruppen ist. Wie soll eigentlich Kontinuität anders denkbar sein als in eine wie auch immer geartete Form der »Institutionalisierung« einzumünden, die jedoch wiederum aus guten Gründen abgelehnt wird?

Immerhin ist es mit Hilfe des Kontinuitätsanspruches möglich, die bei den verbleibenden AktivistInnen notwendig empfundene Enttäuschung über das faktische ›Allein-gelassen-werden‹ zu rationalisieren: Das eigene politische Handeln ist eben nicht umsonst oder vergeblich gewesen, wie hätte Mann und Frau Linksradikal sonst überhaupt weiter machen können ? Trotzdem bleibt die Frage, ob der Kontinuitätsanspruch – gerade wenn er für andere zur Eintrittskarte für politisches Engagement gemacht werden soll – nicht letztlich doch ein sowohl vermessener als auch verdeckter Parteianspruch ist? Es ist besser über jeden froh zu sein, der bereit ist sich zu bewegen, auch wenn zu vermuten ist, daß es vielleicht nur für kurze Zeit sein wird. Die linksradikale Geschichte in der BRD in den letzten 25 Jahren hat gezeigt, daß sich die Masse der darin tätigen Individuen in der Regel ca. zwei bis drei Jahre politisch bewegt haben.[72] Wer danach noch weitergemacht hat bzw. überhaupt weitermachen konnte, mußte notwendigerweise auch seinen Alltag danach aus- und einrichten, was auf eine bestimmte Art wiederum sehr voraussetzungsvoll ist. Und was ändert das Wissen um relativ geringe Kontinuitäten bei anderen, an der Notwendigkeit sich selbst trotzdem, gegen als unerträglich erkannte Verhältnisse zu bewegen? Daß was die Menschen tun und denken, tun sie zwar nicht vorausetzungslos, aber sie tun es nicht wegen der Geschichte, sondern mit, aus der historischen Aktualität gewonnenen, guten Gründen. Und das Wichtige daran ist, daß ihnen das was sie tun, niemand abnehmen kann. Und diejenigen, die immer noch oder trotzdem länger dabei geblieben sind, sollten sich in dem was sie sich zu sagen haben nicht gegenseitig mit dem gruseligen Begriff der Kontinuität quälen, sondern öfter mal wieder einen radikalen Neuanfang wagen.

4. Vom autonomen Denken zur Autonomen Partei?

Das einzig interessante an den Autonomen ist doch, daß sie versuchen gerade nicht so zu funktionieren, wie der Rest der Gesellschaft.
(Ein Kritiker)

Daß Autonome in der BRD in dem Sinne parteiisch denken, als daß sie sich selber gegenüber den schwer erträglichen Verhältnissen als »nicht neutral, nicht objektiv« verstehen, sondern natürlich außerordentlich »voreingenommen« danach trachten, sich davon zu befreien, scheint außer Frage zu stehen.[73] Da dieses ehrenwerte Unterfangen unmöglich alleine zu bewerkstelligen ist, liegt es nahe, sich nach Gleichgesinnten umzusehen, womit sich wieder einmal die Organisierungsfrage stellt. Und daß für viele heute noch politisch tätige Autonome biographisch in den 80er Jahren durchlebte Bewegungsformen kaum für ein längeres politisches Engagement hinreichend erscheinen, scheint dabei verbal genauso außer Frage zu stehen, wie es selbstverständlich ist, eine Organisierung im Sinne einer festen förmlich strukturierten Organisation abzulehnen. Niemand kann den Autonomen per Unterschrift auf einem computerlesbaren Beitrittsformular mit monatlichem Kontoeinzug und regelmäßiger Zusendung des Mitgliederrundbriefes beitreten, im Gegenteil: Während öffentlicher Autonomen-Manifestationen wird umso energischer die Notwendigkeit der parteifernen »Selbstorganisierung im Alltag« vertreten. Nur manchmal, wenn mit Hilfe der elendigen ›Kontinuitäts- und Verbindlichkeitsdebatten‹ wieder einmal Klage darüber geführt wird, wie schlecht man doch organisiert sei, beschleicht einen die Frage, ob die sich aus diesen Klagen notwendigerweise ergebenden Konsequenzen von den klugen Kritikern mitbedacht worden sind. Ob sie wohl meinen, daß alles dann besser funktionieren würde, wenn es nur richtig von allen gewollt wird? Ob man vielleicht im gesamten Bundesgebiet 150 bis 200 Hauptamtliche dafür bezahlen sollte auf bundesweiten Treffen ›autonome Politik‹ nicht nur zu beschließen, sondern auch danach gegenüber der vermutlich immer etwas schlafmützigen Basis durchzusetzen?

Zwischenzeitlich existiert ein Papier der »Autonomen Antifa (M)« aus Göttingen, welches sich nicht mehr nur mit den normalen autonomen Organisie-

rungsschwierigkeiten abfinden mag, sondern auch gleich noch einen Lösungsvorschlag in die Diskussion wirft: Nach ihren Vorstellungen soll wenigstens diesmal die »legale Organisation« aber wirklich »verbindlich« sein und als eine Art Serviceunternehmen eine Unzahl von »Funktionen«, angefangen von »politischen Konzerten, Demos, Agit-Prop-Aktionen usw.«, bis hin zu »politischer Bildungsarbeit, Seminare und Veranstaltungen«, erfüllen. Und umsonst gibt's für die einfache »Mitgliedschaft« ein »Statut« mit »wesentlichen Inhalten« dazu, damit diese nicht nur eine »klare Entscheidung für die Organisation«, sondern auch noch »eine klare Zuordnung zu deren Inhalten« treffen kann. Ob die autonomen Göttinger Antifa-GenossInnen in ihren Bemühungen davon ausgehen, daß es nicht genug linke Parteien im Warenangebot der reichen bürgerlichen BRD-Gesellschaft gibt, weshalb das Sortiment um eine Autonomen Partei bereichert werden soll?

Wechseln wir die ideologische Ebene der Diskussion und versuchen uns der Frage zu stellen wie der auf dem Parkett der politischen Meinungsbörse vertretene Selbstorganisierungs-Anspruch tatsächlich von den so leichtfertig der Organisierungsschwäche bezichtigten Autonomen gelebt wird. Und wo die einen der Meinung sind, daß es daß Problem der Autonomen sei keine Partei zu sein, wird von anderen mit einem viel genaueren Blick die Existenz bereits existierender parteiähnlicher Strukturen zum Gegenstand der radikalen Kritik gemacht; ein überaus notwendiges Unterfangen bevor überhaupt die ›Organisationsfrage‹ gestellt werden kann. Folgen wir deshalb in diesem Zusammenhang einer guten Beschreibung der Frankfurter Gruppe Xanthippa, die mit einem sehr angenehmen Verzicht auf eine oberflächliche Denunzierung auf die zu erklärende Not und problematischen Konsequenzen dieser Strukturen verweist:

»Nur vor dem Hintergrund der Niederlagen und der anderen Kämpfe in den 80er Jahren läßt sich die nachfolgende Kritik an autonomer Organisierung verstehen. In den letzten 5-10 Jahren hat sich eine Form autonomer Organisierung durchgesetzt, die dem Anti-Parteien-Partei-Modell der Urgrünen ähnelt. Eine einigermaßen funktionierende Rotation, imperatives Mandat, Kontrolle durch Basis. Diese »nicht institutionalisierte«, sich immer neu schaffende Partei, die eine möglichst hierachielose Arbeitsteilung versucht – pragmatisch-praktisch: Sanität, Infoläden, Zentren, Volksküchen; oder pragmatisch-politisch: Anti-AKW, Knast, AntiFa usw. – ist eben die Folge des Zerfalls und des Scheiterns der Kämpfe auf den sozialen Terrains und gleichzeitig der Versuch den Erfahrungszusammenhang zwischen den Kämpfen nicht abreißen zu lassen. Die These von einer Autonomen-Partei und dementsprechenden Kadern geht aber nicht vom prächtigen Funktionieren dieser Organisierung aus, sondern von dessen Krise: »da

Erfolge ausbleiben, häufen sich Kündigungen. Arbeitsverweigerung, Urlaubsanträge und Blaumachen oder es wird pragmatisch Kurzarbeit gemacht (d.h. der Schein gewahrt). Die Katze beißt sich in den Schwanz und die autonomen ArbeiterInnen im selbstverwalteten Betrieb Autonomia Doria GmbH beschleicht das Gefühl, daß da von Anfang an der Wurm drin war. Keinem noch so verbissenen Vorarbeiter oder resoluter Abteilungsleiterin gelingt es dann, Arbeitsmoral und Lust aufrecht zu erhalten; beim Betrieb bleibt mensch aus Gewohnheit oder weil es immer noch netter als überall anders ist. (...)(Der gegenwärtige Zustand der autonomen Scene stellt sich noch dem Anspruch) ein Versuch sozialer Lebensformen, selbstverändernder Praxis und politischer Organisierung (zu sein), der es (noch?) nicht zuläßt, daß eine/r nur Politik macht, nur FunktionärIn ist. Dieses Selbstverständnis ist Klammer der auseinanderstrebenden Richtungen innerhalb der Autonomen: die Organisierung in verbindlichen, institutionalisierten Strukturen auf der einen, die Individualisierung in Basisprojekten, Studium, Arbeit auf der anderen Seite. Die von vielen aus dieser verzweifelten Situation der Autonomen gestellte Organisierungsfrage würde die noch bestehende Klammer zerbrechen und die Autonomen zur institutionalisierten Partei degradieren, die ein »außen« nur als Agitations-, Propaganda-, Rekrutierungs-, und Mobilisierungsobjekt wahrnimmt. Sie würde die übriggebliebenen KaderInnen organisieren, die immer in Gefahr ständen, wegen entfremdeter Politik in traditionellen Formen nur sich selbst zu mobilisieren. Sie würde gleichzeitig den staatfindenden Rückzug von AktivistInnen beschleunigen, weil für sie die Autonomen eben »mehr waren als Politik«.[74]

Das was sich uns heute unter dem Begriff ›autonome Scene‹ präsentiert, ist zwar nicht im Sinne einer Partei zu begreifen, weil das nur dazu führen würde, etwas mit einem Maßstab zu erschlagen, das sich vom Anspruch bewußt gegen formale Organisationsstrukturen sperrt – und es trotzdem auch ist. Nur ist dieser unter den derzeitigen herrschende gesellschaftlichen Bedingungen existierende und im Alltag oftmals für Mobilisierte und AktivistInnen zu erleidende Widerspruch kein Grund dafür, aus der Organisierungs-Not eine Partei-(Un-)Tugend zu machen. Was wäre dadurch verloren, den auch über ein Konglomerat politisch arbeitender Gruppen zusammengehaltenen relativen Freiraum der autonomen Scene, als eine Art Provisorium oder Durchgangsstation zu größeren politischen Tagesaufgaben zu begreifen? An diejenigen, die die auf den ersten Blick erscheinende Flüchtigkeit dieser faktisch zum Teil parteiähnlich, jedoch vom Anspruch her bewegungsartig angelegten Strukturen mit »Schwäche« verwechseln, wäre der Anspruch zu stellen, daß sie in ihrer (zumeist) mit vielen langweilig-richtigen Argumenten vorgebrachten Kritik an den Grenzen dieser Struktu-

ren nicht stehen bleiben, sondern diesen Raum so lange benutzen sollen, bis sie für sich etwas besseres gefunden haben. Und da dieser Zusammenhang keine Partei ist, ist dabei noch nicht einmal beim Verlassen eine Austrittserklärung zu unterschreiben.

Auch wenn es kompliziert ist, kann die Perspektive einer klassenlosen Gesellschaft für Autonome nicht in der auch soziologisch zu erfassenden Organisationsform der Partei liegen, sondern nur in der permanent betriebenen Abschaffung ihrer Notwendigkeit. Alles andere wird nur auf das gerade in Doitschland zwar normale, jedoch auch erbärmliche Schauspiel eines ›Du-gehörst-dazu-und-du-nicht‹-Vereins-Rituals zurückfallen.

5. Über den Absturz der phantastischen Kritik zum ungreifbaren Phantom des Zynismus

»Allemal ist uns die subjektiv aufrichtige Parteinahme für einen hoffnungslos zum Scheitern verurteilten Emanzipationsversuch symphatischer als der gleichgültige Zynismus und die kalte Indifferenz, mit der Mensch sich in allen Verhältnissen einrichten kann.«
(Ex-Anti-Nato-Gruppe aus Freiburg)

FEUER UND FLAMME wurde vorgeworfen eine zwar »ganz gelungene, jedoch letztlich opportunistisch bleibende Selbstbespiegelung« der Autonomen zu sein. Das sei zwar »gut und nett« gemeint, allein nur das Medium der Kritik könne eine Perspektive weisen. Unterstellt man, daß diese Kritik richtig ist, so löst sie jedoch nicht das Problem, mit welcher Haltung notwendige Kritiken formuliert werden können. Die offene Frage besteht darin, ob eine radikale Kritik an den Autonomen immer den gleichzeitigen Abschied von ihnen zur Voraussetzung haben muß. Oder ist es nicht vielleicht doch möglich, quasi von »innen«, scharf und radikal an ihnen Kritik zu üben? Eine Kritik, der sich auch der Kritisierende selbst unterwirft und die gerade nicht den sozialen Zusammenhang kappt, aus dem sie formuliert werden konnte.

Eine Reihe einiger, von »außen« formulierten, Kritiken gelingt es auf den ersten Blick scheinbar mühelos, alle Tellerränder zu überwinden und fulminante Beschreibungen an den Unzulänglichkeiten autonomer Politik zu leisten. Daraus wäre manchesmal für eine weitere Praxis nur zu lernen. Doch bei vielen dieser von »außen« formulierten Kritiken stellt sich allerdings die Frage, auf welchen perspektivischen Fluchtpunkt eine andere gewünschte Praxis orientiert. Was streben die klugen Kritiker im Gegensatz zu den heftig kritisierten bornierten Tätigkeiten der Autonomen an? Und darüber hinaus wäre an sie die Frage zu richten, ob sie sich diese andere Praxis im Medium ihrer Kritik noch als gemeinsame vorstellen können?

Die Kritik an dem Erscheinungsbild und der politischen Praxis der Autonomen zählt Bände. Ihren Gehalt einzig und allein danach beurteilen zu wollen, ob die Kritiker in die eigene politische Richtung passen, wäre nicht nur bequem sondern auch schlicht dumm.

Es ist kein Geheimnis, daß sich auch in autonomen Zusammenhängen manchmal die in dieser Gesellschaft herrschende Destruktion, in Form von Intellektuellenhaß, Manipulationskünsten, Faustrecht, Frauenverachtung, Intoleranz usw. zeigen. Daß diese Erscheinungen der radikalen Kritik unterliegen müssen, ist eine Selbstverständlichkeit, die jedoch bequem werden kann, wenn sie mit der Illusion verbunden ist zu meinen, sich damit aus diesen Verhältnissen davonstehlen zu können. Besonders gruselig wird es dann, wenn viele Kritiker einerseits an der autonomen Praxis »Probleme« beschreiben, die sie selber nicht zu haben scheinen, die aber anderseits in der politischen Praxis stets von Neuem auftreten. Ein Beispiel: Die Autonomen Studis (Bolschewiki) aus Freiburg haben im Sommer 1989 ein längeres Kritikpapier unter dem verheißungsvollen Titel: »Mit den überlieferten Vorstellungen radikal brechen« vorgelegt. Sie meinen sich mit ihren Analysen auf »die bekannte Erscheinung des bzw. der Durchschnittsautonomen« stützen zu können. Dabei sind sie zwar großzügigerweise bereit einzuräumen, daß es sich dabei um eine »Überspitzung« handeln könnte; dies ändere jedoch nichts daran, daß sich darin »eine Wahrheit aus(-drücke), die nicht durch endloses Anekdotenerzählen zugekleistert werden kann.« In dem Kapitel, daß das Verhältnis der Autonomen zu dem Staat charakterisieren soll, wird diesen vor allem eine mangelnde Differenzierung vorgeworfen, die in die Feststellung mündet, daß für die Autonomen der »Staat oder das System zum Feindbild« schlechthin werde. Da sich jedoch in den »rar gewordenen sozialen Auseinandersetzungen kein so eindeutiges Feindbild abzeichnen (wolle), (werde) der mieseste, kleinste Scherge jeder bürgerlichen Herrschaftsform für alles verantwortlich gemacht: der Bulle« (S.8) Zwar klingt diese These ganz originell, vielleicht sogar auch ein wenig tabubrecherisch, wenn man sie jedoch zu durchdenken versucht, besteht sie aus nichts als heißer Luft. Abgesehen davon, daß es in einer linksradikalen politischen Praxis notwendig bleibt, militaristische Fixierungen in dem eigenen Handeln und Denken kritisierend zu überwinden, bleibt an dieser These völlig unklar, wen die Freiburger damit eigentlich meinen, wenn sie von den »Autonomen« sprechen. Offensichtlich scheinen sie sich selber nicht zu meinen – was nebenbei bemerkt, ein einfaches Gegenbeispiel für die von ihnen aufgestellte These wäre. Für mich und mein unmittelbares Umfeld -um nur ein weiteres begrenztes Beispiel zu nennen-, ist diese These sogar blödsinnig. Es entsteht an der Kritik der Freiburger eher der Eindruck, als würden sie sich »Karikaturautonome« ausdenken, die sie dann nach Herzenslust mit fulminanten Kritiken vorführen und erledigen können. Das Aufbauen von sogenannten ›Pappkameraden‹, die dann argumentativ abgeschossen werden können, ist die gängige Form akademischer Diskurse. Denklogisch sind damit die Freiburger Genossen mit diesem

Verfahren immer auf der richtigen Seite eines bürgerlichen Denkens, das natürlich keine Notwendigkeit besitzt, sich auf die Probleme einer selbsttätigen widersprüchlichen politischen Praxis, z.B. im Rahmen einer Demonstration mit einem Bullenspalier einzulassen. Und da die Freiburger Studis sich nicht selbst in ihre gekonnte Denklogik einbeziehen, ihre eigentlich nicht falsche Kritik (z.B. an militaristischen Verhaltensweisen von Autonomen) wird damit so langweilig richtig, wie zugleich bedeutungslos. Summa summarum: Es gibt weder »Durchschnittsautonome« noch »eine Wahrheit« über sie, die verallgemeinert werden könnte. Der Versuch der Radikalisierung von »eine Wahrheit«-Beschreibungen zu »die einzige Wahrheit« – Standpunkten muß daher auch scheitern.

Darüber hinaus wäre an die Freiburger Studis die Frage zu stellen, ob es das Anliegen ihrer Kritik ist, die Autonomen – oder das, was sie dafür halten - verändern zu wollen, oder ob es ihnen nicht eher darum geht, sich von diesen – in natürlich sehr reflektierter Art und Weise – zu verabschieden. Das sollte vorher klar gestellt werden, um Mißverständnisse zu vermeiden. Diese unterschiedlichen Ausgangspositionen markieren zwei völlig verschiedene Umgehensweisen mit einer Kritik: Während die eine Form zu Recht an die Adresse des Kritisierten einen Anspruch auf Auseinandersetzung geltend machen kann, wäre die zweite Form allenfalls bei viel Zeit und Muße als zwar bedeutungsloser, vielleicht jedoch amüsanter intellektueller Spaß zu konsumieren. Und so ist denn auch die gesamte Broschüre der Freiburger Genossen von einem gegenüber den kritisierten Autonomen, äußerlich bleibenden Standpunkt durchzogen. Es ist zu vermuten, daß diese Form der Darstellung auch auf ein hohes Maß an erlittener Frustration in den dortigen autonomen Zusammenhängen hinweist. Insofern ließe sich auch vermuten, daß der in ihrer Kritik an den Autonomen festzustellende Unterton des Zynismus, nur die nach außen gewendete Verzweiflung dafür ist, vorher mit ihren Vorstellungen innerhalb dieses Zusammenhanges kein Gehör mehr gefunden zu haben. Es ist schade, daß die Freiburger Studis mit ihrem -auf einer bestimmten Art und Weise durchaus lesenswerten- Text den Bereich ihrer investierten Hoffnungen, persönlichen Erfahrungen und auch Enttäuschungen, die sie innerhalb der dortigen autonomen Scene haben machen können/müssen, nicht zur Sprache gebracht haben; es wäre dann mehr von ihnen zu lernen gewesen. Stattdessen haben sich die Freiburger Studis, indem sie gerade ÜBER die Autonomen sprechen und schreiben wollten, sich selbst verraten.

6. Zwischen Distanz und Distanzierungen: RAF

Nicht von ungefähr unterliegen die nachfolgenden Äußerungen zum Thema RAF, Guerilla und bewaffneter Kampf, dem Vorbehalt und dem Druck der staatlichen Repression. In einem im Frühjahr 1991 erschienenen Papier aus Hamburg unter dem Titel »Auf ins Offene!« heißt es in Bezug auf eine Auseinandersetzung um die Strategie der RAF, daß diese Diskussion nicht nur »längst überfällig« sei, sondern »wie jede Diskussion um politische Strategie – so öffentlich wie möglich geführt werden« müsse. Allerdings schien es den VerfasserInnen dieses Papieres trotz ihres Wunsches nach »Öffentlichkeit« am Schluß ratsamer zu sein, es mit dem Pseudonym »Hanna Cash« zu unterzeichnen.[75] Sie werden gute Gründe dafür gehabt haben, anonym bleiben zu wollen, was allerdings nichts an dem Problem ändert, daß sich in Richtung einer unbekannten Adresse nur schwer irgendeine Form von »Öffentlichkeit« herstellen läßt. Ein Teufelskreislauf?

Eine öffentliche Reflexion über bewaffnete Politik und Guerilla kann unter den im wahrsten Sinne herrschenden Bedingungen in der Öffentlichkeit im Prinzip eigentlich immer nur die mit schlauen Argumenten begründete Absage daran zum Ergebnis haben. Und so haben es denn beispielsweise die, mit ausgewählten Informationshäppchen aus dem Geheimdienstbereich gefütterten, und an der langen Leine des (zwischenzeitlich toten) Herrn Lochte geführten, ›Terrorismusexperten‹ einer Tageszeitung namens »Tageszeitung« leicht, in immer neuen Varianten, ihre klugen Absagen an jede Form eines bewaffneten Kampfes zu verkünden. Merkwürdig an diesen mit Eifer in der TAZ produzierten ellenlangen Traktaten bleibt dabei nur, daß es doch niemanden gibt, der sozialdemokratischen Journalisten jemals unterstellt hätte, sie würden auch nur eine Zwille zu bedienen wissen.

Man stelle sich demgegenüber zum Beispiel nur einmal vor, der mit ein paar relativ einfachen kriminalistischen Bemühungen namentlich zu ermittelnde Verfasser dieser Zeilen, würde nicht nur einer ›klammheimlichen‹ sondern sogar einer großen Freude über den gezielten und erfolgreichen Bombenanschlag der RAF auf den Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, Ausdruck verleihen.

Die gelungene Durchführung einer Aktion gegen eine der am besten geschützten Persönlichkeit des öffentlichen Lebens in der BRD manifestierte immerhin den offenkundigen Bankrott aller vermeintlich allmächtigen staatlichen Präventiv-, Überwachungs-, und Schutzmaßnahmen. Zudem galt der Angriff auf Alfred Herrhausen einer Person, die als Personifikation ökonomischer Verhältnisse einige ›Mißstände‹ verkörperte, gegen die man auch als autonomer Linker schon lange unter zum Teil großen Opfern vergeblich angerannt ist. Derartige kriminalpolizeilich zuordenbare Äußerungen könnten den Staatschutz auch aufgrund seiner notorischen Erfolglosigkeit in den letzten Jahren, dazu veranlaßen, den Verfasser dieser Zeilen zu einem großen »Freund« und »Unterstützer« der RAF, mit den bekannten strafrechtlichen Konsequenzen, zu ernennen. Die Vorstellung, einem Sonderstrafrecht und Sonderhaftbedingungen unterliegend, sich mühselig gegenüber einer distanzierten Öffentlichkeit gegen die Stigmatisierung als »Freund« der RAF vor einem Staatsschutzgericht – quer zur eigenen politischen Geschichte, und das auch noch nach Möglichkeit ohne Distanzierung von den bewaffnet kämpfenden GenossInnen – abstrampeln zu müssen, erscheint nicht sonderlich attraktiv zu sein. Ist es da nicht in der Tat an dieser Stelle klüger, sich in diesem Fall irgendeiner von der herrschenden Klasse artikulierten Auffassung anzuschließen? Eine besagte beispielsweise, daß mit Alfred Herrhausen ein Mensch wie du und ich, quasi einem Sozialhilfeempfänger gleich, auf besonders tragische Weise sterben mußte, der sich bekanntlich in seiner Rolle als Chef der Deutschen Bank in besonderer Weise den Sorgen der kleinen Leute, dem Schutz der Umwelt und den Nöten der Dritten Welt verpflichtet gefühlt hat.[76] »So war es wohl« denke ich mir da, in realistischer Anerkenntnis meiner prekären Situation in diesem Kapitel, wenn ich diese Zeile für die neugierigen LeserInnen schreibe.

Über den Unterschied zwischen Militanz und militärischer Politik

Daß es nicht einfach ist, über das »Verhältnis zur RAF« zu sprechen, hat auch mit unterschiedlichen Formen des Kampfes zu tun. Das Verwenden von Bomben und Schußwaffen ist kennzeichnend für Formen militärischer Auseinandersetzungen. Demgegenüber werden das Werfen von Steinen, Errichten von Barrikaden, das Verprügeln von Bullen -was sich ja in der autonomen Realität derzeit eher umgekehrt darstellt- und das Anzünden von Gegenständen, gemeinhin als militante Form des Kampfes charakterisiert. Eine Ausstrahlung erhalten diese vor allem dann, wenn sie öffentlich bei Massenzusammenkünften praktiziert werden. Sie markieren über die Kundgabe der eigenen Meinung, z.B. durch die Teilnahme an polizeilich erlaubten Demonstrationen hinaus, für einen Moment den

offenen Aufruhr, das demonstrative Aufkündigen von öffentlichen Herrschaftsverhältnissen, was in einem bestimmten historischen Moment gleichzeitig von vielen vollzogen werden muß, um als politisches Zeichen wirksam zu sein. Die Spannung über eine sich durch die spontane Teilnahme von vorher Unbekannten verändernden sozialen Zusammensetzung, und die dadurch bewirkte Ungewißheit über die politische Dimension einer Randale, steht die Situation eines Bürgerkriegs gegenüber, die durch die Wahl militärischer Mittel notwendigerweise den kalt und nüchtern kalkulierenden Soldaten als Spezialisten und Techniker des Kampfes erfordert.

Militärische Formen der Konfliktaustragung markieren durch die Errichtung mehr oder weniger sichtbarer ›Fronten‹ immer auch das Ende der bislang im politischen Kampf benutzten Mittel der Agitation und Aufklärung. Das Benutzen dieser Mittel hat den Raum einer öffentlich zugänglichen Politik zur Voraussetzung. Zwischen den Fronten auf offenen Terrain läßt sich deshalb so schlecht demonstrieren, weil man dabei – wie es ja der Begriff ›Front‹ ausdrückt, realistischerweise Gefahr läuft, das eigene Leben zu verlieren. Wenn beispielsweise davon auszugehen wäre, daß der oftmals auf Demonstrationen skandierte Ruf »Polizei-SA-SS« anfängt in dem Sinne mit der Realität übereinzustimmen, indem sich die Bullen auf den Demos darum bemühen, eine möglichst große Anzahl von Demonstranten gezielt totzuschießen, würden viele potentielle DemonstrationsteilnehmerInnen entweder zu Hause bleiben oder müßten sich sehr genau überlegen, wie sie sich gleichfalls bewaffnen und schützen können. Denn niemand kann längere Zeit an einer ›Front‹ überleben, wenn er dort ahnungslos und ungeschützt als Zielscheibe herumläuft.

Die Entscheidung, keine militärischen Waffen im politischen Kampf zu benutzen, läßt sich darauf zurückzuführen, daß die gesellschaftliche Situation nicht so eingeschätzt wird, das es unabdingbar notwendig erscheint, diese Mittel anzuwenden. Vielleicht hat diese Einschätzung – mit der man sich bezogen auf die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse natürlich irren kann, – auch etwas mit einer Angst zu tun, mit Mitteln auf einem Terrain zu kämpfen, wo davon auszugehen ist, daß der Gegner in seiner Macht und d.h. immer auch in seiner Bewaffnung ungleich stärker ist.

Über aktuelle Zusammenhänge zwischen Vergangenheit und Zukunft

Die Existenz einer Guerilla oder sich explizit politisch verstehender, bewaffnet kämpfender Gruppen in einer Gesellschaft, ist ein außergewöhnlicher Umstand, der vielleicht analog zu den sozialrevolutionären Terroristen-Organisationen im zaristischen Rußland des vergangenen Jahrhunderts große Erschütterungen in

den Tiefen des gesellschaftlichen Gefüges andeutet. Möglicherweise wird man in ein paar Jahrzehnten, das was heute aus Gründen der aktuellen Herrschaftslegitimierung als ein vorübergehender und politisch unbedeutsamer Spuk denunziert werden muß, in einer ganz anderen Dimension zu bewerten haben. Nicht nur aus diesem Grunde enthält die Diskussion über die Frage des bewaffneten Kampfes auch für diejenigen, die diese Form politischen Handelns für sich ablehnen, eine solche Brisanz. Gleiches gilt auch auf eine andere, ungleich dramatischere Weise für diejenigen GenossInnen, die sich heutzutage dazu entschließen, zu den bewaffneten Kommandos zu gehen. Sie müssen diesen Schritt in dem Bewußtsein bestimmen, daß im Falle ihrer Identifikation oder Festnahme, ein Leben in der Metropole anders als im Knast oder unabsehbarer Illegalität irgendwo auf der Welt, nicht mehr denkbar erscheint. Darüber hinaus stellt die RAF, insbesondere in ihrer Praxis der letzten Jahre immerhin auch unter Beweis, daß Grenzen der Überwachung und des Schutzes selbst für solche exponierten Funktionsträger wie z.B. Herrhausen und Neusel unter Bedingungen eines bürgerlichen Rechtsstaats existieren. Durch ihre bloße Existenz markieren sie einen Raum, in der die eigenen politischen Vorstellungen an der Existenz dieser Gruppen – wie auch immer ob ›konstruktiv‹ oder gegeneinander abgearbeitet werden müssen. Diese Diskussion soll nachfolgend anhand eines Sprungs zurück zu den zwischenzeitlich wieder höchst aktuell gewordenen Organisationsfragen der RAF der 70er Jahre und der Attentatspolitik der jüngsten Zeit erfolgen.

Kronzeugenjuwelen und Glasperlenpolitik

»wir reden von dem was wir in den letzten jahren erfahren haben …«
(Der erste Satz aus dem im Mai 1982 veröffentlichten RAF-Grundsatzpapier »Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front«)

Die staatliche Repression ist nur die banale und oftmals brutale Antwort der herrschenden Macht auf für sie gefährliche soziale Prozesse, die sich politisch organisieren. Deshalb ist es für eine aktuelle linksradikale Praxis interessanter, d.h. lehrreicher, einen anderen Zusammenhang zu den bewaffenten Kommandos zu diskutieren, der in der Frage der staatlichen Repression nur kurz aufscheint, um zugleich von ihr verdeckt zu werden. Die 20jährige Geschichte der RAF ist auch als Versuch zu lesen, unter extremsten Repressionsbedingungen eine kollektive Gruppenpraxis zu praktizieren, die zugleich als Teil einer linksradikalen Gegenkultur verstanden worden ist. Dieser formulierte Anspruch auf ein politisch handelndes Kollektiv durchzieht die Geschichte der RAF von ihrem Beginn an bis hin zu der Zusammenlegungsforderung. Genau dieser Anspruch wurde von den Staatschutzbehörden immer wieder von neuem mit der Konstruktion bekämpft,

bei der RAF handele es sich lediglich um eine individualisierte Ansammlung gewissensloser unpolitischer Krimineller. Auf die Zerstörung des politischen Anspruchs der RAF zielt auch die Anwendung der »Kronzeugenregelung« ab, deren Gebrauch aber nur möglich ist, wenn den Staatschutzbehörden bei einzelnen GruppenmitgliederInnen ein massiver Einbruch gelingt.[77] Die Frage, ob dieses perfide, jedoch für den Staat unter legitimatorischen Gesichtspunkten außerordentlich wichtige Unterfangen gelingen kann, hängt unter anderem davon ab, ob sich die im Rahmen eines in der Illegalität bewegenden Gruppenzusammenhangs gelebten Erfahrungen, auch im Falle der Festnahme für ein einzelnes Gruppenmitglied im nachhinhein noch als so anziehend erweisen, daß jedem Gedanken an Verrat der nächsten GenossInnen die Grundlage genommen ist.

Im Falle der im Frühjahr 1990 erfolgten Verhaftungen von acht ehemaligen RAF-MitgliederInnen aus den 70er Jahren, die bereits seit Beginn der 80er Jahre in der DDR lebten, ist bei den meisten fast nichts von einmal formulierten politischen Ansprüchen, weder gegenüber der Gesellschaft, den eigenen GenossInnen noch gegenüber sich selbst, übrig geblieben: Die ehemaligen RAF-Gruppenmitglieder aus der DDR erzählten der Bundesanwaltschaft (BAW) was immer diese zu hören wünschte; eine unendliche Zahl von schmierigen Eigenbezichtigungen und widerlichen Denunziationen gegenüber anderen ehemaligen GenossInnen wurden von ihnen in die Welt hinaus schwadroniert; Pressemagazinen wurden billige Mickey-Mouse-Karikaturen der eigenen politischen Geschichte aus den 70er Jahren verkauft und ein in TV-Interviews herumstammelnder Ex-RAF-Kader konnte auf einmal in A. Haig, der Ende der 70er Jahre einer der wichtigsten imperialistischen Kriegsführungsstrategen war, plötzlich auch nur noch einen »Menschen« erkennen, von dem er zehn Jahre später meinte, ihn im Fernsehgroßformat beweinen zu müssen.[78]

Und trotz allen Ekels ist die Frage zu stellen, warum die ehemaligen RAF-MitgliederInnen aus den 70er Jahren nicht zunächst einmal geschwiegen haben, um sich so den Raum für den Aufbau einer gemeinsamen – durchaus auf Juristerei begrenzten – Verteidungslinie zu erhalten? Auch wenn es in den vergangenen zehn Jahren unter besonderen Lebensbedingungen nachvollziehbare Prozesse der Entpolitisierung gegeben haben mag, die außerhalb der Verantwortung des begrenzten RAF-Zusammenhanges zu diskutieren wären, so ist doch die Frage aufzunehmen, welche möglicherweise in der Gruppenstruktur der RAF der 70er Jahre liegenden Verhaltens- und Umgangsweisen zu dem erbärmlichen Verhalten jener ›Kronzeugen‹ beigetragen haben mögen? Kann man es sich so einfach machen wie Helmut Pohl, der die Ex-RAF- Mitglieder aus der DDR zwar

zutreffend als »Soft-Porno-Darsteller« zu bezeichnen wußte, die Erklärung dafür jedoch individualisierte und auf eine oberflächliche Politisierung dieser Ex-GenossInnen in »Anti-Folter-Komitees« Mitte der 70er Jahre schob; immerhin eine Politisierung, die für viele Grund genug dafür war, sich radikal gegen die Verhältnisse zu stellen? [79]

Wenn man sich noch einmal nachträglich das »Guerilla, Widerstand und Antiimperialistische Front«-Papier der RAF aus dem Jahre 1982 durchliest, gewinnt man fast zehn Jahre später den Eindruck, daß dort gerade nicht über alles »geredet« wurde, was das RAF-Kollektiv als Gruppenzusammenhang in den Jahren zuvor an kontroversen Auseinandersetzungen erlebt haben muß. Obwohl nach 1977 bis zu Beginn der 80er Jahre ein großer Teil des Kommandos, aus welchen Gründen auch immer, ausgestiegen ist, wurde einfach, ohne geringsten Bezug auf die internen Gruppenprozesse, die nächste Grundsatzproklamation in die »weltweiten Kräfteverhältnisse« geschleudert. Der in diesem Zusammenhang möglicherweise geltend gemachte Hinweise auf die, durch den staatlichen Repressionsdruck gesetzten, Grenzen ist natürlich immer richtig, wie er eben auch genausogut falsch sein kann. Wer es also auch heute noch vertritt, daß es damals vor 10 Jahren richtig war, die gruppeninternen RAF-Entwicklungsprozesse aus dem herauszuhalten, was man meinte der Öffentlicheit mitteilen zu müssen, der sollte sich auch heutzutage nicht darüber beklagen, durch die aus durchsichtigen Interessen als Schmierenkomödie präsentierten eigenen Geschichte wieder eingeholt zu werden. Wenn es noch richtig ist davon auszugehen, daß jede politische Gruppe nur so stark ist, wie ihr schwächstes Glied, dann bleibt bezüglich des Verhaltens der Kronzeugen eben auch der Eindruck zurück, daß die Intensität des Versuchs einer solidarischen Gruppenpraxis der RAF in den 70er Jahren dem einer Glasperle geglichen haben muß, die nun mühelos zerschlagen werden kann.

Allerdings finden alle diese kritischen Anmerkungen ihre Grenze dort, wo das Selbstverständnis der RAF schon immer auf eine straff geführte, geheime militärische Kampforganisation hinauslief. In diesem Zusammenhang existieren dann natürlich auch keine individuellen, geschweige denn öffentlich zu vermittelnden, persönlichen »Erfahrungen« einzelner Gruppenmitglieder mehr; sie sind allenfalls ein blinder Fleck, was zugleich auch ihre Kollektivierung im Gruppenprozeß ausschließt. Insofern illustriert das Schicksal einiger RAF-DDR-Aussteiger, die öffentlich als Menschen ohne jeglichen Anschein von Integrität vorgeführt werden können, im Grunde genommen nicht nur ein ganz allgemeines objektives Scheitern der RAF der 70er Jahre, sondern auch einen vollständigen subjektiven Bankrott eines Versuchs des Aufbaus einer linken militärischen Kampforganistion

in der BRD. Und genau darin besteht dann auch eine nicht zu individualisierende Verbindungslinie aus der gemeinsamen RAF-Gruppenpraxis der 70er Jahre zwischen den heutigen Gefangenen und dem Trauerspiel der Kronzeugenjuwelen, bei der der komplette Zusammenbruch der einen nur die spiegelverkehrte Seite der Bornierung der anderen ist.[80]

Was will die RAF der 90er Jahre?

In den Erklärungen der RAF seit dem Attentat auf Herrhausen wurde auch an die Adresse der Autonomen ein deutliches Interesse nach einem politischen Zusammenhang formuliert. Zu nennen wären dabei das Herausstreichen der Bedeutung von Hausbesetzungen für autonome Politisierungsprozesse, die Erklärung zur Hafenstraße, der offenkundige Bezug des Angriffs auf die US-amerikanische Botschaft in Bonn zu den Anti-Golf-Kriegs-Aktivitäten und schließlich der in der Rohweddererklärung ganz ausdrücklich enthaltene Hinweis, »daß wir in Zukunft auch auf Angriffe des Staates, die darauf zielen, die gesamte Entwicklung revolutionärer Gegenmacht zurückzudrehen, wie z.B. die brutale Räumung der besetzten Häuser in der Mainzer Straße in Ost-Berlin (...) antworten wollen.« So wenig es bei der Auseinandersetzung um ein wie auch immer geartetes Verhältnis zwischen RAF und Autonomen darum gehen kann, der anderen Seite vorschreiben zu wollen, was sie zu tun oder zu lassen hat, so ist es – gerade wenn ein Wunsch oder Anspruch auf einen politischen Zusammenhang erhoben wird – unumgänglich, sich gegenseitig sehr genau über die Orientierungen, Theorien und Praxis der jeweiligen Politik zu befragen.

Detlev C. Rohwedder wurde von seinem Arbeitsplatz abgewickelt

Rohwedder war in seiner Funktion als Chef der Teuhandanstalt zum Zeitpunkt des Attentats gerade dabei, seitens der DDR-Bevölkerung zu einem der bestgehaßtesten Männer zwischen Zwickau und Rostock zu werden. Bis zu dem Zeitpunkt seines Todes war er für das, was er tat noch nicht von ehemaligen DDR-Bürgern verprügelt worden, was unter Umständen im Bereich von politischen Lern-, Kampf- und Entwicklungsprozessen gelegen hätte, die durch seinen Tod abgeschnitten wurden.

Unter welchen Bedingungen kann ein politischer Mord, der in der bürgerlichen Diskussion als »Tyrannenmord« bezeichnet wird, als Mittel der Politik bei anderen Menschen ein Gefühl der Befreiung wecken? Ein Gefühl von Befreiung, frei jedoch von zwischenzeitlich in dieser Gesellschaft grassierenden bewußtlosen Ressentiments. Aus den Erklärungen der RAF zu diesem Attentat geht hervor, daß Rohwedder in seiner ökonomischen Funktion angegriffen wurde; d.h. sein

Tod wird mit seiner Funktion erklärt, er wird als Mensch darauf reduziert und für eine politische Absicht funktionalisiert. Worin unterscheidet sich dieses Vorgehen von den destruktiven Mechanismen der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse, dessen fortwährendes Funktionalisierungskalkül doch in dem, was eine revolutionäre Linke zu tun hätte, durchbrochen werden müßte? In der Erklärung zu seinem Tod wird seitens der RAF von einem Kampf »für ein menschliches Leben in Würde und frei von Herrschaft« gesprochen, und daß eine »revolutionäre Bewegung (...) eine reale und greifbare menschliche Perspektive entwickeln« müsse, um dadurch »zur Anziehung für alle, die dieses System als Unterdrückung erfahren, (zu) werden.« Diese Formulierungen und das, was mit ihnen zum Ausdruck gebracht wird, stehen unverbunden zu dem immer untrennbar mit einen politischen Mord aufscheinenen Grauen durch den Tod eines Menschen. Hat sich nicht jeder politische Mord, -sofern er von Linken verübt wird, da nur Faschisten damit keine prinzipiellen Probleme haben- in seiner Begründung dem Problem zu stellen, daß die Auslöschung von Menschenleben eher das Ende jeglicher Hoffnung auf Veränderung, anstatt von Emanzipation, signalisiert? Gilt nicht auch gerade im Blick auf die unendliche Personen-Attentatsgeschichte der RAF in den 80er Jahren noch immer das, was die Revolutionären Zellen in ihrer Erklärung zu dem Anschlag auf den furchtbaren Juristen Korbmacher im Sommer 1987 geschrieben haben, daß einzig und allein die Wirkung des »Gefühls der Befreiung und Ermutigung« (...) etwas dermaßen Schwerwiegendes wie die politische Tötung eines Menschen, dieses äußerste und extremste Mittel im Klassenkampf, das sich durch seinen inflationären Gebrauch selbst entwertet« rechtfertigen könne? Man findet auf diese Fragen in der Erklärung der RAF zu der Tötung von Rohwedder kein Nachdenken, geschweige denn eine Antwort.

Vielleicht lege ich auch deshalb (zu-?)viel Gewicht auf diese Fragen, weil die in der Rohwedder-Erklärung (aber auch die Erklärungen zu Herrhausen und Neusel) als Analysen und Begriffe gemeinten Begründungen, eher wie oberflächliche journalistische Beschreibungen anmuten, als daß sie die Wirklichkeit mit einem antizpatorischen Begriff durchdringen könnten. Auch wenn man bereit ist, auf einen Vergleich mit den Qualitäten der ersten programmatischen Erklärungen der RAF aus den frühen 70er Jahren zu verzichten, so werfen die Erklärungen der jüngsten Zeit d.h. seit dem Herrhausen-Anschlag im November 1989, einige Fragen auf: Ist der »reale Sozialismus« einzig und allein durch den »Imperialismus« hinweggefegt worden? Sind alle DDR-BürgerInnen nur Opfer und Objekt dieser Entwicklungen? Kann man sich vor dem Hintergrund der Theorie und Praxis der neuen BRD-Linken einfach auf sie und ihr Alltagsverständnis beziehen? Läßt sich die BRD-Ökonomie als eine »faschistische Ökonomie«

beschreiben, die womöglich in naher Zukunft mit Hilfe der Wehrmacht in Osteuropa nach ’45 ein zweites Völkermordmassaker plant? Wie läßt sich der von der RAF benutzte Begriff »2/3 Gesellschaft« damit in Zusammenhang bringen, der von dem Sozialdemokraten Glotz kreiert wurde? Ist ein System auch nur annähernd dadurch zu bekämpfen, indem man einen hohen Verwaltungsangestellten nach dem anderen tötet, die ohnehin mittlerweile von sich erklären, daß sie Charaktermasken, und damit jederzeit ersetzbar sind?

Daß auf diese durch die RAF-Erklärungen aufgeworfenen Fragen keine besonders klugen Antworten greifbar sind, spricht nicht gegen eine autonome politische Praxis, die auch deshalb eine andere ist, als die der RAF.

7. Die Licht- und Schattenwelt der staatlichen Repression

»Es ist ein sehr gefährliches Spiel bei dem die Regeln nicht feststehen. Aber ohne Gefahr gibt es keine Entwicklung. Die Katastrophe muß riskiert werden, sonst geht gar nichts mehr.«
(Heiner Müller)

Alte Hüte oder: Wen interessiert noch die Repression von vor zwei Jahren ?

Das Problem der staatlichen Repression gegen erklärte Gegner der herrschenden Macht, ist zum einen nicht neu und muß doch immer wieder von neuem aufgeworfen werden. Der zwischenzeitlich erfolgte Aufstieg der BRD zu einer auch diplomatisch anerkannten Weltmacht hat Vermutungen genährt, daß die Schraube der Repression spürbar angezogen werden könnte. Eine Reihe von Ereignissen aus dem Zeitraum des letzten Jahres können unter Umständen diese Tendenz illustrieren.:

– Im Mai 1990 führte das BKA im Auftrag der Generalbundesanwaltschaft mit 2000 Bullen einen Überfall auf die Hamburger Hafenstraße durch. Im Herbst wurde dieser Angriff durch Presseartikel mit dem Tenor »Hafenstraße = Mord- und Terrorzentrale der RAF« propagandistisch nachbereitet.

– Nach der erfolgreich in Berlin am 3. Oktober 1990 mit 15000 Menschen durchgeführten Demonstration autonomer Gruppen unter dem provokanten Motto »Halt's Maul, Deutschland« wurde im Zusammenhang mit einer anschließenden Randale auf dem Alexanderplatz nachträglich ein ›Mordversuch‹ eines Demonstranten an einer Polizistin konstruiert und eine bundesweite Fahndung eingeleitet. Dabei wissen selbst Justiz und Bullen, daß an der mit vier Kopfschmerztabletten sofort aus dem Krankenhaus entlassenen Polizistin kein Mordversuch begangen worden ist.

– Unter Umgehung aller politischen Vermittlungsversuche von Prominenten aus dem DDR-Bürgerrechtsmilieu, Spitzen der Evangelischen Kirche und kommunalen Parlaments- und BezirksvertreterInnen wurden Mitte November ›90 die besetzten Häuser in der Mainzer Straße im ehemaligen Ost-Berlin, Opfer einer militärähnlichen Eskalation des SPD/AL-Senats. 13 besetzte Häuser wur-

den durch, aus dem ganzen Bundesgebiet herbeitelefonierten Spezialbullen, in einer Prügelorgie mit teilweise Schußwaffen- und Blendschockgranateneinsatz geräumt. Der damals regierende Bürgermeister Momper sprach danach HausbesetzerInnen jegliches soziales Anliegen ab und unterstellte den BesetzerInnen der Mainzer Straße »blanke Mordlust« und »Tötungsabsicht«, was in Kommentaren der bürgerlichen Presse mit teilweise faschistischem Sprachgebrauch beifällig kommentiert wurde.

In allen drei Fällen wurde mit etwa sechsmonatiger Verzögerung die Vorgaben der TAZ-Berlin-Berichterstattung gegen den revolutionären 1. Mai in Kreuzberg von den Staatschutzinstanzen aufgegriffen. Die TAZ hatte zum damaligen Zeitpunkt Autonomen mit ihren Vorbereitungen unterstellt, Tötungsabsichten realisieren zu wollen.[81] Ein größeres Maß an moralischer Ächtung politischer Aktivitäten von Autonomen erscheint kaum denkbar. Die unweigerlich mit der Häufigkeit einher gehende Selbstverständlichkeit einer öffentlichen Assozierung von Autonomen mit Mord- oder Tötungsabsichten ist eine außerordentlich große Bedrohung für existierende politische Spielräume. In dieser angedeuteten Tendenz verbinden sich der Selbsthaß von sich perspektivlos an die Verhältnisse anpassenden Charaktermasken aus dem 68er Milieu mit administrativen Ausgrenzungsstrategien und einem staatlichen Repressionsinteresse.

Hundertneunundzwanzig und mehr Kriminalsierungsplanspielchen

In diese Situation fügen sich auch Bemerkungen des BKA-Oberbullen Zachert bei der Herbsttagung seiner kriminellen Vereinigung in Wiesbaden, in denen er »Hausbesetzer in Hamburg und Kreuzberg pauschal als eine im kriminologischen Sinne »Höchstform der organisierten Kriminalität‹ bezeichnet und unter großem Beifall der Zuhörer meist juristische »Generalklauseln« für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität (forderte.) Er ließ dabei an der Interpretation solcher weit gefaßten rechtlichen Vorschriften auch keinerlei Zweifel. Diese sollten für die Polizei weit gefaßt sein, da die allgemeine »Verrechtlichung« wie auch die »Perfektionierung« des Rechts bei den Polizisten vor Ort »eine Aversion gegen das Recht« provozierten.« [82]

Die Geschichte der Staatschutzpolitik aus den letzten 20 Jahren hat mehr als einmal bewiesen, daß aktuell unrealistisch erscheinende Überlegungen und die illegale Praxis der Repressionsapparate noch immer – je nach Bedarf und Opportunität – in Strategien nachträglicher Legalisierung durch entsprechende Gesetzesvorhaben der Exekutive transformiert wurden. Die Geschichte zur Einführung der ›Kronzeugenregelung‹ als Musterbeispiel eines Willkür-, Notstands- und Ausnahmerechts liefert genügend Anschauungsmaterial für diese These. Die

Reihe von Prozessen die in die DDR emigrierten RAF-Mitglieder gleichen makaberen Justizfarcen, in denen zwischen Generalbundesanwaltschaft, Gerichten, Verteidigung und Angeklagten eine weitgehende Interessensidentität herrscht, die dazu dient die ›Kronzeugenregelung‹ zu einer ganz gewöhnlichen und ›normalisierten‹ Anwendung zu bringen.[83] Dabei ist nicht der erneute Versuch des Staatschutzes interessant, die politische Geschichte der RAF mit Hilfe von willenlos gewordenen und gebrochenen Individuen zu einem Schmierenstück gewöhnlicher Kriminalität umzufälschen. Die vermeintliche Humanität der Anwendung der ›Kronzeugenregelung‹ soll den Erpressungscharakter dieses Instruments vor allem gegen diejenigen Gefangenen verdecken, die nicht bereit sind, von ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zu den Verhältnissen in der BRD abzuschwören – wobei sogar zu befürchten ist, daß der Geiselstatus einer Reihe von RAF-Gefangenen mit Hilfe der sogenannten ›Kronzeugenregelung‹, als einer anderen Form der Folter auf Ewigkeit festgeschrieben werden soll.

Ist dieses noch nicht vollständig realisierte Vorhaben ersteinmal geglückt, kann die bereits so ›normal wie erfolgreich‹ praktizierte Kronzeugenregelung danach umso wirksamer für einen gezielten politischen Einsatz auch gegen bestehende linksradikale Zusammenhänge benutzt werden. Und in diesem Zusammenhang kann sich das von liberalen Rechtsstaatskritikern gegen die Praxis des politischen Gesinnungsparagrahen 129a aktuell vorgebrachte Argument einer im Vergleich zu anderen Pragraphen – lächerlich gering erscheinenden Verurteilungsquote von gerade mal 4% noch als Bummerang erweisen.[84] Eine auf das Argument der geringen Verurteilungsquote gestützte Forderung nach ersatzloser Streichung dieses Paragraphen kann auch genauso gut für die gegenteilige Forderung nach einer drastischen Erhöhung dieser Verurteilungsquote herangezogen werden, z.B. in naher Zukunft, in dem vom derzeitigen BKA-Oberbullen proklamierten Kampf gegen »Höchstformen politisch organisierter Kriminalität«. Die ab Ende 1987 auf diesen Paragraphen gestützen Verhaftungen und nachfolgenden Verurteilungen einer ganzen Reihe von GenossInnen aus dem antiimperialistischen Widerstand aus Duisburg und der Düsseldorfer Kiefernstraße, unter dem Konstrukt der »kämpfenden Einheiten« sind nicht nur für die Betroffenen eine Tragödie. Die bar jeglichen Anscheins von Rechtsstaatlichkeit vollzogenen Verurteilungen sind eine bereits erfolgreich vollzogene Tendenz in der Politik der Repressionsapparate, ihren Aktionsradius beständig in einem Sinne auszuweiten, wie sie der Oberbulle Zachert in seinen Bemerkungen angedeutet hat.[85]

Die eingangs gestellte Frage, ob die angedeutete Tendenz einer zunehmenden politisch-juristischen Repression gegen linksradikale Zusammenhänge einer genau abgestimmten staatlichen Strategie folgt bzw. sich schon in naher Zukunft

fortsetzen wird, kann mit den oben genannten Bemerkungen nicht geklärt werden. Gegenteilige Spekulationen sind gerade in gesellschaftlichen Situationen, in denen alles im Fluß ist, immer -mindestens genauso gut begründet- möglich. Manchmal reicht es der herrschenden Klasse aus, dem zum innenpolitischen Feind Nr. 1 erklärten Gegner nur die Werkzeuge zu zeigen, ohne sie anzuwenden.[86]

Aber wer wird denn Angst haben, so allein im dunklen Wald?

Bedeutsamer aber für weitere Diskussionen ist die Frage danach, was das Wechselspiel der Drohung einer staatlichen Repression und den Möglichkeiten einer Integration mit uns subjektiv macht. Dabei bleibt der Knast zunächst einmal das Terrain der Niederlage, welches die radikale Linke als Opfer staatlicher Repression auf sich selbst zurückwirft. Die Folge davon ist, daß sie einerseits für Außenstehende nicht besonders attraktiv ist und andererseits auch dadurch die Diskussionen und Mobilisierungen so schwierig sind. Ich glaube, daß auch viele Autonome die Bedeutung dessen, daß nichts so schwer auszuhalten sei, als sich im Widerspruch zu seiner Zeit zu befinden und laut ›Nein‹ zu sagen, völlig unterschätzen.

Wir leben in einem System, daß zumindest in den letzten 25 Jahren dazu in der Lage war, ein fein dosiertes Maß an Repression mit ungezählten Integrations- und anderen Bestechungsangeboten im sozialen Alltag zu verbinden. Das was als Angst vor der staatlichen Repression psychisch zu verarbeiten ist, wendet sich nur all zu oft in Formen stiller Resignation. Dadurch, daß manchmal von Autonomen mit der imperialistischen Weltmacht BRD ein verflucht mächtiger Gegner in das Zentrum der Analysen und Aktivitäten gerückt wird, wird man zugleich nicht unbedingt mutiger. Die staatliche Repression gegen autonome Zusammenhänge bedeutet zugleich auch immer, daß einzelne daraus für geraume Zeit der Bedrohung durch die staatliche Verfügungsgewalt ausgeliefert sind, was zumeist – aller notwendigen gegenteiligen politischen Proklamationen zum Trotz – für die Betroffenen individualisiert im Alltag oder im Knast ausgehalten werden muß. Der Zusammenbruch oder das Verschwinden einer Reihe von anderen linksradikalen Strömungen und Tendenzen der 68er Revolte macht Autonome zugleich auch für die Bullen identifizierbarer und damit angreifbarer. Wie wird man der Zwickmühle entkommen können, sich durch politische und soziale Bewegungen reproduzieren zu müssen, ohne dabei in das Messer der staatlichen Repression zu laufen? Eine Bewegung muß sich bewegen, sonst ist sie keine, d.h. ohne leere Ritualisierung, Legalismus und Gesetzesgehorsam und überhaupt: Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht. Aber durch welchen sozialen und politischen

Zusammenhang ist es auszuhalten, auf möglicherweise unabsehbare Zeit beständig seine Fesseln zu spüren?

Welche Folgen wird es für autonome Zusammenhänge haben, wenn der staatliche Repressionsdruck dafür sorgt, weitgehend ein Hort der Legalität sein zu müssen – was nebenbei bemerkt, autonome Zusammenhänge im Vergleich zu der von Geheimdiensten, Parteizentralen, Staats- und Regierungskanzleien, und Drogenkartellen ausgehenden ›normalen‹ Kriminalität ohnehin sind.

Die latent drohenden Knüppel der Repression verdecken aber schnell das Moment der Integration als anderer Seite des Problems staatlicher Machterhaltung. Dieses System hat sich nicht zufällig viele 68er und auch die Grüne Partei kaufen können, warum sollten nicht auch genauso viele, gerade akademisch qualifizierte Autonome, durch die Repression demoralisiert und durch den Sozialprozeß individualisiert ihren Schnitt machen können? Gerade vor dem Hintergrund des Anspruches auf eine Vermittlung von Politik in den eigenen Alltag leben sie in einer hochgradig prekären Situation: Wer die bestehende Gesellschaftsordnung radikal ablehnt, ist nicht nur durch die staatliche Repression gefährdet, sondern unterliegt nicht nur vielfältigsten Formen von sozialen Restriktionen, von denen z.B. Berufsverbote nur einmal die zugespitzteste Form waren, sondern auch der radikalen Linken-Tradition des Ver-Schweigens von Teilen der eigenen Lebenspraxis. Der Druck einer auf längere Sicht kaum veränderbar erscheinenden sozial unsicheren Situation macht aber wiederum anfälliger für schleichende Korruptionsprozesse und Bestechungsangebote. Und Autonome wären nicht die ersten, die diesen Teufelskreislauf nicht mehr ausgehalten haben. Es fällt schwer, in diesem Zusammenhang Antworten zu formulieren, wobei allerdings bereits die Fragestellung, als ein Moment der Aufklärung über unsere Verhältnisse dienen kann. Vielleicht lernen es Autonome dabei, sich nicht nur ausschließlich als in aberwitzig hohen und mit vermeintlich sauberer Moral exekutierten politischen Ansprüchen eingerichtete TäterInnen zu begreifen, sondern sich auch als Opfer gesellschaftlicher Zwangs- und Unterdrückungszusammenhänge – die im übrigen ja noch weit mehr Menschen betreffen – zum Sprechen zu bringen. Darin könnte auch ein wichtiges Moment liegen, der propagandistisch betriebenen innerstaatlichen Feinderklärung von Autonomen auszuweichen.

Teil III. Schlußbetrachtung

Während der Abschlußkundgebung der internationalistischen Demonstration autonomer Gruppen am 3. Oktober 1990 in Berlin, gegen die Feierlichkeiten zur deutschen Vereinigung, wurde von GenossInnen aus einem Handkarrenwagen das »Kommunistische Manifest« von Karl Marx und Friedrich Engels verteilt. Es war mit einem Stempel mit der Aufschrift: »Bitte sorgfältig aufbewahren! Achtung! Vor weiterem Gebrauch unbedingt überarbeiten und ergänzen!« versehen.

In den letzten 80 Jahren hat es auf dem Boden dessen, was Deutschland genannt wird, viermal einen Umsturz oder Zusammenbruch der staatlichen Ordnung gegeben. Wenn es auch mit Ausnahme des Beginns der Novemberrevolution 1918 und einiger Momente aus der Vorgeschichte der DDR nicht viel gegeben hat, was sich positiv aneignen ließe, so ist doch in diesem Fall aus der Geschichte zu lernen, daß selbst die neue und mächtige BRD nicht so bleiben wird, wie sie ist. Auf jeden Fall wird sich die Zukunft von Autonomen im Kampf gegen hunderte von im Alltag erlebten Niederlagen entscheiden. Und dabei ist mit dem Begriff des Alltags schlicht der Ort gemeint, an dem wir leben und der von vielen unsichtbaren Kommunikationsnetzen durchzogen wird. Und in diesem Sinne wäre daran festzuhalten, anstatt im Plural immer in der ersten Person Singular zu sprechen. Denn daß sich Autonome - den Bekundungen ihrer Flugblätter zur Folge – als ganz entschiedene GegnerInnen aller Formen von Fasch-Rass-Imp-Nat-Kap-Sex- jeweils Ismus auf der ganzen Welt verstehen, ist keine automatische Gewähr dafür, daß mit diesen oftmals sehr abstrakten Sprachhülsen die eigene Sozialität zur Sprache gebracht werden kann. In einem anderen Fall wird es vielleicht nur noch für kurze Zeit gelingen, sozial völlig entleerte politische Manifestationen zu reproduzieren.[87] Jede Form eines verbissenen, sich immer wieder selbst proklamierenden revolutionären Duchhaltewillens wird an der Flexibilität der Metropolenverhältnisse zur Karikatur seiner selbst und damit in sich zerfallen. Und manchen, mit (zu) großen Ernst geführten autonomen Organisierungs- (oder zwischenzeitlich gar) Organisationsdebatten wäre zu wünschen, daß sie niemals außer acht lassen, daß sie gerade in Deutschland, in einem Land mit einer ›Kultur‹, stattfinden, welches sich diesem Jahrhundert mit erbarmungsloser Effizienz bis nach Verdun, Auschwitz und zur Exportweltmeisternation zu organisieren wußte.

Bringen wir die Kraft dafür auf, uns dem gesellschaftlichen Anpassungsdruck zu einer standardisierten Zwangs- und Massenindividualität wenigstens teilweise zu entziehen, und das gerade in einer Situation wo Vorstellungen von Formen der ›Kollektivität‹ auch durch die Entwicklungen im ›realen Sozialismus‹ auf lange Zeit mehr als blamiert zu sein scheinen.

Dieses Unterfangen wird vermutlich in den nächsten Jahren voraussetzen, daß sich als autonom verstehende politische und soziale Zusammenhänge Zeit- und d.h. auch Ruheräume gegen einen atemlosen, d.h. toten Aktivismus in katastrophisch erscheinenden Zeiten erkämpfen müssen. Nur so wird überhaupt gegen die herrschenden Verhältnisse ein Anspruch auf ›Kontinuität‹ gelebt werden können, der gerade nicht als Zwang auf diejenigen zurückschlägt, die ihn versuchen alltäglich zu praktizieren. Und daß es schwer ist, für die Zukunft zu prognostizieren, welche Rolle die neue BRD sowohl in einer neuen Weltordnung, als auch im Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Zentren auf dem Weltmarkt spielen wird, bedeutet auch in diesem Fall nur, daß wir die Energie nur durch den Strom bekommen, gegen den wir schwimmen.[88] Deshalb geht es immer wieder darum, die Macht der Gewohnheit, die gegenseitige Skepsis, die Resignation und den eigenen Zynismus in neuen politischen und sozialen Bewegungen zu vertreiben und aufzuheben. Und wenn Lupus meint, daß es bei den Autonomen vorne und hinten nicht reiche und ein Berliner Genosse sagt, daß die Autonomen mal wieder am Anfang stehen, dann haben sie beide mehr als recht. Es war tatsächlich in ihrer Geschichte noch niemals anders: Betrachten wir die Autonomen niemals als ein halbleeres, sondern immer als ein halbvolles Glas Wasser. In diesem Sinne spricht alles dafür, außerordentlich neugierig darauf zu sein, was in Zukunft noch passieren wird, wenn das Glas Wasser durch unser Zutun anfängt überzulaufen.

Anmerkungen

1 In langweiligen akademischen Texten dienen Fußnoten den Autoren zumeist nur dazu, sich immer selbst zitieren zu können. Damit können sie sich bestätigen, wie klug sie doch eigentlich sind. Da ich jedoch hoffe, daß mein Text weder akademisch noch langweilig ist, möchte ich darauf verzichten. Deshalb muß auch der Leser, der an dieser Stelle eine minutiös genaue Angabe der Fundstelle jenes Heiner Müller Zitats erhofft hat, enttäuscht werden. Soviel sei jedoch verraten: Es wurde aus dem Buch: »Zur Lage der Nation« entnommen. Ansonsten würde ich mich glücklich schätzen, wenn die Fußnoten wahlweise als Straßenaufstände in der Geschichte oder als kleine Wegelagerer am Rande des Textes verstanden werden können.

2 Eine anregende Kritik gegenüber den Vorstellungen und der Politik jener ›Radikalen Linken‹ findet sich in dem aus dem Umkreis der Erlangener Zeitschrift ›Krisis‹ herausgegebenen Heft: »Die Radikale Linke« - Ein Schlesiertreffen? - Beiträge zur Kritik des hilflosen Antikapitalismus«, 1990.

3 Der LUPUS-Text »Doitsch-Stunde« befindet sich in dem Buch »Metropolen(gedanken) und Revolution?«. Bei dem Beitrag des Berliner Genossen handelt es sich um ein Referat, das auf einem Autonomen-Kongreß im Sommer 1991 in Venedig gehalten wurde. Es findet sich in der INTERIM vom 15. 8. Nr. 158/1991 unter dem Titel: »Die Krise der autonomen Bewegung nach der Wiedervereinigung«. Beide Beiträge sind außerordentlich anregend.

4 Jochen Cerny in »Brüche / Krisen / Wendepunkte - Neubefragung von DDR-Geschichte«, Leipzig 1990

5 Berija traf seine Aussage nach seiner Rückkehr aus der DDR auf einer kurzfristig einberufenen Tagung des Zentralkomitees der KPDSU. Zitiert nach »Neues Deutschland 30.11. / 1.12. 1991.

6 Die von mir gewählte Interpretation kann sich auf die Darstellung im Buch von Heinrich Jaenicke: »Das deutsche Trauma - Die Geschichte der Teilung - Legende und Wirklichkeit«, Gütersloh, 1989, stützen. Zur Frage der Bedeutung der Stalin-Note, siehe auch die Darstellung von Rolf Steiniger: »Die vertane Chance - Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiederveinigung«, Berlin-Bonn 1985.

7 Die programmatische Wende in der sowjetischen Deutschland-Politik läßt sich auch aus einer bereits 1987 für Gorbatschow erarbeiteten Denkschrift durch Wjatscheslaw Daschitschwew (Professor am Moskauer »Institut für Wirtschaft und internationale Studien«) ablesen. Seine vernichtende Analyse der DDR verknüpft er dabei mit einer nur schwer erträglichen Lobpreisung des gesellschaftlichen Systems der BRD. Zitiert nach SPIEGEL Nr. 6 /1990.

8 Siehe hierzu auch die entsprechenden Darstellungen im Buch von Dietrich Staritz: »Die Gründung der DDR«, München 1984. Dieser Text behandelt die Transformation der sowjetischen Besatzungsherrschaft zur DDR in den Jahren 1945-52.

9 Es ist bezeichnend für die Geschichte der DDR-Rezeption in der BRD, daß die erste marxistische Analyse des 17.Juni 1953 erst fünf Jahre später, von dem Franzosen Benno Sarel mit: »Arbeiter gegen den Kommunismus« vorgelegt worden ist. Der Text erfuhr erst im Jahre 1965 eine Übersetzung und ist 1991 im Verlag Schwarze Risse, Berlin, wieder neu aufgelegt worden.

10 Nachdem in den Jahren 1949-52 bereits 700 000 Menschen die DDR verlassen hatten, betrug die Zahl der Flüchtlinge in den Jahren 1953-61 noch einmal über zwei Millionen.

11 Um die Dimension des Repressionsapparates im Vergleich zur BRD zu verdeutlichen: Gemessen an der Einwohnerzahl waren in der DDR zweieinhalb mal soviel Bullen wie in der BRD beschäftigt. Allein für den gesamten Repressionsapparat ohne die NVA wurde in der DDR (gemessen am Volkseinkommen) genausoviel Geld ausgegeben wie in der BRD für die Bundeswehr.

12 Aus der TAZ vom 26.3.90. Nichtsdestotrotz bleibt es in gewisser Weise ein geradezu bewunderungswürdiger Umstand, wie es dem Schalck-Golodkowski-Imperium gelungen zu sein scheint, die seit dem Ende der 70er Jahre ökonomisch fast bankrotte DDR mit illegalen Methoden über den kapitalistischen Weltmarkt zu manipulieren.

13 Immerhin ist das Scheitern der Stasi auch ein Moment der Hoffnung: Selbst ein so allumfassender, alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringender Geheimdienst wie die Stasi, ertrank letztlich in Aktenbergen voller Detailwissen, weil er ohne politische Theorie über die Gesellschaft blind dafür war, wichtiges von unwichtigem unterscheiden zu können.

14 Zitiert aus Hermann Weber: »Geschichte der DDR«, Nördlingen 1985

15 Es ist interessant zu sehen, welch ein positiver Anklang die DDR-Kultur im dem Buch des westdeutschen, kleinbürgerlichen Reaktionärs Wolfgang Venohr: »Die roten Preussen - Vom wundersamen Aufstieg der DDR in Deutschland«, Erlangen-Bonn-Wien 1989, gefunden hat. Ihm erschien diser Staat mit seinem von der SED in den 80er Jahren inszenierten Preußentingeltangel, reaktionärer Bismarck-Verehrung und NVA-Stechschritt im Unterschied zur ›amerikanisierten BRD schon immer als der deutschere Staat, der lediglich deshalb entstanden sei, weil die »westdeutsche Bourgeoisie« unter Adenauer die »nationale Frage verraten« habe.

16 Zitiert aus: »Revoltierten die Produktivkräfte gegen den real existierenden Sozialismus« in: 1999, Heft 4/1990

17 Wer sich mit der Geschichte und Praxis der kleinen, jedoch rührigen antiautoritären DDR-Oppositionsbewegung vor dem Entstehen der Bürgerrechtsbewegung auseinandersetzen möchte, sei auf das wichtige Buch von Wolfgang Rüddenklau: »Störenfried«, Berlin 1992, hingewiesen.

18 »Sie wissen es nicht, aber sie tun es!« Ein Satz von Karl Marx über die Paradoxien einer bürgerlichen Subjektivität, die auch in der DDR wirkte.

19 So wurde denn der Ende November 1989 u.a. von Stefan Heym verfaßte Appell: »Für unser Land« mit dem Tenor der Errichtung einer »sozialistischen Alternative zur BRD«, der innerhalb kürzester Zeit von 1,2 Millionen DDR-Bürgern unterzeichnet wurde, zu einer Art vorweggenommenen Abschiedserklärung jener »fortschrittlichen« Kräfte aus SED-PDS und Bürgerbewegten, die bis zur Volkskammerwahl Mitte März 1990 den »Runden Tisch« stellten.

20 Für eine vertiefende Diskussion sowohl des ganzen Komplexes des »neuen« oder genauer: eher des alten Menschen im Sozialismus, sei auf eine von der Ex-Anti-Nato-Gruppe aus Freiburg im Frühjahr 1991 publizierte Broschüre unter dem Titel: »Auferstanden aus Ruinen ruht der Sozialismus .... aus?« verwiesen, aus der ich wesentliche Anregungen erhalten habe. Darüber hinaus habe ich noch eine Reihe von Informationen aus einem Aufsatz von Hans-Jürgen Schulz: »DDR-Nachruf« aus dem Magazin der Sozialistischen Zeitung vom April 1990 erhalten.

21 Zu diesem ganzen Problem wurde 1990 in der »INTERIM« eine Stalinismus-Diskussion ab Nr. 108 ff. bis Nr. 117 geführt. Im Sommer 1991 ist von der Hamburger »Schwarze Katze EG-Gruppe« eine interessante Broschüre unter dem Titel: »Neuordnung in Europa - Materialien zur europäischen Großraumkonzeption« herausgegeben worden, die sich mit dem Leninismus als »Modernisierungspolitik- und Angriff der Bolschewiki« auseinandersetzt.

22 Das von Bonn aus in den 80er Jahren kein Vereinigungskurs betrieben wurde, läßt sich an einer Unzahl von Beispielen nachweisen: Strauß dealte mit Schalck-Golodkowski 1983 einen Milliardenkredit für die finanziell ins Schlingern geratene DDR aus; der BRD-Giftmüllexport in die DDR florierte genauso wie die DDR-Billigproduktion von Haushaltswaren in die BRD-Konsumpaläste, das Schlupfloch des Flughafens Schönefeld wurde im Sommer 1986 für Flüchtlinge in trauter deutsch-deutscher SED-SPD-Bundesregierungs-Dreisamkeit dichtgemacht; die SPD verfaßte mit der SED gemeinsame Papiere und diskutierte ab Mitte der 80er Jahre die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft, die Ministerpräsidenten der Länder rangelten sich um einen Besuchstermin bei Honecker, dieser wurde wiederum 1987 festlich von Kohl zum ›Staatsbesuch‹

empfangen, und noch im Dezember '89 sprach Kohl im Bundestag von einer mehrjährigen Konförderation zweier deutscher Staaten. Erst als sich das bundesdeutsche Finanzkapital um die Jahreswende 1989/90 auf die Zerstörung der DDR festlegte, wurde von Bonn aus ein politischer Kehrtschwenk vorgenommen. Siehe hierzu auch einen Beitrag von Karl-Heinz Roth in der KONKRET 3/1990

23 Siehe hierzu auch die von der Frankfurter Diskus-Redaktion im Band »Texte der Neuen Linken«, Berlin 1992, versammelten Aufsätze.

24 An der offiziellen SED-Kundgebung am 17. Januar anläßlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wollten auch Oppositionelle mit eigenen Transparenten u.a. mit dem Luxemburg-Zitat: »Freiheit ist auch immer die Freiheit des Andersdenkenden« teilnehmen. In Folge der Verhaftungswelle der STASI kam es im kirchlichen Rahmen zu einer für DDR-Verhältnisse ungewöhlich breiten Solidarisierungswelle mit mehreren tausend Menschen. Das »Problem« der Verhafteten wurde danach seitens der SED mit willkürlichen Verurteilungen wegen Demonstrationsteilnahme sowie in Kooperation mit der BRD durch erpreßte Ausweisungen einer Reihe von Oppositionellen »gelöst«.

25 Wer sich näher mit der Frage auseinandersetzen möchte, was den BRD-linken Blick gen Osten trübte, sei auf die diesbezüglichen Kapitel im Buch von Michael Schneider: »Die abgetriebene Revolution«, Berlin 1990 verwiesen. Die in diesem Zusammenhang diskutierten Stichworte vom »Bann der NS-Vergangenheit, der Aura des Antifaschismus, negativer Patriotismus und einäugiger Antikapitalismus« vermögen in dem ansonsten zahnlos-selbstzufriedenen Buchtext des kritisch-liberal gewordenen Alt-68ers durchaus einige Erklärungskraft zu beanspruchen.

26 Dies geschah auf einem Fugblattext der Gruppierung ›Radikale Linke‹ zu einer Demonstration gegen die Wiedervereinigung im Mai 1990 in Frankfurt

27 Eine polemische Streitschrift gegenüber einer den tasächlichen Weltmarkt-Verhältnissen unangemessenen, ja geradezu blinden Politik einer bundesdeutschen Linken in Sachen DDR und Vereinigung findet sich in dem Buch von Robert Kurz: »Honeckers Rache«. Wenn man bereit ist in dem Text über einige Zynismen hinwegzulesen, handelt es sich um einen außerordentlich anregenden, d.h. im besten Sinne provozierenden Text. Es bleibt allerdings rätselhaft was uns Kurz mit der von ihm drohend an die Wand gemalten »Verkreuzbergerung« und das auch noch als »Krisenperspektive« der BRD sagen möchte. Robert Kurz sollte nicht immer soviel Fernsehen gucken.

28 Zitiert aus TAZ vom 8. und 9. 2. 1991

29 Diese Äußerung fiel auf der Weltenergiekonferenz in Montreal. Zitiert aus TAZ vom 13.8.91

30 Diese Überlegungen wurden weitgehend aus einem Aufsatz von Mohssen Massarat: »Über die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Hintergründe des Golfkrieges« aus der Frankfurter Rundschau vom 9./10.10. 1990 entnommen. Das von den Petro-Oligarchien zwischenzeitlich im Westen angelegte Kapital wird auf mindestens 270 Mrd US-Dollar geschätzt.

31 In Diskus Nr. 1/1992

32 Zitiert aus TAZ vom 24.4.91

33 Diese Feststellung beinhaltet keineswegs einen beschönigenden Unterton, dessen was die militärische Führung der USA natürlich unter anderen Vorzeichen und ohne Skrupel bereit wäre zu tun. So konnte beispielsweise im Herbst 1989 während der Invasion in Panama, zwecks Ergreifung des jahrzehntelang vom CIA protegierten Drogenhändlers Noriega, infolge der gleichzeitigen Ereignisse in Osteuropa von der Weltöffentlichkeit weitgehend unbeachtet, eine massive Bomardierung der Armutsviertel mit mehreren tausend Toten in Panama durchgeführt werden.

34 Zitiert aus TAZ vom 21.1.91

35 Joachim Hirsch in ›links‹ 3/91

36 Siehe hierzu das Editorial in der Frankfurter Studentenzeitschrift »Diskus« Nr. 1/ Februar 1991

37 Siehe hierzu besonders die Sondernummer der INTERIM vom Oktober '90 unter dem Titel: »Krieg am Golf«

38 So wurde beispielsweise in Berlin im Rahmen der vor Kriegsbeginn geplanten »Bündnisdemonstration« von den Organisatorinnen nach »realistischen Schätzungen« eine Teilnahme von bis zu 10 000 Menschen erhofft; es kamen rund 100 000.

39 Zitiert aus TAZ vom 16.2.91

40 Diese Worte können im Rahmen einer kalten Analyse dessen gesagt werden, was zu der Zeit des Golf-Krieges tatsächlich passiert ist. Sie werden nicht im Lichte dessen geprochen, was in der damaligen Situation mit ihren ganzen Unklarheiten von den ihr unmittelbar ausgesetzten Menschen erhofft oder befürchtet werden mußte. Wie würde man wohl selber als Mensch jüdischen Glaubens reagieren, wenn man knapp 50 Jahre nach den deutschen Vernichtungslagern durch die nach Halabja außerordentlich realistische Drohung des Faschisten Saddam Hussein ausgrechnet durch Giftgas ermordet zu werden von der eigenen traumatischen Geschichte eingeholt wird ?

41 Siehe hierzu wiederum das Editorial des »Diskus«, Nr.1. Februar 91. Man könnte noch sehr viel mehr Worte zu den Gründen des Kehrtschwenks dieser deutsch gewordenen Intelligenzia verlieren, die sich in den Stichworten Individualisierung, Perspektivlosigkeit und geschäftstüchtiger Korruption andeuten. Aber diese Bemerkungen könnten nur den Ärger eines - in diesem Fall manchmal - zu viel Müll lesenden Schreibtisch-Autonomen illustrieren, anstatt die letztlich nur relative Bedeutung dieser intellektuellen Blödmänner auf den tatsächlichenn sozialen Prozeß zu erfassen. Und darüber sollte nicht vergessen werden, daß eine Bewegung niemals an ›Sündenböcken‹ scheitert.

42 Im Jahre 1986 wurde von Henryk Broder das Buch: »Der ewige Antisemit« publiziert. Dort lassen sich alle wesentlichen - teilweise geschickt entfalteten - Argumentationsfiguren von Antisemitismusvorwürfen finden, die fünf Jahre später auch gegen die Anti-Golf-Kriegs-Bewegung eine Rolle gespielt haben. Dabei fällt Broders Zynismus, als militanter Vertreter der israelischen Staatsräson, auf die Affirmation zynischer Verhältnisse selbst zurück.

43 In dem von Wolfgang Schneider herausgegebenen Buch: »Vernichtungspolitik«, Hamburg 1991 findet sich, angelehnt an die in mehreren Beiträgen von Susanne Heim und Götz Aly entwickelte These einer mutmaßlichen Rationalität der Konzentrationslager im Rahmen einer kalkulierten rassistischen NS-Bevölkerungspolitik, eine kontroverse Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im faschistischen Deutschland. Abgesehen davon, daß Heim/Aly das Verdienst gebührt, den Blick auf die bislang unbeachtete, jedoch bedeutende Rolle der planenden Intelligenz bei der Massenvernichtung in Polen und Osteuropa gelenkt zu haben, erscheint es mir trotzdem fraglich zu sein,ob sich Auschwitz tätsächlich in einem Konzept der »Ökonomie der Endlösung« rechnen, d.h. verstehen läßt. Leider haben es Heim/Aly in einer erwidernden Stellungnahme an ihre Kritiker versäumt, sich mit den Auffassungen Reemtsmas auseinanderzusetzen, der in Anlehnung an Hannah Arendt letztlich von einer »vollendeten Sinnlosigkeit« d.h. von einer prinzipiellen Unverstehbarkeit und Irrationalität der nazistischen Vernichtungslager ausgeht.

44 Von der Freiburger Gruppe ›Initiative Sozialistisches Forum‹ (ISF) wird in dem 1990 erschienenen Buch »Das Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolution« eine große Akribie darauf verwendet, der Neuen Linken in der BRD Antisemitismus als konstitutive Haltung zu unterstellen. Dabei ist die Fülle der von ihnen aus den letzten 25 Jahren ausgegrabenen, zum Teil gruseligen Bemerkungen, angefangen von »Judenknacks« bis hin zu ultimativ an die Adresse jüdischer Menschen in Israel aufgestellter Forderungen, sich an die arabische Bevölkerungsmehrheit »assimilieren« zu sollen, außerordentlich umfangreich. Es ist keine Frage, daß antisemitische Äuße-

rungen, die wie überall in diesen falschen gesellschaftlichen Verhältnissen auch bei Linksradikalen möglich sind, selbstverständlich der Kritik unterliegen müssen. Leider wurde das Problem des Antisemitismus von der ISF in den Golf-Kriegs-Debatten dafür benutzt, linksradikale Zusammenhänge in der BRD als »antisemitisch« im Sinne einer bequemen Festschreibung zu denunzieren, so daß sich die banale Frage aufdrängt, was eine Kritik nutzen soll, die nicht mehr auf die Einsicht des Kritisierten setzt. Um die Jahreswende 1991/92 wurde die Debatte über eine Verknüpfung des Antizionismus mit Elementen von Antisemitismus durch eine beeindruckende Stellungnahme einer Revolutionären Zelle aktualisiert. Die RZ setzten sich anläßlich der Hinrichtung des Genossen Gerd Albartus durch eine Gruppe, die sich zum palästinensischen Widerstand zählt, selbstkritisch mit ihrer eigenen Geschichte und Rolle im Verhältnis zu Israel und dem palästinensischen Befreiungskampf auseinander. Darin wird eingeräumt, daß während einer Entführung einer israelischen Passagiermaschine im Jahre 1976 von deutschen RZ-Mitgliedern eine »Selektion entlang völkischer Linien« stattfand, bei der ausschließlich Juden als Geiseln festgehalten worden waren. Siehe hierzu auch KONKRET Nr.2/1992.

45 Zitiert aus KONKRET Nr. 4/1991

46 Die Beschreibung des Zionismus als eine geschichtspessimistische Katastrophentheorie wurde einem Aufsatz von Dan Diner: »Israel und das Trauma der Massenvernichtung« aus dem Buch: »Die Verlängerung von Geschichte - Deutsche, Juden und der Palästinakonflikt«, Hg. Dietrich Wetzel, Frankfurt 1983, entnommen.

47 In Italien erinnerte ein hoher FIAT-Manager, angesichts der noch zu erwartenden Krisen an das ihm relativ erfolgreich erscheinende Verfassungsmodell eines faschistischen Sozialpaktes aus dem Italien zu Beginn der 30er Jahre. In diesem Zusammenhang ist auch die jüngste Sozialenzyklika des Papstes zu interpretieren, die weitgehend als Kritik an den Auswüchsen des Kapitalismus mißverstanden worden ist, und gleichfalls auf einen faschistischen Sozialpakt abzielt.

48 Aus TAZ vom 2.1.1992

49 Zitiert aus »Wildcat Nr. 57 Oktober/November 1991

50 Allerdings besitzen die Bilder von Hoyerswerda auch eine nicht zu unterschätzende Ablenkungs- und Entlastungsfunktion insbesondere für die vermeintlich aufgeklärtere westdeutsche Öffentlichkeit. Während große soziale Protestdemonstrationen gegen Arbeitslosigkeit und die Verödung ganzer Regionen (wie z.B. mehrstündige Autobahnblockaden durch Betriebsbelegschaften), so gut wie kein überregionales Medienecho finden, ja geradezu gezielt in einem Medien-Vakuum versenkt werden, bedeutet der mit Hilfe der Bilder von Hoyerswerda ausgestreckte westliche Zeigefinger auf die vermeintlich »rassistischen Ostdeutschen« nichts anderes als vier Finger auf die alte BRD zurückzuzeigen, wo sich die bei weitem größere Zahl von rassistischen Anschlägen und Attacken gegen ausländische Menschen ereignet hat.

51 Kohl steht mit dieser Einschätzung nicht alleine. Das zeigt eine Bemerkung eines für die Organisation der Großdemonstration gegen Ausländerfeindlichkeit am 9. November verantwortlichen Polittechnologen der Grünen Partei. Dieser wußte die bundesweit eher kümmerliche Mobilisierung von gerade mal etwas über 100 000 Menschen als Beweis dafür zu nehmen, daß es in Deutschland einen »gesellschaftlichen Konsens gegen die Ausländerfeindlichkeit« gäbe. Zitiert aus TAZ vom 11.11.91

52 In diesem Sinne kann eine von Autonomen vertretene Antifa-Analyse meines Erachtens nicht mehr hinter die »Doitschstunde«-Bemerkungen der Frankfurter LUPUS-Gruppe zurückfallen. Ihrer Kritik an den Schwächen des bisherigen autonomen Antifa-Verständnisses im Kampf gegen ein »4. Reich« ist vorbehaltlos zuzustimmen.

53 Wie sehr sich der Linksradikalismus in seinen auf den Faschismus bezogenen ›Analysen‹ zu verschätzen wußte, zeigt auch das Negativ-Beispiel der KPD in der Weimarer Republik, die Ende der 20er Jahre - d.h. lange vor dem Machtantritt Hitlers - diverse ›Faschismen‹ in ihrer Politik

auszumachen wußte - mit dem verheerenden Ergebnis, daß sie schlußendlich den SPD-Sozialfaschismus und den Brüning-Faschismus nicht mehr von dem Hitler-Faschismus zu unterscheiden wußte.

54 Eine ansprechende Kritik an einem derartig in autonomen Kreisen verwendeten unzulänglichen Faschismusbegriff, findet sich in der Zeitschrift ›Kritik und Krise‹ aus Freiburg, Heft 2/3 1990.

55 Dabei ist in dieser Debatte zu berücksichtigen, daß im Verlauf der 80er Jahre ein traditioneller Antifaschismus auch deshalb von der herrschenden politischen Klasse in der BRD integriert werden konnte, weil die Nazis immerhin den Zweiten Weltkrieg verloren haben und es seitdem in den das System der BRD repräsentierenden Schichten als Grundkonsens angesehen wird, daß von deutschem Boden nie wieder ein verlorener Krieg ausgehen soll.

56 Dieses Zitat sowie die zuvor im Text erfolgten Bemerkungen verdanke ich einem Aufsatz von Birgit Rommelspacher: »Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft - Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften« abgedruckt in: 1999 Heft 2/91

57 Zitiert aus Konkret Nr. 11 / 1990

58 Der Aufsatz von Alex Demirovic: »Vom Vorurteil zum Neo-Rassismus - Das Objekt ›Rassimus‹ in Ideologiekritik und Ideologietheorie« findet sich in: »Die Freundliche Zivilgesellschaft«, Berlin – Amsterdam 1992. Es erscheint den theoretischen Problemen des Themas fast angemessen zu sein, daß dieser Aufsatz schwierig zu lesen ist; gleichwohl ist er zugleich auch sehr anregend. In ihm werden verschiedene Interpretationsvarianten und Erklärungsansätze von »Rassimus« vorgestellt und zugleich deren Grenzen beleuchtet.

59 Demirovic a.a.O.

60 Der von Klaus Viehmannn und GenossInnen verfaßte Text: »Drei zu eins - Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus« findet sich in dem Buch: »Metropolen(gedanken) & Revolution?«, Berlin – Amsterdam 1991

61 Ein Teil der Probleme ist dem banalen Umstand geschuldet, daß an der Demonstration in Hoyerswerda nicht 40 000 Menschen - was immer noch zuwenig gewesen wäre - sondern gerade einmal der zehnte Teil davon teilnahm. Das was sonst für autonome Zusammenhänge an Auseinandersetzungen mit reformistischen Organisationen zu führen gewesen wäre, erübrigte sich mangels deren Anwesenheit an diesem Ort, so daß man ganz auf sich selbst zurückfiel. Gerade Momente einer relativen Isolation bergen jedoch immer auch die Gefahr, sich gegenseitig zu zerfleischen. Und das vor allem dann, wenn nicht mehr die Möglichkeit existiert, die eigenen Widersprüchlichkeiten über das Verhalten von anderen, d.h. fremden Gruppen zu integrieren. So ist es denn auch kein Wunder, wenn in den ab INTERIM Nr. 163 ff. geführten Auseinandersetzungen über den Demoablauf, die in vieler Hinsicht für alle Beteiligten zu erlebenden sehr bewegenden Momente dieser Demo, wie beispielsweise das demonstrieren auf einem völlig unbekannten und zuvor als vollständig als feindselig vermuteten Terrain, so gut wie keine Rolle spielten. Die Begegnung mit der widersprüchlichen Realität in Hoyerswerda u.a. auch durch die zuvor nicht vermutete Demoteilnahme und Unterstützung von dort lebenden Menschen, waren kaum einer Erwähnung geschweige denn weiterer Überlegungen wert. Die Kritiken entzündeten sich im wesentlichen an den Schwächen innerhalb des Mikrokosmos der Demostrukturen aus Kreuzberg und waren in der Regel von einseitigen Schuldzuweisungen an die ein oder andere Adresse geprägt.

62 Vgl. hierzu die beiden Aufsätze aus dem Jahre 1988 in der DKP-Theoriezeitschrift »Marxistische Blätter«, Ausgabe Nr. 1 unter dem Titel: »Die Autonomen«, sowie der Aufsatz in der außenpolitischen Zeitschrift der DDR ›Horizonte‹ unter dem Titel: »Chaoten, Gewalttäter und Straßenmob?«.

63 Diese Bemerkungen wurden einem spannenden Aufsatz in der ›Wildcat‹ Nr. 42, Herbst 1987: »Thesen zum Häuserkampfzyklus 85/86 und zur ›Stadtteilpolitik‹« entnommen.

64 Aus dem »Konzept Stadtguerilla«, April 1971

65 Dies gilt für Autonome genauso, wie es schon immer für die Grüne-Staatsbürger- und Mittelschichts-Partei galt, die mit Hilfe eines ökologischen Katastrophendiskurses zunächst nicht von so antiquiert erscheinenden »Klassenfragen« oder gar einem »revolutionären Subjekt« sprechen wollte. Etwas mehr als zehn Jahre nach ihrer Gründungsphase ist diese Partei ein politisches Artikulationsinstrument, bestehend aus einem sozialen Kern von Mitgliedern eines technokratischen Ökologiemangements, von reaktionären Umweltschützern und von genuß- und bereicherungssüchtigen Kleinbürgern und ›Citoyens‹ geworden. In höchste Regierungsposten aufgerückte grüne Parteipolitiker erklären sich zwischenzeitlich selbst mit Hilfe des staatlichen Gewaltmonopols und Expertenstäben aus Adminstration und Kapital, zum Subjekt politischer Veränderungen.

66 Der Text »DREI ZU EINS - KLASSENWIDERSPRUCH, RASSISMUS UND SEXISMUS« wurde in dem Buch »Metropolen(gedanken) & Revolution?« abgedruckt. Dieser Text bemüht sich um eine Verknüpfung von theoretischen Überlegungen und Beschreibungen gesellschaftlicher Praxis anhand einer Diskussion zu einem mit den Fragen des Patriarchats und Rassismus durchdrungenen Klassenbegriffs. Er hat mittlerweile eine weite Verbreitung innerhalb der autonomen Scene erfahren. In der Wildcat-Ausgabe Nr 57/1991 wurde eine sowohl kritische als auch anregende Entgegnung zu diesem Text unter dem Titel: »Drei zu Eins - Für wen?« verfaßt.

67 Diese Fesstellung wurde in der Wildcat-Ausgabe Nr. 44 vom April 1988 mit Blick auf die Stahlarebeiter-Auseinandersetzungen in Rheinhausen getroffen.

68 In einem Interview im Arbeiterkampf vom 26.6.1989

69 Diesen markanten Begriff habe ich aus einem Buch von Georg Füllbert über die Geschichte der KPD und DKP in der BRD geklaut.

70 Man lese sich noch einmal daraufhin die entsprechenden Passagen des im Frühjahr ’87 von Lupus aus Frankfurt verfaßten Papieres: »Autonome Bewegung: Langlauf oder Absturz?« durch.

71 Es wäre borniert anzunehmen, daß die Frage der ›Jugendlichkeit‹ und Fluktuation in der Geschichte des deutschen Linksradikalismus einzig und allein die heutigen Autonomen betreffen würde. Bereits die KPD in der Weimarer Republik war hinsichtlich ihrer Zusammensetzung sowohl der ›Basis‹ bis hinauf in ihre mittlere Leitungsebene in einem erheblichen Ausmaß von ähnlichen Problemen betroffen. Auch wenn die Sozial- und Gesellschaftsstruktur des Deutschlands Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre unwiderruflich untergegangen ist, und von daher Vergleiche nur mit vielen Einschränkungen und mit großer Vorsicht gemacht werden können, so ist es doch in einer historischen Betrachtung des Linksradikalismus immer wieder spannend sich die Geschichte der KPD in der Weimarer Republik zu vergegenwärtigen. Die Information über die große Fluktuation innerhalb der KPD-Mitgliedschaft wurde aus einem Aufsatz von Hermann Weber: »Zur Politik der KPD 1929-33« aus dem Buch von Manfred Scharrer (Hg.): »Kampflose Kapitulation - Arbeiterbewegung 1933«, Reinbek 1984 entnommen. Darüber hinaus ist das Buch von Ossip Flechtheim: »Die KPD in der Weimarer Republik von 1918-33«, Frankfurt a. Main, 1969, zu empfehlen.

72 Deshalb ist auch VAL zuzustimmen, wenn der die autonome Scene als eine Art »Durchgangsstation« für viele Leute beschreibt.

73 Diesmal wird sogar aus dem DUDEN, S. 514 zitiert

74 Für die ›Partei›-Diskussion wurde aus dem »Diskussionspapier zur Autonomen-Organisierung« von der Autonomen Antifa (M) Göttingen, nachzulesen in der INTERIM Nr. 161 vom 19.9. 1991, sowie dem Papier »Soziale Revolution gegen Großdeutschland« aus Rhein-Main zitiert, welches sich in der INTERIM Nr 167 vom 31. 10. 1991 nachlesen läßt.

75 Das »Hanna Cash«- Papier findet sich in der INTERIM Nr. 138 vom 14. März 1991 abgedruckt.

76 In diesem Sinne äußerte sich beispielsweise der damalige SPD-Parteivorsitzende Jochen Vogel.

77 Siehe hierzu auch das Plädoyer der BAW in dem Prozeß gegen Henning Beer: »Ausführlich lobte die Anklage ihren Kronzeugen, der »tiefe Einblicke in die Struktur, Logistik und Willensbildung der RAF« gewährt habe. Befriedigt bezeichnete Kurth (der Vertreter der BAW) die während des Prozesses beschriebene »hierachische« Entscheidungsstruktur der RAF als Beweis dafür, daß der Anspruch der RAF »selbstbestimmte Lebensform« zu sein, als »verlogen demaskiert« worden sei.« Zitiert nach einem TAZ-Artikel vom 27.6.91

78 Die Beispiele beziehen sich u.a. auf die Aussagen Henning Beers aus der Zeit der frühen 80er Jahre, die gegenüber Sieglinde Hoffman und Ingrid Jakobsmeyer, die aktuell »nur« Zeitstrafen abzusitzen haben zu neuen Haftbefehlen führten, sowie auf die von Sigrid Sternebeck im SPIEGEL Nr 33/1990 verfaßte »Lebensbeichte« und das Fernsehporträt von Werner Lotze

79 Die Erklärung Helmut Pohls wurde zitiert aus dem ›Arbeiterkampf‹ vom 17. 9. 1990

80 Vielleicht steht die Geschichte des Peter J. Boock beispielhaft für die Praxis der RAF in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. Während er noch zu dieser Zeit im Gruppenprozeß eine außerordentlich aktive und zum Teil dominierende Rolle spielte, stellte er nach seiner Verhaftung 1980 seine Verteidigungslinie ganz auf eine passive Mitläufer- und Opferrolle ab. In diesem Zusammenhang konnte er nicht ohne Erfolg die Unterstützung von liberalen Linken im Rahmen einer »Unschuldskampagne« funktionalisieren. Mittlerweile ist nach einer Reihe von Aussagen von Ex-RAF-MitgliederInnen aus der DDR mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß er über zehn Jahre lang diejenigen UnterstützerInnen angeschmiert und belogen hat, denen er zuvor seine »Unschuld« versichert hat. Wie dem auch sei: Auf jeden Fall wäre die selbstkritische Aufarbeitung dessen, was in den 70er Jahren die kollektive Gruppenpraxis der RAF unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen gewesen ist, durch diejenigen GenossInnen die weiter auf einer Sytemgegnerschaft beharren, für diejenigen in Zukunft wichtig, die auch aus diesen Erfahrungen lernen müssen um sich weiter gegen die Verhältnisse bewegen zu können.

81 Siehe hierzu auch den Beitrag : »Die TAZ lügt und wir müssen dran glauben« im ›Schwarzen Faden‹ Nr.3/1990

82 Zitiert aus einem Bericht des Tagesspiegel vom 18.11.90

83 In den zwischenzeitlich erfolgten RAF-Kronzeugenverfahren wurde schon mal der Vorwurf der Beteiligung an den im Jahre 1977 auf die BAW versuchten Raketenwerferanschlag beteiligt gewesen zu sein, als »unwesentliche Nebenstrafttat« eingestellt. Der Strafrahmen in den Verurteilungen bewegte sich zwischen 6 bis 12 Jahren, von denen die Kronzeugen allenfalls die Hälfte im Knast zu freundlichen Bedingungen abzusitzen haben. Und da sag‹ noch einer, daß sich juristisch als Mord verurteilte Taten bei einer Kronzeugenregelung nicht rechnen würden...

84 Vgl. hierzu den entsprechenden Bericht der TAZ vom 20.11.90 über eine Veranstaltung der Vereinigung Berliner Rechtsanwälte mit Generalbundesanwalt Stahl. Dort ist auch die Information zu entnehmen, daß seit der diesbezüglichen Anderung des § 129 a im Jahre 1976 damit bislang 4380 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sind.

85 So wurden im Jahre 1988 in Stammheim drei GenossInnen aus der Düsseldorfer Kiefernstraße hauptsächlich auf Grundlage eines sogenannten Schriftgutachtens des Hamburger ›Sachverständigen‹ Ockelmann rechtskräftig verurteilt, der zwischenzeitlich selbst von seinen eigenen Standeskollegen und auch von BKA-Gutachtern als wissenschaftlich unfähig qualifiziert wird. Ein Grund für diese hanebüchenen Verurteilungen könnte auch in der von den Angeklagten zum Zeitpunkt ihres Strafprozesses verfolgten Prozeßstrategie gelegen haben, die es ihnen verunmöglicht hat sich auch als Opfer perfider und juristisch völlig unhaltbarer Konstruktionen öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Die politischen Manifestationen der Angeklagten wurden jedenfalls von der Staatsschutzjustiz dankbar als ›weitere Indizien‹ zur Begründung einer Verurteilung aufgegriffen.

86 In der empfehlenswerten, Frankfurter Studentenzeitung ›Diskus‹ Nr.4 Dezember ›90 findet sich ein sehr spannender Artikel über eine Ringvorlesung an der Hamburger Universität über die Theorie und Praxis des Paragraphen 129a. Er stellt u.a. mehrere Interpretationsvarianten vor und beleuchtet dabei zugleich deren Grenzen. Darüber hinaus versucht er diese Überlegungen in die aktuell laufenden Auseinandersetzungen um die Fragen der Solidaritätsarbeit zu bestimmten Prozessen einzubinden. Leider hat dieser Artikel keinen Eingang in das 1991 aus dem gleichen Zusammenhang von einer Redaktionsgruppe unter dem Namen »wüster haufen« veröffentlichte Buch »Aufruhr« gefunden, welches sich unter verschiedenen Aspekten um eine umfassende Darstellung der gesamten Problematik bemüht.

87 Noch 1977 brachten die ML-Gruppen gemeinsam bis zu 20 000 Menschen »unter ihren Parolen« auf die Straße. Schon 3-5 Jahre später hatten sie sich zum größten Teil aufgelöst, und sich in alle Winde verstreut. Die noch übriggebliebenen Reste führen seitdem ein, im Vergleich zu den 70er Jahren, kümmerliches, sektiererisches Schattendasein. Wenn man sich manche Autonomen-Flugblätter Ende der 80er Jahre so durchliest, kommen einem manchmal Assoziationen, daß ihnen eine ähnliche Entwicklung drohen könnte. Da jedoch derartige Flugis glücklicherweise zumeist noch nicht einmal von den eigenen Genossen gelesen, geschweige denn diskutiert werden, scheint sich der Schaden bislang noch in Grenzen zu halten ...

88 Für eine Diskussion über zu erwartende, weltweite Entwicklungstendenzen der kapitalistischen »One World« sei auf die beiden Bücher von Georg Füllberth: »Sieben Anstrengungen den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen«, Hamburg 1991 und Robert Kurz: »Der Kollaps der Modernisierung - Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie«, Frankfurt 1991, hingewiesen. Während ersterer zu mechanistisch argumentiert, schlägt letzterer mit der Big-Bum Krisenprognose gleich das Faß mit dem Boden aus. Daß sie also beide nicht Recht haben, ändert aber nichts daran, daß sie einen spannenden weiten Blick über die Gründe des Scheiterns des realen Sozialismus und daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen gewagt haben.

Die Autonomen machen keine Fehler – sie sind der Fehler!

Heinz Schenk

Wir sind doch kein Kampagnenheinz!

I.

Die Geschichte der autonomen Bewegung ist die von Kampagnen. Auch wir haben dabei gehofft, aus Ein-Punkt-Bewegungen zur kontinuierlichen Politik kommen zu können. Trotzdem wir dieses Konzept seit der Anti-AKW-Bewegung 86 für gescheitert erachteten, haben wir uns dann zähneknirschend mangels Alternative z.B. an IWF- und Shell-Kampagne beteiligt, obwohl wir deren baldigen Absturz vorausahnten. Wir hielten eine ungenügende Praxis für besser als gar keine.

Mit diesem Beitrag nehmen wir erstmals gegen die neuesten Kampagnen Stellung. Wenn wir Beispiele anführen, dann vor allem die Anti-Olympia-Kampagne, sinngemäß trifft unsere Kritik aber auch z.B. auf die WWG- und Flüchtlingskampagne zu.

Dabei haben wir nichts Grundsätzliches gegen eine Olympia-, Flüchtlings- oder WWG-Kampagne einzuwenden, sie müßten aber Resultat strategischer Diskussionen sein und nicht deren Ersatz.

II.

Eine politische Bewegung muß sich eine gesamtgesellschaftliche Analytik erarbeiten – und dazu in permanentem öffentlichen Austausch (soweit es die Repression erlaubt) sowohl untereinander als auch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen stehen. Aus dieser Analyse heraus muß sie den jeweiligen Bedingungen gemäß die Mittel bestimmen und Schwerpunkte festlegen.

III.

Die autonome Praxis sieht bekanntermaßen anders aus. Eine gesamtgesellschaftliche Analyse findet im großen und ganzen weder untereinander noch im Austausch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, weder öffentlich noch unter der Hand statt – allenfalls noch im eigenen Kleingrüppchen, die für sich genommen aber kaum politisch handlungsfähig sind geschweige denn gesellschaftliche Relevanz erlangen können.

IV.

So bleibt immer wieder das Warten auf äußere Ereignisse – auf Großprojekte, Treffen von politischen Gegnern, angreifenden Faschos, Häuserräumungen. Eigentlich müßten wir unseren jeweiligen Gegner doch mal zum Essen einladen oder ihm zu Ehren eine Kiezdisco geben: wie langweilig wäre der Herbst 88 ohne IWF gewesen, wie langweilig München ohne WWG 92 und wie langweilig ist das Leben in manchen besetzten Häusern ohne den Überfall der Bullen.

Wo im Grunde alle erleichtert sind über den Anlaß zum Demonstrieren, obwohl sie sich nach außen darüber beschweren, wird es schizophren. Beschäftigungstherapie ist aber keine politische Perspektive.

V.

Wo sowohl Anlaß als auch Form (möglichst militant auf allen Ebenen) der Politik feststehen, entsteht notwendigerweise ein instrumentelles Verhältnis zur Theorie. Theorie dient nur noch der Absegnung der zuvor schon beschlossenen Praxis. Dies führt zu einem reduzierten Theorieverständnis: Theorie ist nicht mehr das Beschreiben gesellschaftlicher Verhältnisse und daraus folgender Interventionsmöglichkeiten, sondern bloße Beschreibung der Machenschaften des Feindes. Sogar bloßes Faktenaufzählen wird noch als Theorie bezeichnet. Konsequenterweise setzt sich denn auch der selbstentlarvende begriff »Inhalt« durch: das Gefäß ist bereits gegeben, es muß nur noch mit Inhalten gefüllt werden. Worin diese bestehen ist letztlich beliebig, nur die Form nicht.

Wir glauben, daß auch genau mit diesem falschen Verhältnis von Theorie und Praxis unsere berühmt-berüchtigten Schweige-VVs zusammenhängen. Wer die Praxis schon beschlossen hat, also nicht mehr strategisch diskutieren kann, dem bleiben nur noch die technischen Details: die beliebten Diskussionen Spalier ja-nein, Vermummung ja-nein etc.

VI.

Wir lehnen die Kampagnen aus mehreren Gründen ab: aus politischen und persönlichen. Unsere persönlichen Gründe sind aber verallgemeinerbar und damit ebenso politisch.

Aus gemachten Erfahrungen nicht lernen zu können, gemachte Fehler immer wieder machen zu müssen, weil schlicht kein Forum besteht, um Erfahrungen jenseits von Manöverkritik diskutieren zu können, nicht mehr über das Ob, sondern nur noch das Wie einer Kampagne diskutieren zu können: das ist ein- oder zweimal persönlich zumutbar. Danach helfen auch die Schilderungen des Feindes in den wildesten Farben nicht mehr.

Zudem ist diese Politik vollkommen ungeeignet, das gesellschaftliche Objektverhältnis der einzelnen aufzuheben; im Gegenteil, sie verstärkt sie noch: da die Politik nicht aus selbstbestimmten Ansatzpunkten entwickelt wird, sondern sich lediglich der Strategie des Feindes entgegengestemmt wird, werden wir selbst in unserer Politik noch Opfer ihrer Pläne und zeitlichen Vorgaben. Auch ein Fisch, der an der Angel zappelt und sich wehrt, ist Objekt des Anglers.

Auch sind wir nicht mehr bereit, politische Fehler durch subjektiv erhöhten Einsatz auszugleichen. Wenn es politisch nicht erwünscht wird, wie jetzt vom autonomen Teil der Anti-Olympia-Kampagne, intensive Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, so daß wirklich Zehntausende auf den Beinen sind, gehen wir nicht trotz Bauchschmerzen zur Demo, nur damit es nicht so kläglich aussieht. Das führt nur zur Bestätigung der These, daß es ausreiche, in der Szene zu mobilisieren.

Politisch scheint uns die Praxis mittlerweile nicht mehr nur unzureichend, sondern falsch bis kontraproduktiv. Als unzureichend würden wir beispielsweise eine radikale Praxis bezeichnen, die sich lediglich auf einen Teilbereich (Internationalismus, Knast etc.) erstreckt, aber nicht oder kaum an einem gesamtrevolutionären Projekt arbeitet. Hier sagen auch wir: lieber eine solche Praxis als gar keine.

Eine Politik aber mit gesamtrevolutionärem Anspruch, die statt strategischer Diskussionen krampfhafte Suche nach Anlässen betreibt, die im Wunschdenken befangen ist und damit Illusionen produziert (»vielleicht klappt bei dieser Kampagne ja doch der Sprung zur Kontinuität«), die nicht zur Aneignung politischer Begrifflichkeiten, sondern zur politischen Unfähigkeit führt, kann langfristig nur nach hinten losgehen, selbst wenn z.B. Olympia gekippt werden kann. Wir stellen denn auch eine schädliche Dauerwirkung von Kampagnenpolitik fest: Es bleibt zwar eine Ahnung von der eigenen Hilflosigkeit, aber es fehlt jegliches Instrumentarium, diese zu erklären oder sich Politik überhaupt anders vorstellen zu können. »Wir machen jetzt mal eine Kampagne; wir wissen zwar, daß dies nicht das optimale ist, aber uns fällt nichts anderes ein« ist eine politische Bankrotterklärung.

VII.

Wer den Feind nur in dessen Offensiven beachtet und angreift, programmiert die Niederlage vor. Das Ansetzen am stärksten Punkt führt nur höchst selten zu Erfolgen. Selbst wo diese erzielt wurden, stellen wir ein merkwürdiges Desinteresse an ihnen fest. Da der Feind ja immer irgendwo in der Offensive ist, wird der Erfolg kaum registriert geschweige denn genutzt, sondern sofort zum nächsten

Punkt übergegangen. (Registriert werden lediglich militärische Erfolge wie 1. Mai 87, 89; diese werden zu Mythen). Eine solche Politik, die nie Fortschritte verzeichnen kann, muß zur Demoralisierung oder schlimmeren psychischen Störungen führen. Das Bild von der Allmacht des Feindes wird so bestärkt. Eine politische Theorie, die den Feind nur im Moment dessen Angriffs wahrnimmt, kann nur ein unvollständiges Bild der Gesellschaft liefern. Da die militante Linke dieses Bild aber für vollständig hält, wird es falsch. Die These der Faschisierung hat hier ihren Ursprung, und diese wiederum legitimiert im Nachhinein die ständige Konspirativität und führt damit zur weiteren Abschottung von der Realität. Ebenso legitimiert sie die Unterschätzung jeder anderen Aktionsform als der des direkten Angriffs. So werden ganze Themenbereiche, in denen erstmal kaum die Aussicht auf direkte Aktionen besteht, den ReformistInnen überlassen (z.B. Gesundheit, Arbeits-, Schul- und Unikämpfe). Folge davon wiederum ist eine Politik an den eigenen Bedürfnissen vorbei, da nicht dort angesetzt wird, sondern an den Punkten, an denen gerade ein militanter Angriff möglich erscheint. Unter anderem damit ist auch das geringe Interesse an Erfolgen in den laufenden Kampagnen zu erklären.

VIII.

Zudem ist die autonome Kampagnenpolitik eine des faktischen Reformismus.

Seit dem letzten Höhepunkt der Anti-AKW-Bewegung war es nicht zu übersehen: das autonome Konzept, in Teilbereichsbewegungen durch militantes Eingreifen zu intervenieren, sie vom riot zur Revolution und vom Ein-Punkt-Aufstand zum Aufstand gegen das ganze »System« zu führen, war gescheitert. Stattdessen waren die Autonomen zum bewaffneten Arm der Grünen geworden.

Während die Autonomen trotz oder gerade wegen (denn dann fiel der Anlaß weg, das Bewegungloch trat ein) der auch durch ihren Einsatz erkämpften Teilerfolge aus den Kämpfen desolater hervorkamen als sie in diese hineingegangen waren, kletterten die Grünen in den Prozentpunkten nach oben und wurden von der Ein-Punkt-Partei zur gesamtgesellschaftlich handelnden Kraft. Die Autonomen sorgten für Schlagzeilen, für politischen Druck, während die Grünen politisch konkrete Konzepte vorzuweisen hatten und es verstanden, die an den Kämpfen Beteiligten in längerfristige politische Arbeit einzubinden.

Historisch betrachtet ist dies ja keine neue Konstellation: Immer wieder hat es Massenbewegungen gegeben, die von Führern/anderen gesellschaftlichen Kräften für deren Ziele benutzt wurden. Dies war Folge davon, daß die Massenbewegungen aufgrund ihrer Klassenlage keine eigenen politischen Konzepte entwickeln konnten. Neu ist bloß, daß die Autonomen diese immer wieder aus der

Not geborene Situation als politisches Rezept zu verkaufen versuchen und somit freiwillig die Masse stellen, auf deren Rücken Geschichte gemacht wird. Und dies, obwohl sie aufgrund ihrer materiellen Situation durchaus in der Lage gewesen wären, eigene Konzepte zu entwerfen.

Was sind in den Jahren nach 86 nicht für Verrenkungen unternommen worden, um den Ruf des de-facto-Reformismus-trotz-revolutionärer-Verpackung zu entfliehen:

– der Themenbereich »Ökologie« wurde aufgegeben, da die ReformistInnen hier am durchorganisiertesten waren;

– andere Themenbereiche wurden verstärkt aufgegriffen: Flüchtlinge, Umstrukturierung etc., da man/frau hoffte, daß die ReformistInnen hier nicht das Feld besetzen könnten;

– Abgrenzungswut gegenüber einzelnen Analysen der ReformistInnen und Entgegenhalten vermeintlich radikalerer, weil den Feind für schlimmer erklärender Thesen. So halten wir die ökonomistisch-machtstrategisch analysierende Golfkriegsparole »Kein Blut für Öl« für realistischer als den Versuch, den Golfkrieg als »Vernichtungskrieg gegen die arabische Bevölkerung« zu interpretieren. Der Versuch, sich von den ReformistInnen statt in der gesellschaftlichen Perspektive in der Analyse einzelner Planungen des Feindes abzugrenzen, führte zur Verschwörungstheorie, die sich durch nichts belegen ließ:

– die Ablehnung, überhaupt noch konkrete Forderungen zu stellen (»Wir sind einfach nur da«)

– das Ablehnen jeglicher Bündnisse mit ReformistInnen bzw. mit allen, die nicht zur militanten Linken gehören.

Das Ergebnis ist gleich null.

Entweder man übte sich in praktischem Existenzialismus und konnte jenseits des unmittelbaren Angriffsziels einer Randale kein politisches Ziel mehr benennen (s. 1. Mai), was letzten Endes den Verlust der politischen Ebene überhaupt bedeutet. Oder man/frau mußte die Erfahrung machen, daß Reformismus keine Frage des Themas ist und jedes Thema letzten Endes reformistisch zu besetzen ist. Folge war dann doch wieder die alte Arbeitsteilung, wie sie schon jetzt in der Olympia-Kampagne präsent ist: die Autonomen machen den Putz auf der Straße und allenfalls noch eine Veranstaltung im »Ex« für die, die eh schon Bescheid wissen, die AL/Bund Naturschutz etc. machen öffentliche Diskussionen, Pressearbeit usw. und interpretieren damit auch die Aktionen der Autonomen gegenüber der Presse (»Polizei wollte Ausschreitungen herbeireden«).

Nachdem die ausdrückliche Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit mit ReformistInnen in der IWF-Kampagne 88 ebenso gescheitert war wie die inten-

sive Bündnispolitik bis 86, existiert jetzt überhaupt keine Linie mehr: jede Gruppe betreibt Bündnispolitik nach ihrem eigenen Gutdünken und mit einer gewissen Beliebigkeit. Das Ergebnis der Olympia-Kampagne wird sein: Die AL wird gestärkt aus der Konfrontation hervorgehen, die sie braucht, um ihren zwangsläufigen Image- und Profilverlust durch die Koalition wieder wettzumachen. Die Autonomen werden am Ende wieder ratlos auf den nächsten Anlaß zu militantem Vorgehen warten, allenfalls werden sie die personellen Verluste ausgeglichen haben, die sie ihre Politik immer wieder kostet. D.h. die AL geht auf jeden Fall politisch gestärkt aus der Kampagne hervor, die Autonomen nicht einmal dann, wenn sie ihr unmittelbares politisches Ziel, die Olympia-Verhinderung, durchsetzen sollten.

IX.

Die kurzatmige Kampagnenpolitik ist Folge der Weigerung, die Organisationsdebatte zu führen. »In ihrer Plan- und deswegen Perspektivlosigkeit verstellt uns die ›Szene‹ als Organisationsform das Gefühl des Vorankommens (es sei denn, die Bewegungsdynamik verschafft uns dieses Gefühl auch ohne unser Zutun). Meine These ist deswegen, daß es gerade in Bewegungstiefs gerade für uns RevolutionärInnen notwendig ist, über so ein abstraktes Thema wie die Organisationsfrage zu reden, weil wir anders kaum mehr als nur uns selbst wahrnehmen können und keine gesellschaftliche Relevanz erlangen werden« (Thesen zum Kulturbegriff«, INTERIM 155/1).

Auch dem Reformismus-Problem ist nicht anders beizukommen. Eine revolutionäre Bewegung kann sich nicht in der Form von Bürgerinitiativen (zumal meist klandestinen) organisieren, oder sie wird deren Ergebnisse erzielen: einzelne Projekte zu verhindern, um damit den gesellschaftlichen Normalzustand zu sichern und zu festigen.

Die politische Seismographenfunktion, die die Protestbewegungen für das System der BRD mittlerweile haben, haben auch die Autonomen. Ebenso wie diese zeigen sie gesellschaftliche Konflikte frühzeitig an, erlauben somit eine rechtzeitige Korrektur der herrschenden Linie, ohne den Konflikt bzw. das entstandene Konfliktpotential organisatorisch weiter anbinden zu können. Wenn sich reformistische Konzepte durchsetzen ist dies meistens auch eine Folge politischer Schwäche und Unfähigkeit der revolutionären Linken. Es ist keine Lösung, keine konkreten Forderungen mehr aufzustellen. Das ist Luxus für diejenigen, die Erfolge wie das Erkämpfen von weniger Miete, kein Olympia, Bleiberecht für Flüchtlinge nicht notwendig haben. Entscheidend ist, wer aus konkreten Kämpfen gestärkt hervorgeht. Dies kann jegliche politische Formation nur, wenn sie

gesamtgesellschaftliche Konzepte vorlegen kann, wenn sie in den Kämpfen beteiligte Menschen für längerfristige Arbeit gewinnen kann.

Die Kampagne wird trotz unserer Kritik stattfinden. Das ist der Konservatismus der Linken: in schlechten Zeiten, in denen sich um uns herum alles verändert, sich umso verzweifelter an das Alte zu klammern. Mindestens langfristig wird dies zum Scheitern verurteilt sein. Eine Gruppe, die sich den historischen Veränderungen nicht stellt, wird, wenn überhaupt, nur als Sekte ohne politische Relevanz weiterexistieren.

»Mit dieser Reihe von Phänomenen ist eine der wichtigsten, die politische Partei betreffenden Fragen verknüpft; nämlich, ob die Partei fähig ist, gegen die Macht der Gewohnheit und gegen die Tendenz zu reagieren, zu mumifizieren und anachronistisch zu werden. Die Parteien entstehen und konstituieren sich zu Organisationen, um die Situation in geschichtlich lebenswichtigen Momenten für ihre Klassen zu meistern; aber nicht immer verstehen sie sich, den neuen Aufgaben und den neuen Epochen anzupassen, nicht immer verstehen sie sich zu entwickeln gemäß den komplexen Kräfteverhältnissen (und den entsprechenden Positionen ihrer Klassen) in einem bestimmten Land oder auf internationaler Ebene. In der Analyse dieser Entwicklung der Parteien muß man unterscheiden: die gesellschaftliche Klasse; die Masse der Partei; die Bürokratie und den Generalstab der Partei. Die Bürokratie ist die gefährlichste gewohnheitsmäßig konservative Macht; wenn sie schließlich ein solidarisches, für sich bestehendes, sich unabhängig von der Masse fühlendes Korps bildet, wird die Partei anachronistisch und in den Augenblicken akuter Krise wird sie ihren gesellschaftlichen Inhalts entleert und bleibt in der Luft schweben.«
(Antonio Gramsci)

Heinz Schenk

Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler!!!

»Denn für die, sagt er, die keine Kraft mehr haben, gibt es bei uns keinen Platz und das weiß auch jeder. Denn die, sagt er leise, … die neu zu uns hinzukommen, meinen, sie seien die Größten. Und die, die keine Kraft mehr haben, verschwinden still und heimlich und werden nicht mehr gesehen.«
(Michael Wildenhain: Die kalte Haut der Stadt)

»Die Verbindung mit denen, die vor uns am Werk gewesen waren, war immer gleichbedeutend mit einer Eröffnung des Wegs ins Zukünftige. In diesem Sinn sind wir Traditionalisten, sagte Katz. An nichts Kommendes können wir glauben, wenn wir Vergangnes nicht zu würdigen wissen.«
(Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands)

Pünktlich zum Ende des autonomen Sommerlochs nehmen die Überfälle auf AusländerInnen an Quantität und Qualität (offene Unterstützung in Hoyerswerda) zu. Gleichzeitig wird auf der Ebene der offiziellen Politik über eine Verschärfung des Asylrechts debattiert und die Angriffe auf AusländerInnen werden als Anlaß genutzt, diese Verschärfung durchzusetzen.

Die Autonomen, die bisher noch immer einen ungefüllten Terminkalender für den Herbst hatten, reagieren wie immer bei aktuellen Anlässen wie ein aufgescheuchter Hühnerhaufen. Hektisch wird versucht, all das wettzumachen, was die Monate vorher unterblieb: Kontakte zu Flüchtlingen werden geknüpft, Verstecke für diese organisiert, Demos durchgeführt, einem Busunternehmen, das die Flüchtlinge in die Ex-DDR gegen deren Willen verfrachtet hat, mehrere Busse abgefackelt.

Politisch langfristige Konzepte werden kaum diskutiert. Stattdessen verschärfen sich die Konflikte zwischen der »aktionistischen« und der »politischen« Fraktion. (Dabei widersprechen diejenigen, die sich bei jedem Anlaß Scharmützel mit den Bullen liefern, nicht autonomer Theorie, sondern sind deren konsequenter Ausdruck: Wenn sowieso keine bewußte Planung möglich ist, taktische Zurückhaltung an einem Punkt nicht mit der langfristigen Einbindung von mehr Men-

schen in unsere Arbeit wettgemacht werden kann und auf der anderen Seite die Aktionen bei jedem Anlaß auch nicht schaden – denn auch die größten KritikerInnen kommen mangels Alternative wieder zur nächsten Demo – warum soll dann nicht jede noch so zufällig günstige Situation für militante Aktionen genutzt werden?)

Was wir damit sagen wollen: die Flüchtlingsarbeit unterscheidet sich in keiner Weise von den anderen Kampagnen der Autonomen (wie die »INTERIM« in ihrem Vorwort zu unserem »Kampagnenheinz« gemeint hat), im Gegenteil, in gewisser Weise kulminiert hier eine falsche Politik (dazu später mehr). Wir wollen keineswegs einzelne Kampagnen kritisieren, sondern die grundsätzliche Arbeitsweise (seltsamerweise haben uns diejenigen, mit denen wir über unseren Artikel gesprochen haben, weitgehend rechtgegeben, aber die Kampagne, in der sie selbst gerade mehr oder weniger zufällig stecken, davon ausgenommen). Unsere Papiere sind eine Art Austrittserklärung aus den Autonomen.

Persönliche Erklärung des halben Heinz Schenk:

Ich habe seit 6-7 Jahren Politik in autonomen »Zusammenhängen« gemacht. Die ersten beiden Jahre waren dabei typische »Jungsponti«-Jahre (chaotische Lebensweise, Tendenz zur Selbstmarginalisierung, Aktionismus). Danach war aufgrund mangelnder persönlicher Perspektiven, die aus der chaotischen Lebensweise resultierten, und häufigen Festnahmen aufgrund des Aktionismus meine Politik zum ersten Mal in eine Krise geraten.

In der Aufarbeitung hat mir dann das Frankfurter Lupus-Papier zu den Libertären Tagen 87 geholfen, die Kritik auf den Punkt zu bringen. Ich habe in den Projekten und Kampagnen, in denen ich seit 87 drin war, versucht, diese Kritik umzusetzen, d.h.: Kontinuität herzustellen, militante und andere Aktionen sowie Theorie und Praxis ins richtige Verhältnis zu setzen, Mythen abzubauen, aus dem Ghetto herauszukommen.

Diese damalige Kritik wurde und wird von einem Großteil der Autonomen geteilt. Trotzdem hat sich seit 87 bis in die scheinbaren Kleinigkeiten (z.B. Uniformzwang) nichts, aber auch gar nichts geändert. Wenn eine politische Struktur sich über Jahre hinweg gegen jede Veränderung als resistent erweist, ist sie offenbar nicht reformierbar. Sie muß auf falschen Grundtheoremen basieren, die jede Änderung verhindern. Jede immanente Kritik, die also nur die Symptome kritisiert, fördert das Weiterbestehen einer grundsätzlich falschen Politik, da sie deren Ursachen nicht erkennt. Deshalb kann unsere Kritik z.B. an der Olympia-Kampagne keine solidarische in dem Sinne sein, daß sie das Positive hervorhebt, solange die Grundrichtung nicht stimmt.

Dabei entspricht die Schärfe des Artikels weniger dem Anspruch, die Wahrheit gefressen zu haben, als der Tatsache, persönlich einfach nicht mehr so weiterarbeiten zu können. Ich habe in den letzten 6-7 Jahren irgendwo zwischen 10 und 20 Gruppen und ebensoviele Kampagnen durchlaufen. Ca. 2/3 der Leute, mit denen ich zusammengearbeitet habe, haben sich ins Privatleben zurückgezogen, einer ist vorübergehend in der Psychiatrie gelandet, einige im Suff geendet, einer hängt an der Nadel und einer hat Selbstmord begangen. Daran sind mit Sicherheit nicht nur objektive Bedingungen oder subjektives Unvermögen schuld; die autonomen Strukturen haben diese Formen der Resignation und Verzweiflung hervorgerufen oder zumindest begünstigt.

Ich selbst habe das Gefühl von Stagnation, leide zunehmend mehr unter den inneren Verhältnissen der Autonomen als unter den gesellschaftlichen Bedingungen (das ist vielleicht auch ein Privileg von weißen männlichen Mitteleuropäern). In der Arbeit ist nicht zu spüren, wofür wir kämpfen und die Tatsache, nie einmal grundsätzlich seine Fragen einbringen zu können, sondern sich immer nur aufs Neue in Kampagnen hineinstürzen zu können, nervt.

Zudem macht die autonome Geschichtslosigkeit vieles schwierig. Da das Wissen um Geschichte nicht als grundsätzliche Voraussetzung für Politik begriffen wird, existiert keine Art »kollektives Gedächtnis«, alle fangen immer wieder am Nullpunkt an. Das Einbringen von Erfahrungen muß so als Arroganz verstanden werden. Es ist nicht mal zu schaffen, die Aktionismus-Erfahrungen weiterzuvermitteln, was eine praktische Zusammenarbeit mit jüngeren GenossInnen fast immer unmöglich macht. Offenbar ist es so, daß alle individuell die Erfahrung machen müssen, daß schlecht vorbereitete Aktionen in neun von zehn Fällen zwar gut gehen, in einem aber daneben und daß sich häufende Festnahmen zur Krise und bei vielen zum individuellen Ausstieg aus politischer Arbeit überhaupt führen. Es ist unmöglich gewesen, auch nur einen einzigen Genossen vom Aktionismus abzuhalten, das haben mit schöner Regelmäßigkeit dann erst die Bullen geschafft.

Von der Weitervermittlung theoretischer Erfahrungen ganz zu schweigen. Ich weiß zunehmend auch nicht mehr, warum ich überhaupt noch theoretische Texte lese, wenn diese auf die Praxis nicht anwendbar sind.

Kurz: Würde ich so weitermachen, fürchte ich schon sagen zu können, was ich in den Jahren 1999 und 2000 mache: in denselben ghettoisierten Strukturen würde ich zur nächsten WWG-Demo 1999 fahren, 2000 gegen Olympia demonstrieren, vielleicht auch im gerade wieder »angeschlossenen Breslau Faschos jagen – von den GenossInnen von 1991 würde kaum jemand übriggeblieben sein – und die neuen und übriggebliebenen würden erklären, daß sich in

den Strukturen doch gerade wieder etwas bessert und diese Kampagne ganz anders sei. Und vor allem total wichtig, weil die Schweine doch gerade wieder ...

Vielleicht ist das Ganze ja auch »nur« ein Generations-Konflikt. Das Alter der meisten Autonomen und die Dauer ihres Engagements sprechen jedenfalls dafür, daß sie eher radikale Jugendkultur als altersübergreifende Bewegung sind und sein können. Auch ihre Kultur und Politik sind von einer spezifischen (Jugend-)phayse gekennzeichnet, der der Abgrenzung. Ich sage dies ohne Wertung. Um zu wissen, wofür wir kämpfen, müssen wir uns zunächst von dem abgrenzen, was wir ablehnen.

Nur glaube ich in den Autonomen nicht älter werden zu können. Das ich gegen die Zustände hier bin und einen revolutionären Prozeß für notwendig halte, weiß ich. Artikel, in denen zum 250. Mal die Strategien des Feindes analysiert werden, entbehren nicht einer gewissen Langeweile. Meine heutigen Fragen sind andere. Es sind die Fragen, die in den Autonomen kaum gestellt werden, weil sie glauben, es genüge gegen das jeweilige Hauptprojekt entgegenzuhalten und der Rest werde sich dann schon irgendwie irgendwann finden.

Es sind z.B. die Fragen danach, WIE ein revolutionärer Prozeß aussehen kann, die nach der Möglichkeit einer Übergangsgesellschaft, die Frage danach, was an Theorie der letzten 150 Jahre noch an Gültigkeit besitzt.

Auch kulturell habe ich mit der Autonomen-Sezene nicht mehr viel am Hut. Die Zeiten, in denen ich es für notwendig gehalten habe, in ganz schwarz und Springerstiefeln herumzulaufen, um mir selbst und allen anderen zu zeigen, daß ich auch zu den gefährlichen Autonomen gehöre, sind vorbei. Die verbissene Humorlosigkeit vieler Autonomer hat mich wichtige persönliche Beziehungen wieder außerhalb der Szene suchen lassen. Zudem bin ich es leid, meine Abweichung von der autonomen Norm ständig erklären oder gar rechtfertigen zu müssen.

Nochmal ausdrücklich: Ich verstehe dies nicht als Arroganz. Wenn es trotzdem so ankommen muß, dann ist dies genau die Folge eines nicht vorhandenen »kollektiven Gedächtnis«, die nur die Wahl läßt, entweder Erfahrungen zu verdrägen oder das Lernen aus ihnen individuell einzufordern, was dann eben als Arroganz und Besserwisserei verstanden wird. Das Problem scheinen mir nicht die Unterschiede zwischen Älteren und Jüngeren zu sein, sondern die Tatsache, daß für den Umgang mit ihnen keine vernünftige Form vorhanden ist. Ich halte es jedenfalls auch für mich für eine schlechte Lösung, mich wie manche Alt-Autonome auf das Anleiern von Kampagnen und Demoleitung zu beschränken und sich die Jungen immer wieder die Hörner an der Repression abstoßen zu lassen (»Wir brauchen euren Mut und ihr unsere Schlauheit«).

Wenn wir also autonome Politik grundsätzlich in Frage stellen, dann nicht bloß wegen deren mangelnder Effektivität, sondern weil sie ihrem ureigensten Anspruch, subjektive Emanzipation als Voraussetzung des revolutionären Prozesses (und umgekehrt) zu begreifen, nicht gerecht wird. Der im folgenden erwähnte Subjektivismus verhindert gerade die Befreiung des Subjekts.

Eine Politik, die aber ledigleich einen objektiven Faktor gegen das »System« darstellt, jedoch keine subjektive Emanzipation ermöglicht, kann zwar kurzfristige Erfolge erringen, diskreditiert aber langfristig jede linke Politik. Auch die SED war ein objektiver Faktor gegen den Kapitalismus.

Der Subjektivismus – Hilfsmittel zur Erklärung der Welt

Um zu verstehen, warum sich die im folgenden erwähnte subjektivistische Theorie bei den Autonomen entwickelte, ist ein Rückblick auf deren Geschichte notwendig. (Schon das ist schwierig genug. Da eine eigene Geschichtsschreibung nicht für notwendig erachtet wird, sind wir auf die Rekonstruktion aus alten Zeitungen, Erzählungen der wenigen Szene-«Opas und Omas« und unsere eigene politische Erfahrung angewiesen. Sicherheit kann dies natürlich nicht bieten, manches können wir nur vermuten. Zudem müssen wir, da keine klar formulierten Plattformen oder Positionen existieren, aus dem autonomen Wust das herausfiltern, was trotz aller Unterschiedlichkeit Autonome miteinander verbindet. Auch das ist nicht einfach.)

Die Autonomen entstanden Anfang der 80er Jahre v.a. im Kontext der Hausbesetzerbewegung als Erbe der Spontis. Nach dem Niedergang 82/83 blieben viele übrig, die weiterhin revolutionäre Politik betreiben wollten. Was macht eine revolutionäre Linke in schlechten Zeiten, wenn sie die kritische Aneignung marxistischer Theorie ablehnt (mit dem Hinweis auf die ML-Tradition v.a. der K-Gruppen) und damit auch Begriffe wie gesellschaftliche Bedingungen, materialistisches Denken und Dialektik verwirft? Wie stellt sie sich vor, mehr zu werden, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen?

Zum Erklärungsmuster wird der voluntaristische Subjektivismus, d.h. daß die Revolution dann stattfindet, wenn die Menschen es wollen. Für die Frage, warum sie es derzeit nicht wollen, bleiben als Erklärung nur Bösartigkeit, Repression und Verblödung durch Medien und Konsum übrig. Allenfalls kommt noch ein Schuß vulgärmarxistischer Verelendungstheorie hinzu.

Dieser voluntaristische Subjektivismus taucht bei den Autonomen in zwei Spielarten auf, die sich aber gut miteinander vereinbaren lassen:

a) bzgl. persönlichen Verhaltens: hieraus folgt die Tendenz zur Selbstmarginalisierung mit ihren Auswüchsen wie Uniformzwang, überhaupt das Herausbilden

einer weitgehend einheitlichen Subkultur in allen Bereichen (Punk gegen Klassik etc.). Neben diesen unsinnigen Versuchen, bestimmte Geschmacksfragen a priori für links zu erklären (und andere nicht) und dabei einen Konformismus zu erzwingen, der bestimmt nicht links ist, sind die ewigen persönlichen Anspruchs-Debatten Folge dieser Spielart des Subjektivismus.

Nun ist es gewiß so, daß das persönliche nicht vom politischen zu trennen ist und insofern auch persönliche Verhaltensweisen zu diskutieren sind. Problematisch ist aber, daß über allem der Anspruch auf fehlerfreies Verhalten schwebt und dabei nie die Ausgangsbedingungen der einzelnen berücksichtigt werden. Es ist einfach unsinnig, ein Verhalten einzufordern, das eben erst in einer befreiten Gesellschaft möglich ist – und nicht unter derzeitigen Bedingungen. Die Gnadenlosigkeit, mit der gegen alle vorgegangen wird, die diesen Ansprüchen nicht genügen, verhindert gerade eine Weiterentwicklung der einzelnen.

Um konkret zu werden: natürlich gibt es auch hier Grenzen für Spielräume. Vergewaltiger etc. haben in linken Gruppen nichts zu suchen. Wer aber z.B. Eifersucht zur unzulässigen Verhaltensweise erklärt, baut eine innere Repression auf, die dem einzelnen nur das permanente Gefühl ihrer Ungenügsamkeit geben kann oder zur Selbstverleugnung führt und zudem eine Thematisierung der Schwierigkeiten unmöglich macht.

Der Versuch, durch vorbildliches persönliches Verhalten die Ungerechtigkeit der Welt bekämpfen zu wollen, erinnert an christliche Methoden. Kein Wunder, daß verbissene Humorlosigkeit ihren Einzug hält und viele Autonome moralinsauren Protestanten ähnlich sind.

b) bzgl. politischen Verhaltens: Wenn gesellschaftliche Veränderung nicht von gegebenen Bedingungen abhängt, sondern vom subjektiven Wollen, und wenn die Wahl der Mittel daher nicht von der Situation abhängt, sondern das militanteste Mittel immer das beste ist, da der Staat auf dieses am heftigsten reagiert, ist der/diejenige am konsequentesten, der/die am häufigsten militante Mittel einsetzt. Das ist letzten Endes der Kern der Antiimp-These vom »Bruch mit dem System« und Ursache des autonomen Aktionsimus.

Vielleicht sind die Unterschiede zwischen der jetzigen RAF/Antiimps und den Autonomen ja auch nicht größer als in der Betonung der verschiedenen Subjektivismen: Während die RAF/Antiimps den politischen Bruch als ausreichend betrachten, legen die Autonomen genausoviel oder mehr Wert auf den subkulturellen.

So erklärt sich die autonome Ghettomentalität: Wer sich einen politischen Prozeß nicht als eine Annäherung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen bei bestehenbleibender Unterschiedlichkeit vorstellen kann, sondern glaubt, daß die

ganze Welt so werden müsse wie die eigene Szene, kann nur ein instrumentelles Verhältnis zu anderen entwickeln. Deshalb (und weniger wegen des Rassismus in uns) sind die Flüchtlinge jetzt OBJEKT autonomer Bemühungen wie es die OberpfälzerInnen 86 waren. Sie werden ebenso wie diese fallengelassen werden, wenn sich herausstellt, daß diese keineswegs beabsichtigen, Teil der Szene zu werden.

Der Subjektivismus wirkt sich aber auch zerstörerisch auf den vielbeschworenen kollektiven Prozeß aus. Im Schlepptau hat er einen Objektfetischismus, d.h. Politik ist letzten Endes kein sozialer Prozeß, sondern die Steigerung von militanten Aktionen, Demos etc. und an der Zahl militanter Aktionen und Demos läßt sich demzufolge der Reifegrad einer Linken erkennen.

Folge davon ist wiederum die These »wir kommen nur in unseren Kämpfen zusammen«, die von manchen theoretisch vertreten wird, sich v.a. aber in der praktischen Arbeit zeigt. Noch jedes Mal, wenn wir uns aus politischen Gründen an der aktuellen Kampagne nicht beteiligen mochten oder persönlich einfach nicht konnten, sind wir so gut wie vollständig aus der Szene herausgefallen. Die einzelnen werden so zum Rädchen im Getriebe, die nur dann für einen revolutionären Prozeß als wertvoll betrachtet werden, wenn sie einen »output« an Aktionen hervorbringen. Dies ist aber nichts anderes als kapitalistisches Denken, das die einzelnen nach dem Wert ihrer erbrachten Leistungen mißt und Leistung als Voraussetzung der Freiheit begreift.

Subjektivismus bedeutet den Verlust der inneren Demokratie

Die innere Demokratie (Demokratie nicht im Sinne parlamentarischer Demokratie, sondern als Möglichkeit, die Vorgänge innerhalb der eigenen Gruppen und Organisationen zu beeinflussen) ist Voraussetzung für jede emanzipative Politik. Diese ist bei den Autonomen nicht gegeben. Kritik kann nur als unverbindliche Aufforderung geäußert werden, die aber, da keine bewußte Planung möglich ist und die Formen autonomer Politik a priori gegeben sind, wirkungslos bleiben muß.

Auch dies resultiert aus dem Subjektivismus: wo es nicht mehr um die Anpassung der politischen Formen an die gesellschaftlichen Bedingungen sondern um bloße Steigerung der Leistung der einzelnen geht, ist grundsätzliche Kritik überflüssig geworden. Aus demselben Grunde waren die realsozialistischen Staaten unfähig, z.B. der Unproduktivität der eigenen Wirtschaft mit einem politischen Diskurs zu begegnen, sondern konnten diese nur dem Gegner zuschreiben und mit Appellen antworten, die eigene Leistung zu steigern. Sie unterlagen dem Fehler, ihre Form des Sozialismus nicht für eine mögliche, sondern für die immer

und zu allen Zeiten einzig mögliche zu halten. Der Versuch, sich so aus der Geschichte zu stellen, wurde mit ihrem Verschwinden bestraft. Zur Hilflosigkeit und Ohnmacht gegenüber einer als nicht veränderbar angesehenen Gesellschaft tritt damit die Hilflosigkeit und Ohnmacht gegenüber der unveränderbaren, kaum einmal beeinflußbaren Szene.

Das autonome Organisationsmodell als Antwort auf die Ära des Massenkonsums

Die Ursache dafür, daß Autonome innerorganisatorische Demokratie für unwichtig erachten, liegt aber auch in ihrer falschen Gesellschaftstheorie. Wäre die hauptsächliche Ursache gesellschaftlicher Unterdrückung in den Metropolen tatsächlich Repression und Überwachung, könnte ein Organisationsmodell, das die Individuen der Überwachung und dem Zwang zu gesellschaftlichen Konformismus entzieht, tatsächlich eine gewisse subjektive Emanzipation ermöglichen, wenn auch nur wenig politisch erfolgreich agieren.

Die Gesellschaft der BRD der 80er und 90er Jahre besteht aber zunehmend v.a. darin, daß ihre Individuen atomisiert, Handlungen ihres Sinns für gesellschaftliches Zusammenleben entleert (Ausbau des Dienstleistungssektors = Verwertung immer mehr Bereiche persönlicher Beziehungen) werden und kaum noch Kommunikation über kleine Gruppen hinaus stattfindet. Linke Politik begeht eine Todsünde, wenn sie in dieser Situation nicht die gesellschaftliche Zersplitterung durch Organisation aufzuheben versucht, sondern das Erfolgsmodell des kapitalistischen Staates als einzige Möglichkeit für emanzipatives Handeln darstellt. Die Bekämpfung von Individualisierungsprozessen ist nicht durch Organisierung in ebenso zersplitterten Kleingruppen möglich.

Rückblickend kann damit auch erklärt werden, warum die Autonomen Anfang der 80er Jahre eine größere Wirksamkeit als heute hatten. Sie waren die letzte, vielleicht einzig mögliche, Antwort der Linken auf das »Modell Deutschland«, was heißt: institutionalisierte Konfliktlösungen, Integration gesellschaftlicher Widersprüche durch Massenkonsum, standardisierte Lebensmodelle von der Einbauküche bis zum mit-20-in-den-einen-Beruf-bis-zur-Rente und der Kleinfamilie als gesellschaftlicher Norm. Sich diesem Anpassungszwang eher ideologischre als ökonomischer Art war (von Sozi oder Bafög leben war noch möglich). Diese Voraussetzungen sind heute nicht mehr gegeben: die Ablehnung der Kleinfamilie ist das Erfolgsrezept der Yuppies, Flexibilität und Spontaneität ist Voraussetzung für Karriere, Massenkonsum wird durch Luxusware einerseits und Billigläden andererseits ersetzt; die Unterschiedlichkeit von Lebensmodellen ist zumindest in Großstädten keine Provokation mehr, sondern Voraussetzung für

Spaltung in Hunderte von Interessengrüppchen. Subkultur besitzt damit keine Sprengkraft mehr, sondern fügt den verschiedensten Lebensmodellen lediglich noch ein weiteres hinzu.

Hartmannismus und Flüchtlingskampagne – die Theorie wird der Praxis angepasst

Bis Hoyerswerda haben wir uns gefragt, warum die autonome Flüchtlingsarbeit so seltsam verläuft. Warum sitzen Gruppen ein halbes Jahr im trauten Kreis und reden über ihren Rassismus, ohne einen Flüchtling auch nur mal aus fünf Metern Entfernung gesehen zu haben (wir kennen solche Gruppen)?

Warum gibt es seit fünf Jahren Anschläge der RZ zu dem Thema, die in keiner Weise mehr dem alten RZ-Anspruch gerecht werden, in Verbindung zu einer Bewegung zu stehen geschweige denn die erreichen, denen sie solidarisch zugedacht waren, ohne daß dies von der RZ nur einmal kritisch reflektiert worden wäre?

Warum haben die Autonomen bis Hoyerswerda kaum einmal ihren traditionellen aktionistischen Arbeitsbereich übernommen, d.h. die Flüchtlingsheime vor Angriffen zu schützen?

Dazu müssen wir nochmal einen Blick in die autonome Geschichtstruhe werfen: Daß die autonome Politik unzureichend war, war am Ende der Anti-AKW-Bewegung nicht mehr zu übersehen. Mit der weitgehenden Integration der Grünen und der Alternativbewegung in das politische System war der nationale Bezugsrahmen der Autonomen verschwunden. Die Befreiungsbewegungen im Trikont stagnierten und wiesen z.T. revisionistische Tendenzen (z.B. Nicaragua) auf. Wollten die Autonomen weder einen richtigerweise unmöglichen Rückgriff auf alte politische Bezüge wie die SU oder die ArbeiterInnenklasse versuchen noch ihre eigene Politik radikal in Frage stellen, blieb nur noch ein revolutionäres Subjekt, das die BRD-Linke in den letzten 20 Jahren nicht ausprobiert hat: die verelendeten, aber unorganisierten Massen des Trikont und mittlerweile auch Osteuropas. Das sympathische an ihnen war zudem, daß ihre Struktur der der Autonomen sehr nahe schien: ohne jegliche Organisation, daher nur zu spontanen Aufständen oder individuellem Verweigern fähig, ohne historisches Bewußtsein und langfristige Konzepte agierend.

Der autonome Operaisten-Flügel setzte dem noch eins drauf und kreierte den sogenannten »Neuen Antiimperialismus«. Detlef Hartmann u.a. begingen dabei den verhängnisvollen Fehler, nicht mehr die eigene Praxis kritisch zu betrachten, sondern sich das Bild von der Wirklichkeit nach der eigenen Praxis zu machen, so daß die verelendeten, unbewußten Massen zur eigentlichen Triebfeder der

Geschichte wurden. (Zur näheren Kritik der »Materialien für einen Neuen Antiimperialismus« finden wir auch die Broschüre »Mit den überlieferten Vorstellungen radikal brechen« der Autonomen Studis/Bolschewiki aus Freiburg interessant).

Die mangelnde autonome Theoriebildung ermöglichte es den Hartmannisten, diesen Unfug ohne größeren Widerspruch monatelang z.B. in der IWF-Kampagne oder der Berliner Vorbereitung bzgl. Golfkrieg (z.B. INTERIM-Sondernummer) verbreiten zu dürfen. Besonders bedauerlich ist, daß sie ihre Thesen nach aktuellen Ereignissen, die sie hätten widerlegen können (z.B. Aufstand in Venezuela, von dem dank eines Fehlen einer organisierten Linken nichts übrig blieb), nicht überprüft haben.

Wenigstens die abstruse These, daß Jelzin im Moskauer Putsch nur der Kasper der sowjetischen Massen gewesen sei, hat noch eine Gegenmeinung gefunden (siehe INTERIM). Ansonsten ist der Hartmannismus eine Tendenz, die je mehr sie sich durchsetzt, bewirkt, daß die Autonomen jenseits von Gut und Böse dastehen.

Natürlich ist Flüchtlingsarbeit bitter notwendig. Der Schutz vor Anschlägen ebenso wie Rechtsberatung und Pressearbeit. Dies, weil Linke immer die Aufgabe haben, gesellschaftliche Brüche wahrzunehmen, Unterdrückte zu unterstützen und zu ihrer Selbstorganisation beizutragen. Da sich die Flüchtlinge aber als revolutionäres Subjekt ausgekuckt wurden und dafür nicht einmal Fakten angeführt werden können, weil völlig im Unklaren bleibt, wie sie von der Klasse »an sich« zur Klasse »für sich« werden können, wird a) die Kampagne baden gehen und b) sich zuvor ein instrumentelles Verhältnis zu den Flüchtlingen einstellen. Vielleicht hat der Vorwurf des Rassismus und Eurozentrismus gegen die Autonomen hier einen Teil seiner Ursache. Schlimm ist nur, daß der Subjektivismus daran hindert, diesen Vorwurf als einen inhaltlichen an die eigene Theorie und Praxis zu begreifen, sondern wieder nur als Bezug auf individuelles Fehlverhalten interpretiert werden kann. Die Tübinger Unterstützungsgruppe schreibt z.B.: »Als unser Bioeintopf nicht ankam, merkten wir, daß auch wir so etwas wie Dankbarkeit erwartet hätten« (INTERIM 150, radikal 143). Wir glauben, daß dies lediglich die Folge ihres instrumentellen Verhältnisses zu den Flüchtlingen sowie der Ghettobildung und des sich selbst als politische Elite Begreifens ist. Wer andere instrumentalisiert als Rettungsanker in der eigenen politischen Not, hat kein Interesse an ihnen. Das führt halt dazu, gar nicht auf den Gedanken kommen zu können, daß der beliebte Volxkücheneintopf anderen nicht schmecken könnte – und es erklärt auch, warum manche autonomen Flüchtlingsgruppen glauben, ohne Kontakt zu Flüchtlingen arbeiten zu können. Die Flüchtlingskampagne ist

vermutlich der letzte Rettungsanker der Autonomen; danach bleibt ihnen nur, wie es sich jetzt schon andeutet, sämtliche Theorie- und Praxisansätze der letzten 10-20 Jahre zu einem unsäglichen Brei von beliebig zu verwendenden Versatzstücken zu verwursten.

Die Folgen sind aber noch schwerwiegender. Die Hinwendung zu einer rein internationalistischen Politik, wie sie die RAF bereits Anfang der 70er Jahre begonnen hat, ist das Eingeständnis auf die Widersprüche im eigenen Land keine Antworten mehr zu haben und auch keine mehr haben zu wollen. Zwei Jahre hat die BRD-Linke es kaum für notwendig gehalten, mit den Menschen in der Ex-DDR eine gemeinsame Politik zu versuchen. Lediglich zum Fascho-Klatschen taucht sie dort auf. Ein reiner Abwehrkampf gegen Rassismus und Faschismus wird aber zum Scheitern verurteilt sein. Internationalistische Politik basiert auf Politik im nationalen Rahmen und an den Widersprüchen im eigenen Land, genauso wie Solidarität auf dem Versuch der subjektiven Emanzipation basiert. Die autonome Theorie zur Flüchtlingskampagne legitimiert damit im Nachhinein auch das eigene, selbtgewählte Ghetto im Sinne einer self-fulfilling-prophecy: erst macht man/frau kaum Politik mit den Deklassierten im eigenen Land, woraufhin sich diese wie immer nach rechts wenden, womit dann wieder Argumente gegeben sind, nichts mit ihnen versuchen zu wollen.

(...)

Wie weiter???

Nun ist es nicht so, daß wir hier nur pure destruktive Kritik leisten wollen und keine eigenen Ideen hätten. Wir können zwar – und das ist auch gut so – kein perfektes Modell für die revolutionäre Linke der BRD der 90er Jahre entwickeln, aber wir hätten zumindest einige konkrete Vorschläge für die nächsten Schritte:

– Bestandsaufnahme linker Politik in der BRD und die Bereitschaft, die eigenen Ansätze (nicht revolutionäre Politik an sich) radikal zu hinterfragen

– ebenso Überprüfung linker Theorie der letzten 150 Jahre auf ihre Brauchbarkeit insbesondere nach dem Scheitern des »realen« Sozialismus und des Stagnierens der neuen Entwürfe linker Politik seit Anfang der 60er Jahre.

– Bereitschaft, eine Organisationsdebatte zu führen und ebenso die Bereitschaft, Politik wissenschaftlich und nicht emotional zu begründen

– dabei gleichzeitiges Drinbleiben und Ausbauen der Arbeit in den Teilbereichen, in denen tatsächlich längerfristige Kontakte zur Außenwelt bestehen und die nicht lediglich wieder in einem halben Jahr vergessene Modethemen sind.

Fraglich ist aber, ob wir uns mit unseren Ideen nicht was husten können. Ob also nicht genau der Subjektivismus, der politische Aktion unabhängig von

gesellschaftlichen Bedingungen produziert, ein Erkennen der Notwendigkeit der Änderung linker Politik verhindert; ob unsere Diskussion nicht damit als überflüssig abgetan und uns der Verrat-Vorwurf gemacht wird. Dies wird die Diskussion, so sie zustande kommt, zeigen.

Aus dem Vorwort der INTERIM Nr.166/1991

Den meisten Platz des Heftes nimmt ein langes Papier von Heinz Schenk zur Kritik »autonomer Politik« ein. So gut wir den Versuch finden, die »Autonomen« politisch einzuordnen und einer grundsätzlichen Kritik zu unterwerfen, so schlecht ist es H. Schenk doch gelungen. Es wird ein Klischee-Bild »der Autonomen« entworfen, welches es in der Realität nicht gibt. Die politischen Auseinandersetzungen und theoretischen Ansätze werden oberflächlich und polemisch kritisiert. Deine geforderte Wissenschaftlichkeit und emotionsfreie Herangehensweise gelingt dir überhaupt nicht. Deine Vorschläge zur »Änderung« der Politik sind nicht neu und werden seit Jahren quasi kampagnenmäßig, immer wieder neu produziert.

Heinz Schenk

The Empire strikes back –

Zum »INTERIM«-Vorwort bzgl. Heinz Schenk (Nr. 166)

I.

Es gab im April/Mai schon einmal eine Debatte über die »INTERIM«-Praxis, Artikel im Vorwort in wenigen Zeilen zu kommentieren. Ihr habt damals gesagt (Nr. 145): »Der Problematik, daß unsere Kommentare oft arroganter wirken, als sie gemeint sind, sind wir uns bewußt. Trotzdem werden wir auf dieses Mittel nicht verzichten, da es immer noch genügend Menschen gibt, die Sinn für Ironie haben.« Wir glauben dagegen, daß in wenigen Zeilen nicht inhaltlich auf einen Beitrag eingegangen, sondern nur der erste spontane Ärger oder Beifall formuliert werden kann. Da wir keine Lust haben, daß unser Artikel aufgrund eures Vorworts abgetan wird, setzen wir uns mit diesem im folgenden ausführlich auseinander.

II.

»Es wird ein Klischee-Bild ›der Autonomen‹ entworfen, welches es in der Realität nicht gibt« (Vorwort): »Gehen wir von der bekannten Erscheinung des. bzw. der Durchschnittsautonomen aus. Natürlich, eine derartige Durchschnittsautonome gibt es nicht; und alles, was man über ihn bzw. sie aussagt, kommt schnell in den Ruch, Karikatur und wüste Polemik zu sein. Und in der Diskussion wird dann dieses oder jenes Gegenbeispiel erwähnt, bei dem natürlich alles ganz anders ist. Trotzdem: Ohne Verallgemeinerung, die sicherlich den durch sie charakterisierten Menschen Unrecht tut, ohne derartige Verallgemeinerungen kann nicht vernünftig diskutiert werden; sonst artet nämlich jede Diskussion in ein reines Anekdotenerzählen aus. Und derartiges Anekdotenerzählen ist durchaus charakteristisch für Diskussionen in der autonomen Bewegung. Dem wollen wir hiermit gleich einen Riegel vorschieben. Deshalb: Wenn wir also im folgenden die Vorstellungen und die Praxis autonomer KämpferInnen darstellen, dann mag das zum Teil überspitzt erscheinen, aber gerade in dieser Überspitzung drückt sich eine Wahrheit aus, die nicht durch endloses Anekdotenerzählen zugekleistert werden kann« (Broschüre »Mit den überlieferten Vorstellungen radikal brechen«, Freiburg).

III.

»Die politischen Auseinandersetzungen und theoretischen Ansätze werden oberflächlich und polemisch kritisiert. Deine geforderte Wissenschaftlichkeit und emotionsfreie Herangehensweise gelingt dir überhaupt nicht« (Vorwort): Richtig ist, daß unsere Kritik zu wenig Belege anführt und zu wenig ins Detail geht. Dies würde aber den Umfang eines »INTERIM«-tauglichen Artikels sprengen. Wir sind gerne bereit, dies nachzuholen, in einem ersten grundsätzlichen Artikel kam es uns aber nur darauf an, unsere Gesamtsicht der Autonomen zu umreißen. Die Schärfe unseres Artikels resultiert auch daher, daß wir mit »soft« und eben immanent formulierten Kritiken immer wieder die Erfahrung gemacht haben, daß sie zustimmend aufgegriffen wurden, um sie dann als eine Rechtfertigung für eine neue Runde des immergleichen zu zitieren. So daß wir oft genug das Gefühl hatten, genausogut mit einer Gummiwwand debattieren zu können, die jede Auseinandersetzung vermeidet, indem sie einfach den großen Konsens der Unzufriedenheit mit den bestehenden autonomen Zuständen vortäuscht. Wir wollen, wenn wir autonome Politik schon nicht ändern können, wenigstens vermeiden, neues Material für das Wunschdenken, beim nächsten Mal alles besser machen zu können, zu liefern. (Obwohl selbst die Schärfe nicht unbedingt davor schützt, wie das Zitieren der Freiburger Broschüre in der Nr. 165 zeigt.)

IV.

»Deine Vorschläge zur ›Änderung‹ der Politik sind nicht neu und werden seit Jahren quasi kampagnenmäßig immer wieder neu produziert« (Vorwort): Wenn sich eine Politik als persönlich und politisch unbefriedigend erweist, und bisher alle Versuche zu ihrer Änderung gescheitert sind, ist es keine Lösung, mit der unbefriedigenden Politik einfach weiterzumachen. Ebenso könnten wir uns lebendig einsargen lassen. Es kommt dann vielmehr darauf an, genau zu untersuchen, warum die bisherigen Versuche gescheitert sind. Wir glauben, genau dies getan und deshalb andere Vorschläge gemacht zu haben. Bisherige Änderungsversuche zielten entweder darauf ab, immanent die Autonomen zu verändern, d.h. organisatorische Veränderungen etc. zu schaffen, ohne die theoretischen Voraussetzungen der alten Organisationsweise anzutasten. Oder ihnen fiel nur der Aufbau eines an den K-Gruppen der 70er Jahre orientierten Modells ein, das auf mehr Effektivität zielte, ohne die subjektive Emanzipation für wichtig zu erachten (»Ich sag, wie's ist«; »Kommunistische Brigaden«). Ersteres war zu kurz gedacht, letzteres konnte keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken. Unser Vorschlag zielt daher darauf ab, den langfristigen Aufbau einer antiauto-

ritären Organisation außerhalb der Autonomen zu versuchen. Diesen Vorschlag hat es unseres Erachtens seit Bestehen der Autonomen nicht gegeben.

V.

Bisherige Vorschläge konnten nichts verändern, da sie nur als unverbindliche Vorschläge für meist unverbindliche Foren verfaßt wurden und nicht sagen konnten, mit wem und wie sich diese Veränderung vollziehen sollte. Richtig ist, daß wir in unserem Artikel auch nichts dazu gesagt haben. Wir glauben aber aus den bisherigen Veränderungsversuchen den Schluß ziehen zu können, daß der erste Schritt einer Erneuerung revolutionärer Politik nicht aus dem autonomen Kern (und damit auch der »INTERIM«-Red. und weiten Teilen ihrer LeserInnen) kommen wird, da diese eben noch viel zu stark autonomem Denken verhaftet sind. Eine Änderung wird, wenn überhaupt, von denen ausgehen, die seit einiger Zeit mit einer gewissen Skepsis am Szene-Rand gestanden haben. Diese werden sich nach einer Anfangsphase öffentlich zugängliche Strukturen schaffen müssen, um von vornherein ein Versacken im autonomen Kleingruppenmodell zu vermeiden. Wir hoffen, in naher Zukunft dazu mehr sagen zu können.

Wir haben den Artikel nicht in der »INTERIM« veröffentlicht, weil wir uns auf diesem Wege direkt eine neue Richtung linker Politik versprechen. Nur veröffentlichte Positionen sind aber denkbare Positionen, ansonsten existieren sie nur in den Hirnen ihrer SchreiberInnen. Die Umsetzung neuer Ideen wird nicht von einem unverbindlichen Forum geleistet werden, der Anstoß kommt im ersten Schritt von außen und die Kenntnis der Positionen ist Voraussetzung dafür, daß sie in einem zweiten Schritt weitere Kreise ziehen kann.

VI.

Das Problem, an dem auch wir nicht vorbeikommen, ist das der Ungleichzeitigkeit sowohl von Einsicht wie Kraft. Daß also keine Plattform in den Autonomen existiert, daß daher fast alle einzeln aufhören, daß die meisten Jungen auf ihrem Recht bestehen, ihre Erfahrungen selbst zu machen und die meisten Alten keine Kraft und/oder Phantasie mehr haben, etwas anderes zu versuchen, führt dazu, daß es nur ein relativ schmaler Zeitraum ist, in dem individuell sowohl Einsicht wie Kraft bestehen, eine andere revolutionäre Linke aufzubauen. Dieser muß mit dem Zeitraum bei anderen zusammentreffen. Außerdem muß ein solcher Versuch die vereinzelten bundesweiten Verlautbarungen grundsätzlicher Diskussionen vernetzen können.

Auch unsere Kraft ist begrenzt. Der Zustand einiger Genossen, die trotz ihrer schärfsten Kritik an den Autonomen ihre emotionale Abhängigkeit von ihnen nie

lösen konnten, ist uns warnendes Exempel genug. Wir haben uns schon in den letzten Wochen manchmal wie Ritter von der traurigen Gestalt oder wie ein Wanderprediger in Organisationsfragen gefühlt. Wir werden unser Leben nicht mit dem Versuch fristen, ein Kamel durchs Nadelöhr bringen zu wollen. Jetzt oder nie! (Na, wenn das nicht voluntaristisch ist.)

VII.

Einige Bemerkungen zu Diskussionsstil und Umgang miteinander: »Das Ausfechten von Gegensätzen, Widersprüchen war es gewesen, was zum Gemeinsamen zwischen uns geführt hatte. Ablehnungen, Schwierigkeiten hatte es gegeben, und immer wieder das Bestrebung, mit These und Antithese einen für beide gültigen Zustand zu erreichen. So wie Divergenzen, Konflikte neue Vorstellungen entstehn ließen, so entstand jede Handlung aus dem Zusammenprall von Antagonismen. Die Einsicht und Artikulation dieser Vorgänge machte das Zusammenleben, die gegenseitige Würdigung möglich« (Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands). D.h.: Wir halten gerade eine scharfe Diskussion und evtl. notwendig werdende Trennungen für die Voraussetzung, um dann anders wieder zusammenarbeiten zu können. Die Schärfe ist notwendig, um den derzeitigen Konsens, die autonomen/antiimperialistischen Positionen seien die einzig möglichen revolutionären in der BRD, zu durchbrechen. Wir halten nichts von einem Konsens, der in Wirklichkeit auf Verlustängsten basiert und gerade darum an Kleinigkeiten bricht. Ebensowenig werden wir hier einen Grabenkrieg um des Grabenkrieges wegen eröffnen. Die linke Tradition, die konkurrierenden Nachbarorganisation für den Hauptfeind zu halten, ist uns nur zu gut bekannt.

Tecumseh

Warum Schlager manchmal die Wahrheit sagen –

Eine Nachbemerkung zu Heinz Schenk

Im Herbst 1991 tritt Heinz Schenk (als Pseudonym einer politischen Gruppe) mit zwei in der »INTERIM« veröffentlichten Papieren eine lebhafte Debatte über die Zukunft der Autonomen los. Offensichtlich trifft er mit seinen populistischen und persönlichen Erlebnissen eingefärbten Texten ziemlich genau die Gemüts- und Problemlage eines Teils der Berliner Autonomen, die als ein diffuses Unbehagen mit dem Zustand der Szene und Bewegung beschreibbar ist. Diese Kritik wird aber meist auf der Ebene persönlicher Probleme und Entfremdungen formuliert; und sehr selten kommt es vor, daß sie politisch auf den Begriff gebracht und in einen Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Umwälzungen der letzten zwei Jahre gestellt wird. Dies gelingt erstmals den Texten von Heinz Schenk, die deshalb von vielen heftigst diskutiert werden. Dabei geht es weniger darum, ob mensch allem zustimmt, sondern daß die aufgeworfenen Fragen als befreiend erlebt werden: Sind die Autonomen, bzw. ihre Vorstellung einer »Selbstorganisierung von Unten« noch die adäquate sozialrevolutionäre Antwort auf die Verhältnisse der 90er Jahre? Oder haben sie sich nicht selbst überlebt und sind eine Politsekte geworden, zwar mit lebhaftem Vereinsleben, aber gesamtgesellschaftlich bedeutungslos? Und gilt es nicht, eine für andere Menschen offenere Politik zu machen, eine inhaltliche Plattform zu entwickeln und auf dieser aufbauend zu einer zielgerichteteren Politik zu kommen?

In den folgenden Wochen erscheinen mehrere Texte zum Thema in der »INTERIM«. Die Vehemenz, mit der auf Heinz Schenk reagiert wird, erklärt sich daraus, daß er eine seit Jahren akzeptierte Grenze überschreitet: er äußert seine Kritik nicht mehr als »interne« und ist um Verbesserungen bemüht (wie z.B. die Texte von Lupus), sondern er bezeichnet die Autonomen als »strukturell nicht reformierbar« und zieht daraus Konsequenzen: er erklärt seinen Austritt aus den Autonomen. Mensch kann darüber zwar lachen und sich an der formalen Unmöglichkeit eines Austritts hochziehen, oder sich an weiteren Ungereimtheiten der Texte abarbeiten, doch dies geht am Kern der aufgeworfenen Fragen vorbei.

Inzwischen haben weitere Stars aus Funk und Fernsehen, die sich in der »INTERIM« zu Wort meldeten, zusammen mit Heinz Schenk die Gruppe »f.e.l.s.« (für eine linke Strömung) gebildet. Diese Gruppe möchte öffentlich erreichbar Politik machen (d.h. mit bekannter Adresse und offenem Plenumstermin) und sich in den nächsten Monaten den aufgeworfenen Fragen durch mehrere Seminare zu Themen wie »Spontaneismus«, »Luxemburg und Lenin«, »Linke Organisationsmodelle in anderen Ländern«, etc. nähern.

Trotz aller Sympathie liegen mir einige Bemerkungen zu den Texten auf der Zunge, besonders zu den Teilen, in denen Heinz Schenk das politische Verhalten der Autonomen kritisiert. Da landet er zugegebenermaßen einige polemische Volltreffer, aber er schießt oft auch voll am Problem vorbei, da auch »falsche« Verhaltensweisen Konsequenzen »richtiger » Erfahrungen sind. Zum Beispiel ist die häufig kritisierte Abschottung unter anderem ein Produkt des unsichtbaren und unausgesprochenen Drucks durch Staatsschutz und deren Spitzel. Geht es nicht eher darum, diese Probleme genauer zu benennen und andere Antworten und Umgangsweisen als die aktuell gehandhabten – und offensichtlich in Sackgassen führende - zu finden?

So fordert er zwar einerseits eine (autonome) Geschichtsaufarbeitung der letzten 150 Jahre sozialrevolutionärer Kämpfe, aber andererseits werden in einem oberflächlichen Tonfall allerlei geschichtliche Ereignisse der letzten 25 Jahre abgehakt und eben nicht die Probleme rausgearbeitet. Ein paar weitere Beispiele:

»Es existiere schlicht kein Forum, um Erfahrungen jenseits von Manöverkritik diskutieren zu können« – und was ist mit der »INTERIM« und anderen Infoblättern, in denen ja auch die Texte von Heinz Schenk veröffentlicht werden? Das Problem ist doch vielmehr, daß kaum jemand solche Beiträge schreibt und nicht das fehlende Forum. Oder: es gibt sehr wohl autonome Gesellschaftsanalysen (»Mit den Revolutinären Zellen ins postfordistische Zeitalter«, abgedruckt in der »INTERIM« Nr. 82, oder die Hefte der »Autonomie – Neue Folge«), aber – und da wird die Kritik richtig – das Ergebnis (zum Beispiel beim Postfordismustext Anschlagspolitik) steht schon von Anfang an fest und wird nur noch ummäntelt, obwohl mensch aus dem im Text Gesagten auch ganz andere Schlußfolgerungen ziehen könnte.

Und waren die Autonomen nicht schon immer gesamtgesellschaftlich betrachtet der »bewaffnete Arm der Grünen«, und nicht erst ’86? Beziehungsweise kann mensch das nicht auch andersrum beschreiben: starke soziale Bewegungen von unten werden immer am Rand des institutionellen Spektrums einen Transmissionsriemen finden, der versucht, das Anliegen in institutionelle Bahnen zu lenken? Die Kritik wird da richtig, wo dies zu einem Aufgesogenwerden wird

und dies auf die fehlenden eigenen »konkreten Konzepte« zurückzuführen ist. Die AL wurde parallel – und nicht gegen – zur HausbesetzerInnenbewegung 80/81 stark.

Heinz Schenk macht sich sehr wenig Mühe rauszuarbeiten, was das autonome Politikkonzept eigentlich ist, sondern er drischt immer auf die schwächsten Punkte ein. Daß 1980 der »Subjektivismus« genau die Stärke der Autonomen ausmachte, nämlich nicht mehr auf gesellschaftliche Bedingungen zu schauen, sondern im »Hier und Jetzt« zu leben und zu tun, was mensch für richtig hält, wird übersehen. Nur so entstand die Dynamik der Hausbesetzungen. Auch kann mensch immer die Schattenseiten von subkulturellem Verhalten (Uniformzwang, Anpassungsdruck, etc.) betonen, aber es macht(e) die gesellschaftliche Stärke der Autonomen aus, daß »ihre« Musik (z.B. »Fehlfarben«) nicht nur auf jeder Demo tönte, sondern auch in den Charts ganz vorne war. Gescheitert ist diese Politik an ihren realen sozialen Grenzen. In Berlin waren einfach nur ca. 3.000 – 5.000 Menschen bereit, diese radikale Einheit von Politik und Leben zu leben und sich von unten selbst zu organisieren, der Rest (eine Million, neunhundertfünfundneunzigtausend) deligierte weiter Politik an Parteien und Gewerkschaften. Dies gilt auch für spätere Zeiten: Heinz Schenk tut immer so, als hätten die Autonomen nur ihre Politik ändern müssen und schon wäre das »Ergebnis nicht gleich null« gewesen. Alle anderen linken Gruppierungen (z.B. KB, »Radikale Linke«, PDS) haben in diesen Jahren noch ganz andere Bauch- und Bruchlandungen gemacht. Auch bei der Kritik am »neuen Antiimperialismus« werden sich die Punkte rausgesucht, bei denen sich die VordenkerInnen ideologisch verrennen. Aber zum wesentlichen Inhalt, nämlich sich nicht mehr auf nationale Befreiungsbewegungen, sondern auf die unorganisierten Menschen und Sozialprozesse im Trikont zu beziehen, wird nichts gesagt. Dazu haben die Hefte der »Autonomie – Neue Folge« und später der »Materialien« doch sehr inhaltsreiche Arbeit geleistet. Das dies so nicht ausreicht, ist unbestritten.

Und das alle Probleme »eine Folge der fehlenden Organisationsdebatte« sein sollen muß schon ein wenig begründet werden. Was Heinz Schenk da macht, sind nur Wortverknüpfungen und unbegründete Kausalitäten. Denn eine Organisationsdebatte führen die Autonomien schon seit mindestens fünf Jahren, nur gelingen ihre Versuche außer auf der tagespolitischen und themenbezogenen Ebene nie. Allerdings könnte auch das Entstehen von über zehn lokalen Infoblättern als Organisierung gesehen werden, nur eben auf einer realeren Ebene als die einer politischen Organisation.

Viel zu wenig wird die Frage gestellt, was sind subjektive Unvermögen und Fehler der Autonomen, und was sind objektive Ummöglichkeiten. Da wird als

Beispiel die Öffentlichkeitsarbeit der Anti-Olympia-Kampagne gebracht, bei der sicher einiges falsch gelaufen ist. Aber ist es nicht eine jahrelange Erfahrung von autonomen GenossInnen, die immer wieder Pressearbeit versucht haben, daß mensch dabei nur über den Tisch gezogen wird. Die Medien den Diskurs bestimmen (»was sagt ihr zur Gewaltfrage?«) und Inhalte meist auf der Strecke bleiben. Oder daß auf Demos, zu denen in einem breiten Bündnis aufgerufen und mit viel Aufwand bevölkerungsnah mobilisiert wird, eben auch nicht mehr Menschen kommen als wenn mensch nur im eigenen Sumpf mobilisiert. Sind das nicht objektive soziale Grenzen, die durch noch soviele Purzelbäume erstmal nicht niederzureißen sind? Noch ein Beispiel aus dem Öffentlichkeitsbereich: warum ist die verkaufte Auflage der wirklich nur als »internes Vereinsmitteilungsblatt« aufgemachten »INTERIM« deutlich höher als die auf die gesamte Linke ausgerichtete »spektrumsübergreifende« und bewußt bevölkerungsnah aufgemachte »ProWo«?

So ersetzt Heinz Schenk den von ihm kritisierten autonomen Subjektivismus durch einen eigenen. Ist das Problem nicht vielmehr, daß wir mit unserem Anliegen aufgrund der gesellschaftlichen Bedingungen und sozialen Verhältnisse einfach scheitern müssen, unabhängig von unserem Wollen und Anstrengungen. Da reicht es einfach nicht, nur zu beschreiben, warum die Autonomen in keinem Spannungsverhältnis zur Gesellschaft mehr liegen, sondern die spannende Frage ist: Was folgt daraus?

Übrigens – als letzte Bemerkung – es stört mich immer wieder, daß oft mit einem Begriff der »Linken« völlig unhinterfragt gearbeitet, eingemeindet und argumentiert wird. Wer ist das? Wer gehört dazu, wer nicht mehr?

Trotzdem sind meine kritischen Anmerkungen eher nebensächlich, den ich hoffe, daß Heinz Schenk – bzw. »f.e.l.s.« – eine große Bedeutung erlangt. Dadurch, daß bewußt als Alternative zu den autonomen Politikauffassungen aufgetreten wird, kann eine enorm belebende Funktion von ihnen ausgehen. Denn sollte es ihnen - oder anderen Gruppen, die an diesen Fragen am Experimentieren sind – gelingen, ein praktisches Organisationsmodell in die Tat umzusetzen, können sich die Autonomen nicht mehr auf der bequemen Position ausruhen, daß sie die einzige sozialrevolutionäre Kraft in der BRD sind und es zu ihnen einfach keine Alternative gibt. Aus diesem Wettstreit kann sich ein produktiver Prozess entwickeln, der neben einer Aufarbeitung der Kämpfe der letzten Jahrzehnte zu einer Neuorientierung der sozialrevolutionären Gruppen in der BRD auf die Gesellschaft zu führt, egal ob sie sich nun Autonome, Heinz Schenk oder Plumpaquatsch nennen.

Berlin, im Februar 1992

Kritiken,
Reflexionen
und Anmerkungen
zur Lage der Autonomen

Edition ID-Archiv